

MITTWOCH, 25. NOVEMBER 2009

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.05 Uhr eröffnet.)

2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

3. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 88 GO): siehe Protokoll

4. Entschädigung von Fluggästen im Falle einer Insolvenz der Fluggesellschaft (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

5. "Made in" (Ursprungskennzeichnung) (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

6. Vorbereitung des Europäischen Rates vom 10. und 11. Dezember 2009 (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt betrifft die Anmerkungen des Rates und der Kommission zur Vorbereitung des Europäischen Rates am 10. und 11. Dezember 2009.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Herr Präsident, Herr Barroso, ehrenwerte Abgeordnete! Es ist wunderbar, vor der nächsten Sitzung des Europäischen Rates die Gelegenheit zu dieser Diskussion mit Ihnen zu haben. Das wird natürlich die zweite ordentliche Sitzung sein, die während des schwedischen Ratsvorsitzes stattfindet und es wird auch das letzte Mal sein, dass sie von dem rotierenden Ratsvorsitz geleitet wird.

Wie Sie wissen, tritt der Vertrag von Lissabon am 1. Dezember in Kraft, aber gemäß der Erklärung, die im Europäischen Rat im Dezember 2008 angenommen wurde, wird der rotierende Ratsvorsitz weiter den Europäischen Rat leiten, bis der Ratsvorsitz Ende des Jahres endet. Alle Mitgliedstaaten haben jetzt den Vertrag ratifiziert und ihre Ratifikationsurkunden in Rom hinterlegt. Daher bin ich hocherfreut, bestätigen zu können, dass der Vertrag von Lissabon am 1. Dezember in Kraft treten wird.

Die Arbeit, die nötig war, um zu diesem Punkt zu gelangen, war lang und anstrengend, wie das Parlament sehr gut weiß. Der neue Vertrag wird die Art, wie die EU arbeitet, in mehrerlei Hinsicht ändern. Aufgrund des Vertrags werden wir bessere Gelegenheiten haben, mit den wichtigen Problemen, denen die EU gegenübersteht, fertig zu werden, und wir können dies demokratischer, transparenter und effizienter tun. Der Vertrag bringt auch viele wichtige Reformen mit sich, die Sie hier im Parlament beeinflussen.

Bei der zusätzlichen Sitzung des Europäischen Rates letzte Woche haben sich die Staats- und Regierungschefs geeinigt, Herman van Rompuy zum Präsidenten des Europäischen Rates zu ernennen. Er wird ab 1. Januar die Arbeit des Europäischen Rates leiten und voranbringen.

Nach der Genehmigung durch den Präsidenten der Kommission wurde auch Einigkeit über die Ernennung von Catherine Ashton als neue Hohe Vertreterin für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik erzielt. Gemäß dem Vertrag wird Frau Ashton all ihre Aufgaben am 1. Dezember übernehmen, auch die der Vizepräsidentin der Kommission. Gerade wenn das Europäische Parlament einen Standpunkt zu allen Mitgliedern annimmt, werden Sie natürlich auch eine Anhörung mit Frau Ashton haben. Ich habe erfahren, dass sie sich in Kürze dem Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten vorstellen und Fragen beantworten wird.

Der Europäische Rat hat außerdem eine Vereinbarung zur Ernennung von Pierre de Boissieu als Generalsekretär des Sekretariats des Rates erzielt.

Die Arbeit zur Vorbereitung des Inkrafttretens der Vertrags von Lissabon ist, wie es der Ratsvorsitz in seinem Statusbericht zum Europäischen Rat im Oktober detailliert angeführt hat, weitergegangen. Am 1. Dezember werden eine Reihe von Entscheidungen getroffen, um den Vertrag von Lissabon vollständig umzusetzen, zum Beispiel hinsichtlich der überarbeiteten Geschäftsordnung des Rates und der Geschäftsordnung des Europäischen Rates. Zur Sitzung des Europäischen Rates im Dezember werden wir einen neuen Bericht vorstellen, der den Status bei den Themen, mit denen wir uns im Zusammenhang mit der Umsetzung und praktischen Anwendung des Vertrags von Lissabon beschäftigt haben, zusammenfasst. Der Europäische Auswärtige Dienst wird zu diesen Themen gehören. Der Bericht wird außerdem einen Plan enthalten, der den weiteren Weg in diesem Bereich beschreibt.

Bei der Sitzung des Europäischen Rates im Dezember wird es hauptsächlich um wirtschaftliche und finanzielle Fragen gehen. Die Auswirkungen der Krise werden sich für eine lange Zeit bemerkbar machen – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Es ist jedoch auch wichtig, dass wir eine langfristige Sicht wahren und uns sowohl mittelfristig als auch langfristig wichtigen Herausforderungen stellen.

Die EU, die Mitgliedstaaten und die Zentralbanken Europas haben zahlreiche Maßnahmen ergriffen, zum Beispiel Garantieprogramme für Banken und das Europäische Konjunkturprogramm. Diese Maßnahmen haben stark dazu beigetragen, die finanzielle Stabilität zu erhöhen und die Auswirkungen der Krise auf das Wachstum und den Arbeitsmarkt zu verringern.

Die wirtschaftlichen Aussichten sehen besser aus, aber es gibt immer noch große Risiken. Es ist daher noch nicht an der Zeit, die Unterstützungsmaßnahmen, die ergriffen worden sind, zurückzuziehen. Im Rat haben wir jedoch eine Diskussion darüber begonnen, wie diese speziellen Krisenmaßnahmen beendet werden können, wenn es soweit ist. Der Europäische Rat wird die Arbeit des Rates hinsichtlich dieser Ausstiegsstrategien überprüfen. Wir werden auch den Konjunkturplan der EU überwachen.

Hinsichtlich der Finanzmärkte ist es erfreulich, dass sich die Lage auf den Finanzmärkten deutlich verbessert hat. Der Bedarf des Finanzsektors an Unterstützungsmaßnahmen hat sich verringert. Daher müssen wir Strategien aufstellen, wie die Maßnahmen koordiniert beendet werden können. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass es jetzt noch zu zeitig ist, mit der Beendigung der Unterstützungsmaßnahmen im Finanzsektor zu beginnen.

Der schwedische Ratsvorsitz bemüht sich um Einigkeit zu einer Reihe von Leitsätzen zur Zeitplanung, Koordinierung und Abfolge der Beendigung der Unterstützungsmaßnahmen.

Ich komme jetzt zur Finanzaufsicht. Es besteht Einigkeit darüber, dass eine verstärkte und verbesserte Zusammenarbeit bei der Finanzaufsicht innerhalb der EU nötig ist, insbesondere nach den Erfahrungen, die wir in der Finanzkrise gemacht haben.

Der Vorschlag für die Struktur und den Arbeitsschwerpunkt im Systemrisikorat wurde von den Finanzministern der EU bei der Ecofin-Sitzung am 20. Oktober angenommen. Der Ratsvorsitz hat dann das Mandat erhalten, Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament aufzunehmen, und das haben wir getan.

Hinsichtlich der drei „Mikrobehörden“ bemüht sich der Ratsvorsitz bei der nächsten Ecofin-Sitzung am 2. Dezember um einen allgemeinen Ansatz für diese Behörden und damit für das gesamte Aufsichtspaket, sodass wir dem Rat im Dezember darüber berichten können.

Der Wert einer bestehenden Struktur ist für die Finanzdienstleistungsbranche, die Welt außerhalb Europas und unsere Bürger sehr hoch. Das Paket würde es erfordern, dass der Plan in drei Jahren überprüft würde. Dann werden wir in der Lage sein, Unzulänglichkeiten, bei denen sich herausstellt, dass sie nicht so gut funktionieren oder nicht so effektiv sind, zu korrigieren.

Die gegenwärtige Strategie der EU für Arbeitsplätze und Wachstum, die Strategie von Lissabon, läuft nächstes Jahr aus. Daher ist es erforderlich, dass sich die EU auf eine neue Strategie einigt, die in der Lage ist, eine Vision für langfristiges Wachstum und Wohlstand zu fördern. Das wird eines der wichtigsten Themen für die nächsten Monate sein und einer der Themenschwerpunkte für den kommenden spanischen Ratsvorsitz.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Notwendigkeit für sofortige Aktionen geschaffen, die ergriffen werden müssen, um die Auswirkungen auf das Wachstum und den Arbeitsmarkt zu minimieren. Gleichzeitig sind strukturelle Schwächen und langfristige Herausforderungen für unsere Wirtschaften deutlicher geworden.

Die Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas auf dem Weltmarkt, die Bekämpfung des Klimawandels und der Umgang mit den Herausforderungen, die sich aus einer alternden Bevölkerung ergeben,

sind mittel- und langfristig anspruchsvolle Aufgaben für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten. Diese erfordern gemeinsame und koordinierte Lösungen, eine gemeinsame Vision und eine gestärkte europäische Reformagenda für die nächsten zehn Jahre.

Bei der Vision geht es darum, Herausforderungen in Gelegenheiten zu verwandeln. Es geht um die volle Realisierung der Potentiale des Binnenmarktes und die Ausnutzung der Vorteile von Außenhandel und Offenheit. Es geht um die Erkennung von Gelegenheiten, die sich bei der Verwandlung Europas in eine ökoeffiziente oder klimateintelligente Wirtschaft und der Schaffung eines Arbeitsmarktes mit geringer Arbeitslosigkeit, nachhaltigen öffentlichen Finanzen und sozialem Zusammenhalt ergeben.

Während des schwedischen Ratsvorsitzes wird eine zweite Folgenabschätzung der Nachhaltigkeitsstrategie der EU durchgeführt. In vielen Bereichen wurden Erfolge erzielt. Gleichzeitig gibt es mehrere Bereiche, in denen unhaltbare Trends festgestellt wurden. Zu diesen Bereichen gehören der schnelle Anstieg des Bedarfs an natürlichen Ressourcen, die Abnahme der biologischen Vielfalt, die Zunahme des Energieverbrauchs durch den Transportsektor und das Anhalten weltweiten Armut.

Wir haben die Frage aufgeworfen, wie wir die Strategie besser und effektiver überwachen und verfolgen können und wie wir die Koordinationsvorteile, die sich aus Wechselwirkungen mit anderen EU-Strategien, zum Beispiel der Strategie von Lissabon, ergeben, nutzen können.

Auch die integrierte Meerespolitik wird bei der Sitzung des Europäischen Rates diskutiert werden. Die Kommission hat kürzlich ihren Fortschrittsbericht vorgelegt. Der Europäische Rat wird diesen Bericht untersuchen und seine Meinung zur zukünftigen Ausrichtung dieser wichtigen sektorenübergreifenden Arbeit äußern. In dieser Hinsicht möchte ich unsere Ansicht zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum und ökoeffizienter Arbeit und Innovation hervorheben.

Jetzt werde ich mich einem anderen sehr wichtigen Punkt bei der Sitzung des Europäischen Rates zuwenden, nämlich der Annahme eines neuen Fünfjahresarbeitsprogramms im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Stockholmer Programm soll das Haager Programm, das zur Zeit gilt und 2004 angenommen wurde, ersetzen.

Die Vision des Stockholmer Programms ist ein sichereres und offeneres Europa, in dem die Rechte des Einzelnen geschützt werden. Das Programm ist das Ergebnis des intensiven Kontakts und von Diskussionen im Rat und mit dem Europäischen Parlament. Auch viele Nationalparlamente, die Zivilgesellschaft, EU-Organe und verschiedene Institutionen und Behörden haben wertvolle Beiträge dazu geleistet.

Meine schwedischen Kollegen, die Justizministerin Beatrice Ask und der Minister für Migration Tobias Billström, waren gestern hier und haben das Stockholmer Programm in einer sehr langen Debatte vorgestellt. Daher werde ich nicht wiederholen, was sie gesagt haben, aber ich möchte die Gelegenheit ergreifen, um zu betonen, dass sich das Stockholmer Programm auf bestimmte Maßnahmen konzentriert, die für das tägliche Leben unserer Bürger einen Mehrwert bringen. Dazu gehört die Kooperation außerhalb der EU. Ein sichereres und offeneres Europa erfordert eine echte Partnerschaft mit unseren Partnerländern.

Die zukünftige Arbeit in diesem Bereich sollte auch auf einem Gleichgewicht zwischen Maßnahmen, die ein sicheres und geschütztes Europa schaffen sollen, und Maßnahmen, die die Rechte des Einzelnen schützen sollen, beruhen.

Die ehrgeizige Arbeit, die ausgeführt wurde, und unsere zukünftigen Methoden zur Arbeit mit der Mitentscheidung des Parlaments sollten dazu beitragen, uns einen Aktionsplan liefern, der besser für den Umgang mit diesen großen Herausforderungen geeignet ist.

In Bezug auf den Klimawandel werden die Klimaverhandlungen während der Sitzung des Europäischen Rates natürlich auch in Kopenhagen stattfinden. Diese Themen sind wichtig für Europa und die Zukunft unseres gesamten Planeten. Vor zwei Wochen stand Premierminister Fredrik Reinfeldt in Brüssel im Parlament und stellte das Ergebnis der Sitzung des Europäischen Rates im Oktober vor, einschließlich der wichtigsten Elemente des Standpunktes der EU vor der Konferenz in Kopenhagen. Es ist jetzt unbedingt erforderlich, dass wir es unseren Partnern in der ganzen Welt weiterhin klar machen, für wie wichtig wir dies halten, und dass wir die Impulse bieten werden, die Verhandlungen voranzubringen. Der schwedische Ratsvorsitz wird seine gesamte Energie in diese Arbeit stecken.

Nächsten Monat wird der Europäische Rat die Situation in den Verhandlungen, die gleichzeitig stattfinden, einschätzen, um die Entscheidungen zu treffen, die erforderlich sind, um uns in die Lage zu versetzen, in Kopenhagen zu einem erfolgreichen Ergebnis zu kommen.

Wie üblich kann auch eine Reihe von außenpolitischen Themen bei der Sitzung des Europäischen Rates besprochen werden, aber es ist noch etwas zu zeitig, um sagen zu können, welche das sein könnten.

Die Themenschwerpunkte des schwedischen Ratsvorsitzes waren die Reaktion auf die Anforderungen des Klimawandels und die Sicherstellung, dass die EU ihre Führungsposition vor den Verhandlungen in Kopenhagen beibehält, und gleichzeitig sind wir dafür verantwortlich, uns weiterhin um die Wirtschafts- und Finanzkrise zu kümmern. Diese Themen werden bei dem abschließenden Gipfel oberste Priorität haben.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Herr Präsident! Wir haben zu vielen Gelegenheiten die großen Möglichkeiten diskutiert, die der Vertrag von Lissabon der Europäischen Union bietet, also lassen Sie mich noch einmal meine Zufriedenheit darüber äußern, dass, wenn wir uns das nächste Mal treffen, der Vertrag von Lissabon bereits in Kraft ist. Und wenn der Vertrag in Kraft ist, ist es Zeit, entschiedener über institutionelle Diskussionen hinaus zu Strategien und Ergebnissen für die Bürger zu gelangen.

Die Ernennungen, die letzte Woche stattfanden, nämlich von Herman Van Rompuy als Präsident des Rates und Catherine Ashton als Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Kommission, sind die ersten Schritte zu einer vollständigen Umsetzung des Vertrags von Lissabon. Ich weiß, dass sowohl Präsident Van Rompuy und die Hohe Vertreterin Vizepräsidentin Baronin Ashton sich darauf freuen, den Vertrag von Lissabon umzusetzen.

Die Ernennung von Herman Van Rompuy war eine übereinstimmende Entscheidung der Staats- und Regierungschefs. Es ist eine Entscheidung, die ich begrüße und persönlich sehr unterstütze. Herman Van Rompuy hat als Premierminister von Belgien großen Respekt verdient. Er bringt eine Kombination des instinktiven Europäismus Belgiens – einem Gründungsmitglied unserer Union, einem Land, das immer in der vordersten Front dieses europäischen Projektes stand, – und seine eigenen Fähigkeiten als Konsensvermittler ein: genau die zwei wertvollsten Fähigkeiten, die man als Präsident des Europäischen Rates haben kann.

Ich freue mich darauf mit ihm im Tandem zu arbeiten und ihn hier in den Plenumsdebatten zum Europäischen Rat zu treffen. Es ist erforderlich, dass wir, während alle Institutionen in ihrem eigenen Aufgabenbereich und dem anderer Institutionen arbeiten müssen, alle zusammen für das gemeinsame europäische Wohl tätig sind.

Ich bin äußerst stolz und glücklich, dass Catherine Ashton zur ersten Vizepräsidentin/Hohen Vertreterin ernannt wurde. Das ist eine Ernennung, die ich im Europäischen Rat unterstützt und gebilligt habe, da dies gemäß den Verträgen notwendig ist. Wir kennen sie gut als jemanden, der sowohl das politische Talent als auch den Orientierungssinn hat, die nötig sind, um die anspruchsvolle Aufgabe der ersten Hohen Vertreterin und Vizepräsidentin der Kommission zu übernehmen. Ich kann Ihnen aus meiner eigenen Erfahrung mit ihr als Mitglied der Kommission ihr starkes Engagement für das europäische Projekt zusichern.

Wie ich gestern sagte sind jetzt alle Ernennungen für die Kommission erfolgt. Ich bin besonders glücklich, dass es möglich war, innerhalb einer Woche die Ernennung von Frauen von drei auf neun zu verdreifachen. Damit wird die nächste Kommission neun weibliche Mitglieder haben, eines mehr als die gegenwärtige Kommission. Ich möchte noch einmal Ihnen allen danken, die mich bei dieser schwierigen Aufgabe unterstützt haben, wenigstens eine angemessene – keine optimale, aber eine angemessene – Anzahl an Frauen in die nächste Kommission zu bekommen.

Ich werde jetzt zu den Zuweisungen der Aufgabenbereiche kommen. Es ist mein Vorrecht, diesem Haus zu versichern, dass ich dies in voller Achtung der Prioritäten tun werde, die in den politischen Leitlinien definiert wurden, die ich Ihnen vorgestellt habe und die mit Ihrer Abstimmung im Parlament zugelassen wurden, und ich werde außerdem alle Verpflichtungen respektieren, die ich bei dieser Gelegenheit gegenüber dem Parlament eingegangen bin. Dann kann das Parlament umfassende Anhörungen durchführen und im Januar beim nächsten Kollegium abstimmen.

Nächsten Monat gibt uns der Europäische Rat die erste bedeutende Gelegenheit, zu zeigen, dass wir uns jetzt auf Strategiesubstanz konzentrieren, um zu zeigen, dass es etwas bringt. Ich möchte mich ganz kurz auf die drei Hauptbereiche konzentrieren, die im Brennpunkt stehen werden.

Erstens der Klimawandel. Ein Europäischer Rat eine Woche vor Abschluss des Kopenhagen-Gipfels ist sicherlich zeitlich gut geplant. Die Europäische Union hat sich selbst als aktiver Pionier in Sachen Klimawandel gezeigt. Wir waren die Ersten, die gezeigt haben, dass Emissionsberechtigungen funktionieren können. Wir waren die Ersten, die ein verbindliches, schwieriges Ziel für die Emissionsbegrenzungen vorgelegt haben.

Wir sind bei der Definition, wie die Entwicklungsländer einen echten Beitrag zur Finanzierung der Kosten des Klimawandels in den Entwicklungsländern leisten können, in führender Position.

Aber so wie die Vorbereitungen für die Kopenhagener Konferenz zum Ende kommen, wächst der Druck. Wir müssen geeint bleiben und uns weiter auf unser Ziel, die weltweiten Emissionen zu beschränken und die notwendige Finanzierung zu ermöglichen, konzentrieren; das ist unsere Aufgabe. Wir müssen klar sagen, dass das nicht nur eine Aufgabe für Europa sein darf: wir brauchen andere, insbesondere große Wirtschaften, die auch zu ehrgeizigen Zielen beitragen.

Was sollten die wichtigsten Botschaften des Europäischen Rates sein? Erstens, dass wir in Kopenhagen eine ehrgeizige und bedeutsame Vereinbarung erreichen wollen, die zuallererst das 2°C-Ziel festschreibt. Das ist unentbehrlich. Manchmal sehen wir Politiker und Diplomaten verhandeln. Sie können miteinander verhandeln – wir können miteinander verhandeln – aber wir können nicht mit der Wissenschaft verhandeln. Wir können nicht gegen die Wissenschaft der Natur verhandeln. Wir können nicht gegen den wissenschaftlichen Rat verhandeln, und das ist das Minimum: eine Vereinbarung zu erzielen, die mit dem 2°C-Ziel übereinstimmt. Also müssen wir reale und effektive Emissionsverringerungsziele für Industrieländer sowie bedeutende Maßnahmen von Entwicklungsländern, insbesondere den am schnellsten wachsenden Schwellenländern festlegen. Dies muss außerdem umfassend sein und den Themenkreis des Fahrplans von Bali abdecken.

Zweitens: selbst wenn es in Kopenhagen leider nicht möglich sein sollte, einen neuen Vertrag abzuschließen, muss ein operatives Abkommen auf der Grundlage echter Verpflichtungen aller Seiten getroffen werden, zu dem alle Hauptbeteiligten beitragen und das auf der höchsten politischen Ebene vereinbart wird. Wir brauchen einen klaren, einfachen politischen Text, der zeigt, dass wir uns von Gesprächen über den Umgang mit dem Klimawandel hin zu tatsächlichen Taten bewegen. Und es sollte deutlich sein, dass dieser so schnell wie möglich in einen vollwertigen Vertrag umgewandelt wird.

Die Vereinbarung sollte klar sein. Das bedeutet, dass konkrete einzelne Zahlen zur Verringerung der Emissionen und ein detailliertes Finanzpaket zur Unterstützung von Entwicklungsländern sowohl für die Entwicklung von Abmilderungsprogrammen wie zur Anpassung an den Klimawandel festgelegt werden. Insbesondere wird eine schnelle Anfangsfinanzierung sehr wichtig sein.

Schließlich habe ich das Gefühl, dass die Beteiligung der Staatschefs von zentraler Bedeutung sein wird, da dies schwierige Entscheidungen sind, die auf oberster Regierungsebene getroffen werden müssen. Ich freue mich zu hören, dass nach der Einladung von Premierminister Rasmussen bereits mindestens ca. 65 Staats- und Regierungschefs planen, nach Kopenhagen zu kommen. Ich selbst werde anwesend sein.

Ein weiterer Schlüsselbereich ist das Stockholm-Programm im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Die Menschen wollen in einer Europäischen Union leben, die wohlhabend und friedlich ist, in der ihre Rechte geachtet werden und ihre Sicherheit geschützt wird. Sie wollen frei reisen und zeitweise oder ständig in ein anderes europäisches Land ziehen können, um zu studieren, zu arbeiten, eine Familie zu gründen, ein Unternehmen zu gründen oder sich zur Ruhe zu setzen.

Wir haben in den letzten 10 Jahren viel erreicht. Die Aufhebung der Kontrollen an den Binnengrenzen im Schengen-Raum ermöglicht über 400 Millionen Bürgern aus 25 Ländern Reisen ohne Grenzkontrollen von der Iberischen Halbinsel bis zu den Baltischen Staaten, von Griechenland bis Finnland.

Jetzt gibt uns der Vertrag von Lissabon eine neue Gelegenheit zum Vorankommen. Wir alle wissen, dass Freiheit, Sicherheit und Justiz durch den Vertrag bedeutende Änderungen erfahren werden. Er bringt diesen Strategiebereich voll in den Geltungsbereich unserer normalen Verfahrensweisen. Er klärt, welche Maßnahmen ergriffen werden können und insbesondere erweitert er den demokratischen Rahmen für diese Strategien durch die volle Beteiligung Ihres Parlaments.

Das Stockholmer Programm, das größtenteils auf Beiträgen und Vorschlägen der Kommission basiert, wird großen Anteil daran haben, dass dies geschieht. Dies sollte die Bedingungen schaffen für ein umfassendes, effektives Aktionsprogramm, das zu echten Änderungen und echtem Nutzen für unsere Bürger führt.

Das Programm muss, so wie es vom Europäischen Rat ausgeht, die übergeordneten Prioritäten für Justiz und Inneres für die folgenden Jahre festlegen und zeigen, wie sie praktisch umgesetzt werden. Effektivere Achtung der Grundrechte; besserer Zugang zur Rechtspflege; entschiedenere Maßnahmen gegen das organisierte Verbrechen, Menschenhandel und Terrorismus; effektives Management von Wanderungsbewegungen – all dies sind Bereiche, in denen das Stockholmer Programm eine Reihe konkreter Schritte vorlegen sollte. Ebenso wird ein starker Ansatz zu unseren Drittländerpartnern benötigt. Ich bin entschlossen, dies zu verfolgen, während wir zusammenarbeiten, um unsere globalen Interessen zu stärken.

Und schließlich müssen wir uns weiterhin auf die Bekämpfung der Wirtschaftskrise konzentrieren. Die Maßnahmen der Europäischen Union haben im letzten Jahr viel bewirkt. Jetzt müssen wir unsere Entschlusskraft und unseren Orientierungssinn beibehalten. Wir müssen unsere Konjunkturmaßnahmen genau überwachen, insbesondere da die Arbeitslosigkeit immer noch zunimmt. Der Erhalt der Arbeitsplätze der Menschen und die Wiedervermittlung derjenigen, die ihre Arbeitsplätze verloren haben, muss oberste Priorität haben.

Außerdem müssen wir beginnen, eine Nachkrisen-Agenda aufzustellen, um die neuen Wachstumsquellen zu nutzen und neue Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Die Agenda, die wir in der Strategie für 2020, dem Konsultationspapier, das die Kommission gestern ausgegeben hat, umrissen haben. Ich freue mich sehr auf die Gedanken des Parlaments und darauf, Ihre Ansichten in das endgültige Dokument aufzunehmen.

Der Europäische Rat wird außerdem einen Ehrgeiztest bei dem Fortschritt mit dem Finanzaufsichtspaket bestehen müssen. Ich weiß, dass das Parlament auch dieses Ziel teilt und ich bitte Sie dringend, mit dem Rat zusammenzuarbeiten, damit bis Mitte 2010 die endgültige Annahme erfolgt und die effektiven neuen Behörden bis Ende 2010 eingerichtet werden können.

Abschließend möchte ich sagen, dass der Klimawandel, Freiheit, Sicherheit und Justiz, und die Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise drei Bereiche sind, die sich auf die Bürger jeden Tag ihres Lebens auswirken, und drei Bereiche, in denen der Europäische Rat zeigen kann, dass der Vertrag von Lissabon tatsächlich ein neues Kapitel in der Geschichte des europäischen Projektes aufgeschlagen hat.

Um bedeutsame Ergebnisse zu erzielen, müssen wir partnerschaftlich zusammenarbeiten – in Partnerschaft zwischen der Kommission und dem Parlament, dem ich für die ständige Unterstützung der politischen Ziele, die die Kommission in diesen Bereichen vorgelegt hat, dankbar bin; in Partnerschaft mit dem schwedischen Ratsvorsitz, dem ich wirklich zu der geleisteten harten Arbeit gratuliere; und in Partnerschaft mit unseren dänischen Freunden, die die Kopenhagen-Konferenz vorbereiten.

Lassen Sie uns aus dem, was vor uns liegt, das Beste machen. Lassen Sie uns zum gemeinsamen europäischen Wohl zusammenarbeiten. Die Kommission und ich selbst sind bereit, die Herausforderungen anzunehmen. Ich bin mir sicher, dass dieses Parlament mit seinen durch den neuen Vertrag gestärkten Möglichkeiten auch Verantwortung und sein Engagement für das Europa der Bürger zeigen wird.

Joseph Daul, im Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hier sind wir also endlich.

Die Staats- und Regierungschefs haben Herman Van Rompuy als ersten Präsidenten des Europäischen Rates und Catherine Ashton als Hohe Vertreterin gewählt. Vielen Dank an Fredrik Reinfeldt, den letzten Premierminister, der den rotierenden Vorsitz des Europäischen Rates innehat. Vielen Dank, dass Sie einen Konsens erzielt haben mit zwei Personen, die die schwere Last der neuen Funktionen, die der Vertrag von Lissabon geschaffen hat, tragen werden.

Heute in diesem Plenarsaal möchte ich die einleitenden Erklärungen des Präsidenten Van Rompuy loben, für den, ich zitiere: „das Bild des Rates aus seinen Ergebnissen geformt wird“, und der einen schrittweisen Ansatz befürwortet. Mit dieser Methode – die ich als die Jean-Monnet-Methode bezeichnen würde, eine Art, effektiv zu handeln, ohne politisch zu posieren – findet sich die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) zurecht. Diese Methode hat es geschafft, uns von den gestrigen Konflikten zum heutigen Austausch zu bringen. Diese Methode hat uns von langer Warterei an den Grenzen zum Schengen-Raum gebracht, von schwankenden Wechselkursen zu einem stabilen Euro. Tatsächlich ist durch diese schrittweise Integration Europas beträchtlicher Fortschritt erzielt worden, den niemand leugnen kann.

Und, meine Damen und Herren, ich möchte Sie vor der oberflächlichen Kritik warnen, die wir in den letzten Tagen gehört haben. Ich denke insbesondere an diejenigen, die, nur um eine witzige Bemerkung zu machen, sich selbst durch unverantwortliche Erklärungen in Verruf gebracht haben.

Wie alle anderen auch hegen die Abgeordneten der PPE-Fraktion Träume, aber der Unterschied zwischen uns und anderen ist, dass wir uns darum bemühen, diese Träume Realität werden zu lassen. Dies haben wir mit der Integration Europas erreicht, wir haben es mit der Wiedervereinigung erreicht und wir haben es auch mit dem Vertrag von Lissabon erreicht, der uns trotz seiner Unzulänglichkeiten in der richtigen Richtung voranbringen wird. Dies, meine Damen und Herren, ist es, was die Europäer erwarten, und keine sensationellen und kurzlebigen Erklärungen.

Wir sind davon überzeugt, dass Präsident Van Rompuy sich mit derselben Entschlossenheit und derselben Willenskraft dieser Aufgabe widmen wird, die er in seinem eigenen Land gezeigt hat, Eigenschaften, die durch Erfolg gekrönt waren und von allen anerkannt wurden. Präsident Van Rompuy hat die volle Unterstützung der PPE-Fraktion und ich biete ihm unsere Unterstützung bei einer Aufgabe an, die zweifellos sehr schwierig sein wird.

Tatsächlich erwarte ich, dass sich der Rat entwickelt. Ich erwarte, dass er sich in eine transparentere Institution entwickelt und enger mit dem Parlament und der Kommission zusammenarbeitet. Ich erwarte, dass die Minister aufhören, den nationalen Sieg gegenüber ihren Partnern zu verkünden, wenn sie gerade aus Brüssel zurückgekehrt sind, und aufhören, Europa für alles verantwortlich zu machen, das schiefgeht. Und schließlich erwarte ich vom Rat, dass er aufhört seinen Standpunkt abhängig davon zu ändern, wer sein Präsident ist. Zusammen mit der PPE-Fraktion erwarte ich all dies von dem ersten ständigen Präsidenten des Rates. Frau Malmström, dies gilt nicht für Sie, da Sie bereits von Ihrem Land als Kommissarin ernannt wurden. Sie haben daher keine Wahl mehr; Sie müssen über Europa sprechen.

Im Namen der PPE-Fraktion gratuliere ich auch Catherine Ashton, der neuen Hohen Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission „Barroso I“. Wir begrüßen ihre Ernennung und hören ihren Antworten auf unsere Fragen in der Anhörung der Kommissare nächsten Januar genau zu. Am Ende dieses Prozesses wird sie sich vollständig in ihre Pflichten als Vizepräsidentin der Kommission „Barroso II“ eingearbeitet haben.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass die Zeit der Fragen zu Einzelpersonen hinter uns liegt und dass wir uns endlich mit vollem Seelenfrieden den grundlegenden Fragen widmen können. Wir wissen, dass im Dezember zwei Hauptthemen den Europäischen Rat dominieren werden. Das erste ist das wiedereinsetzende Wachstum, das nicht ohne eine Wiederbelebung des Arbeitsmarktes vonstatten gehen darf. In dieser Hinsicht erwarten wir konkrete Maßnahmen vom Europäischen Rat.

Das zweite Thema ist der Klimawandel. Jeder weiß, dass der Rat in der Mitte des Kopenhagener Gipfels sitzen wird, der nicht nur politische Ziele, sondern auch messbare Verpflichtungen ergeben sollte. Das ist unentbehrlich. Der erste Europäische Rat, der nach dem Vertrag von Lissabon abgehalten wird, muss es Europa erlauben, seine volle Rolle zu spielen. Daher hoffe ich, dass er in der Lage sein wird, seinen Einfluss zu nutzen und seine Standpunkte mit größerer Entschiedenheit zu vertreten als in der Vergangenheit.

Martin Schulz, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Verehrte abwesende Kolleginnen und Kollegen, liebe anwesende Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Tagen nach dieser Tagung des Europäischen Rates viel über Personen und über Posten diskutiert. Ich will das heute auch noch einmal an Ihre Adresse richten, Herr Kommissionspräsident. Es ist wichtig, dass man über Personen und Positionen diskutiert. Unsere Fraktion hatte, was die Posten angeht, eine klare Priorität. Wir haben gesagt, wir wollen als zweitstärkste Fraktion in diesem Haus, dass der zweite Posten in der Kommission, das ist der Hohe Beauftragte, oder die Hohe Beauftragte, in der Funktion als Vizepräsidentin der Kommission, von unserer Partei gestellt wird, weil wir der Auffassung sind, dass auch die Kommission – die ja kein Neutrum, sondern ein politisches Organ ist – die realen Verhältnisse in diesem Parlament widerspiegeln sollte. Das ist gelungen, dafür haben wir sehr gekämpft. Ich weiß, dass Sie auch dafür gekämpft haben, dafür möchte ich mich – bei aller Kritik, die ich sonst in diesem Hause an Ihnen übe – ausdrücklich bedanken.

Dies ist ein gutes Signal, weil damit signalisiert wird, dass der Anspruch, den wir als Sozialdemokraten in diesem Haus erheben, von Ihnen ernst genommen wird, denn wir haben ja noch eine Strecke bis zur Endabstimmung über die Kommission zu gehen. Wir erwarten auch, dass die Struktur bei den Portfolios, die Sie für die einzelnen Kommissarinnen und Kommissare gestalten werden, das widerspiegelt, was nach meinem Dafürhalten viel wichtiger ist als die Debatte über Posten und Personen, nämlich die Inhalte, die Herausforderungen, mit denen diese Personen konfrontiert sind.

Na klar sind wir froh, dass Cathy Ashton jetzt die Position der Hohen Beauftragten hat, und über Herrn Van Rompuy ist genug gesagt worden, dem schließe ich mich an. Aber viel wichtiger ist, dass wir die Frage stellen: Welche Aufgaben haben diese Leute eigentlich zu bewältigen? Ich glaube nicht, dass die Bürgerinnen und Bürgern in Europa ein großes Interesse daran haben, in welcher Form jetzt Herr Van Rompuy oder Frau Ashton ausgewählt wurden. Aber die Frage, ob wir die Arbeitslosigkeit bewältigen können, die in Europa ansteigt und nicht etwa sinkt, ist eine wichtige Frage. Die Frage, ob der Klimawandel tatsächlich noch zu beherrschen ist, ob Kopenhagen ein Flop oder ein Erfolg wird, das interessiert die Menschen. Übrigens nicht genug! Meiner Meinung nach wird nicht genug über den Klimawandel diskutiert. Es wird auch nicht genügend darüber diskutiert, dass zum Beispiel in der Bewältigung des Klimawandels, in der Investitionen in eine umweltfreundliche Technologie in der Industrie enorme Arbeitsplatzpotenziale stecken, dass also *Green*

Technology ein Projekt der Zukunft ist, dass Industriepolitik und Umweltschutz sich eben nicht ausschließen müssen, sondern miteinander kombiniert werden.

Sie haben bei den Vorstellungen, die Sie – was die Struktur der Kommission angeht – bisher hier vorgetragen haben, in eine richtige Richtung argumentiert. Das ist eine Aufgabe, die in Kopenhagen zu bewältigen ist, ebenso wie die weltweite Gesundheitspolitik, die Frage, ob Europa solidarisch mit einem sterbenden Kontinent – wie zum Beispiel Afrika ist, die Aids-Bekämpfung, die Frage der Ressourcenerschließung für die Zukunft. Kann die energetische Sicherheitsproblematik Europas friedlich gelöst werden? Oder drohen uns auch an den Grenzen Europas verschärfte Konflikte wegen der Beschaffung von Gas, von Erdöl und anderen Rohstoffen? Das ist eine Aufgabe, die eine Hohe Repräsentantin der Europäischen Union anpacken muss. Die Frage der Beherrschung der Finanzmärkte ist ein vorrangiges Ziel gerade der europäischen Politik, denn der allergrößte Skandal ist, dass mitten in der Phase, in der die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Europa die Folgekosten der Krise weiterhin schultern müssen, das Kasino schon wieder geöffnet ist und die Zocker wieder weltweit unterwegs sind. Das erfordert keine Debatte über die Verteilung von Posten, sondern klare Regeln für die Finanzmärkte in der Europäischen Union. Das ist viel wichtiger!

(Beifall)

Deshalb sage ich: Ja schön, Herman Van Rompuy ist gewählt – an die Arbeit! Cathy Ashton ist gewählt, an die Arbeit! Und die Kommission muss jetzt zusammengestellt werden. Ich wiederhole deshalb abschließend noch einmal an die Adresse von Herrn Barroso: Wir haben als Sozialdemokraten mit Ihnen über unsere Vorstellungen diskutiert. Eine Forderung wurde zu unserer Zufriedenheit erfüllt, nämlich die Position des Hohen Beauftragten. Wir gehen davon aus, dass die ökologische, die soziale, die finanzpolitische Struktur Ihrer Kommission so sein wird, wie wir sie als Sozialdemokraten von Ihnen verlangen, am besten unter der Führung sozialdemokratischer Kommissare, dann kann Ihnen auch nichts passieren.

Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich werde nicht zu den Ernennungen von letzter Woche zurückkehren. Lassen Sie mich einfach sagen, dass es eine gute Nachricht gab und dass es eine schlechte Nachricht gab. Die schlechte Nachricht war, dass kein Liberaler auf dem Sitz des Präsidenten saß, aber die gute Nachricht war, dass es ein Belgier war. Wie der Präsident der Kommission gesagt hat, ist Belgien tatsächlich ein Land mit einem allgemeinen Konsens, und zwar auf jeden Fall über europäische Angelegenheiten und über die Zukunft Europas.

Also Herr Barroso, jetzt hoffen wir, dass wir so bald wie möglich eine neue Kommission haben werden. Ich hoffe, dass darin eine große Anzahl liberaler Kommissare sein wird – manche sagen, es gibt zu viele, aber für mich wären 50 % in Ordnung! Ich denke, dass fast ein Drittel liberale Kommissare eine gute Zahl wäre. Egal, ich bin sehr erfreut über die acht liberalen Kommissare, die als Kandidaten für die Kommission vorgestellt wurden, davon sind vier Frauen, also gibt es einen Geschlechterausgleich bei der liberalen Beteiligung an der Kommission.

Bezüglich der Prioritäten denke ich, dass es drei Hauptprioritäten für die nächsten Tage und Wochen gibt. Als erstes Kopenhagen. Wir müssen es zu einem Erfolg führen. Ich denke, es sind noch zwei Fragen offen: wie begegnet man den Sorgen der Entwicklungsländer und wie schafft man einen Vertrag, der rechtsverbindlich ist, denn das ist die wichtigste Frage. Der Inhalt des Vertrages ist wichtig, aber noch wichtiger ist meiner Meinung nach die Rechtsverbindlichkeit desselben.

Der zweite Punkt ist das Stockholm-Programm. Für unsere Fraktion ist der wichtigste Punkt hier die Ausgeglichenheit von Sicherheit und Freiheit. Es ist offensichtlich, dass wir unsere Bürger gegen Terrorismus und organisiertes Verbrechen schützen, aber vielleicht haben wir nach dem 11.9. zu viel Gewicht auf Sicherheit und Schutz gelegt. Ich denke, dass das Stockholm-Programm – und auch die Philosophie unserer Präsidentschaft – dies wieder in Richtung der Achtung der Grundrechte und auch mehr Offenheit in der Gesellschaft ausgleichen muss. Ich denke, dass ist ein großer Anspruch und das, was das Stockholm-Programm erreichen muss. Die Ansicht unserer Fraktion, der ALDE-Fraktion, ist, dass es ehrgeiziger ist als das Tampere-Programm und das Haager Programm, aber sich mehr auf die Grundrechte der Menschen konzentriert. Es ist gut, die Sicherheit zu schützen und zu organisieren, aber dies muss ausgeglichen geschehen und unter Achtung der Grundrechte.

Die dritte große Aufgabe in den nächsten Tagen ist, wie der Präsident der Kommission gesagt hat, die Finanzaufsicht. Herr Barroso, ich denke, dass es schließlich immer klarer wird, dass wir eine einzelne europäischen Finanzaufsicht benötigen. Wir brauchen ein gutes Aufsichtsgremium für grenzübergreifende Finanzinstitutionen, das die Mikro- und die Makroaufsicht miteinander verbinden würde und sie vielleicht

so eng wie möglich mit der Europäischen Zentralbank verbinden würde – warum nicht? – und natürlich auch mit der Kommission.

Jetzt ist es wichtig, dass der Rat die vorliegenden Vorschläge nicht verkleinert. Das ist im Moment meine Sorge. Im Parlament drängen wir auf ehrgeizige Vorschläge, aber ich denke, die Versuchung geht im Rat im Moment in die entgegengesetzte Richtung. Daher denke ich, dass es absolut notwendig ist, dass es darüber ein gutes Einverständnis gibt zwischen der Kommission und dem Parlament, dazu ist es erforderlich, dass wir dem Rat sagen: dass dies ein Mitentscheidungsverfahren ist, wenn Sie also mit Vorschlägen kommen und der Rat mit Vorschlägen kommt, die den Vorschlägen der Kommission ähneln, dann funktioniert das im Parlament nicht. Wir gehen in die entgegengesetzte Richtung.

Ich denke, dass es hier im Parlament eine Mehrheit für die Richtung einer einzelnen Aufsicht gibt. Das brauchen wir in der Zukunft, und ich denke, dass dies eine wichtige Botschaft für Sie und die Präsidentschaft ist, denn es wird sicherlich am 10. und 11. Dezember, wenn der nächste Europäische Rat stattfindet, eine große Diskussion geben.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident! Sie werden verstehen können, dass ich mich als Chefin einer Fraktion in diesem Haus natürlich auch freue, dass es uns Frauen geglückt ist, den Frauen an der Spitze der Europäischen Union jetzt insgesamt mehr Sichtbarkeit zu verschaffen. Wir legen aber Wert darauf, dass es nicht nur zahlenmäßig eine Berücksichtigung von Frauen gibt. Sie können sicher sein, wir werden Sie dabei unterstützen, diese Frauen auch in einflussreiche Positionen innerhalb der Kommission zu bringen. Wir wollen nicht nur eine Pro-forma-Berücksichtigung.

Es hat ja zu den Personalien der Topjobs, zu Herman Van Rompuy und Lady Ashton, eine Menge Presse gegeben. Lady Ashton ist diesem Haus besser bekannt als Herman Van Rompuy. Wir werden sie in den Anhörungen jetzt noch besser kennenlernen. Ich würde Ihnen empfehlen: Schlagen sie Herman Van Rompuy vor, freiwillig in die Fraktionen dieses Hauses zu gehen, sich bekannter zu machen. Die Belgier sind sehr stolz auf ihn, das höre ich von überall. Warum dann nicht eine freiwillige Debatte mit den Fraktionen dieses Hauses, um zu Beginn seiner Amtszeit besser miteinander ins Gespräch zu kommen?

Das war der Blick zurück auf die letzte Woche. Der nächste Gipfel steht ja unmittelbar bevor. Ich finde nicht, Martin Schulz, dass wir zu wenig über Kopenhagen diskutieren. Wir ziehen zu wenig konsequente Schlüsse aus unseren Diskussionen. Dieses Parlament wird in dieser Woche über eine Entschließung abstimmen, in der alles steht, was für Kopenhagen richtig wäre, wenn man der UNO oder der Wissenschaft traut. Die Europäer haben sich aber von diesen Empfehlungen im Laufe der Zeit mehr und mehr zurückgezogen. Meine Analyse des Kernproblems dahinter ist immer wieder, dass der Klimaschutz als Last empfunden wird und dass man die Chancen, die in einer konsequenten Klimapolitik liegen, nicht erkennt.

Ein anderer Tagesordnungspunkt für den nächsten Gipfel ist die Lissabon-Strategie. Die Lissabon-Strategie hat eigentlich schon lange auch die Aufgabe, nachhaltige Entwicklung voranzubringen. Wir haben das aber nicht geschafft. Die unterschiedlichen Säulen dieser Lissabon-Strategie sind immer unterschiedlich gewichtet worden. Umwelt, soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit sind immer zulasten von alten, meiner Meinung nach überkommenen industriepolitischen, wirtschaftspolitischen, sogar forschungspolitischen Prioritäten an den Rand gedrängt worden. Wenn Sie jetzt vorhaben, beim nächsten Gipfel zu entscheiden, dass wir im Frühjahr die revidierte Lissabon-Strategie verabschieden, fehlt uns Zeit für eine Analyse der Schwächen einer meiner Meinung nach gescheiterten Lissabon-Strategie. Warum sind wir denn in die tiefste ökonomische Krise hineingeraten? Warum haben wir so viele soziale Probleme, Arbeitsmarktprobleme in der Europäischen Union? Die Lissabon-Strategie vorzubereiten, die Revision ohne sorgfältige Reflexion, ohne Selbstkritik, ohne einen echten Konsultationsprozess – wie er von Gewerkschaften und auch der *Social Platform* eingefordert wird – vorzunehmen, halten wir für nicht gut, denn diese Lissabon-Strategie ist für uns alle, für die Perspektive der Union sehr wichtig.

Zum Schluss zum Stockholm-Programm. Es klingt wie viele der großen Programme gut, was immer wieder dazu gesagt wird, was sich in den allgemeinen Erwägungen befindet. Aber meine Fraktion hat den Eindruck, dass die Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit in eine Schieflage gerät. Wir sind mit dieser Entwicklung nicht einverstanden, und wir machen das aktuell an dem Umgang mit SWIFT fest. Es ist ein großer Fehler gewesen, dass wir SWIFT nicht auf diese Tagesordnung gesetzt haben. Sie, Herr Barroso, versuchen, dieses provisorische SWIFT-Abkommen unter Missachtung von Datenschutzbedenken am Parlament vorbei zu entscheiden. Das ist ein Beleg dafür, dass die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zurzeit nicht in Ordnung ist.

Timothy Kirkhope, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Als Erstes möchte ich Herrn Van Rompuy und Baronin Ashton alles Gute in ihren neuen Funktionen wünschen, und ich hoffe, dass sie Beispiele für ihre Posten schaffen werden, die sich halten werden.

Wenn der Europäische Rat einen semipermanenten Präsidenten haben wird, sollte dies jemand sein, der eine zurückhaltende, praktische Methode nutzt, um zu einem Konsens unter den Mitgliedstaaten zu gelangen, wo dies möglich und wünschenswert ist. Wenn wir eine verstärkte Hohe Vertreterin für Auswärtige Angelegenheiten haben werden, sollte deren Hauptaufgabe darin bestehen, bei der Koordinierung der gemeinsamen Strategien, da wo es gemeinsame Ziele gibt, eng mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten.

Diese Ernennungen sollten eine Gelegenheit sein, ein- für allemal mit der Alptraumvorstellung einer zentralisierten und bürokratischeren europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aufzuräumen, um Platz zu machen für eine, die auf bereitwilliger Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten basiert.

Insbesondere die Ernennung von Baronin Ashton als gegenwärtig tätige Kommissarin muss für Präsident Barroso eine Quelle besonderer Freude gewesen sein, auch wenn dies keine Gelegenheit für die Kommission sein sollte, mehr Macht in ihren Händen zu halten, anstatt in den Händen der demokratischen Institutionen Europas.

Aber nachdem sich die Europäische Union ein Jahrzehnt lang wie besessen um ihre eigenen Institutionen gekümmert hat, muss sie sich jetzt wieder um ihre Aufgaben kümmern. Es wird oft gesagt, dass die Bürger unserer Mitgliedstaaten Europa nicht verstehen, und dass es, wenn sie dies täten, beliebter wäre. Aber das geht an dem Kern der Sache vorbei. Unsere Bürger verstehen die Selbstbespiegelung Europas nur zu gut. Was sie nicht verstehen, ist, warum so viel Zeit, Anstrengungen und Ressourcen für institutionelle Prozesse aufgewendet werden und so wenig für politische Ergebnisse, die tatsächlich Änderungen in ihrem Leben bewirken könnten.

Unsere Bürger können sehen, dass unsere Wirtschaften in der Krise sind, dass die Arbeitslosigkeit zunimmt, dass die Unternehmen mehr Schwierigkeiten haben, Wachstum zu schaffen, dass das Klima schlechter wird und dass andere Teile der Welt dramatisch und verstärkt an Wettbewerbsfähigkeit zunehmen.

Wenn sie sich aber Europa zuwenden, finden sie eine Union, die Jahre mit diesen institutionellen Zankereien verbracht hat. Weshalb sollten sie sich für die Einzelheiten der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit interessieren, wenn sie ihre Arbeit verloren haben? Weshalb sollten sie sich für die Komplexitäten der Mitentscheidung interessieren, wenn ihre Kinder einer unsicheren Zukunft gegenüberstehen?

Ich hoffe, dass die Ernennungen letzte Woche einen Schlussstrich unter diese Jahre der Selbstbeobachtung gezogen haben. Die Europäische Union muss vorangehen und sich auf die echte Arbeit konzentrieren, die vor uns liegt, indem sie dynamische und wettbewerbsfähige Wirtschaften aufbaut und starke globale Handelssysteme schafft und besonders in den kommenden Wochen eine wirklich effektive Vereinbarung zum Klimawandel erzielt.

Ich gebe zu, dass die Worte des schwedischen Ratsvorsitzes und von Präsident Barroso in dieser Hinsicht ermutigend sind. Lassen Sie uns hoffen, dass die praktische Umsetzung in anderen Bereichen, die für alle unsere Bürger lebensnotwendig ist, jetzt folgen kann.

(Der Redner stimmt zu, eine Frage mit einer blauen Karte nach Artikel 149 Absatz 8 zu beantworten)

John Bufton (EFD). – Herr Präsident! Nach den schönen Worten, die Herr Kirkhope zu unserer Lage geäußert hat, möchte ich ihn Folgendes fragen: haben Sie nicht das Gefühl, dass Sie dem britischen Volk ein Referendum vorenthalten haben, das David Cameron im Vereinigten Königreich versprochen hat? Sie sind jetzt ohne Mandat hier und die Quintessenz ist, dass die Menschen des Vereinigten Königreichs und der größten Teile von Europa zu Lissabon kein Mitspracherecht hatten.

David Cameron sollte sich schämen. Was die Konservativen in diesem Plenarsaal angeht, stimmen sie immer ab, indem sie grün, grün, grün drücken. Sie sind immer dafür, dafür, dafür. Sie sind pro EU. Ich denke, jetzt ist die Zeit, dass Sie reinen Tisch machen und den Menschen daheim erzählen, wo Sie wirklich stehen.

Timothy Kirkhope (ECR). – Herr Präsident! Es tut mir leid, dass die Innenpolitik des Vereinigten Königreichs heute morgen die Herrschaft übernommen zu haben scheint. Was ich klarstellen möchte, ist, dass ich mich für nichts schäme, das der Vorsitzende der konservativen Partei sagt oder tut, und insbesondere ist es uns allen klar, dass wir immer angedeutet haben, dass wir den Vertrag von Lissabon, wenn er nicht ratifiziert

worden wäre, dem britischen Volk zur Wahl gestellt hätten. Ich denke, dass dies für uns eine ehrbare Position ist.

Ich denke, dass diejenigen, die in Bezug zu Europa über irrealer Ziele sprechen, die, die auf extreme und zwanghafte Weise sprechen, genau den Menschen, über die ich in meiner Rede gesprochen habe – den Bürgern nicht nur von Europa, sondern den Bürgern meines Landes, die Wohlstand, die Sicherheit in ihrem Leben und der Zukunft wollen –, nichts Gutes tun. Diese institutionelle Nabelschau geschieht bei diesen Menschen genauso wie bei all den Institutionen in Europa.

Lothar Bisky, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – Herr Präsident! Die beiden Kandidaten begrüßen wir auch im Namen der GUE/NGL-Fraktion. Wir begrüßen vor allem, dass eine Frau gewählt wurde. Wir gehen davon aus, dass sich die beiden Kandidaten für die hohen Ämter nicht nur inhaltlichen Aufgaben stellen, sondern einen kooperativen Stil gerade gegenüber dem Parlament pflegen werden.

Vom Rat erwarten wir, dass er sich stärker mit den sozialen Fragen der Krise befasst und die richtigen Schlussfolgerungen zieht. Bisher ist es so, dass den Bankern Milliarden zur Verfügung gestellt werden, den kleinen Leuten aber wird kaum geholfen. Martin Schulz hat ja Recht: Das Kasino arbeitet wieder, zugleich wachsen Armut – besonders Kinderarmut – und Arbeitslosigkeit.

Der Krise sind in Europa vier Millionen Arbeitsplätze zum Opfer gefallen. Laut Berichten der Kommission kann sich diese Zahl im kommenden Jahr auf sieben Millionen erhöhen. Wir wissen, dass solche Schätzungen oft noch unter den realen Zahlen liegen, z.B. sind 1,5 Millionen Menschen in Deutschland in Kurzarbeit. Das darf man nicht unterdrücken.

Steigende Arbeitslosigkeit und Armut aber sind die Vorboten immer größerer Chancenungleichheit. Das betrifft ganz stark die Bildungschancen. Auch darüber muss man reden. Die Frage, die sich daraus ergibt: Finden die Staats- und Regierungschefs Wege aus der Krise, die den europäischen Integrationsgedanken mit sozialen Fortschritten verbinden, die für die Menschen auch konkret erlebbar werden? Statt Ausstiegsstrategien aus den Konjunkturprogrammen und Zwang zur Haushaltskonsolidierung ist Politikwechsel nötig. Dazu drei Bemerkungen: Erstens erwarten wir vom Rat eine Positionierung zu den Plänen für die 2020-Strategie, zu jener Strategie, die die gescheiterte Lissabon-Strategie ersetzen soll. Innovation und Wissen, Kampf gegen Ausgrenzung, grüne Wirtschaftsstrategien, digitales Europa – als Schlagwortkatalog klingt das nicht schlecht. Aber konkrete Vorschläge zur Umsetzung müssen dringend folgen.

Zweitens: Der Rat muss sich endlich auf strenge Kontrollsysteme für die Finanzmärkte einlassen. Wie er das mit den vorhandenen Verträgen in Übereinstimmung bringen kann, dazu habe ich noch eine Reihe berechtigter Fragen, denn teilweise werden ja alle Einschränkungen der Freiheit des Kapitals- und Zahlungsverkehrs verboten und sind nicht besonders erwünscht. Also wie Sie das machen, interessiert uns schon.

Drittens will ich noch einmal betonen, dass vom Rat ein klares Signal nach Kopenhagen für ein verbindliches Klimaschutzabkommen ausgehen muss. Unverbindliche Selbstverpflichtungen haben noch nie zum gewünschten Ziel geführt.

Nigel Farage, *im Namen der EFD-Fraktion.* – Herr Präsident! Sie sind heute Morgen alle sehr pessimistisch. Ich dachte, dies würde ein großer, stolzer Moment werden! Es hat Sie achteinhalb Jahre des Schikanierens, der Lügen, des Ignorierens von demokratischen Referenden gekostet. Achteinhalb Jahre hat es gedauert, bis dieser Vertrag durchgebracht wurde, und am 1. Dezember werden Sie ihn haben.

Natürlich wollte der Architekt all dessen, Giscard, dass die Europäische Union durch diesen Verfassungsvertrag zu einer großen, globalen Stimme findet, aber ich fürchte, die Staatschefs haben kollektiv ihre Nerven verloren. Sie haben entschieden, dass sie ihre Gesichter auf der Weltbühne sehen wollen, und nicht jemanden aus der Europäischen Union, und daher wurden ein paar politische Pygmäen ernannt.

Die Frage von Kissinger, wen man in Europa anrufen muss, ist nicht so richtig beantwortet worden, oder? Ich denke, die Antwort kann nur sein, Herr Barroso, denn er ist der einzige, von dem irgendwer in der Welt schon gehört hat, und er ist wahrscheinlich der große Gewinner bei diesen Posten. Kein Wunder also, Herr Barroso, dass Sie so glücklich aussehen heute Morgen.

Und wir haben einen neuen Präsidenten von Europa, Herman Van Rompuy. Das geht einem nicht so ganz einfach über die Zunge, oder? Ich kann ihn mir nicht vorstellen, wie er den Verkehr in Peking oder Washington aufhält. Ich zweifle, dass irgendwer in Brüssel ihn überhaupt erkennen würde. Und trotzdem wird ihm ein Gehalt gezahlt werden, das größer ist als das von Obama, was Ihnen alles Wichtige über diese europäische politische Klasse sagt, und wie sie sich um sich selbst kümmern.

Aber wenigstens ist er ein gewählter Politiker, im Gegensatz zu Baronin Cathy Ashton, die eine wahre Darstellung der modernen politischen Klasse ist. In bestimmter Hinsicht ist sie optimal, oder? Sie hat nie eine echte Arbeit gehabt und sie ist in ihrem Leben nie zu irgendwas gewählt worden. Daher denke ich, dass sie für diese Europäische Union perfekt ist.

(Der Präsident bittet den Redner zum Ende zu kommen)

Sie ist nie zu irgendetwas gewählt worden und niemand weiß, wer sie ist! Selbst der Premierminister sprach von Baronin „Ashdown“ anstatt von Ashton. Ich will sagen, niemand hat je von ihr gehört. Sie ist sogar noch weniger bekannt als Herman Van Rompuy! Ich will sagen, das erfordert doch schon etwas, oder?

Sie ist ohne Spuren aufgestiegen. Sie ist Teil dieses postdemokratischen Zeitalters. Sie hat gut geheiratet: sie hat einen Berater, Freund und Unterstützer von Tony Blair geheiratet und wurde ins Oberhaus befördert. Als sie im Oberhaus war, hat sie eine große Aufgabe erhalten, nämlich den Vertrag von Lissabon durch das Oberhaus zu bekommen, und zwar indem sie vorgab, dass er nichts mit der EU-Verfassung zu tun hätte. Also ist sie gut darin, das Gesicht nicht zu verziehen, und sie hat alle Versuche im Oberhaus, dem britischen Volk ein Referendum zu verschaffen, energisch zerschmettert.

Nun ist sie also hier: hat sich nie um ein öffentliches Amt beworben, hatte nie eine echte Arbeit, und nun kriegt sie einen der obersten Posten in der Union. Ihre Ernennung ist eine Peinlichkeit für Großbritannien.

(Zwischenruf aus dem Plenarsaal)

Nun mein Herr, wenigstens bin ich gewählt worden, im Gegensatz zu ihr! Sie ist nicht gewählt worden, und die Menschen haben nicht die Möglichkeit, sie abzuwählen.

Aber hören Sie nur das nächste. Es gibt etwas noch ernsteres als das. Cathy Ashton war ein aktives Mitglied der Kampagne für Nukleare Abrüstung. Tatsächlich war sie die Schatzmeisterin der Kampagne für Nukleare Abrüstung in dem Zeitraum, als die Kampagne für Nukleare Abrüstung sehr große Spenden annahm und sich weigerte, deren Quellen anzugeben. Was wir wissen, ist, dass diese Spenden von einem Mann namens Will Howard erfolgten, der ein Mitglied der Kommunistischen Partei in Großbritannien war. Leugnet Baronin Ashton, dass sie, als sie Schatzmeisterin war, Gelder von Organisationen angenommen hat, die gegen den Kapitalismus und die Demokratie nach westlichem Vorbild waren? Diese Frage muss gestellt werden.

Und sind wir wirklich glücklich darüber, dass jemand, der für unsere auswärtige Sicherheitspolitik verantwortlich sein wird, vor ein paar Jahren Aktivist in einem Verein wie der Kampagne für Nukleare Abrüstung war? Wenn wir wirklich dieser Meinung sind, dann müssen wir uns ehrlich gesagt untersuchen lassen! Ich denke nicht, dass sie eine geeignete und passende Person für diese Aufgabe ist. Sie hat keine Erfahrung und sie muss diese Fragen beantworten. Hat sie Geld von Feinden des Westens genommen? Diese Frage muss beantwortet werden.

Nun, wir haben unsere beiden Pygmäen. Bei uns werden die Langweiligen die Langweiligen führen, aber ich feiere nicht, weil sie die politische Union vorandrängen werden, während unsere Staatsscheffe, obwohl sie im Moment das Gesicht auf der internationalen Bühne gewahrt haben, doch alle unsere nationalen Demokratien verraten haben. Der europäische Staat ist hier. Wir werden aufgrund des Vertrages von Lissabon eine Lawine neuer Gesetze bekommen, und es steht meiner Meinung nach außer Frage, dass es ein vollständiges, freies und faires Referendum im Vereinigten Königreich geben muss, um zu entscheiden, ob wir in dieser Union bleiben wollen oder nicht. Ich hoffe und bete, dass wir für einen Austritt stimmen, aber egal wie, das Volk muss einfach gefragt werden.

(Der Redner stimmt zu, eine Frage mit einer blauen Karte nach Artikel 149 Absatz 8 zu beantworten)

Der Präsident. – Ich möchte mich gern an Herrn Farage wenden. Wir würden es sehr schätzen, wenn Sie die Stimmung etwas abkühlen könnten, denn einige Worte und Ausdrücke sind nicht immer einfach zu akzeptieren.

Edit Herczog (S&D). – Herr Präsident! Herr Farage hat gesagt, dass die Menschen, die wir letzte Woche gewählt haben, keine Menschen sind, für die der Verkehr anhalten würde. Deswegen haben wir sie gewählt – weil wir Menschen wählen wollten, die den Verkehr für alle europäischen Bürger zum Fließen bringen würden, um ein besseres Leben zu erhalten, und das werden sie tun.

Herr Van Rompuy und Frau Cathy Ashton sind für die Menschen und die 480 Millionen Europäer werden das bald erfahren. Ich denke, darum geht es. Wir müssen für sie eintreten. Wir müssen ihre persönliche Integrität retten. Und Herr Farage, ich möchte für Sie eine ungarische Redewendung zitieren. Es ist gut, dass Sie hier sind, denn wenn der Affe den Baum hochklettert, ist es einfacher, seine Kehrseite zu sehen!

Nigel Farage (EFD). – Herr Präsident! Mit Respekt, ich denke, die ehrenwerte Abgeordnete hat meine gesamte Absicht missverstanden, denn zweimal sprach sie von „den Personen, die letzte Woche gewählt wurden“. Sie wurden nicht gewählt. Darum geht es mir, und Baronin Ashton ist in ihrem gesamten Leben noch nicht in ein politisches Amt gewählt worden. Sie übernimmt ein äußerst mächtiges Amt und die Völker von Europa, von Großbritannien und anderen Ländern, haben nicht die Macht, sie zur Verantwortung zu ziehen und sie abzusetzen, und das ist es, was grundsätzlich falsch läuft in dieser ganzen Europäischen Union. Es geht überall um Bürokratie gegen Demokratie. Etwas ist furchtbar, furchtbar falsch gelaufen.

Aber darf ich bitte zurückkehren und Ihnen eine Frage stellen, Herr Präsident? Sie schienen angedeutet zu haben, dass ich etwas Unangemessenes oder Übertriebenes oder Falsches gesagt hätte. Können Sie bitte erklären, was das war? Das möchte ich wissen.

Der Präsident. – Wie Sie die Auswahl der Menschen, die so wichtig für die Europäische Union sind, beschreiben, und was Sie über das gesamte damit zusammenhängende Thema sagen, ist meiner Meinung nach völlig unpassend für die gesamte Situation.

(Proteste)

Das ist meine Meinung, Kollegen.

Nigel Farage (EFD). – Herr Präsident! Als Sie zum Präsidenten gewählt wurden, haben Sie gesagt, dass Sie als neutraler Präsident handeln würden, um sicherzustellen, dass alle Seiten in der Diskussion die Chance erhalten, zu Wort zu kommen. Wenn Sie mich zu dem politischen Inhalt meiner Rede kritisieren, kommen Sie nicht Ihrer Aufgabe als neutraler Vorsitzender nach.

Andreas Mölzer (NI). – Herr Präsident! Nach dieser Erregung vielleicht wieder ein paar sachliche Töne: Energiehungrige Schwellenländer und Energieverschwendende Industrieländer waren nicht einmal willens, das Kyoto-Protokoll umzusetzen. Ob sich jetzt also mit der Kopenhagener Konferenz etwas ändern wird, ist meines Erachtens fraglich. Fraglich ist auch der Sinn des Zertifikatehandels, wenn zwar dort Millionen hineingesteckt werden, aber die wahren Alternativen, wie erneuerbare Energien, mit *Peanuts* abgespeist werden. Und schon gar nicht darf es dazu führen, dass Atomkraftwerke als Kyoto-freundliche Alternative gefördert werden.

Das zweite dringend anstehende Krisenthema, nämlich der Subventionswettlauf rund um den schwankenden Autohersteller Opel, ist nicht weniger brisant. Vorboten wie etwa Auftragsrückgänge wurden wohl nicht ernst genug genommen, und die EU hat am Niedergang der einst blühenden Branche mit einer Flut von Vorschriften wahrscheinlich selbst mitgewirkt. Daraus müssen wir die Lehre ziehen, künftig planbare, vorhersehbare Rahmenbedingungen für alle Branchen zu schaffen, und bevor nicht ausgereifte Konzepte vorliegen, ist es unverantwortlich, europäische Steuermilliarden zuzuschießen. Da muss zumindest dafür Sorge getragen werden, dass diese nicht nach Amerika abfließen, und es müssen Rückzahlungsregeln fixiert werden.

Nicht zuletzt könnte beim anstehenden Treffen auch der Grundpfeiler für die Finalisierung des „gläsernen“ europäischen Bürgers gelegt werden. Denn mit dem Stockholmer Programm erhalten die Menschen nicht mehr Rechte, sondern weniger, denn über die Verwendung der Daten haben sie keinerlei Kontrolle. Von einem Ende der Passagierüberwachung ist keine Rede, der Streitpunkt Datenschutz ist noch immer ungeklärt, und wenn wir schon ein europäisches Asylsystem einführen, dann meines Erachtens nach den strengsten Maßstäben, etwa den dänischen.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Herr Präsident! Ich danke den Fraktionsführern für ihre sehr inspirierenden Beiträge. Die große Mehrheit, wenn auch nicht alle, scheinen wie der schwedische Ratsvorsitz erfreut zu sein, dass wir erfolgreich die beiden Ernennungen von Herman Van Rompuy und Catherine Ashton vornehmen konnten. Diese beiden Personen tragen zum Zusammenhalt, zur Stabilität und zur verstärkten Koordinierung in der Europäischen Union bei, was notwendig ist, wenn wir in der Lage sein wollen, die größten Herausforderungen zu überwinden, die über die sechsmonatigen Vorsitze hinausgehen. Ich denke, das ist sehr gut.

Wie Herr Schulz gesagt hat, werden sie jetzt nach ihrer Ernennung in der Lage sein, sich auf ihre Aufgaben zu konzentrieren und wir können diese Diskussion hinter uns lassen. Vielleicht kann die britische innenpolitische Diskussion, wenn der Vertrag von Lissabon am 1. Dezember endlich in Kraft tritt, auch außerhalb dieses Plenarsaals gelassen werden. Die EU benötigt moderne Grundregeln und der Vertrag von Lissabon wird uns diese liefern. Wir werden besser ausgerüstet sein, um uns um die größten Probleme zu kümmern, denen wir gegenüber stehen.

In der nächsten Zeit vor dem europäischen Gipfel gibt es drei wichtige Probleme, bei denen der schwedische Ratsvorsitz hofft, zusammen mit Ihnen und mithilfe der Kommission Fortschritte zu erzielen. Das Klimaproblem, bei dem wir unser Bestes tun, um eine ehrgeizige politische Vereinbarung mit einem Zeitplan zu erzielen, damit sie schließlich rechtsverbindlich werden kann. Wir werden für lange Zeit mit dem Ergebnis von Kopenhagen, und was danach kommt, leben müssen, und wir müssen unsere Gesellschaften langsam ändern, damit sie klimaintelligenter werden.

Zu den Wirtschaftsfragen: auch wenn es auf den Finanzmärkten besser aussieht, stehen uns in vielen Ländern noch hohe Arbeitslosenzahlen bevor, und das wird für unsere Wirtschaften ein bedeutendes Merkmal in den kommenden Jahren sein.

Bezüglich Herrn Verhofstadts Frage zur Aufsicht freue ich mich dennoch über den Fortschritt bei diesem Thema. Das Problem, das wir bisher mit der Finanzaufsicht hatten, ist, dass sie sich zu sehr auf einzelne Unternehmen konzentriert hat und zu wenig auf das Finanzsystem als Ganzes. Auch die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Aufsichtsbehörden hat nicht funktioniert. Mit den neuen europäischen Aufsichtsbehörden können wir dieses Problem beheben. Wie werden eine Gesamtbetrachtung und eine verstärkte Zusammenarbeit haben. Sie werden natürlich auch dem Rat und dem Europäischen Parlament rechenschaftspflichtig sein. Weitere Einzelheiten dieser Angelegenheit werden bei der Ecofin-Sitzung am 2. Dezember diskutiert werden, und ich hoffe, dass wir dort weitere Fortschritte erzielen werden.

Und schließlich zu dem Stockholmer Programm: das ist eine sehr wichtige Entscheidung, mit der wir auch sehr lange leben müssen und auf die das Europäische Parlament zukünftig sehr viel Einfluss haben wird. Wie viele von Ihnen gesagt haben, ist es eine Frage des Findens der richtigen Lösungen zu diesen furchtbaren Problemen, denen wir bezüglich grenzüberschreitender Kriminalität, Schmuggel und der Gefahr des Terrorismus gegenüberstehen, und des Ausgleichs dieser Lösungen mit einer Politik, die die Bürger in den Mittelpunkt stellt und sicherstellt, dass die Privatsphäre der Einzelnen geachtet wird.

Ich hoffe, dass wir ein langfristiges Programm schaffen können, mit dem wir diese Themen innerhalb des Stockholmer Programms behandeln können. Diese drei Probleme sowie eine Reihe weiterer waren die Prioritäten des schwedischen Ratsvorsitzes und ich freue mich sehr, dass wir diese im Dezember hoffentlich zu einem erfolgreichen Abschluss bringen können. Vielen Dank. Ich werde natürlich zum Ende dieser Debatte noch einmal sprechen.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Herr Präsident! Es gab dieses konkrete Problem mit SWIFT und ich möchte den Standpunkt zu dieser Angelegenheit klären, da ich dies für sehr wichtig halte. Das betrifft auch das Stockholmer Programm.

Das SWIFT-Programm ist tatsächlich ein sehr wertvolles Instrument für die Mitgliedstaaten zur Bekämpfung des Terrorismus. Es hat es den Behörden der Mitgliedstaaten ermöglicht, terroristische Angriffe in Europa zu verhindern. Wir sprechen nicht über theoretische Fälle. Wir sprechen über tatsächliche Fälle.

Der Vertragsentwurf zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten, der gegenwärtig diskutiert wird, ist eine Übergangsregelung mit einer Maximaldauer von 12 Monaten. Sie ist erforderlich, um den bestehenden Vertrag nach der Auslagerung der Datenspeicherung aus den Vereinigten Staaten rechtsgültig zu ersetzen.

Wenn die Übergangsregelung vor dem 1. Dezember angenommen und die Rechtsgrundlage geändert wird, verhindert dies eine Sicherheitslücke und einen schweren Schlag gegen die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten in diesem Bereich.

In unserer jüngsten Sitzung, an der die Europäische Union und Präsident Obama beteiligt waren, war das erste von ihm angesprochene Thema der Kampf gegen den Terrorismus zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Er nannte uns die Namen konkreter Staaten in Europa, die, aufgrund der Zusammenarbeit zwischen uns und ihnen, kürzlich terroristischen Angriffen entkommen sind.

Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen dazu einige Daten geben. Mehr als 5 450 Fälle sind bis heute nach dem Terrorismusfinanzierungsrückverfolgungsprogramm an die europäischen Regierungen übergeben worden und über 100 neu gefundene Anhaltspunkte konnten den europäischen Ländern dieses Jahr von Januar bis September übergeben werden.

Ich kann Ihnen konkrete Beispiele geben. Diese Informationen haben den europäischen Regierungen wichtige Hilfestellungen bei der Untersuchung von Plänen zum Angriff auf transatlantische Flüge zwischen dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten, die von der al-Qaida ausgearbeitet wurden, geboten.

Mitte September 2009 wurden drei Personen zu je mindestens dreißig Jahren Gefängnis verurteilt. Anfang 2009 wurde dieses System verwendet, um die Finanzaktivitäten eines in Europa ansässigen al-Qaida-Mitglieds zu ermitteln, das bei der Planung eines mutmaßlichen Angriffs auf ein Flugzeug eine Rolle spielte. Die Informationen wurden an die Regierungen der europäischen und nahöstlichen Nationen weitergeleitet.

Im Sommer 2007 wurde dasselbe System genutzt, um die Finanzaktivitäten eines in Deutschland ansässigen Mitglieds der Islamischen Dschihad-Union zu ermitteln. Diese Informationen trugen zur Ermittlung und schließlich zur Festnahme von Mitgliedern der Islamischen Dschihad-Union bei, die Angriffe auf Standorte in Deutschland planten. Sie haben diese Tätigkeiten anschließend zugegeben.

Also hat dieses System bereits viele Leben in Europa und an anderen Orten gerettet. Wir sprechen über eine äußerst ernste Angelegenheit. Ich stimme völlig zu, dass der gesamte Kampf gegen den Terrorismus unter voller Achtung der Grundrechte und der Garantien unserer offenen, freien Gesellschaften erfolgen muss. Wir Europäer waren die ersten auf der Welt, die Präsident Bush gesagt haben, dass er Guantánamo schließen muss. Und dazu stehen wir. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass wir bei dem Kampf gegen den Terrorismus vereint und engagiert bleiben.

Daher möchte ich Ihnen allen die Versicherung geben, dass wir Ihnen ein neues Mandat auf der Grundlage des neuen Vertrags von Lissabon vorstellen wollen, das genau dieses Problem betrifft, und bei dem das Europäische Parlament seine vollen Befugnisse hat.

Anfang 2010 werden wir eine neue Grundlage vorlegen, die den Vertrag von Lissabon einhält und natürlich dem Parlament alle Befugnisse gibt, in dieser Angelegenheit tätig zu werden, weil wir wollen, dass das Parlament auch an vorderster Front dieser Maßnahme gegen Terrorismus und Sicherheit tätig sein wird, indem es natürlich unsere Grundrechte und unsere rechtlichen Garantien vollständig achtet.

Schließlich möchte ich zu der Frage, zu der sich so viele von Ihnen zu Wort gemeldet haben – und ich danke Ihnen für Ihre Kommentare – dem Thema des Geschlechterverhältnisses, das für mich, für die Kommission und für die europäischen Institutionen so wichtig ist, darauf hinweisen, dass heute der zehnte Jahrestag des Internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen ist. Ich denke, dass dies ein Gebiet ist, auf dem wir in Europa auch etwas unternehmen müssen. Leider gibt es immer noch viele Fälle, in denen in Europa Frauen von ihren männlichen Partnern oder früheren Partnern angegriffen werden. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um unser Engagement für dieses sehr wichtige Thema zu zeigen, das auch in unserer europäischen Gesellschaft besteht.

Mario Mauro (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! In ihren Kommentaren zu den Ernennungen für die neue Amtszeit der Europäischen Union hat die internationale Presse oft solche Bezeichnungen verwendet wie „Kandidaten, die der Aufgabe nicht gewachsen sind“ oder „unbefriedigende Kandidaten“.

Ich möchte den Trend aufhalten. Herr Verhofstadt hat nie etwas Wahreres gesagt, als als er erwähnte, dass ein Glas als halb voll oder halb leer betrachtet werden kann. Daher frage ich mich, was der Beweggrund des Rates zur Wahl dieser Personen war. Ich glaube, dass es ein gemeinschaftsbasierter Grund war, und ich werde versuchen zu erklären, was ich damit meine. Die Wahl eines scheidenden Mitglieds der Europäischen Kommission als Europäischen Außenminister sendet eine klare Botschaft aus: sie sagt, dass die Absicht ist, eine gemeinschaftliche Außenpolitik zu betreiben und nicht eine Außenpolitik, die sich an die Philosophien einer bestimmten Nation hält. Für mich ist die Nachricht daher nicht, dass Frau Ashton Britin ist, sondern dass sie aus der Kommission kommt. Anders gesagt übernimmt sie einen gemeinschaftlichen Ansatz für außenpolitische Angelegenheiten, der nicht mit dem besonderen Standpunkt einer Nation verbunden ist.

Was die Nominierung des belgischen Premierministers als Kandidaten angeht, wurde dies in Frage gestellt, indem er mit anderen, höher angesehenen Personen verglichen wurde. Ich denke, dass die Aufgabe, die wir dem Präsidenten des Europäischen Rates, der für zweieinhalb Jahre im Amt bleibt, stellen, nicht darin besteht, lauter zu brüllen als andere, oder seine Autorität stärker unter Beweis zu stellen, sondern andere davon zu

überzeugen, mit einer Stimme zu sprechen. Aus diesem Grunde glaube ich, dass es eine gute Wahl war, Herrn Van Rompuy aufzustellen.

Wir müssen von einem gemeinschaftlichen Ansatz geleitet werden, denn wenn wir Europa wirklich aufbauen wollen, ist es richtig, dass wir diese Personen auf Grundlage dieses Kriteriums auswählen. Wir werden die Effizienz und Effektivität dieser Wahl feststellen können, wenn wir sie in Aktion erleben, aber ich fordere alle auf, ihre Arbeit stark zu unterstützen, weil wir andernfalls wirklich die beste Gelegenheit unseres Leben verschenken.

VORSITZ: Gianni PITTELLA

Vizepräsident

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – (ES) Herr Präsident, ich habe gestern das Wort im Plenum ergriffen, um die Bedeutung des Stockholm-Programms hervorzuheben, das auf der Tagesordnung für den Europäischen Rat am 10. Dezember steht. Ich habe dies getan, um die Aufmerksamkeit auf seinen Inhalt zu lenken und, insbesondere um die breitest mögliche parlamentarische Unterstützung zu fordern, um den von drei Ausschüssen, die zusammengearbeitet haben, erstellten Bericht voranzubringen. Ich beziehe mich auf den Rechtsausschuss, den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und den Ausschuss für konstitutionelle Fragen. Daher habe ich mich gestern auf die Bedeutung der Schaffung eines Europas für die Bürgerinnen und Bürger sowie eines Marktes konzentriert.

Ich denke, jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um die Bedeutung dieser Angelegenheit aus konstitutioneller Sicht auf der Tagesordnung für den Europäischen Rat, der am 10. und 11. Dezember stattfinden wird, hervorzuheben. Schließlich wird das Parlament gemäß dem Vertrag von Lissabon gestärkt.

Das Parlament wird insbesondere im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gestärkt sowie durch die Entwicklung des Aktionsplans, der während des spanischen Ratsvorsitzes angenommen werden soll. Dies ist darauf zurückzuführen, dass gemäß Artikel 17 des Vertrages über die Europäische Union und gemäß Artikel 295 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union eine solche Zusammenarbeit gefordert wird. Diese Artikel fordern uns zu interinstitutioneller Zusammenarbeit auf und verlangen, dass wir eine Vereinbarung zu interinstitutioneller Zusammenarbeit erzielen, um gemeinsam eine Strategie für die Umsetzung des Vertrages von Lissabon zu entwickeln. Außerdem sind wir verpflichtet, dabei die Grundsätze der größtmöglichen Transparenz, Subsidiarität und Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten einzuhalten. Letzteres wird daher in die Entwicklung der Agenda von Lissabon einbezogen.

Dies bedeutet, dass wir viel härter werden arbeiten müssen. Das Leben wird nicht einfacher für uns sein. Im Gegenteil, es wird komplizierter werden. Wir werden auch gezwungen sein, ein Bewertungsverfahren durchzuführen, um aus der Erfahrung zu lernen. Das Hauptziel wird sein, sicherzustellen, dass wir das europäische Modell und die Grundrechte einhalten. Das Europäische Parlament wird zudem stärker am Datenschutz beteiligt sein müssen. Ich habe die Weiterverfolgung des SWIFT-Abkommens im Sinn, auf das heute bereits Bezug genommen wurde und das so wichtig ist im Kontext unserer bilateralen Beziehung mit den Vereinigten Staaten.

Vor allem jedoch wird das Europäische Parlament an der Bewertung und Überwachung der Leistungsfähigkeit der Agenturen innerhalb der institutionellen Struktur Europas beteiligt sein. Ich beziehe mich auf Europol, das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen, Eurojust und Frontex.

Aus all diesen Gründen möchte ich, dass die Tagesordnung des Europäischen Rates die Bedeutung der Verstärkung der Verpflichtung, in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament zu handeln und zu arbeiten, reflektiert, insbesondere in Bezug auf die Vorbereitung und Weiterverfolgung des Aktionsplans, der während der kommenden sechs Monate des spanischen Ratsvorsitzes angenommen werden soll.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). – Herr Präsident! Es ist geschafft, der Vertrag von Lissabon tritt in Kraft. Vielen Dank an Cecilia Malmström, die schwedische Ratspräsidentschaft und das ganze Team, das dafür sehr hart gearbeitet hat. Das ist eine große Leistung.

Ich will in diesem Zusammenhang zwei Punkte kurz ansprechen, die hier Gegenstand der Debatte waren. Punkt 1, der Ratspräsident. Kommissionspräsident Barroso, Sie haben eben gesagt, Sie wollen mit Herman Van Rompuy im Tandem zusammenarbeiten. Ich bin damit sehr einverstanden. Arbeiten Sie mit dem Rat zusammen. Aber eines will ich auch deutlich sagen: Der Ratspräsident muss sich vor keinem Parlament verantworten, weder vor dem Europäischen Parlament noch vor irgendeinem nationalen Parlament. Das

heißt, die demokratisch legitimierte Institution, der demokratisch legitimierte Präsident Europas sind Sie als Kommissionspräsident. Deswegen Tandem ja, aber dann sitzen Sie bitte vorne und lenken dieses Gefährt!

Zweiter Punkt: Die Ratsvertreterin hat eben gesagt, dass Cathy Ashton als Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Kommission am 1.12.2009 beide Ämter voll antreten werde. Erstens ist es nur ein Amt – Hohe Vertreterin, Vizepräsidentin der Kommission –, und zweitens kann sie es ohne Zustimmung des Parlaments nicht voll antreten. Ab dem 1.12. befindet sich die Kommission Barroso I ja in einem rechtlichen Niemandsland zwischen dem Ende von Nizza und dem Beginn von Lissabon. Voll antreten wird Cathy Ashton ihren Job erst nach Zustimmung dieses Parlaments Ende Januar 2010.

Ein abschließendes Wort zur Debattenkultur hier. Wir sollten uns Herrn Farage einfach anhören. Wenn er einmal mit seinen Leuten in Großbritannien an der Regierung sein sollte, dann werden die Briten die Niederlassungsfreiheit in der Europäischen Union sehr zu schätzen wissen, denn sie kommen dann in Massen nach Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien und auch nach Portugal, Herr Barroso!

Jill Evans (Verts/ALE). – Herr Präsident, die Ratssitzung wird weniger als zwei Wochen nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon stattfinden und wir haben, wie der Minister gesagt hat, einen langen und schwierigen Prozess durchlaufen, um diesen Punkt zu erreichen. Aber viele von uns haben das Gefühl, dass wir eine entscheidende Gelegenheit verpasst haben. Es fehlt immer noch eine Verbindung, ein entscheidendes demokratisches Element in der Beziehung zwischen der EU und der Bevölkerung Europas, und das ist die regionale Regierungsebene.

Viele Wähler haben das Gefühl, dass Europa so weit weg ist, wie es immer war, und wir müssen dies dringend angehen. Nicht alle von uns hatten ein Referendum und die Gelegenheit, unsere Ansicht über die künftige Entwicklung Europas kund zu tun. Dennoch geschehen Dinge in der EU, die direkte Auswirkungen auf unsere Arbeit haben, wenn es darum geht, uns den Herausforderungen und all diesen politischen Themen, die bereits erwähnt worden sind – Beschäftigung, soziale Rechte, Regulierung der Wirtschaft, Bekämpfung des Terrorismus, Frieden und Gerechtigkeit – zu stellen, und ich bin, nebenbei bemerkt, stolz, als Vorsitzende der Kampagne für atomare Abrüstung in Wales zu sprechen.

Der Kopenhagener Gipfel, die größte Herausforderung von allen, findet in einigen Wochen statt. Bis zu 80 % der Minderungs- und Anpassungspolitik werden auf lokaler und regionaler Ebene umgesetzt. Viele regionale Regierungen, wie die Regierung in Wales, haben die Richtung gewiesen, indem sie radikale Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels angenommen haben. Dort werden die getroffenen internationalen Abkommen umgesetzt. Daher müssen wir über die Ebene der Mitgliedstaaten hinaus zu den Völkern Europas blicken.

Am Sonntag, den 13. Dezember, halten über 150 Gemeinden in Katalonien Referenden über die Unabhängigkeit von Spanien ab. Wie reagiert die EU darauf? Wird dies auf der Tagesordnung des Rates sein? Ich bezweifle dies sehr, aber es sollte auf der Tagesordnung sein. Europa verändert sich und ich hoffe, dass der neue Präsident dies erkennen und darauf reagieren wird.

Peter van Dalen (ECR). – (NL) Zuerst möchte ich dem schwedischen Ratsvorsitz ein Kompliment für die Anstrengungen machen, die er in den vergangenen Monaten unternommen hat. Er verdient besondere Anerkennung für die Art und Weise, auf die er ein schwieriges Problem mit der Benennung von Herrn Van Rompuy und Lady Ashton gelöst hat.

Ich bin sehr glücklich mit diesen Benennungen, da Herr Van Rompuy bereits gesagt hat, dass seine persönlichen Ansichten völlig irrelevant sind. Seine Worte zeugen von Weisheit und gesundem Menschenverstand. Ich beglückwünsche Herrn Van Rompuy zu seinem eurorealistischen Ansatz und werde ihn künftig immer wieder daran erinnern, unabhängig davon, ob diese Erinnerungen erwartet werden oder notwendig sind.

Leider habe ich auch Missbilligungsbekundungen von denjenigen gehört, die befürchten, dass der erste ständige Ratspräsident nicht über genügend Kompetenzen für den Posten verfügt. Offensichtlich hatten einige auf eine Art europäischen Übermenschen gehofft. Ich teile solche Ansichten sicherlich nicht und Herrn Van Rompuys erste Erklärungen haben mich beruhigt. Er hat zu keinem Zeitpunkt zu verstehen gegeben, dass er ein solcher europäischer Übermensch werden möchte.

Herr Präsident, angesichts der bevorstehenden Ratssitzung müssen die europäischen Regierungschefs hinsichtlich ihrer Kopenhagen-Strategie sehr sorgfältig sein, um das bestmögliche Ergebnis erzielen zu können. Ich wünsche dem Präsidenten Van Rompuy und dem amtierenden Präsidenten des Rates, Herrn Bildt, allen technischen Erfolg bei dieser sehr wichtigen Aufgabe. Außerdem wünsche ich uns allen ein positives und, vor allem, ein vorausschauendes Ergebnis.

Takis Hatzigeorgiou (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident, der nächste Rat wird mit einem großen Thema konfrontiert sein, dem Thema der Erweiterung. Wenn wir von Erweiterung sprechen, nehmen wir an, dass die Türkei ein großes Kapitel in der Debatte ist. Wir, sowohl Zypern als auch meine Partei – und ich möchte dies sehr klar vor dem Europäischen Parlament sagen – sind absolute Befürworter des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Wir werden jedoch immer wieder wiederholen, dass dieser Beitritt nicht erfolgen kann, wenn die Türkei nicht, wie all die anderen Länder, die beigetreten sind, alle Verpflichtungen einhält, die sie gegenüber Zypern und der Europäischen Union eingegangen ist.

In Zypern sind Gespräche zwischen den beiden Staatschefs im Gange und falls eine Lösung erzielt wird, wird dies ein Symbol des Sieges für die gesamte Europäische Union sein. Dieser Sieg wird die Europäische Union ermutigen, ihren Platz in der modernen Welt einzunehmen. Wir müssen jedoch die Wahrheit zurück auf den Tisch bringen, und die Wahrheit ist, dass die Türkei halb Zypern mit 40 000 Mann starken Truppen besetzt, die angeblich 80 000 türkische Zyprioten schützen. Das entspricht zwei türkischen Soldaten vor jedem türkisch-zypriotischen Haus. Ich kenne keinen Abgeordneten, der über so viel Sicherheit verfügt. Wir reden somit über die Isolation der türkischen Zyprioten und wir sind öffentlich für die Beseitigung der Isolation der türkischen Zyprioten durch die Besatzungsarmee.

Abschließend möchte ich herausstellen, dass Zypern zwar den Beitritt der Türkei unterstützt, aber der Öffnung des Energiekapitels erst zustimmen kann, wenn die Türkei ihren Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Union und Zypern nachgekommen ist und die Hindernisse beseitigt hat, die sie der Republik Zypern bei ihren Anstrengungen zur Erweiterung ihres Wirtschaftsraums bereitet.

Zoltán Balczó (NI). – (HU) Es hat zwei wichtige Personalentscheidungen gegeben, die aktuell im Einklang mit dem Vertrag von Lissabon getroffen wurden. Die Europäische Union hat jetzt einen ständigen Ratspräsidenten und eine Hohe Vertreterin für Außenpolitik. Vermitteln uns diese Personalentscheidungen eine wichtige Botschaft? Sie tun es, in der Tat. Wir sprechen in diesem Plenarsaal viel über das Gleichgewicht, das zwischen der Europäischen Kommission, dem Rat und dem Parlament existiert. Meiner Meinung nach herrscht ein Ungleichgewicht, wobei die Regierung der EU, die Kommission, ein Monopol über die Einbringung von Gesetzesvorschlägen hat. In einigen Fällen handelt sie fast wie ein Richter. Sie kontrolliert die Hauptbefugnis, während wir ihr in diesem Haus die Bestätigung der Demokratie geben. Im Vertrag von Lissabon sind die Pflichten des ständigen Präsidenten nicht aufgeführt. Diese werden offensichtlich davon abhängen, wie charismatisch und entschlossen die Person ist, die diesen Posten bekleidet. Es kann anhand der Entscheidung interpretiert werden, dass die Befugnis und Kontrolle – mit Ihren Worten – bei der Kommission bleiben sollte, welche die supranationalen gemeinsamen Interessen vertritt. Was wir sagen ist jedoch, dass sie in den Händen des Leiters eines Imperiums bleibt, der zentral das Leben von 500 Millionen Menschen kontrolliert.

Andererseits wäre es auch sehr wichtig sicherzustellen, dass wir entschlossen handeln, wo es um unsere unmittelbare Aufgabe geht, wenn wir über die Klimakonferenz sprechen. Dies umfasst jedoch einen entscheidenden Schritt gegen die Vereinigten Staaten. Ich bin fast überzeugt, dass Präsident Barroso gerade weggegangen ist, um ein Telefonat in dieser Angelegenheit zu führen.

Marietta Giannakou (PPE). – (EL) Herr Präsident, es ist wichtig, dass der Vertrag von Lissabon schließlich in Kraft getreten ist. Natürlich haben die europäischen Bürgerinnen und Bürger zehn Jahre lang gesehen, dass die Europäische Union nicht in der Lage war sicherzustellen, dass die Institutionen nach der Erweiterung mit dem Beitritt der zwölf neuen Mitgliedstaaten effektiv arbeiten. Heute haben sich die Dinge jedoch geändert. Wir haben einen Ratspräsidenten – und jeder versichert uns, dass es sich hierbei um eine Person handelt, die Zustimmung und Einverständnis anstreben wird – und wir haben auch eine Hohe Vertreterin für Außenpolitik.

Kommentare *ex ante* darüber, ob sie im Vergleich zu denjenigen, deren Namen vorher in Umlauf gebracht wurden, oder verglichen mit denjenigen, die angeblich auf solche Angelegenheiten spezialisiert sind, geeignet sind oder nicht, sind unwichtig. Wichtig ist, wie der Vertrag angewendet wird. Die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament ist hier enorm wichtig. Die Rolle des Parlaments ist gestärkt worden, aber damit es im Wesentlichen gestärkt wird und die europäischen Bürgerinnen und Bürger dies wahrnehmen, muss die Europäische Kommission dringend Fragen aufwerfen angesichts der Tatsache, dass sie über die Initiative im Europäischen Rat verfügt.

Der Rat wird scheinbar schneller arbeiten, da er nicht mehr wie zuvor unter den Vorsitzen der Mitgliedstaaten arbeiten wird, und die Regierungen werden keine Gelegenheit haben, die Räte zu manipulieren, um zu argumentieren, dass alles Gute von den Regierungen und alles Schlechte und Unangenehme aus Brüssel kommt.

Zweifellos wird es auf der Ratssitzung im Dezember Fragen über die Erweiterung geben, aber weder der Minister noch der Präsident der Kommission haben uns irgendwelche Einzelheiten genannt; sie haben uns lediglich allgemein über andere Angelegenheiten informiert. Es ist eine Tatsache, dass die Erweiterung auf den westlichen Balkan und die Türkei auf der Grundlage der Vorschläge der Europäischen Kommission trotz des Ziels, diese Länder in die Europäische Union zu integrieren, mit zahlreichen Zweifeln und Fragen verbunden ist.

Catherine Trautmann (S&D). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, am Donnerstag hat die Europäische Union Herrn Van Rompuy zum ersten ständigen Ratspräsidenten und Frau Ashton zur Leiterin für europäische Diplomatie ernannt. Meine Damen und Herren, ich möchte auf die Debatte zurückkommen, die in unseren Institutionen stattfindet, seit diese Benennungen bekannt gegeben wurden.

Tatsächlich gibt es meiner Ansicht nach neben dem Thema von Namen und Funktionen das zentrale Thema der Staaten. Lassen Sie mich erklären, was ich meine. Wir sind Zeuge dessen, was der schlimmste Alptraum derjenigen sein könnte, die das Ideal der Europäischen Gemeinschaft und ihren Wunsch nach Vereinigung vermittelt haben. Zu dieser Zeit glaubte man, die Wurzeln der Union seien in der Legitimität des Staates zu finden und ihre Zukunft läge in der Überwindung der nationalen Selbstsucht. Die Spannung zwischen zwei sich widersprechenden Medien, die manchmal schmerzhaft ist, erzeugt häufig innovative Mechanismen, aber vor allem dient sie einem politischen Konzept, das einzigartig in der Welt ist.

Dieser Alptraum, meine Damen und Herren, ist der eines Europas, das auf eine Gemeinschaft zwischenstaatlicher Errungenschaften beschränkt wäre. Das Ergebnis, wie wir heute sehen können, wäre der Verdacht von Inkompetenz, die Annahme von Unrechtmäßigkeit und Spannung zwischen politischen Familien.

Mit dieser Rede beabsichtige ich nicht, wie Sie verstanden haben, zur Abgabe von Urteilen, die jeder Grundlage entbehren, zurückzukehren. Ich ziehe es vor, dass wir uns an unsere Rechte und Pflichten als Abgeordnete erinnern. Unsere Pflicht ist, das unverständliche Gefeielsche um die Benennungen für die Posten, die sich aus dem Vertrag von Lissabon ergeben haben, in Frage zu stellen. Unsere Pflicht in der Zukunft ist, den Rat zu zwingen, dieser undemokratischen, archaischen Benennungsmethode ein Ende zu bereiten, welche die Vorstellung fördert, dass Europa bei seinem Aufbau vor den Bürgerinnen und Bürgern Schutz sucht.

Unsere Pflicht ist, all unsere neuen parlamentarischen Vorrechte zu nutzen, um die Strategien zu beeinflussen, die sich aus den neuen Befugnissen ergeben werden, die uns gemäß dem Vertrag von Lissabon garantiert werden.

Das Parlament muss zwischen einer geschwächten Kommission und einem gestärkten zwischenstaatlichen Zentrum zum institutionellen Gleichgewichtspunkt werden. Diesbezüglich hoffe ich, dass der Vizepräsident der Kommission demselben Anhörungsverfahren durch das Europäische Parlament unterliegen wird wie die anderen Kommissare. Wir haben in der Tat das Recht, dieses Verfahren durchzuführen; es wird uns durch die Verträge verliehen. Ich unterstütze außerdem den Vorschlag von Frau Harms, die eine Sitzung zwischen dem neuen Präsidenten und den Fraktionen insgesamt angeregt hat.

Unsere Pflicht ist, die europäische Integration einzuleiten, die sich in einem sehr schlechten Zustand befindet. Niemand kann vernünftigerweise wollen, dass die Herrn Van Rompuy oder Frau Ashton übertragenen Mandate scheitern. Ich wünsche insbesondere Frau Ashton viel Erfolg, da ich stolz bin, dass eine Frau für diesen Posten der Hohen Vertreterin ernannt wurde.

Marielle De Sarnez (ALDE). – (FR) Herr Präsident, zuerst möchte ich dem schwedischen Ratsvorsitz dafür danken, dass er sich uns zum Ablauf seiner Amtszeit am Ende des Jahres von seiner besten Seite zeigt. Das sind gute Neuigkeiten für die Kommission und gute Neuigkeiten für unser Parlament.

Gleichwohl werde ich jetzt eine Reihe von Punkten ansprechen. Zuerst das Thema der Benennungen. Ich stelle nicht die Personen in Frage, sondern die Verfahren. Zudem hoffe ich wirklich, dass dies das letzte Mal ist, dass dies auf solche Weise geschehen wird. Die Europäerinnen und Europäer haben Transparenz, Demokratie und Klarheit in der Debatte erwartet, und was sie im Grunde bekommen haben, waren Unklarheit und Verhandlungen in letzter Minute, die hinter den verschlossenen Türen eines Europäischen Rates stattgefunden haben. Dies darf sich nicht wiederholen und ich bin der Meinung, dass es Aufgabe unseres Parlaments sein wird, neue Verfahren und neue Vorschriften für die Zukunft vorzuschlagen.

In Bezug auf den Klimawandel ist es mein Wunsch, dass die Union mit einer Stimme sprechen und nach Kopenhagen gemeinsam handeln wird, unabhängig davon, was der Umfang des Ergebnisses der Konferenz

sein wird. Lassen Sie uns vorankommen! Lassen Sie unser Ziel eine tatsächliche Reduzierung der Treibhausgase um 30 % sein! Wenn ich „tatsächlich“ sage, bedeutet dies, dass es eines Tages notwendig sein wird, das Thema der Ausnahmeregelungen und des Emissionshandels anzusprechen. Lassen Sie uns vorankommen und erneut eine feste Finanzzusage an die Entwicklungsländer machen. Wir sind es ihnen schuldig.

Abschließend müssen wir in Bezug auf die wirtschaftliche und soziale Lage an der Schaffung eines neuen Wirtschaftsmodells arbeiten, das Beschäftigung, sozialem Fortschritt und der Langfristigkeit, mit anderen Worten der Nachhaltigkeit, in all ihren Formen den Vorzug gibt. Wir brauchen daher Überwachung und Regulierung, eine Politik, die vorteilhafter für kleine und mittelgroße Betriebe ist, und wir müssen gemeinsam über ein Steuerwesen nachdenken, das der Langfristigkeit den Vorrang gegenüber der Kurzfristigkeit gibt.

Gerald Häfner (Verts/ALE). - Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wo stehen wir vor diesem Gipfel in Europa? Einige Beiträge klangen, als würde alles gut, wenn wir nur genügend sozialdemokratische oder liberale – ja, Herr Schulz – Kommissare hätten. Ich glaube, das ist ein Irrtum, sondern es wird dann gut werden, wenn wir uns einig sind über die großen Aufgaben, vor denen Europa steht.

Vor 20 Jahren haben wir in Europa den Eisernen Vorhang überwunden, und ich lege Wert auf die Feststellung, dass es die Menschen, die Bürger waren und nicht das Militär, Regierungen oder Geheimdienste, die das geschafft haben. Ich glaube, dass wir Europa auch künftig nur gemeinsam mit den Bürgern werden bauen können.

Zweitens müssen wir noch weitere Mauern überwinden, auch in unseren Köpfen. Zum Beispiel glauben immer noch viele, dass wir Freiheit und Sicherheit gegeneinander ausspielen können, obwohl wir wissen, dass die Freiheit nur dann gelingt, wenn wir sie schützen, aber dass dieser Schutz nicht auf Kosten unserer elementaren Rechte gehen darf und nicht zu einem Überwachungsstaat führen darf – Beispiel SWIFT und anderes.

Manche glauben, dass man Europa und Demokratie gegeneinander ausspielen könne. Dabei wird nur ein demokratisches Europa auf Dauer gelingen. Manche glauben, dass Ökologie und Ökonomie immer noch ein Gegensatz seien. Dabei wird nur eine ökologische Wirtschaftsweise auf Dauer Prosperität sichern.

Ich will zum Schluss eines sagen: Wir stehen kurz vor Stockholm, und wenn wir das, was jetzt dort möglich ist, nicht nutzen, koste es was es wolle – manche sind bereit, Hunderte von Milliarden für den Schutz der Banken auszugeben, aber beim Klima knauserig zu sein –, wenn wir jetzt nicht sehr schnell und konsequent handeln, dann geht es der Menschheit wie mir in diesem Moment: Die Zeit ist um.

Roberts Zile (ECR). – (LV) Vielen Dank, Herr Präsident! In der vergangenen Woche gab es zwei Ereignisse für die europäische Gesellschaft. Die Fußballwelt hat gesehen, wie ein Schiedsrichter ein Team ausgewählt hat, das am Finale der Weltmeisterschaft teilnehmen wird, aber die Gesellschaft insgesamt hat nicht gesehen oder verstanden, wie und warum bestimmte Vermittler die Sieger für das europäische Amt ausgewählt haben. Wenn man jedoch fragt, wen der Bewohner des Weißen Hauses oder des Kremls künftig anrufen wird, lautet die Antwort, sie werden dieselben Personen anrufen, die sie zuvor angerufen haben. Was die Maßnahmen des Rates im Dezember betrifft, so fordere ich den schwedischen Vorsitz angesichts der Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungslage auf, die bestens bekannte Lage der baltischen Staaten in dieser Hinsicht nicht zu vergessen. Aufgrund der aggressiven Investitionen in diese Länder waren sie äußerst gezwungen, sich an die enge und investorfremde Parität ihrer nationalen Währungen gegenüber dem Euro zu halten. Dies bedeutet in Wahrheit die Abwertung ihrer Volkswirtschaften, sodass die Arbeitslosigkeit in den baltischen Staaten Spitzenwerte erreicht, während ihre demografische Gesellschaft ausblutet. Von welcher Art von europäischer Solidarität können wir gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern sprechen, wenn ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage noch weiter hinter dem europäischen Durchschnitt zurückbleibt als vor ihrem Beitritt zur Europäischen Union?

Andrey Kovatchev (PPE). – (BG) Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon sollte größere Transparenz, größere Demokratie und größere Effektivität für das Entscheidungsfindungsverfahren mit sich bringen. Wir sind uns jedoch darüber im Klaren, dass Effektivität und Demokratie nicht immer in dieselbe Richtung gehen, insbesondere wenn es an Koordinierung zwischen den Institutionen und den Beziehungen mit den Bürgerinnen und Bürgern mangelt. Es besteht kein Zweifel daran, dass es demokratischer ist, eine geeignete Möglichkeit für die Beteiligung der europäischen Bürgerinnen und Bürger an der Wahl eines Ratspräsidenten zu finden, damit die Europäische Union ihren Bürgerinnen und Bürgern wirklich näher kommen kann. Ich denke, dass dies eine Aufgabe für die Zukunft sein wird. Trotz alledem wünsche ich dem ernannten Ratspräsidenten und der ernannten Hohen Vertreterin viel Erfolg!

Was die bevorstehende Ratssitzung am 10. und 11. Dezember betrifft, so hoffe ich sehr, dass dort ein ehrgeiziges Programm zu institutionellen Angelegenheiten in Bezug auf den Vertrag von Lissabon angenommen wird. Ich denke an den Europäischen Auswärtigen Dienst. Wir müssen eine klare Vereinbarung zu dessen Zusammensetzung, Rechtsstatus und Befugnissen erhalten. In diesem Sinne stimmt unser Parlament zu seinem Standpunkt zu dem Bericht von Herrn Brok ab. Ich erwarte außerdem eine klare Erklärung des Rates zu den Ergebnissen der koordinierten Strategien, die zur Beendigung der Krise angewandt und vorgeschlagen wurden, einschließlich eines Pakets von Wirtschafts- und Finanzmaßnahmen. Ich möchte insbesondere wissen, was der Rat von den künftigen europäischen Finanzaufsichtsbehörden hält, die in Zukunft das Risiko von Finanzvergehen reduzieren sollten, die im Wesentlichen zu der aktuellen Krise beigetragen haben.

Ein weiterer wichtiger Punkt, zu dem ich die Entscheidung des Rates zu hören erwarte, ist zum Beispiel eine integrierte Strategie nach Lissabon, die unseren Informationen zufolge im März 2010 angenommen werden soll. Ich hoffe, das Parlament wird eine aktive Rolle in dieser Strategie spielen. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger müssen im Mittelpunkt dieser Strategie stehen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Investitionen, Forschung, Innovation, grüne Technologien und Ökoeffizienz muss ein Faktor sein, der zu nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung beiträgt, und nicht umgekehrt. In Bezug auf die Stockholm-Strategie möchte ich auch, dass der Schengen-Raum erweitert wird, natürlich um Bulgarien und Rumänien so schnell wie möglich einzuschließen. Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Sitzung!

Glenis Willmott (S&D). – Herr Präsident, zuerst möchte ich sagen, dass ich die neue Benennung von Herrn Van Rompuy begrüße und besonders stolz bin, dass wir mit Cathy Ashton eine äußerst fähige und talentierte britische Frau als erste Hohe Vertreterin haben.

In Bezug auf die Ratssitzung im Dezember haben wir die Auswirkungen des schlechten Wetters diese Woche in Cumbria im Nordwesten Englands gesehen, wo es zu starken Überschwemmungen kam, und nicht nur in Europa führt das Wetter zu unerwarteten Notlagen. Schlechtes Wetter verursacht andere unvorhergesehene menschliche Tragödien auf unserem Planeten.

Leugnen ist die einfache Option, aber ich bin nicht in die Politik gegangen, um für einfache Optionen zu kämpfen. Ich will nicht, dass meine Kinder oder Enkel fragen, warum ich nicht gehandelt habe. In meiner Region werden die Konservativen durch Roger Helmer vertreten, der den von den Menschen verursachten Klimawandel als einen Mythos beschreibt. Trotz der Behauptungen des Tory-Führers David Cameron, dass sie eine Umweltpartei sind, repräsentiert Helmer die Gefahr und Unzuverlässigkeit der konservativen Umweltpolitik.

Wir müssen handeln, aber dies allein zu bekämpfen, wird nicht ausreichen. Wir brauchen Maßnahmen auf allen Ebenen. Dies umfasst die Reduzierung der von uns produzierten Kohlenstoffmenge um mindestens 2 %. Ich unterstütze Menschen wie unseren Premierminister, der versprochen hat, die Kohlenstoffemissionen bis zum Jahr 2050 um 80 % zu reduzieren. Die Labour-Regierung in Großbritannien will ein ehrgeiziges, effektives und faires Abkommen und die ärmsten Länder bei der Reduzierung ihrer Emissionen und der Anpassung an den Klimawandel unterstützen.

Jede vereinbarte Klimafinanzierung muss zusätzlich zu den bestehenden Entwicklungshilfezielen erfolgen und darf nicht aus bestehenden Haushaltsplänen stammen. Jede in Kopenhagen vereinbarte Finanzierung muss sich speziell mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Entwicklungsländer befassen und sollte nicht andere wertvolle Beihilfen ersetzen. Aktuell scheint zeitnahe, schnell einsetzende Finanzierung im Mittelpunkt zu stehen, aber wir brauchen auch langfristige Verpflichtungen. Kann Herr Barroso garantieren, dass er Finanzierungsverpflichtungen nach 2012 Priorität für jedwede Kopenhagen-Vereinbarung einräumen wird?----

Diana Wallis (ALDE). – Herr Präsident, wir stehen am Beginn einer neuen Ära und vielleicht sollten wir uns drei Fragen stellen: wer, wie und was? Das „Wer“ wurde mehr oder weniger vergangene Woche beantwortet, und niemand könnte erfreuter sein als ich. Eine Woche, die wir mit nur drei Frauen in der Kommission begannen, beenden wir mit neun.

Ich kann einigen von diesen mitteilen, dass die weiblichen Abgeordneten in Anzügen und Krawatten für den Augenblick ihre Kandidatur zurückgezogen haben, aber sie werden in fünf Jahren zurück sein, falls sich das Verfahren nicht verbessert. Können wir nächstes Mal bitte ein Verfahren haben, bei dem alle Mitgliedstaaten eine Frau und einen Mann als Kandidaten benennen, damit wir nicht diese Eile in letzter Minute haben.

Auch darüber möchte ich sprechen: das „Wie“. Dieses Verfahren war nicht transparent. Es ist erwähnt worden, dass wir jetzt über die praktischen Auswirkungen des Lissabon-Vertrags nachdenken müssen. Lassen Sie uns Transparenz zur Parole für unsere drei Institutionen und unseren Umgang miteinander und unsere Offenheit gegenüber der Öffentlichkeit machen. Transparenz muss in der Zukunft regieren.

Das „Was“ muss der Schwerpunkt auf unseren Bürgerinnen und Bürgern sein. Das neue Stockholm-Programm ist ein guter Start, viel bürgerzentrierter als alle seine Vorgänger, aber wir müssen weiterhin die Rechte unserer Bürgerinnen und Bürger schützen, indem wir ihnen Schutz bieten, aber auch sicherstellen, dass ihr Alltagsleben in ganz Europa einfacher ist.

Mirosław Piotrowski (ECR). – (PL) Herr Präsident, der bevorstehende Gipfel des Europäischen Rats wird immer noch von den jüngsten Wahlen des Ratspräsidenten und der Leiterin der EU-Diplomatie dominiert werden. Für viele war nicht nur die Wahl dieser besonderen Personen eine Überraschung, sondern auch das Fehlen einer klaren Benennung ihrer Verantwortlichkeiten. Lange Zeit ist uns gesagt worden, dass der neue Vertrag von Lissabon die Arbeit der EU verbessern wird, aber jetzt zu Beginn stellt sich heraus, dass er Konflikte über Personalfragen hervorruft. Keiner der Kandidaten hat ein Programm vorgestellt, im Gegensatz zu Herrn Barroso beispielsweise, der vor seiner Wahl ein Programm präsentiert hat.

Wir bewegen uns in eine Experimentierphase, in der eine Menge von der Persönlichkeit und Vorstellungskraft der neuen Führungskräfte abhängen wird. Wir können nur hoffen, dass, wenn sie sich mit Angelegenheiten wie Kommissionsumbildungen und zyklischen Veränderungen in der Natur, die größtenteils unabhängig von menschlicher Aktivität sind, befassen, sie sich auch mit der Lösung der spezifischen Probleme der Bürgerinnen und Bürger der EU, wie der Wirtschaftskrise, Hilfe für die ärmsten Regionen in der EU und der Bekämpfung des Terrorismus, befassen werden.

Gunnar Hökmark (PPE). – Herr Präsident, ich denke, dass es nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, der Sitzung des Europäischen Rates vergangene Woche und der Benennung der Kommissare an der Zeit ist, neue Perspektiven zu setzen und die neuen Herausforderungen zu sehen, die uns bevorstehen.

Eine davon ist offensichtlich, nämlich dass die Arbeit nach Kopenhagen ebenso herausfordernd sein wird wie die Arbeit davor. Sie wird weiterhin eine der Hauptaufgaben für die Europäische Union und die neue Kommission sein. Aber wir müssen zudem die Tatsache bedenken, dass es jetzt auch an der Zeit ist, die alten Konzepte von Ost und West in Europa, oder neu und alt, hinter uns zu lassen und davon auszugehen, dass es sich um ein Europa handelt.

Und es ist auch an der Zeit, jetzt, nach all den Diskussionen in Bezug auf den Vertrag von Lissabon, einen neuen Impuls für den Erweiterungsprozess zu sehen.

Kroatien und Island – ich wünsche mir, dass sie darum konkurrieren, Nummer 28 zu sein. Aber auch der westliche Balkan und natürlich die Verhandlungen mit der Türkei müssen betrachtet werden. Diese Themen stehen jetzt an und sind eine Möglichkeit zur Erhöhung der Stärke der Europäischen Union in einer neuen Welt, in der wir stark sein und in Bezug auf Ideen und Werte eine Führungsrolle einnehmen müssen.

Aber es geht auch darum, jetzt sicherzustellen, dass wir eine neue Agenda für ein soziales Europa haben werden – dies bedeutet Arbeitsplätze, Innovation und Wohlstand – und das einzige Mittel, um dies zu erreichen, ist sicherzustellen, dass wir nach der Krise zu einer wettbewerbsfähigen und führenden Wirtschaft werden können.

Ich möchte außerdem unterstreichen, dass die neue Kommission dafür verantwortlich ist zu gewährleisten, dass es keinen Protektionismus geben wird, dass es einfach für kleine und mittelgroße Betriebe sein wird, zu wachsen, sich zu entwickeln und in ganz Europa zu agieren, und dass wir sicherstellen können, dass Europa eine dynamische Wirtschaft sein wird. Dies ist wichtig und ich sage dies dem Präsidenten der Kommission und allen Kommissaren: Wir müssen sicherstellen, dass wir eine wettbewerbsfähige europäische Wirtschaft haben, um ein soziales Europa zu verwirklichen.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Herr Präsident, Frau Wallström, der Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon ist jetzt vorbei und die Staats- und Regierungschefs haben Kommissarin Catherine Ashton zur ersten EU-Außenministerin gewählt, obwohl dies nicht ihr offizieller Titel ist.

Die nächste Aufgabe wird jetzt sein, den Auswärtigen Dienst der Europäischen Union einzurichten. Es gibt einen Punkt, von dem ich denke, dass es wichtig ist, ihn bei der Einrichtung dieses Dienstes im Sinn zu behalten – und ich fordere den schwedischen Ratsvorsitz und insbesondere Cecilia Malmström auf, sicherzustellen, dass dem im Auswärtigen Dienst Rechnung getragen wird – nämlich der Tatsache, dass die

neuen Mitgliedstaaten in den Generaldirektionen für Außenbeziehungen und Erweiterung extrem unterrepräsentiert sind. Wenn den Mitgliedstaaten nationale Quoten zugewiesen werden, muss die Tatsache berücksichtigt werden, dass die neuen Mitgliedstaaten im Grunde in diesen beiden Generaldirektionen kaum vertreten sind. Daher darf es nicht zu Diskriminierungen kommen, denn damit der Auswärtige Dienst in den Augen der Menschen glaubwürdig wird, muss diese Verhältnismäßigkeit berücksichtigt werden. Es ist sehr wichtig, dass diese Verhältnismäßigkeit und Gleichbehandlung im Auswärtigen Dienst umgesetzt wird. Dies ist in unserem gemeinsamen Interesse.

Ich fordere die Europäische Kommission und den Rat auf, auch diesen Aspekt eingehend zu betrachten. In den 143 Außenvertretungen der EU gibt es nur einen einzigen Botschafter aus einem neuen Mitgliedstaat. Diese Tatsache spricht für sich selbst.

Charles Goerens (ALDE). – (FR) Herr Präsident, was ich sagen werde, betrifft nicht den amtierenden schwedischen Ratsvorsitz, der ausgezeichnete Arbeit leistet, zu der ich ihn beglückwünschen möchte, sondern meine Anmerkungen betreffen insbesondere das gesamte Kollegium des Europäischen Rates.

Was ist nicht alles getan worden, um den Vertrag von Lissabon zu retten? Wir haben jahrelang dafür gekämpft, dass Europa transparenter, effizienter, sichtbarer und bürgernäher wird.

Gemäß unserer Schlussfolgerung hat die Sondertagung des Europäischen Rates am 19. November 2009 den Geist des Vertrags von Lissabon nicht verraten, indem sie den Ratspräsidenten und die Hohe Vertreterin direkt nach Inkrafttreten des neuen Vertrags ernannt hat. Wir haben 10 Jahre für diesen Vertrag gekämpft und der Rat wollte nicht einmal 10 Tage warten, um die neuen Vorschriften in Bezug auf die Benennung der beiden Posten durchzusetzen.

Der Geist des Vertrags von Lissabon, für den wir so hart gekämpft haben, wäre nicht verraten worden, wenn der Posten des Präsidenten Jean-Claude Juncker, einem überzeugten Europäer, ausgezeichneten Lehrer und Europa-Enthusiasten mit herausragender Erfahrung und Kompetenz, anvertraut worden wäre. Man begegnet selten jemandem, der so viele Qualitäten verkörpert. Es ist uns bisher nicht erklärt worden, in welcher Weise seine unbestrittenen Qualitäten ein Hindernis für seine Benennung darstellten, was in der Tat der Fall zu sein scheint. Ich bin nicht der einzige, der darüber aufgeklärt werden möchte.

Ich komme nun vom ordentlichen Europäischen Rat zur Sondertagung des Europäischen Rates. Auf der Sitzung am vergangenen Donnerstag war man auch nicht in der Lage, die grundlegende Spaltung zwischen dem zwischenstaatlichen Geist und der Gemeinschaftsmethode zu verbergen. Ich bin nicht der einzige, der diesen Zustand bedauert. Obwohl nach dem Referendum in Irland viele glaubten, Europa sei zu neuem Leben erweckt worden, bedauerten ebenso viele Menschen den wenig überzeugenden Start zu Beginn dieser Wahlperiode.

Abschließend möchte ich noch Folgendes sagen: Ich kann nur hoffen, dass es dem benannten Präsidenten, dessen menschliche Qualitäten und politisches Geschick hinreichend bekannt sind, schnellstmöglich gelingt, Europa den neuen Schwung zu verleihen, den es dringend benötigt.

Simon Busuttil (PPE). – (MT) Manchmal sind wir so in unserer täglichen Arbeitsroutine gefangen, dass wir die historischen Momente, die an uns vorüberziehen, nicht umfassend schätzen. Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ist ein solches Ereignis, das in die Geschichte eingehen wird, und das unsere Kinder und künftigen Generationen schließlich studieren und darüber lernen werden. Bei Anlässen wie diesem müssen wir jedoch auch über die Bedeutung eines solchen historischen Moments nachdenken. Ich möchte zwei kurze Überlegungen anfügen.

Erstens sehen wir dank des Vertrags endlich ein Ende der meiner Meinung nach nutzlosen Debatten über die europäischen Institutionen und über die EU-Verfassung. Stattdessen werden wir uns jetzt in einer besseren Position befinden, um uns den Realitäten zu stellen, mit denen sich Europa befassen muss, wie der wirtschaftlichen Lage, Beschäftigung, Klimawandel und Einwanderung. Dies sind die Herausforderungen, deren Angehen unsere Wählerschaft von uns erwartet.

Die zweite Überlegung betrifft die Rolle des Parlaments. Dies ist das letzte Mal, dass sich das Parlament innerhalb dieses Plenums mit den Befugnissen, die es bisher hatte, treffen wird. Dieses Parlament wurde vor fünfzig Jahren ins Leben gerufen und seine Mitglieder wurden von den nationalen Parlamenten benannt. Heute ist es ein Parlament, das sich mit dem Ministerrat die Befugnis, Gesetze zu entscheiden, zu erlassen und zu entwerfen, teilt. Ich bin der Meinung, dass dies zur Schaffung von Gesetzen der Europäischen Union führen wird, welche die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger besser reflektieren werden. Dieses

Parlament ist verpflichtet, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Gesetzen, die wir annehmen, zu schützen.

Ich sage voraus, dass sich der Rat, der kommende Woche zusammentreten wird, mit der historischen Bedeutung dieses Moments befassen wird, und dass wir zusammen darauf hinarbeiten werden, die Herausforderungen, mit denen wir fertig werden müssen, zu meistern.

Jörg Leichtfried (S&D). - Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt für mich, für uns alle und für die gesamte Europäische Union für die Zukunft einen klaren Schwerpunkt, und dieser lautet Arbeitsmarkt. Der Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie der Sicherung von bereits vorhandenen muss wieder mehr, viel mehr Aufmerksamkeit zuteil werden. Denn dieser so wichtige Bereich kann einen Schlüssel zu einem erfolgreichen und nachhaltigen Europa darstellen und wurde meiner Meinung nach in letzter Zeit viel zu viel vernachlässigt. Wir sollten uns dessen bewusst sein, dass über eine geringe Arbeitslosenquote auch viele andere Bereiche positiv beeinflusst werden. Setzen wir hier den Hebel an der richtigen Stelle an!

Außerdem verstehe ich manche Redner hier nicht, die sich darüber beschwerten, dass manche Europapolitiker/-politikerinnen nicht schon vor ihrer Wahl weltbekannt sind. Warum sollen sie das sein? Seien wir so selbstbewusst, als Europäer und Europäerinnen zu sagen, wen wir möchten, wen wir für geeignet empfinden, und diese Leute dann auch zu wählen und uns nicht danach zu richten, ob manche vielleicht irgendjemand anderem bekannt oder nicht bekannt sind oder ob sie unseren Partnern weltweit zu Gesicht stehen oder nicht. Alles andere wäre lächerlich, genauso lächerlich wie manche Wortmeldung von manchen Herren, die, wenn sie überhaupt da sind, sich hinter ihren bunten Fahnen verstecken.

Tunne Kelam (PPE). – Herr Präsident, dies ist ein guter Anfang für die Adventszeit – die Freude auf das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon.

Jedoch ist er nicht nur Gottes Geschenk. Wir müssen uns entschlossen bemühen, Mehrwert für unser europäisches Projekt zu erzielen. Zuallererst ist der Weg jetzt offen für gemeinsame europäische Strategien. Es gibt keine formellen Entschuldigungen mehr dafür, diese nicht anzuwenden. Es ist jetzt Sache des Rates, ehrgeizige gemeinsame Strategien in den Bereichen äußere Sicherheit und Energie einzuleiten, die für unsere Partner wirklich glaubwürdig werden können. Eine der dringlichsten Aufgaben wird die Vollendung des Binnenmarkts für Energie, die Entwicklung gesamteuropäischer Energieversorgungsnetze und -lagermöglichkeiten sowie die Umsetzung einer Energiesolidaritätsklausel sein.

Das zweite Problem ergibt sich aus der Wirtschaftskrise. Tatsächlich haben die Länder außerhalb des Euroraums am stärksten unter dem dramatischen Rückgang der Investitionen und der steigenden Arbeitslosigkeit gelitten. Sie sind auch anfälliger geworden aufgrund des Wettbewerbsnachteils im Vergleich zu den Mitgliedern des Euroraums. Daher sind vorübergehende Maßnahmen der EU, wie zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten zur Unterstützung von KMU sowie Energie- und Infrastrukturprojekte eindeutig erforderlich. Darüber hinaus könnte ein besserer Zugang zu den europäischen Mitteln durch die vorübergehende Reduzierung der nationalen Kofinanzierungserfordernisse erleichtert werden.

Wie Sie wissen, Herr Präsident, bemüht sich mein Land, Estland, entschlossen um den Beitritt zum Euroraum bis 2011. Estland hat eines der niedrigsten Staatsverschuldungsniveaus und hat das Haushaltsdefizit erfolgreich unter Kontrolle gebracht. Die kürzliche Anerkennung der Bemühungen Estlands durch die OECD und Kommissar Almunia sind ermutigende Anzeichen dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Zoran Thaler (S&D). – (SL) Im Dezember wird der Europäische Rat sehr wichtige Themen angehen. Dies wird die erste Ratssitzung nach der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon sein und meine Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus haben sich bereits dazu geäußert, was diese Themen sein werden.

Persönlich möchte ich Sie auf ein sehr wichtiges Thema aufmerksam machen, das manchmal übersehen wird, aber das die Stabilität Europas und der Europäischen Union insgesamt betrifft: und dies ist das Thema der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (MK).

Die MK war in den vergangenen vier Jahren ein Kandidatenland und befand sich in den vergangenen 18 Jahren in einem praktisch eingefrorenen Konflikt mit Griechenland, seinem südlichen Nachbarn und einem langjährigen Mitglied der Europäischen Union. Dies bedeutet, dass uns nachgesagt werden könnte, dass wir einen eingefrorenen Konflikt im Herzen Europas haben.

Dieses Jahr war sehr erfolgreich für die MK. Im Jahr 2009 hat die MK bedeutende Fortschritte erzielt. Sie hat einen positiven Bericht von der Kommission erhalten, die empfohlen hat, dass der Rat diesem Land grünes

Licht für die Einleitung der Verhandlungen über eine vollwertige Mitgliedschaft erteilt. Am 20. Dezember wird die Visapflicht aufgehoben und vor kurzem fanden Wahlen in Griechenland statt.

Ich fordere die Vertreter des Rates und der Kommission einerseits und die Mitgliedstaaten andererseits auf, die Ministerpräsidenten Papandreou und Gruevski, diese beiden mutigen Männer, zu unterstützen, damit sie schließlich eine Lösung finden können und damit die MK der großen Familie beitreten kann, die Europa darstellt.

Andrzej Grzyb (PPE). – (PL) Herr Präsident, der Europäische Rat, der am 11. und 12. Dezember stattfinden wird, wird das Resümee eines fruchtbaren schwedischen Ratsvorsitzes sein. Ich möchte den Minister und die gesamte Regierung beglückwünschen, weil sie den sehr schwierigen Ratifizierungsprozess abgeschlossen haben. Zweitens, die Umsetzung des Vertrags von Lissabon beginnt. Er führt auch neue Institutionen ein wie den Ratspräsidenten und den Hohen Vertreter für die Außenpolitik. Wir wissen, dass diese Benennungen Diskussionen und Kontroversen, auch hier in dieser Kammer, ausgelöst haben.

Wir wünschen den Benannten alles Gute, aber wir möchten sagen, dass der wirkliche Test unter anderem die Qualität der Ostpolitik und der Prozess der Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes sein wird. Wir bedauern jedoch, dass es niemanden in dem Team gibt, der Mittel- und Osteuropa vertritt. Ich denke, eine weitere Umbildung könnte diese Erfordernis in der Zukunft sicherlich erfüllen.

Der Kopenhagener Klimagipfel muss unter anderem die ehrgeizigen Ziele billigen, die von der Europäischen Union vorgeschlagen wurden. Dies ist ebenfalls eine Angelegenheit für den bevorstehenden Rat. Ebenso wie das Stockholm-Programm, das vom Standpunkt der Sicherheit wichtig ist, und die Bürgerinnen und Bürger sowie die neuen Vorschriften des Vertrags von Lissabon. Dann gibt es noch all die mit der Wirtschaftskrise verbundenen Themen.

Unsere Erwartungen in Verbindung mit der Einführung des Vertrags von Lissabon sind vor allem eine effizientere EU, die in der Lage ist, die Erweiterung fortzusetzen und sowohl den Bürgerinnen und Bürgern als auch den Mitgliedstaaten Vorteile bringt. Wir erwarten, dass der Vertrag von Lissabon einen neuen Start für den gemeinsamen Markt bringt, indem er die Kluft zwischen politischer und wirtschaftlicher Integration beseitigt. Wir wünschen uns außerdem, dass die Benennung der neuen Europäischen Kommission mit Achtung für das Europäische Parlament und dessen Rechte erfolgt, sowie die Umsetzung der neuen Rolle für die nationalen Parlamente unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und eine Diskussion darüber, wie Europa nach Lissabon gestaltet werden soll. Die praktische Umsetzung des Vertrags von Lissabon bedeutet jedoch anzuerkennen, dass Solidarität und Energiepolitik ebenfalls Angelegenheiten sind, die den aktuellen Rechtsvorschriften unterliegen, wie beispielsweise der Verordnung zur Sicherheit der Gasversorgung.

Ivari Padar (S&D). – (ET) Herr Präsident, zuerst möchte ich über die Hohe Vertreterin sprechen, die letzte Woche benannt wurde. Einige Vorredner haben sowohl den Präsidenten als auch die Hohe Vertreterin kritisiert, was ich für ziemlich unangemessen halte. Niemand ist je vollkommen glücklich, aber persönlich sehe ich die Benennung beider Vertreter in einem positiven Licht, da ein Gleichgewicht zwischen den Interessen aller gefunden worden ist: zwischen kleinen und großen Ländern, zwischen Männern und Frauen und zwischen den verschiedenen politischen Polen.

Vielleicht ist das einzige, das mich persönlich ärgert, dass keine Vertreter aus den neuen Mitgliedstaaten einen dieser Posten bekommen haben, obwohl dies vielleicht nächstes Mal möglich sein wird. In jedem Fall möchte ich allen Kandidaten aus meiner Region danken, insbesondere dem estnischen Präsidenten, Toomas Hendrik Ilves, und der lettischen Präsidentin, Vaira Vīķe-Freiberga. Ich denke jedoch, dass wir jetzt mit der wesentlichen Arbeit fortfahren und damit aufhören sollten, unsere Zeit mit Diskussionen um Persönlichkeiten zu verbringen.

Der zweite wichtige Punkt, über den ich sprechen möchte, ist der Umgang mit der Finanzkrise, die der Rat, wie ich denke, zu einer Priorität gemacht hat. Die Bürgerinnen und Bürger in Europa erwarten, dass wir uns mit den Problemen der Arbeitslosigkeit und dem Paket zur Finanzüberwachung befassen. Diesbezüglich ist es sehr wichtig, welche Art von Kommission die neue Kommission sein wird und wie effektiv sie sein wird. Dies gilt auch für mein Land, Estland, weil für uns das offensichtlichste Ziel darin besteht, neues Wirtschaftswachstum sicherzustellen, um ein wahlberechtigtes Mitglied des Euroraums zu werden. Wir sind sehr nah daran, dieses Ziel zu erreichen, da eine große Möglichkeit besteht, dass wir die Maastricht-Kriterien erfüllen werden. Vielen Dank!

Alojz Peterle. (PPE). – (SL) Ich freue mich, dass die erste Ratssitzung stattfindet, die nach den Vorschriften des Vertrags von Lissabon abzuhalten ist. Ich wünsche Herrn Herman Van Rompuy, dem ersten

Ratspräsidenten, viel Erfolg. Wir haben ziemlich ähnliche Ansichten in Bezug darauf, wie wir in Einigkeit handeln und dabei unsere Vielfalt berücksichtigen sollten.

Die neuen institutionellen Vorkehrungen sind angenommen worden, um unsere Entscheidungsfindung den Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen sowie einfacher, demokratischer, transparenter und effektiver zu gestalten. In dieser Hinsicht haben wir viel über ein starkes Europa gehört. Die entscheidende Frage, die hier gestellt werden muss, ist jedoch, welches Konzept von Macht wir entwickeln sollten, oder auf welchen Grundlagen wir ein starkes Europa aufbauen können. Die Macht und der Erfolg der Europäischen Union bisher sind auf zwei zentrale Vorstellungen der Gründerväter Europas zurückzuführen: die erste ist die Achtung der Menschenwürde und die zweite ist Zusammenarbeit. Dies bedeutet, dass wir bei der Arbeit zum Schutz unserer Interessen auch andere berücksichtigen sollten, egal ob dies Einzelpersonen, Völker, Minderheiten oder Länder sind.

Heute müssen wir uns erneut in aller Ernsthaftigkeit fragen, was es bedeutet, die Menschenwürde zu achten, und was es bedeutet, den Menschen in den Mittelpunkt unserer Interessen zu rücken. Diese Frage hängt sehr eng mit dem Stockholm-Programm zusammen. Viele von Ihnen hier haben die Aufmerksamkeit auf die Grundfreiheiten und die Notwendigkeit, diese zu schützen, gelenkt, aber wir scheinen ziemlich unterschiedliche Ansichten darüber zu haben, wo die Menschenrechte eigentlich beginnen. Ich hoffe, dass wir uns zumindest darauf einigen können, dass die Menschenrechte beginnen, bevor einer Person die Staatsbürgerschaft eines bestimmten Landes verliehen wird.

Ich gehöre zu denjenigen, die der festen Überzeugung sind, dass Artikel 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union für das Menschenleben in seiner Gesamtheit gelten sollte, d. h. von Anfang bis Ende des Lebens einer Person. Insbesondere müssen wir diejenigen schützen, die sich nicht selbst schützen können. Bevor wir menschliche Freiheiten schützen können, müssen wir das Menschenleben schützen.

Ich war erfreut zu hören, dass so viele von Ihnen die Worte „zusammen handeln“ und „partnerschaftlich handeln“ gebraucht haben. Die Macht Europas liegt in seinen gemeinsamen Anstrengungen, egal ob wir von der humanitären oder der zwischenstaatlichen Methode sprechen. Wir könnten mit wachsenden Herausforderungen konfrontiert sein, die verlangen, dass wir einen gemeinsamen politischen Willen an den Tag legen, aber mehr Zusammenarbeit bedeutet nicht den Verlust unserer Identitäten.

Göran Färm (S&D). – (SV) Herr Präsident, wir hören Kritik daran, dass zwei ziemlich unbekannte Politiker für Spitzenpositionen innerhalb der EU benannt worden sind. Ich denke, dass diese Kritik unfair ist. Wir im Parlament zumindest haben Frau Ashton als ausgezeichnete Führungspersönlichkeit kennengelernt. Wir müssen uns jedoch mit der Kritik befassen, da viele jetzt schlussfolgern, dass die Mitgliedstaaten die EU-Funktion bloß als ein zwischenstaatliches Koordinierungsgremium sehen wollen anstatt als eine separate politische Ebene mit der Aufgabe, gemeinsame Lösungen für große Herausforderungen wie Wachstum, Arbeitsplätze, Frieden und die Umwelt zu finden. Wenn dies stimmen würde, wäre es ziemlich absurd.

Vor diesem Hintergrund ist es Besorgnis erregend, dass die Kommission und der Rat es so schwierig gefunden haben, Handlungsfähigkeit in Bezug auf eine der größten internen Herausforderungen, mit denen die EU konfrontiert ist, nämlich die Reform des langfristigen Haushaltsplans der EU, zu demonstrieren. Wir müssen jetzt die notwendigen Mittel bereitstellen, um in den Binnenmarkt zu investieren. Verkehr und Infrastruktur für Energie stehen zur Debatte. Wir müssen die notwendigen Mittel bereitstellen, um das unterstützen zu können, was wir in der neuen Strategie von Lissabon im Hinblick auf 2020 sagen. Wir müssen die Frage der Klimafinanzierung zumindest teilweise durch den Haushaltsplan der EU lösen und wir müssen uns auf die bevorstehende Erweiterung vorbereiten.

Meine Frage an den Ratsvorsitz und die Kommission lautet daher: Wann werden wir greifbare Vorschläge für eine Halbzeitbilanz sehen, die Auswirkungen auf die nicht vorhandenen Haushaltsmargen für die restlichen drei Jahre dieser finanziellen Vorausschau haben wird, bei der die aktuellen Obergrenzen die Durchführung vernünftiger Maßnahmen zum Angehen der Herausforderungen, die nicht bis nach 2013 warten können, verhindern, und auch einen Vorschlag, der Leitlinien für eine langfristige Reform des Haushaltsplans erstellt?

Seán Kelly (PPE). – (GA) Herr Präsident, ich möchte im Namen Irlands ein paar Worte zu diesem historischen Ereignis für die Europäische Union sagen.

Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, insbesondere auf der Basis von 67 % Ja-Stimmen der irischen Bevölkerung, verleiht allen in der Europäischen Union großen Auftrieb. Ich denke, dies reflektiert die Unterstützung unter den Bürgerinnen und Bürgern für die gute Arbeit, die das europäische Projekt über viele Jahre geleistet hat.

Leider hat die Benennung des Präsidenten und der Hohen Vertreterin zu einer Menge negativer Kritik geführt, die meines Erachtens etwas unfair ist.

Erstens sollten Personen, die für ein Amt benannt worden sind, etwas Zeit erhalten, um sich einzufinden, und sie sollten anhand von Ergebnissen beurteilt werden und nicht anhand vorgefasster Meinungen in Bezug auf ihre Fähigkeit, die Arbeit zu tun.

Im Falle von Herrn Van Rompuy ist gesagt worden, er sei ein Konsenserschaffer und ein effektiver Verhandlungspartner, als ob dies negative Eigenschaften wären. Dies sind sehr wichtige Eigenschaften in unserer Zeit. Was wollen wir? Einen Guru im Präsidentenstil, der auf der Weltbühne herumstolzisiert und Ärger verursacht? Einen Zerstörer, einen Unruhestifter? Nein, wir brauchen jetzt einen guten, effektiven und vernünftigen Vorsitzenden, und ich denke den haben wir. Ich wünsche ihm Alles Gute!

Was Baroness Ashton betrifft, so ist gesagt worden, dass sie nie in ein Amt gewählt wurde, und das stimmt, aber dies sagt weder auf die eine noch auf die andere Weise etwas über ihre Qualitäten als Person oder als effektive Politikerin aus. Ich habe sie nur hier in Aktion gesehen seit ich hierher kam, und ich habe sie insbesondere zu dem Handelsabkommen mit Südkorea befragt habe, und ich war der Meinung, dass sie ihre Sache sehr gut gemacht hat.

Ich denke, dass einige der Anmerkungen, die leider heute von Herrn Farage gemacht wurden, überzogen waren, aber ich werde mir jetzt der Tatsache bewusst, dass Herr Farage wie eine Langspielplatte ist. Er wiederholt immer wieder dieselbe politische Agenda und erinnert an die Tage von *Rule, Britannia!* und den Kampf von Nation gegen Nation. Diese Tage sind vorbei. Die Europäische Union ist der größte Friedensprozess, der je stattgefunden hat. Sie muss dies weiterhin sein und wir Abgeordnete müssen hart arbeiten um sicherzustellen, dass dies ab jetzt so sein wird.

Diogo Feio (PPE). – (PT) Herr Präsident, dies ist eine wichtige Debatte, da ich glaube, dass es die letzte ist, in der wir Namen diskutieren werden. Es ist in der Tat an der Zeit umzublättern, Strategien und die Herausforderungen, mit denen die Europäische Union konfrontiert ist, zu diskutieren. Ich möchte eine solche Herausforderung hervorheben: das Anpacken der Krise. Dies ist eines der Themen, über das sich die europäischen politischen Institutionen am meisten einig gewesen sind.

Es ist an der Zeit, den Rat und insbesondere den schwedischen Vorsitz zu seinem Engagement zu beglückwünschen. Es ist an der Zeit, die Kommission und ihren Präsidenten, der immer sehr darum besorgt war, die Krise anzupacken, zu beglückwünschen, und hervorzuheben, dass das Parlament selbst große Bereitschaft zur Diskussion dieses Themas gezeigt hat, indem es einen Sonderausschuss eingerichtet hat.

Es ist jedoch auch eine Zeit, in der es Diskrepanzen zwischen den Aussagen politischer Führungskräfte und den Aussagen der Leiter der Zentralbanken, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene, gegeben hat.

Erstens müssen wir vorsichtig sein, was das Ende der Krise betrifft. Dies ist nicht die Zeit, um Unterstützungsmaßnahmen für Volkswirtschaften und Unternehmen zurückzuziehen. Es ist auch an der Zeit, die Vorgehensweise zu planen. Die Leiter der Zentralbanken haben die Regierungen zu einem ehrgeizigen Plan zur Korrektur von Defiziten aufgefordert.

Die Zeiten ändern sich. Sie haben außerdem ihre Ablehnung gegenüber einigen Strategien wie denjenigen, die auf Steuersenkungen abzielen, im Rahmen einer an einige Regierungen gerichteten Botschaft bekundet. Ich bedauere, dass die portugiesische Regierung nicht den Weg der Steuersenkungen geht. Der Weg muss sich durch Wettbewerbsfähigkeit auszeichnen, und die Botschaft dieses Konzepts muss klar sein: mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr Anreiz, mehr Wachstum, mehr Unterstützung für Unternehmen, mehr Europa zur Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung.

János Áder (PPE). – (HU) Herr Präsident, die Kopenhagener Konferenz steht als vierter Punkt auf der Tagesordnung des Europäischen Rates. Es gibt zwei wichtige strittige Punkte, die verhindern, dass die Europäische Union einen einheitlichen Standpunkt hierzu erzielt. Einer betrifft den Verkauf von Kohlendioxidquoten nach 2012. Die Kommission und einige der alten Mitgliedstaaten der EU wollen den Verkauf von Quoten nach 2012 verbieten. Jedoch bestehen neun Länder – die Tschechische Republik, Polen, Ungarn, Rumänien, die drei baltischen Staaten, die Slowakei und Bulgarien – darauf, ihre Quoten auch nach 2012 verkaufen zu können.

Die genannten Länder, einschließlich Ungarn, haben ihre Kyoto-Verpflichtungen erfüllt, nicht erfüllt und übererfüllt. Ungarn zum Beispiel, das sich zu einem Rückgang um 8 % verpflichtet hat, hat einen Rückgang

um 23 % erzielt. Daher findet Ungarn den Standpunkt der Kommission völlig inakzeptabel und besteht so fest wie möglich darauf, seine Kohlendioxidquoten auch nach 2012 verkaufen zu können. Ich möchte auch meine Kolleginnen und Kollegen aus Bulgarien, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei und den baltischen Staaten unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit auffordern, ebenso entschlossen an diesem Standpunkt festzuhalten.

Othmar Karas (PPE). - Herr Präsident! Meine seine geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich Ihnen, Frau Malmström, ganz herzlich gratulieren, dass Sie sozusagen aus dem Parlament in die Regierung und von der Regierung in die Europäische Kommission kommen werden. Alles, alles Gute!

Wir haben die letzte Tagung nach Nizza, und wir sprechen über die erste Tagung nach Lissabon. Dieser Quantensprung, dieser Wechsel, dieses neue Kapitel muss beim ersten Gipfel spürbar werden. Europa hat sich verändert. Die Institutionenendebatte ist vorüber, die Personaldebatte hoffentlich auch. Wir gehen wieder zu einer Politikgestaltung innerhalb eines neuen Rahmens über. Die Bürgerrechte und die Parlamente werden gestärkt, die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und der Institutionen werden gestärkt, und wir – alle drei Institutionen – bekommen Rechte, die es leichter machen, den Kontinent in der Welt zu vertreten.

Papier ist geduldig. Es wird von all diesen Treffen in den nächsten Wochen abhängen, ob wir den Menschen vermitteln können, dass wir auch den politischen Willen haben, Taten zu setzen, Ziele zu formulieren und die Bürger zu Beteiligten des Projektes zu machen. Ich erwarte von diesem Gipfel eine neue Dynamik, eine neue Verantwortung, mehr Ernsthaftigkeit im Umgang mit den Themen. Denn das, was wir in den letzten Tagen gesehen haben, war doch die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner: Nationalisierungen, Parteipolisierungen. Lissabon ruft auf zur Europäisierung, zur Politikgestaltung!

Daher erwarte ich, dass wir wissen, was wir mit dem Modell der sozialen Marktwirtschaft machen werden. Wie gehen wir mit der Finanz- und Wirtschaftskrise um? Das geht nicht mit der Verteidigung bestehender Rechte, sondern mit der Suche nach globalen Lösungen. Ich erwarte auch einen Kassensturz. Wir müssen wissen, wie viel Geld wir für unsere Politiken haben. Dieser Kassensturz muss von diesem Gipfel an die Kommission herangetragen werden. Wir müssen ernsthaft, wahrhaftig und offen über die Themen reden und uns neue Ziele setzen. Alles, alles Gute!

Jean-Pierre Audy (PPE). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, wir sollten heute glücklich sein, da wir aus einer institutionellen Schwierigkeit herauskommen. Wir haben den Vertrag von Lissabon, wir haben Parität, wir haben Gesichter, und wie kann ich Ihnen dennoch dieses Unbehagen erklären, das ich empfinde?

Ich fühle heute in diesem fast leeren Plenarsaal kein Leben. Wir beteiligen uns an einer enttäuschenden Debatte in Bezug auf die Vorbereitung dieses Europäischen Rates. Ich kann dieses Gefühl des Unbehagens in Bezug auf die Vorbereitung dieses letzten Europäischen Rates unter turnusmäßig wechselndem Vorsitz nicht erklären.

Was für ein Unterschied gegenüber der Freude der Völker im Jahr 2004, als die ehemaligen kommunistischen Länder der Union beitraten! Was für ein Unterschied gegenüber den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer! Ja, wir wissen jetzt, dass die Lösung nicht von den Mitgliedstaaten kommen wird. Die Lösung wird von den Völkern kommen, sie wird vom Europäischen Parlament kommen.

So baue ich auf die Kommission, die keine Partei ergreifen, sondern eine politische Allianz mit dem Europäischen Parlament bilden sollte, damit die Allianz der Völker sicherstellt, dass wir von dem träumen können, was wir für diese Europäische Union, die Union der Völker, wünschen.

Andreas Mölzer (NI). - Herr Präsident! Ich pflichte den meisten meiner Vorredner bei, dass wir mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon in einer neuen historischen Phase der europäischen Integration stehen. Es ist aber so, dass die Menschen, die Bürger quer durch Europa, nicht nur immer in Jubelstimmung sind, wenn sie daran denken. Viele Menschen fürchten nämlich auch, dass sich der Zentralismus in Europa mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon verstärken könnte.

Viele fürchten, dass die kleinen EU-Mitgliedstaaten – wie etwa auch meine Heimat Österreich – geringeres Gewicht haben werden, weil die großen durch die neuen Abstimmungsmodalitäten alles bestimmen könnten. Die Menschen haben auch das Gefühl, dass bei der Auswahl der Besetzung der beiden Spitzenpositionen der Union der schwächste und kleinste gemeinsame Nenner gewählt wurde. Das sagt nichts gegen die persönliche Qualität von Herrn Van Rompuy und von Frau Ashton. Aber es war doch ein Verfahren, wo die Menschen gesehen haben, dass hier keine demokratische Auswahl stattgefunden hat.

Wenn wir die Union also in eine fruchtbare Zukunft führen wollen, dann müssen wir gerade in diesem Parlament darauf drängen, dass Demokratie geübt wird, auch bei der Auswahl der Besetzung der Spitzenpositionen.

Rachida Dati (PPE). – (FR) Herr Präsident, Frau Malmström, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, die Europäische Union hat im dritten Quartal 2009 wieder ein Wachstum verzeichnet, was uns dazu veranlassen könnte zu glauben, dass wir das Schlimmste hinter uns haben.

Eine beunruhigende Situation bleibt jedoch, und zwar die des explosionsartigen Anstiegs der Arbeitslosigkeit, und wir müssen daher weiterhin äußerst vorsichtig sein. Darüber hinaus stellt die Kommission in einem Bericht vom 23. November fest, dass die Finanzkrise vom zweiten Quartal 2008 bis Mitte 2009 mehr als vier Millionen Arbeitsplätze vernichtet hat.

Es ist heute von entscheidender Bedeutung, dass beim nächsten Europäischen Rat das Thema Beschäftigung im Kontext der Strategie von Lissabon nach 2010 diskutiert wird. Letztere muss unbedingt mutige Ziele und innovative Maßnahmen umfassen.

Ich bin der Meinung, dass sich die Debatte ab sofort auf die Annahme dieser Strategie von Lissabon in dieser konfuse Zeit konzentrieren muss. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger erwarten, dass Europa – und wir sehen es jeden Tag vor Ort – Lösungen für die Beschäftigungskrise bereitstellt. Wir sollten sie nicht enttäuschen.

Meine Beobachtung und meine Enttäuschung sind jedoch ähnlich wie die meines Kollegen, Herrn Audy, angesichts eines fast leeren Plenarsaals, angesichts einer äußerst Besorgnis erregenden Situation für unsere europäischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Aldo Patriciello (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, zuerst möchte ich dem schwedischen Ratsvorsitz für die großen Anstrengungen danken, die er in den vergangenen Monaten unternommen hat und die unter anderem zur Annahme des Vertrags von Lissabon geführt haben.

Nach 10 Jahren institutioneller Sackgasse kann die Europäische Union durch die Stärkung des Mitentscheidungsverfahrens endlich ihren Weg des Wachstums wiederaufnehmen, der vor einiger Zeit unerwartet abgebrochen wurde.

Abgesehen von jeglicher Debatte über die Qualitäten der gewählten Personen, haben die in den letzten Tagen vorgenommenen Benennungen sicherlich gezeigt, dass die Benennungsverfahren weit von den Grundsätzen der Transparenz und Verantwortung in Bezug auf ihre Bürgerinnen und Bürger, welche die Europäische Union unterstützt, entfernt sind. Dieses Parlament muss sicherstellen, dass es künftig stärker an Verhandlungen beteiligt wird, die nicht im Geheimen von den Staaten innerhalb des Rates durchgeführt werden können und dürfen.

Abschließend hoffe ich, dass wir das Jahr 2009 mit dem Erzielen einer ehrgeizigen Vereinbarung auf der Konferenz von Kopenhagen abschließen können, wo die Europäische Union mit einer Stimme sprechen muss, um ihren Standpunkt zum Klimawandel zu vertreten.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) Herr Präsident, die wichtigste Arbeit des schwedischen Ratsvorsitzes war, mehr als alles andere, der Vertrag von Lissabon, der neue Möglichkeiten für Europa eröffnet. Wir müssen eine Road Map für seine Einführung erstellen. Die Besetzung freiwerdender Ämter ist nur der Anfang. Zweitens müssen wir einen Plan für wirtschaftliche Erneuerung annehmen. Wir müssen nicht nur an Hilfe für die Banken denken, sondern auch an Hilfe für gewöhnliche Leute, insbesondere im Bereich der Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Drittens arbeiten wir an einer Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels – und das ist gut. Wir entscheiden, was in diesem Bereich getan werden sollte, aber wir sollten daran denken, dass in Bezug auf Finanzhilfen die Bekämpfung der Krise an erster Stelle steht. Viertens ist das Stockholm-Programm gleichbedeutend mit einem sicheren und offenen Europa, einem Europa der Freiheiten – nur dann ist es ein gemeinsames Europa. Eine gewisse Art von Ausgewogenheit zwischen diesen wichtigen Werten ist hier entscheidend. Abschließend erfordert die Entwicklung der Ostseeregion eine stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der Region, und Schweden hat in diesem Bereich eine Menge getan.

Petru Constantin Luhan (PPE). – (RO) Ich möchte damit beginnen, den schwedischen Ratsvorsitz zu der Art und Weise zu beglückwünschen, auf die er die Vorbereitungen für den Übergang zum Vertrag von Lissabon getroffen hat. Diese Priorität auf der Agenda des schwedischen Ratsvorsitzes ist erfolgreich abgeschlossen worden. Ich bin der Meinung, dass der Rat im Dezember daran arbeiten muss, Lösungen zu finden, die darauf abzielen, die zweifache Herausforderung anzugehen, mit der Europa konfrontiert ist: die Wirtschaftskrise und der Klimawandel.

Im Augenblick muss das Vertrauen in die Finanzmärkte wiederhergestellt werden durch die Einrichtung eines Überwachungssystems zur Verwaltung und Vermeidung des Auftretens einer ähnlichen Krise in der Zukunft. In Bezug auf das Thema des Klimawandels denke ich, dass der Entwurf der Umweltschutzpolitik andere Strategien oder die Zuweisung der europäischen Mittel für Strategien wie regionale Entwicklung nicht beeinträchtigen darf.

Cecilia Malmström, *Amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Herr Präsident, ich werde ein paar kurze Fragen beantworten. Es gab eine Frage bezüglich der Türkei. Wir sind natürlich erfreut, dass die europäische Integration weiterhin ein übergreifendes Ziel der Türkei ist. Die Verhandlungen mit der Türkei schreiten voran – vielleicht nicht so schnell wie wir dies wünschen, aber es werden Fortschritte erzielt und wir hoffen, das Umweltkapitel Ende des Jahres öffnen zu können.

Natürlich unterstützen wir auch die Verhandlungen zwischen der Türkei und Zypern und die Gespräche, die auf der Insel stattfinden, um eine Lösung für ihre Teilung zu finden. Es sind die betreffenden Parteien, die für diesen Prozess verantwortlich sind, und die UN stellen Hilfe bereit, aber die EU unterstützt dies natürlich. Ich war gerade in Zypern, um mit den verschiedenen beteiligten Parteien zu sprechen, da es fantastisch wäre, wenn in Kürze eine Lösung gefunden werden könnte. Es wird heute Nachmittag auch eine Debatte über die Erweiterung in Bezug auf die Türkei und andere Kandidatenländer mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Carl Bildt, stattfinden, bei der die Abgeordneten die Möglichkeit haben werden, Fragen hierzu sowie zu anderen Themen zu stellen.

Ich werde kurz auf die Strategie für den Ostseeraum eingehen. Ich möchte dem Europäischen Parlament erneut für die Unterstützung des schwedischen Ratsvorsitzes in Bezug auf diese Angelegenheit danken. Es war natürlich hier im Parlament, wo die Idee der Strategie für den Ostseeraum geboren wurde. Daher sind wir sehr erfreut, dass sie jetzt in Kraft ist. Sie wird ein sehr wichtiger Faktor für das Angehen der Umweltprobleme in der Region, aber auch für die Verstärkung der Zusammenarbeit unter anderem für Wohlstand, Innovation und Sicherheit sein.

Der Europäische Auswärtige Dienst ist eine der größten und wichtigsten Veränderungen, die aus dem Vertrag von Lissabon resultieren. Auf dem Gipfel im Oktober genehmigte der Europäische Rat einen allgemeinen Rahmen für diesen Dienst. Frau Ashton wird die Arbeit an diesem Rahmen zusammen mit dem Europäischen Parlament fortsetzen und spätestens im April nächsten Jahres einen endgültigen Vorschlag vorlegen. Der Auswärtige Dienst wird natürlich schrittweise eingeführt und es ist wichtig, dass dies kompetent und konstruktiv ausgeführt wird. Das Europäische Parlament wird die Gelegenheit haben, die Form hierfür zu diskutieren.

Was die Überprüfung des Haushaltsplans betrifft, Herr Färm, so bin ich voll und ganz Ihrer Meinung, dass wir jetzt, wo der Vertrag von Lissabon schließlich in einer Woche in Kraft treten wird, angesichts neuer moderner Grundregeln für die Europäische Union auch klar einen modernen Haushaltsplan brauchen, mit dem die damit verbundenen Herausforderungen angegangen werden können. Ich hoffe, dass die neue Kommission in der Lage sein wird, so schnell wie möglich einen solchen Vorschlag vorzulegen. Ich glaube, dass Präsident Barroso dies gestern während der Fragestunde ebenfalls erwähnt hat.

Acht Jahre nach Laeken stehen wir jetzt am Anfang eines neuen Vertrags. Es ist ein historischer Moment, der Beginn einer neuen Ära für die Europäische Union. Ich bin sehr erfreut, dass der schwedische Ratsvorsitz einen Beitrag hierzu leisten konnte. Wir können jetzt in gewissem Maße die institutionellen Fragen hinter uns lassen und uns auf die wichtigen politischen Herausforderungen konzentrieren, die den Bürgerinnen und Bürgern Europas – denn es ist natürlich das Europa der Bürgerinnen und Bürger, für das wir alle kämpfen – wie wir wissen, Sorge bereiten.

Viele dieser Themen werden bei der Dezembersitzung im Europäischen Rat diskutiert. Was das Klima – das zentrale Thema für unsere Generation – betrifft, so wird die Sitzung des Europäischen Rates zum gleichen Zeitpunkt stattfinden wie die Klimasisitzung in Kopenhagen, und der Gipfel wird uns die Gelegenheit geben, erforderlichenfalls unsere Verhandlungsposition in Kopenhagen genau abzustimmen.

Hinsichtlich der Finanzthemen und der Wirtschaftskrise können wir eine Reihe von Instrumenten einführen und auch langfristige Leitlinien dafür erstellen, wie wir Europa wieder wettbewerbsfähig machen können, um Wohlstand und sozialen Zusammenhalt zu schaffen, und insbesondere auf die neue Strategie von Lissabon vorausblicken, die mittel- und langfristig in dieser Hinsicht sehr hilfreich für Europa sein könnte.

Schließlich wird das Stockholm-Programm Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger Europas bringen, und es ist äußerst wichtig, dass wir dieses Programm umsetzen. All diese Themen werden nach dem Gipfel bleiben

und zu all diesen Themen werden wir eine sehr enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament benötigen. Ministerpräsident Reinfeldt wird bei der Dezembersitzung zugegen sein und dann über die Ergebnisse des Gipfels berichten und auch eine allgemeine Zusammenfassung des schwedischen Ratsvorsitzes liefern. Ich danke Ihnen sehr für diese sehr gute und konstruktive Debatte!

Margot Wallström, Vizepräsidentin der Kommission. – Herr Präsident, an diesem selben Tag, an dem wir die Tatsache feiern, dass der nächsten Kommission offensichtlich mindestens neun Frauen angehören werden – und ich betrachte dies auch als einen Sieg für alle von uns, die aktiv hierfür gekämpft haben – hören wir heute Morgen in den Nachrichten, dass allein in Frankreich im vergangenen Jahr 1 56 Frauen durch häusliche Gewalt getötet wurden. Da heute der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen ist, ist dies etwas, das uns innehalten und nachdenken und hoffentlich auch in Zukunft auf europäischer sowie auf internationaler Ebene handeln lassen sollte. Vielleicht sollten wir dies auch während des restlichen Tages in verschiedenen Sitzungen ansprechen.

Dies ist ein wichtiger Fortschritt. Es sagt auch eine Menge über das künftige Verfahren aus, das offener sein sollte, wenn wir Kommissarinnen und Kommissare ernennen. Ich hoffe, dass die Mitgliedstaaten und Regierungen in Zukunft sowohl einen Mann als auch eine Frau benennen werden. Ich denke, dies ist eine ausgezeichnete Idee.

Lassen Sie mich auch die Benennungen einer neuen Hohen Vertreterin und eines neuen Ratspräsidenten kommentieren. Frau Cathy Ashton wurde mit dem vollen Vertrauen der britischen Regierung in die Kommission ernannt. Sie erhielt tatsächlich hier im Parlament vor einem Jahr eine sehr große Mehrheit an Ja-Stimmen – 538 Stimmen, wenn ich nicht irre. Wie einige von Ihnen berichtet haben, arbeitet sie sehr eng mit dem Parlament zusammen und achtet immer auf die Beteiligung des Parlaments bei verschiedenen Themen. Sie wurde einstimmig von 27 Staats- und Regierungschefs ernannt. Somit denke ich, dass sie alle Legitimität hat, um ihren Posten zu erfüllen und die Achtung der ausländischen Partner der Europäischen Union zu erhalten. Mir hat die hier vorgestellte Metapher gefallen, dass man anstelle von jemandem, der den Verkehr stoppt, oder einer roten Ampel, eine gewiefte Person hat, jemanden, der dazu beiträgt, dass der Verkehr fließt oder Entscheidungen auf demokratische und gute Weise in der Europäischen Union getroffen werden. Ich habe sie als eine sehr gute Kollegin kennengelernt und ich würde sagen, dass sie auch eine überzeugte Europäerin ist. Das ist in der Tat ein wichtiger Ausgangspunkt.

Wir hatten bereits gute Kommentare in der Debatte hier. Ich denke, es ist eine fruchtbare und konstruktive Diskussion gewesen und ich danke Ihnen für all Ihre Beiträge. Ich möchte auch die direkte Anfrage von Göran Färm zur Überprüfung des Haushaltsplans kommentieren. Ich kann nur wiederholen, was der Kommissionspräsident Ihnen bereits gesagt hat, dass dies an die neue Kommission übergeben wird. Der Grund hierfür ist erstens, weil der neue Vertrag von Lissabon Vorschriften enthalten wird, die einen neuen institutionellen Rahmen erfordern, sodass sie eine gute Basis für Entscheidungen über den Haushaltsplan haben wird. Zweitens wird die neue Kommission über die politischen Prioritäten entscheiden und dann ihren Worten auch Taten folgen lassen müssen, damit der Haushaltsplan auch tatsächlich mit den politischen Prioritäten einhergeht. Ich würde sagen, das ist eine wichtige Neuerung und eine Chance für die nächste Kommission. Sie wird Cecilia Malmström mit herzlichen Wünschen von uns allen übergeben. Was die Kommission sagen kann, ist, dass ein Vorschlag für die Überprüfung des Haushaltsplans Anfang nächsten Jahres erfolgen und unmittelbare Aufgabe der nächsten Kommission sein wird.

Ich möchte noch eine Sache das Stockholm-Programm betreffend kommentieren. Die Annahme des Stockholm-Programms fällt mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon zusammen, wobei das Europäische Parlament eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung dieser Strategien spielen wird. Dies wird wiederum die demokratische Legitimität der wichtigen Entscheidungen erhöhen, die zu Themen im Bereich Justiz und Inneres zu treffen sind. Dies sind gute Neuigkeiten für die europäischen Bürgerinnen und Bürger und auch für alle EU-Institutionen.

In Bezug auf den Klimawandel kann ich hören, dass hier die allgemeine Ansicht vertreten wird, dass die Europäische Union eine aktive Rolle in Kopenhagen und ab sofort übernehmen sollte.

Nochmals vielen Dank für diese Aussprache! Mit dem neuen Vertrag von Lissabon haben wir jetzt einen Text, der uns bei der Behandlung all der wichtigen Themen unterstützen wird, die hier angesprochen worden sind – Klimawandel, Bekämpfung der Finanzkrise und ihrer sozialen und sonstigen Auswirkungen – und natürlich auch sicherstellen wird, dass wir in Zukunft eine demokratische Europäische Union haben.

Der Präsident. – Damit ist die Aussprache beendet.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Der bevorstehende Europäische Rat soll die Grundlagen für die Zukunft der Strategie von Lissabon für Wachstum und Beschäftigung legen. Er tut dies zu einem Zeitpunkt, zu dem die Arbeitslosigkeit in Europa historische Höchststände erreicht und die Wirtschaft sich in einer Rezession befindet und in eine tiefe Krise stürzt. Acht Jahre später müssen wir uns der Realität beugen: Die festgestellten Ziele haben vollständig versagt. Die Gründe für dieses Versagen liegen in dem, was sich bald als die wahre Agenda dieser Strategie herausgestellt hat: Deregulierung der Beziehungen zwischen den Sozialpartnern und die damit verbundene Abwertung der Arbeit, ein Angriff auf soziale Rechte, Abbau wesentlicher öffentlicher Dienstleistungen, Privatisierung und Liberalisierung zentraler Sektoren der Wirtschaft und die Vorherrschaft des Marktes in zunehmenden Bereichen des öffentlichen Lebens. Arbeitnehmer und Bevölkerung haben allen Grund, auf eine radikale Abweichung von dieser Agenda zu hoffen: ein Richtungswechsel, der dringend umgesetzt werden muss. Unter anderem erfordert ein solcher Wechsel: die Anerkennung von Bildung als ein Recht, nicht als eine Dienstleistung oder lediglich ein anderer Marktsektor; die Demokratisierung des Zugangs zu Wissen und Kultur; die Wertschätzung von Arbeit und Arbeitnehmerrechten; den Schutz von produktiven Sektoren und von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben; qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen für alle und eine gerechtere Verteilung des Wohlstands.

András Gyürk (PPE), schriftlich. – (HU) Herr Präsident, meine Damen und Herren, es wird erwartet, dass sich die Mitgliedstaaten auf der bevorstehenden Sitzung des Europäischen Rates auf die wichtigsten Grundsätze einigen, die auf der Klimakonferenz in Kopenhagen vertreten werden. Ich denke, dass es wichtig ist, dass das Thema der Energieeffizienz nicht wegen Emissionsquoten und der finanziellen Unterstützung, die den Entwicklungsländern gewährt wird, auf Eis gelegt wird. Mit anderen Worten, die Europäische Union neigt dazu, diese kostengünstige Lösung zu vergessen. Dies wäre besonders nachteilig, weil wir in einigen Regionen Europas die Emissionsniveaus billiger durch eine Verbesserung der Energieeffizienz senken können als durch irgendeine andere Lösung. Hieraus lassen sich zwei Schlussfolgerungen ziehen. Erstens, die Europäische Union muss sich durch die Annahme des neuen Klimaschutzprogramms bemühen, eine globale Konvergenz von Energieeffizienzstandards sicherzustellen. Zweitens, Energieeffizienzsubventionen müssen eine bedeutendere Rolle im künftigen langfristigen Haushaltsplan der EU spielen, wobei den Bausanierungsprogrammen der ehemaligen sozialistischen Länder besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist. Grund dafür ist die Tatsache, dass in diesem Bereich beträchtliche Einsparungen mit relativ bescheidenen finanziellen Aufwendungen erzielt werden können.

Marian-Jean Marinescu (PPE), schriftlich. – (RO) Das zentrale Thema des Stockholm-Programms lautet „Aufbau eines Europas der Bürger“. Dies bedeutet für mich, dass ab sofort die europäischen Institutionen neben den Mitgliedstaaten Fortschritte dahingehend erzielen müssen, die Grenzen innerhalb der EU abzuschaffen, da die Bürgerinnen und Bürger weiterhin mit administrativen und rechtlichen Hindernissen konfrontiert sind, die sie an der Ausübung ihres Rechts zu hindern scheinen, in dem Mitgliedstaat ihrer Wahl zu leben und zu arbeiten. Daher muss das Stockholm-Programm dieses zentrale Thema Realität werden lassen und klar definierte Instrumente zur Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt der Gemeinschaft für alle Arbeitnehmer in der EU einführen, was ein wichtiges Symbol der Unionsbürgerschaft ist.

Zudem hebt die aktuelle Wirtschaftskrise noch stärker die Notwendigkeit der Förderung der umfassenden Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit hervor. Die Verbesserung der Mobilität innerhalb der EU, in einem gemeinsamen Raum von Freiheit, Rechten und Verpflichtungen, bringt die Konsolidierung des Schengen-Raums mit sich und infolgedessen die Notwendigkeit, die übrigen Mitgliedstaaten so bald wie möglich zu integrieren. Dies beinhaltet darüber hinaus auch einen guten Schutz der Außengrenzen der EU, der so zusammenhängend wie möglich erfolgen muss.

Sirpa Pietikäinen (PPE), schriftlich. – (FI) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte dem schwedischen Ratsvorsitz für seine Arbeit zum Entwurf des neuen Arbeitsprogramms für Justiz und Inneres danken.

Dank des Stockholm-Programms wird die Europäische Union in der Lage sein, das Alltagsleben aller EU-Bürgerinnen und -Bürger zu verbessern. Sicherheit, Wohlergehen und Gleichheit sind das Ergebnis konsequenten Festhaltens an Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung in verschiedenen Politikbereichen und beim Entwurf von Rechtsvorschriften. --

Ich würde mir wünschen, dass der Verbesserung des Alltagslebens von Einwanderern, Minderheiten und denjenigen, die aus verschiedenen Gründen diskriminiert werden, viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt würde. Hierbei geht es nicht bloß um Randphänomene: Einer neuen Eurobarometer-Erhebung zufolge war

einer von sechs Europäern in den vergangenen fünf Jahren eigenen Angaben zufolge Opfer von Diskriminierung.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Bedeutung der derzeit vom Rat diskutierten Richtlinie zum Diskriminierungsverbot bei der Lieferung von Waren und der Erbringung von Dienstleistungen hervorheben. Leider ist die Richtlinie im Rat nur langsam vorangekommen und auf beträchtlichen Widerstand einiger Mitgliedstaaten gestoßen. Die Wertebasis der Europäischen Union beruht auf der Einhaltung der Grundsätze der Menschenrechte und der Gleichheit. Diese Grundsätze müssen auch auf Ebene der europaweiten Rechtsvorschriften vollständig umgesetzt werden.

(Die Sitzung wird um 11.40 Uhr unterbrochen.)

(Von 11.45 bis 12.05 Uhr kommen die Abgeordneten zur Verleihung des LUX-Preises zusammen.)

(Die Sitzung wird um 12.05 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

7. Abstimmungsstunde

Der Präsident. Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

(Für die Ergebnisse und andere Einzelheiten zur Stimmabgabe: siehe Protokoll)

7.1. Entlastung 2007: Rat (A7-0047/2009, Søren Bo Søndergaard) (Abstimmung)

- Vor der Stimmabgabe:

Nicole Sinclaire (EFD). – Herr Präsident! Ich melde mich nach Artikel 173 betreffs Artikel 2 der Geschäftsordnung zu Wort. Ich zitiere: „Die Mitglieder des Europäischen Parlaments üben ihr Mandat frei aus.“ In der Diskussion zu den Erklärungen des Rates und der Kommission haben Sie, Herr Präsident, heute morgen gesagt, dass die Bemerkungen von Herrn Farage unakzeptabel seien. Als neue Abgeordnete in diesem Haus möchte ich Sie gern bitten, zu erklären, ob ein Abgeordneter dieses Hauses hinsichtlich Artikel 2 frei ist, seine Meinung ohne Zensur auszudrücken.

Der Präsident. – Mit Ihrer Erlaubnis: ich werde mich mit Herrn Farage treffen, und wir werden freundlich darüber sprechen. Das schlage ich vor. Vielen Dank.

Martin Schulz (S&D). – Herr Präsident! Ich habe an dieser Debatte heute Morgen auch teilgenommen. Ich hatte nicht den Eindruck, dass Sie in irgendeiner Art und Weise unfair waren oder in irgendeiner Art und Weise Ihr Amt missbraucht haben. Im Gegenteil ...

(Tumult)

Ich möchte im Gegenteil feststellen, dass Sie voller Geduld und voller Respekt angehört haben, wie der Vorsitzende dieser sogenannten Fraktion sich hier als berufsmäßiger Verleumder dargestellt hat. Das war die Realität der Rede von Herrn Farage und nichts anderes!

(Beifall)

Søren Bo Søndergaard, Berichterstatter. – Herr Präsident! Ich möchte um eine namentliche Abstimmung zur Entlastung des Haushaltsplans des Rates für 2007 bitten. Ich denke, dass es wichtig ist, dass der Rat die breite Unterstützung dieses Parlaments sehen kann, die hinter den Forderungen an den Rat zu mehr Zusammenarbeit mit dem Parlament und dessen zuständigen Ausschüssen bei dem nächsten Entlastungsverfahren steht.

7.2. Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere wesentliche Parameter (A7-0076/2009, Ivo Belet) (Abstimmung)

- Vor der Stimmabgabe:

Ivo Belet, Berichterstatter. – Herr Präsident! Ich möchte nur kurz dem schwedischen Ratsvorsitz für die hervorragende Zusammenarbeit danken. Ich denke, dass diese Vereinbarung sowohl ehrgeizig als auch realistisch ist. Sie wird uns davon überzeugen, uns für volle Effizienz, niedrige Lärmwerte und natürlich für Sicherheit zu entscheiden. Mein Dank geht auch an die Kommission und die Schattenberichterstatter Matthias Groote und Jorgo Chatzimarkakis für die hervorragende Arbeit, die sie geleistet haben.

7.3. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Belgien (Textilsektor) und Irland (Dell) (A7-0044/2009, Reimer Böge) (Abstimmung)

7.4. Anpassung der Geschäftsordnung des Parlaments an den Vertrag von Lissabon (A7-0043/2009, David Martin) (Abstimmung)

- Vor der Stimmabgabe:

Bruno Gollnisch (NI). – (FR) Herr Präsident! Mein Gerät funktioniert nicht, aber das ist eigentlich nicht das, was ich sagen wollte.

Herr Präsident! Dieser Bericht enthielt einen Änderungsantrag, der zurückgezogen wurde, den Änderungsantrag 86. Meine Wortmeldung basiert auf Artikel 24 Absatz 2 der Geschäftsordnung. Wie ich Ihnen bereits im Namen meiner Kollegen erklären durfte, ermöglicht es dieser Artikel den fraktionslosen Abgeordneten, einen von ihnen als Abgeordneten zu der Konferenz der Präsidenten zu ernennen. Nach der Behinderung durch die Verwaltung wurde diese Verpflichtung seit Juli nicht mehr erfüllt.

Es wurde jedoch in diesem Änderungsantrag 86 vorhergesehen, dass diese Vorschrift geändert werden würde, um Sie entscheiden zu lassen, welcher der Vertreter der fraktionslosen Abgeordneten bei der Konferenz der Präsidenten anwesend sein soll. Herr Präsident, das ist eine echte Schande und ich wähle meine Worte sorgfältig. Es wird von allen unseren Kollegen als solche angesehen. Es scheint, dass wir die einzigen sind, die die Ernennung unseres Vertreters zur Konferenz der Präsidenten aufgezwungen bekommen.

Herr Präsident, ich hoffe, dass Sie vorhaben, diese Möglichkeit abzulehnen, die Ihnen von der sozialistischen Fraktion und der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), der Sie angehören, vorgelegt wurde.

Der Präsident. – Ich verstehe, was Sie meinen. Möchte der Berichterstatter etwas dazu sagen? Kann ich den Berichterstatter bitten, dies zu kommentieren?

David Martin, Berichterstatter. – Herr Präsident! Wir müssen nicht viel Zeit damit verbringen, denn die fraktionslosen Abgeordneten sind es nicht wert, dass man viel Zeit mit ihnen verbringt. Wir stimmen dazu nicht ab. Wenn sie sich die Mühe machten, bei den Ausschüssen zu erscheinen, bei denen sie erscheinen dürfen, würden sie wissen, dass wir heute nicht darüber abstimmen, sondern im Januar. Ich bleibe bei meiner Empfehlung an Sie, Herr Präsident, einen fraktionslosen Abgeordneten zur Teilnahme an der Konferenz der Präsidenten einzuladen.

7.5. Vorbereitung des Klimagipfels in Kopenhagen (Abstimmung)

- Vor der Stimmabgabe:

Satu Hassi (Verts/ALE). – Herr Präsident! Bei der Abstimmungsreihenfolge zwischen den Änderungsanträgen 43 und 54 hat meine Fraktion festgestellt, dass diese Abstimmungsreihenfolge verkehrt herum auf dieser Liste steht.

Durch die Annahme von Änderungsantrag 43 sollte der Änderungsantrag 54 nicht durchfallen, weil in 54 auch Themen behandelt werden, die von der 43 nicht abgedeckt werden.

Wenn einiges davon dazu führt, dass andere Änderungsanträge durchfallen, dann sollte zuerst über 54 und dann erst über 43 abgestimmt werden.

Das betrifft nicht die erste Abstimmung, sondern eine Abstimmung auf der zweiten Seite. Ich wollte dies nur bekanntgeben, damit Sie es wissen, wenn wir bei der Stimmabgabe dazu kommen.

Der Präsident. – Möchte ein Vertreter des Ausschusses etwas dazu sagen? Vielleicht Herr Leinen? Schlagen Sie eine Änderung der Abstimmungsreihenfolge vor? Ich muss sagen, dass wir diese Änderung nicht erwartet haben. Kein solcher Vorschlag wurde vorgebracht.

Jo Leinen, Vorsitzender des ENVI-Ausschusses. – Herr Präsident! Ja, Frau Hassi hat Recht. Wir können so verfahren, wie sie vorgeschlagen hat.

(Der Antrag wurde angenommen)

Markus Ferber (PPE). – Herr Präsident! Vorhin wurde von der Dolmetscherkabine nach Artikel 20 gefragt und nicht nach Artikel 22, und dann ist es schwierig, das zu tun, was Sie meinen. Deswegen hoffe ich, dass die Dolmetscher jetzt die polnischen Zahlen gut übersetzen.

Der Präsident. – Vielleicht war es mein Fehler. Es tut mir leid.

Jo Leinen (S&D). – Herr Präsident! Das Parlament ist in Kopenhagen mit einer offiziellen Delegation vertreten. Sie kommen ja auch, und zum ersten Mal müssen wir uns nicht ein Büro in der Stadt mieten, sondern sind offiziell im EU-Pavillon. Das ist gut, dafür bedanken wir uns, und deswegen kann Artikel 61 ja wegfallen.

Aber mit dem Vertrag von Lissabon wird das Parlament bei internationalen Verträgen nicht nur angehört, sondern muss ihnen zustimmen. Für uns beginnt eine neue Ära, und deshalb fordern wir nach Artikel 60, dass wir zu den EU-Koordinierungssitzungen zugelassen werden und nicht draußen vor der Tür stehen müssen. Wir müssen von der Kommission auf gleicher Augenhöhe wie der Rat informiert werden, wie bei den Verträgen verhandelt wird, und wir fordern, damit beim Kyoto-Abkommen anzufangen. Das ist die Forderung an die Kommission. Vielleicht kann Frau Kommissarin Reding dazu auch etwas sagen.

(Beifall)

Viviane Reding, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Ich habe die Botschaft gehört. Ich werde sie an den Präsident der Kommission und an die anderen Kommissare weiterleiten.

Jeanine Hennis-Plasschaert (ALDE). – Herr Präsident! Ich möchte Sie freundlich darum bitten, etwas schneller zu machen. Wenn wir in diesem Tempo weitermachen, werden wir schließlich um Mitternacht in diesem Plenum abstimmen.

7.6. Mehrjahresprogramm 2010-2014 für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (Stockholm-Programm) (Abstimmung)

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). – Herr Präsident. Es ist wieder das passiert, was Kollege Ferber eben zu Recht beklagt hat: Wir haben, was den Absatz angeht, über den wir gerade abstimmen sollten, drei verschiedene Zahlen gehört. Ich weiß nicht, ob es daran liegt, dass die Zahlen nicht richtig vorgelesen oder nicht richtig übersetzt worden sind. Aber es hieß 33, dann 30, dann 43 es war also sehr unklar.

Marc Tarabella (S&D). – *(FR)* Herr Präsident! Ich kann Ihnen versichern, dass das Tempo dieser Abstimmung perfekt ist. Sie sind ein sehr höflicher Mann und wir sind Ihnen sehr dankbar dafür, aber wir könnten den Prozess noch schneller machen, wenn Sie sich nicht nach jeder Abstimmung bedanken würden, sondern nur am Ende der Abstimmung!

Vielen Dank, Herr Präsident!

Der Präsident. – Ich danke Ihnen für diese Bemerkung!

- Vor der Stimmabgabe zum Änderungsantrag zu Ziffer 131:

Carlo Casini (PPE). – *(IT)* Herr Präsident! Es geht um einen mündlichen Änderungsantrag zu Ziffer 131, bei dem ich mit den anderen beiden Berichterstattern, Herrn López Aguilar und Herrn Berlinguer, übereinstimme.

Der gegenwärtige Text lautet: „fordert den Rat, die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, derzeitige internationale, europäische und innerstaatliche Rechtsvorschriften und Maßnahmen zur Drogenproblematik auszuwerten und zu überprüfen, insbesondere mit Blick auf die auf der Ebene der Vereinten Nationen hierzu veranstalteten Konferenzen.“

Der mündliche Änderungsantrag schlägt vor, die Wörter „Vorbeugung“ und „Wiederherstellung“ einzufügen, in der Bedeutung, dass die Aufforderung zur Auswertung und Überprüfung die „Schadensverringering, -vorbeugung sowie Wiederherstellungsstrategien“ betreffen sollte.

(Der mündliche Änderungsantrag wurde angenommen)

7.7. Freihandelszone Europa-Mittelmeer 2010: Sachstand (Abstimmung)

7.8. Entschädigung von Fluggästen im Falle einer Insolvenz der Fluggesellschaft (Abstimmung)

7.9. "Made in" (Ursprungskennzeichnung) (Abstimmung)

VORSITZ: Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ

Vizepräsident-

8. Stimmerklärungen

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

- Bericht: Søren Bo Søndergaard (A7-0047/2009)

Daniel Hannan (ECR). – Herr Präsident! Die Hauptaufgabe jeder parlamentarischen Versammlung ist es, die Exekutive zur Rechenschaft zu ziehen. Wir sind das Sprachrohr der Bevölkerung. Zwischen uns und der Exekutive, das heißt der Kommission, sollte es eine produktive Spannung geben.

Wenn es jedoch um diese Haushaltsfragen geht, steht das Europäische Parlament – einmalig bei den gewählten parlamentarischen Versammlungen dieser Welt – zum Zweck einer tieferen Integration gegen seine eigenen Wähler an der Seite der Exekutive.

Jedes Jahr wächst der europäische Haushalt weiter an; jedes Jahr liegt uns der Bericht des Rechnungshofes vor, der Zigmilliarden verlorener oder entwendeter Euro aufweist. Und dennoch tun wir nicht genau das, wozu wir befugt sind, nämlich die Zufuhr zu verweigern, mit anderen Worten, zu sagen, dass wir kein weiteres Geld mehr zur Verfügung stellen werden, bis die Rechnungslegungsverfahren in Ordnung gebracht wurden.

Wieder einmal winken wir diesen Haushaltsplan trotz all der darin enthaltenen Fehler einfach durch und betrügen damit diejenigen, die uns hierher gebracht haben, nämlich unsere Wähler und auch unsere Steuerzahler, da die Mehrheit der Personen in diesem Haus eine „Ob gut oder schlecht, Hauptsache Europa“-Haltung einnimmt und es vorzieht, die Dinge von Brüssel schlecht machen zu lassen anstatt von den Mitgliedstaaten gut machen zu lassen.

- Bericht: Reimer Böge (A7-0044/2009)

Miguel Portas, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (PT) Herr Präsident! Die Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke hat für die Bereitstellung von 24 Mio. EUR als Unterstützung für entlassene Arbeitnehmer in Belgien gestimmt.

Wir haben dafür gestimmt, weil wir auf der Seite derer stehen, die in Not sind, die für die Unternehmen ihren Schweiß und ihre Geisteskraft geben, und die letztlich Opfer eines unfairen Wirtschaftssystems und einer zügellosen Jagd nach Profiten mit verheerenden sozialen Auswirkungen sind.

Abgesehen davon muss die Rolle des Fonds für die Anpassung an die Globalisierung überdacht werden.

Im Jahr 2009 wurden von möglichen 500 Mio. EUR lediglich 37 Mio. EUR bereitgestellt. Der Fonds spiegelt den Grund, aus dem er eingerichtet wurde, nicht wider.

Zweitens werden mit diesem Fonds nicht die Arbeitslosen direkt, sondern die nationalen Beschäftigungssicherungssysteme unterstützt. Da sich diese stark voneinander unterscheiden, reproduziert der Fonds letztlich die offensichtlichen Ungleichheiten unserer eigenen Verteilungssysteme.

In Portugal unterstützt der Fonds eine arbeitslose Person mit 500 EUR. In Irland unterstützt er eine arbeitslose Person mit 6 000 EUR.

Drittens zeigt der Fall Dell, dass es tatsächlich möglich ist, dass gleichzeitig sowohl die Arbeitnehmer, die in Irland entlassen wurden, als auch das multinationale Unternehmen, das sie entlassen hat und derzeit in Polen von einer anderen Art öffentlichen Fonds profitiert, unterstützt werden.

Dell hat Geld zur Errichtung einer neuen Produktionsstätte in Polen erhalten, obwohl Dell neue Positionen auf den US-Märkten gewinnen konnte und im dritten Quartal dieses Jahres Gewinne im Bereich von 337 Mio. USD angekündigt hat.

Daher müssen alle Aspekte des Fonds für die Anpassung an die Globalisierung sorgfältig geprüft werden.

Daniel Hannan (ECR). – Herr Präsident! Ich habe es zuvor schon mehrmals gesagt und werde es mit Sicherheit auch künftig immer wieder sagen: Was auch immer die Beweggründe ihrer Gründerväter waren, die Europäische Union ist schon lange kein ideologisches Projekt mehr; sie ist zu einem Betrugsgeschäft geworden, einer Methode zur Umverteilung von Geld von Menschen außerhalb des Systems an Menschen innerhalb des Systems. Daher auch das Thema, über das wir heute sprechen – die Schmiergelder an ausgesuchte bevorzugte Unternehmen.

Lassen wir einmal den für die Bereitstellung von Mitteln an Dell in Irland verdächtig gewählten Zeitpunkt beiseite, die mit zweifelhafter Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens im Vorfeld zum irischen Referendum zur europäischen Verfassung bzw. zum Vertrag von Lissabon angekündigt wurde. Erinnern wir uns einfach etwas allgemeiner daran, dass wir das als Kontinent früher schon einmal versucht haben: In den 70er-Jahren haben wir uns für den Weg entschieden, nicht wettbewerbsfähige Industrien zu unterstützen, was verheerende Folgen hatte. Wir wissen, wohin dieser Weg führt. Er führt zu Stagnation, Inflation und letztlich zu kollektivem Bankrott. Diesen Weg sollten wir nicht noch einmal gehen.

Syed Kamall (ECR). – Herr Präsident! Ich fand den ersten Satz interessant, der besagt, dass der Fonds eingerichtet wurde, um Arbeitnehmern, die unter den Folgen eines breiten Strukturwandels im Welthandel leiden, zusätzliche Unterstützung bereitzustellen.

Aber gab es nicht schon immer große Strukturveränderungen im Welthandel? In meinem Wahlbezirk in London gibt es Textilunternehmen, die als Reaktion und in Vorbereitung auf die Globalisierung einige ihrer Bereiche in ärmere Länder ausgelagert und damit in Entwicklungsländern Arbeitsplätze geschaffen haben, jedoch hochwertige Arbeitsplätze in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Marketing in London, im Wahlbezirk und in der Europäischen Union aufrecht erhalten haben.

Wenn diese Unternehmen reagieren können – warum belohnen wir dann unwirtschaftliche Textil- und IT-Unternehmen, die den Kopf in den Sand stecken und hoffen, dass die Globalisierung vorbeigeht?

Dieses Geld sollte den Steuerzahlern zurückgegeben werden, damit sie es nach ihrem Dafürhalten ausgeben können. Es ist an der Zeit, dass die Regierungen sich darauf konzentrieren, die richtigen Bedingungen zu schaffen, damit, wenn Arbeitsplätze verloren gehen, Unternehmer in Erscheinung treten und neue Arbeitsplätze schaffen können.

- Bericht: David Martin (A7-0043/2009)

Bruno Gollnisch (NI). – (FR) Herr Präsident! Ich komme auf diesen wahrhaften Machtmissbrauch, der beinahe unter dem Vorwand einer Anpassung der Geschäftsordnung an den Vertrag von Lissabon begangen worden wäre, nämlich auf den Änderungsantrag 86, mit welchem sich die Regierung selbst das Recht einräumte, den Vertreter der fraktionslosen Mitglieder bei der Konferenz der Präsidenten zu benennen, zurück.

Es ist absolut skandalös, dass diese Benennung, die, wie in allen Organen unseres Parlaments, entweder durch Abstimmung, durch Einvernehmen oder durch Abstimmung mangels Einvernehmen hätte erfolgen müssen, aufgrund eines absichtlichen Manövers von Beamten, die dagegen sind, noch nicht erfolgt ist.

Darüber hinaus ist es alarmierend, dass diese Beamten für ihre Sache politische Fraktionen gewinnen konnten, die uns anfeinden und die sich ohne Frage weder *de facto* noch *de jure* zur Benennung unseres Vertreters zu äußern haben. Sollte über diesen Beschluss noch einmal beraten werden, werden wir vor dem Gerichtshof gegen ihn vorgehen.

- Entschließungsantrag (B7-0141/2009) Vorbereitung des Gipfeltreffens in Kopenhagen zum Klimawandel

Marisa Matias, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (PT) Herr Präsident! Um zu gewährleisten, dass im Kampf gegen den Klimawandel echte und verbindliche Ergebnisse erzielt werden, müssen vier Grundsätze garantiert sein, die ich gerne hervorheben möchte. Über diese wurde hier heute auch abgestimmt.

Der erste Grundsatz ist, dass wir ein rechtlich bindendes Übereinkommen erzielen müssen.

Zweitens müssen strenge politische Ziele, einschließlich Emissionsreduktionsziele, garantiert werden. Wir müssen uns in dieser Hinsicht ehrgeizige Ziele setzen. Ich denke, wir hätten weiter gehen können als wir das heute getan haben.

Der dritte Punkt ist, dass die erforderliche öffentliche Finanzierung garantiert werden muss, damit wir dieses Problem des Klimawandels angehen können.

Der vierte und letzte Punkt – dessen Berücksichtigung meiner Meinung nach sehr wichtig ist – ist, dass es ein globales Übereinkommen geben muss und nicht nur ein Übereinkommen zwischen einigen Regionen, und dass dies durch ein Verfahren erfolgen muss, das auf einer demokratischen Beteiligung basiert, die alle Länder mit einbezieht.

Ich denke, dass die Entschließung, die wir heute hier angenommen haben, – sagen wir mal – nicht so gut ist wie die Entschließung, die zuvor im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit angenommen wurde.

Dennoch glaube ich, dass das, was hier festgehalten werden sollte, in der Tat das erzielte Ergebnis und die während dieses Prozesses unternommenen Anstrengungen sind, und wir daher mit einer recht guten Arbeit, die vom Parlament geleistet wurde, nach Kopenhagen gehen. Ich hoffe wirklich, dass wir hart kämpfen werden und dass wir das, was wir heute hier beschlossen haben, erfüllen können.

Zigmantas Balčytis (S&D). – Herr Präsident! Ich habe diese Entschließung unterstützt. Beim Gipfeltreffen in Kopenhagen hat der Klimawandel globale politische Priorität. Dabei dürfen nicht nur politische Verpflichtungserklärungen herauskommen, sondern es muss bindende Vereinbarungen und Sanktionen bei Nichteinhaltung geben.

Der Kampf gegen den Klimawandel ist eine globale Aufgabe und erfordert die aktive Beteiligung sowohl der entwickelten Länder als auch der Entwicklungsländer. Die reichen Länder müssen jedoch die Führungsrolle übernehmen. Sie müssen sich auf verbindliche Ziele im Hinblick auf die Reduktion ihrer Emissionen einigen und gleichzeitig Geld bereitstellen, um den Entwicklungsländern beim Umgang mit dem Klimawandel zu helfen.

Jan Březina (PPE). – (CS) Mit der heutigen Annahme der Entschließung zum Klimaschutz-Gipfel in Kopenhagen hat das Parlament das klare Signal gesendet, dass es dieser Frage enorme Bedeutung zumisst. Dies spiegelt sich in einer glaubwürdigen Herangehensweise wider, nach der das Parlament den Grundsatz gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortlichkeiten aufstellt. Dementsprechend sollen die Industrieländer eine Führungsrolle übernehmen, während die Entwicklungsländer und Volkswirtschaften wie China, Indien und Brasilien durch Technologie und Kapazitätsaufbau eine angemessene Unterstützung erhalten. Andererseits muss ich sagen, dass die Annahme, ein Übereinkommen in Kopenhagen könnte den Impuls für eine *Green New Deal*-Initiative geben, meiner Meinung nach allzu optimistisch und ideologisch einseitig ist. Wir dürfen keine Scheuklappen aufsetzen und in einem idealistischen Bemühen um eine Reduktion von CO₂-Emissionen über die Leichen von Industrieunternehmen gehen. Eine solche unrealistische Herangehensweise würde ich nicht als nachhaltige Alternative für ganz Europa sehen.

Bruno Gollnisch (NI). – (FR) Herr Präsident! Der Bericht, der in unserem Plenum gerade angenommen wurde, reiht sich direkt in die „politisch korrekt“-Linie ein, die hier uneingeschränkt herrscht, ohne dass die etablierten Dogmen hinterfragt werden.

Und doch, nur weil etwas schon tausendmal behauptet wurde, heißt das nicht, dass es auch richtig ist. Das Phänomen der globalen Erwärmung hat es schon immer gegeben. Zum Beispiel gab es seit den letzten Eiszeiten eine globale Erwärmung und es waren wohl nicht die von den Neandertalern gefahrenen Autos, die für diese vorherigen Fälle globaler Erwärmung verantwortlich waren.

Was uns hunderte Male, tausende Male erzählt wurde, wird nicht angezweifelt, nicht in Frage gestellt – aber aus welchem Grund? Es ist klar ersichtlich, dass es mindestens einen wichtigen Grund gibt: die Vorbereitung auf das Einläuten der Weltregierung; und der zweite Grund ist, bei den Europäern und der westlichen Welt, die fälschlicherweise für alle Übel dieser Welt verantwortlich gemacht werden, einmal mehr Schuldgefühle zu erzeugen.

An dieser Stelle höre ich auf, Herr Präsident, da mir keine einundsechzig Sekunden zustehen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Daniel Hannan (ECR). – Herr Präsident! Bei seiner ersten Pressekonferenz als neuer Präsident bzw. als ernannter Amtsträger hat Herr Van Rompuy erklärt, dass der Kopenhagen-Prozess ein Schritt in Richtung des globalen Managements unseres Planeten sei. Ich bin wohl nicht der Einzige, der darüber beunruhigt ist, wie die Umweltagenda von denen, die eine andere Agenda zur Verschiebung der Macht weg von den nationalen Demokratien verfolgen, vereinnahmt wird.

Umweltschutz ist zu wichtig, um nur einer Seite der politischen Debatte und deren Lösungen überlassen zu werden. Als Konservativer betrachte ich mich naturgemäß auch als Umweltschützer. Es war Marx, der lehrte, dass die Natur eine Ressource ist, die genutzt werden muss, eine Doktrin, die in der veralteten Schwerindustrie der Comecon-Staaten ihre brutale Umsetzung fand, aber wir haben es nie mit den Lösungen des freien Marktes versucht, nämlich mit der Ausweitung von Eigentumsrechten, mit sauberer Luft und sauberem Wassers durch ein Zulassen von Eigentum anstatt mit der Tragik der Allmende, wo man davon ausgeht, dass diese Ziele mit staatlichen Maßnahmen und globalen Technokratien erreicht werden können.

Der Umweltschutz ist insgesamt zu wichtig, um den Linken überlassen zu werden.

- Entschließungsantrag (B7-0155/2009) 2010-2014 Mehrjahresprogramm im Hinblick auf den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (Programm von Stockholm)

Clemente Mastella (PPE). – (IT) Herr Präsident! Die Entschließung zum Programm von Stockholm, über die unser Parlament heute abgestimmt hat, ist das Ergebnis einer großartigen Kooperationsarbeit und ein ganz neues Verfahrenskonzept, mit dem wir noch wenig Erfahrung haben.

Mit diesem Konzept werden wahrhaft ehrgeizige Ziele gesetzt, aber für ein Europa, das gleichzeitig offen und sicher ist, müssen wir auch die richtige Balance zwischen einer zunehmend effektiven Zusammenarbeit beim Kampf gegen das Verbrechen und den Terrorismus einerseits und einer starken Verpflichtung zur Wahrung des Rechts auf Privatsphäre der Bürger andererseits finden.

Wir haben die Pflicht zur Einführung einer gemeinsamen Asylpolitik, zur Gewährleistung der Wahrung von Menschenrechten und zu einer gemeinsamen Einwanderungspolitik durch eine stärkere Kontrolle unserer Grenzen.

Die nächste Aufgabe ist die Einrichtung eines Europäischen Rechtsraums. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir alle Formen der Zusammenarbeit mit dem Ziel des Aufbaus einer gemeinsamen europäischen Rechtskultur fördern. Hierzu zählen beispielsweise die Anerkennung von gemeinschaftlichen Urteilen und Regeln, die Abschaffung des Exequatur-Verfahrens und die Umsetzung von Maßnahmen für einen leichteren Zugang zur Justiz sowie die Stärkung des Austauschs zwischen Richtern.

Und dann ist da das Mehrjahresprogramm, welches das Konzept der Unionsbürgerschaft unterstreicht, welche als Ergänzung zu und nicht als Einschränkung der nationalen Staatsbürgerschaft betrachtet werden sollte.

Ich glaube, dass dies Ziele sind, die ein stärkeres Engagement aller...

(Der Präsident hat den Redner unterbrochen)

Lena Ek (ALDE). – (SV) Herr Präsident! Ich habe heute für die EU-Strategie für Freiheit, Sicherheit und Recht, mit anderen Worten, für das Programm von Stockholm gestimmt, aber wenn der derzeitige Legislativvorschlag des Rates über die Kommission wieder dem Parlament vorgelegt wird, beabsichtige ich äußerst entschieden und kompromisslos zu sein, wenn es um die Frage der Offenheit und Transparenz bei der legislativen Arbeit geht.

Dies ist besonders im Hinblick auf das Asylverfahren wichtig. Die Möglichkeit Asyl zu beantragen ist ein Grundrecht, und bei der europäischen Zusammenarbeit geht es darum Mauern einzureißen und nicht darum, Mauern zu errichten. Die Mitgliedstaaten müssen sich daher an die im Abkommen über die Rechtsstellung

der Flüchtlinge verankerte Definition des Flüchtlingsbegriffs halten, und ich habe zu diesem Zweck jetzt einen Änderungsantrag eingereicht. Das Programm von Stockholm muss in seiner endgültigen Form für europäische Werte wie Freiheit und Achtung der Menschenrechte stehen. Dafür lohnt es sich zu kämpfen, und genau das werde ich auch tun.

Daniel Hannan (ECR). – (ES) Herr Präsident! Zunächst einmal möchte ich Ihnen und Ihren Bediensteten für Ihre Geduld während dieser Erklärungen zur Abstimmung danken.

– Herr Präsident! Ein ehemaliger britischer Innenminister, Willie Whitelaw, sagte einem Nachfolger in diesem Amt einmal, dass dies der beste Job im Kabinett sei, weil man nichts mit Ausländern zu tun hat.

Kein Innenminister in einem Mitgliedstaat könnte das heute noch von sich behaupten. Es hat eine ganz außerordentliche Harmonisierung in den Bereichen Justiz und Inneres stattgefunden. In allen Bereichen, von der Einwanderungs- und Asylpolitik, über die Visapolitik, das Zivilrecht, die Strafgerichtsbarkeit bis hin zur Polizeiarbeit haben wir der Europäischen Union letzte Souveränität eingeräumt: ein Monopol der Rechtsgewalt über ihre Bürger, das heißt, ein System der Strafgerichtsbarkeit.

Wann bitte haben wir uns dazu entschieden? Wann wurden unsere Wähler dazu befragt? Ich räume ein, dass dies nicht heimlich geschehen ist. Es gab diesbezüglich keine Verschwörung, es war vielleicht höchstens etwas, was H. G. Wells eine offene Verschwörung genannt hat, aber zu keinem Zeitpunkt hatten wir den Anstand, die Menschen zu fragen, ob sie Bürger eines Staates mit einem eigenen Rechtssystem sein wollen.

Philip Claeys (NI). – (NL) Wie viele europäische Bürger, die nicht die Möglichkeit hatten, sich zum Vertrag von Lissabon zu äußern, bin auch ich sehr über die Entwicklungen in den Bereichen Freiheit, Sicherheit und Recht besorgt. Immer mehr Befugnisse in den Bereichen Asyl und Einwanderung werden der Europäischen Union übertragen und zunehmend der demokratischen Kontrolle der Bürger entzogen. Das Ergebnis wird eine Zunahme der Einwanderung und aller damit verbundenen Probleme sein.

Die ebenfalls aus dieser Entschließung hervorgehende Einräumung von Rechten ohne die Auferlegung von Pflichten wird Einwanderern als Ausrede dienen, sich nicht an die Normen ihres Gastlandes anzupassen. Ich ärgere mich beispielsweise über die Passage, in der von der „Mehrfachdiskriminierung, der Roma-Frauen ausgesetzt sind“ die Rede ist, weil nicht erwähnt wird, dass diese Diskriminierung in vielen Fällen selbst auferlegt ist. Denken Sie nur daran, dass viele Roma-Frauen und minderjährige Kinder gezwungen werden...

(Der Präsident hat den Redner unterbrochen)

Bruno Gollnisch (NI). – (FR) Herr Präsident! Ich hatte darum gebeten, über Stockholm sprechen zu dürfen.

Herr Präsident! Wie bereits gesagt wurde, enthält dieser Bericht zwei Punkte, die Anlass zur Sorge geben.

Der erste Punkt ist seine eindeutig immigrationsfreundliche Ausrichtung. Der zweite Punkt geht nicht direkt aus dem Wortlaut des Berichts oder aus den Schlussfolgerungen hervor. Er ist uns lediglich durch die Absichten des Kommissars Barrot zur Kenntnis gelangt: Es ist die Kriminalisierung der Freiheit der Meinungsäußerung, der Forschung und des Denkens.

In vielen europäischen Ländern werden Menschen heute verfolgt, verhaftet, hart bestraft und festgehalten, nur weil sie sich kritisch beispielsweise zum Zweiten Weltkrieg, zur Zeitgeschichte oder zu Einwanderungsfragen äußern wollen. Dieses Recht wird ihnen verwehrt und sie erhalten äußerst harte Strafen. Dies gibt Anlass zu großer Sorge, da es dem europäischen Geist vollkommen widerspricht.

- Entschließungsantrag (B7-0153/2009) Entschädigung von Fluggästen im Falle einer Insolvenz der Fluggesellschaft

Aldo Patriciello (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor ein paar Monaten haben wir den plötzlichen und unerwarteten Zusammenbruch von Billigfluggesellschaften wie Myair und Sky Europe mit der daraus folgenden sofortigen Annullierung all ihrer Linienflüge erlebt. Dies brachte für tausende von Fluggästen große Unannehmlichkeiten mit sich, da sie ordnungsgemäß gebuchte Flüge nicht antreten konnten. Schlimmer noch aber ist die Tatsache, dass diesen Verbrauchern aufgrund der diese Fluglinien betreffenden Insolvenzmaßnahmen auch noch die Möglichkeit einer Entschädigung für diese annullierten Flüge verwehrt blieb.

Aus diesen Gründen ist es wichtiger als je zuvor, dass die Kommission, zu deren Grundsätzen und Werten auch der Wohlstand und das Wohlergehen der Verbraucher zählen, dringend angemessene Maßnahmen ergreift, um zu verhindern, dass sich ähnliche Situationen zu Lasten europäischer Bürger wiederholen.

Insbesondere müssen wir das Verfahren zur Überarbeitung der Richtlinie 90/314/EWG über Pauschalreisen beschleunigen, genau wie wir uns einerseits rüsten müssen...

(Der Präsident hat den Redner unterbrochen)

Siiri Oviir (ALDE). – (ET) In den letzten neun Jahren haben 77 Fluggesellschaften Insolvenz angemeldet. Es geht hier nicht nur um eine, zwei oder drei Fluggesellschaften und das ist auch nicht erst gestern passiert: Ich wiederhole, dies war in den letzten neun Jahren. Als Folge saßen tausende Fluggäste an ausländischen Flughäfen ohne irgendeinen Schutz fest. Sie haben entweder gar keine Entschädigung oder aber nicht rechtzeitig eine angemessene Entschädigung erhalten. Vor diesem Hintergrund habe ich für diese Entschließung gestimmt, und ich stimme der Idee zu, dass wir diese Gesetzeslücke im Hinblick auf den Flugsektor schließen müssen, was heute ja überwiegend gefordert wurde.

Ich unterstütze ebenfalls die in der Entschließung festgesetzte konkrete Frist bis zum 1. Juli 2010 – was ja sehr bald ist –, innerhalb derer die Europäische Kommission echte, konkrete Vorschläge zur Lösung dieses Problems vorlegen muss, und in Zukunft sollten auch die Rechte der Fluggäste geschützt werden...

(Der Präsident hat die Rednerin unterbrochen)

Zigmantas Balčytis (S&D). – Herr Präsident! Dies ist eine sehr wichtige Angelegenheit, und ich habe für diese Entschließung gestimmt, weil ich glaube, dass wir ein Gesetz brauchen, das unsere Bürger bei Insolvenzen von Fluggesellschaften schützt. Jeden Tag nutzen Millionen unserer Bürger Billigfluggesellschaften. Die große Anzahl an Insolvenzen von Billigfluggesellschaften in der Europäischen Union seit dem Jahr 2000 und der jüngste Fall Sky Europe haben jedoch deutlich gezeigt, wie sehr die schwankenden Ölpreise und die derzeit schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen den Billigfluggesellschaften zusetzen.

Hier muss nachgearbeitet werden, und wir fordern die Kommission auf, die am besten geeigneten Entschädigungsmaßnahmen für unsere Fluggäste zu erwägen.

Lara Comi (PPE). – (IT) Herr Präsident! Im Zuge der jüngsten Fälle, in denen vielen Fluggesellschaften die Lizenz vorläufig oder endgültig entzogen wurde, haben zahlreiche Fluggäste und Besitzer von Flugtickets, die nicht eingelöst wurden und deren Preis nicht rückerstattet wurde, beträchtliche Verluste erlitten.

Ich halte es daher für erforderlich, dass ein entsprechender Gesetzesvorschlag vorgelegt wird, der sowohl im Hinblick auf die finanziellen Verluste als auch im Hinblick auf die Rückführung die am besten geeigneten Lösungen für die sich aus den Insolvenzen ergebenden Probleme enthält.

Es ist daher wichtig, eine Entschädigung für die Fluggäste im Falle einer Insolvenz vorzusehen und die entsprechenden finanziellen und administrativen Verfahren festzulegen. Ich beziehe mich auf den Grundsatz der gegenseitigen Verantwortung aller Fluggesellschaften, die dieselben Ziele anfliegen und über freie Plätze verfügen, die Fluggäste zu schützen. So könnte für die Rückführung von Fluggästen, die an ausländischen Flughäfen festsitzen, gesorgt werden. In diesem Sinne könnten Vorschläge wie der Garantiefonds oder die Pflichtversicherung für Fluggesellschaften plausible Lösungen sein, welche jedoch gegen den damit verbundenen Anstieg der Preise für die Verbraucher abzuwägen sind.

Hannu Takkula (ALDE). – (FI) Herr Präsident! Es ist sehr wichtig über die Sicherheit von Fluggästen und vor allem über deren Entschädigung im Falle einer Insolvenz von Fluggesellschaften – wie von Frau Oviir eben erwähnt – zu sprechen. In den letzten neun Jahren gab es 77 Insolvenzen und die Luftfahrtbranche erlebt wohl gerade schwerere Turbulenzen als je zuvor.

Harter Wettbewerb ist eine Art Ausscheidungskampf. Ein neues Phänomen sind die Billigfluggesellschaften, denen es im Moment gut zu gehen scheint und die im Moment scheinbar große Gewinne machen. Dies hat viele andere Fluggesellschaften in eine ungesunde Wettbewerbssituation gebracht. Wie bereits erwähnt wurde, ist es sehr wichtig zu gewährleisten, dass sich die früheren misslichen Fälle nicht wiederholen, und dass die Fluggesellschaften eine gewisse Verantwortung für ihre Fluggäste übernehmen und schadensersatzpflichtig sind, wenn ein Flug wegen Insolvenz annulliert wird. Um zu gewährleisten, dass...

(Der Präsident hat den Redner unterbrochen)

- Entschließungsantrag: „Made in“ (Ursprungskennzeichnung)

Siiri Oviir (ALDE). – (ET) Mit der Agenda von Lissabon hat es sich die Europäische Union zum Ziel gesetzt, die Wirtschaftsunion zu stärken. Es ist daher wichtig, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ebenfalls zu verbessern. Dennoch ist es bei dieser Frage sehr wichtig, dass auf dem Markt ein fairer Wettbewerb herrscht. Dies bedeutet, dass für jeden Hersteller, Exporteur und Importeur klare Regeln gelten müssen. Ich habe den Vorschlag in dieser Entschließung unterstützt, weil eine Verpflichtung zur Kennzeichnung des Ursprungslandes bei aus Drittstaaten in die Europäische Union eingeführten Produkten ein sicherer Weg ist, um Transparenz zu erreichen, dem Verbraucher angemessene Informationen an die Hand zu geben und die Einhaltung internationaler Handelsvorschriften zu gewährleisten. Vielen Dank.

Lara Comi (PPE). – (IT) Herr Präsident! Die Diskussion über eine Ursprungskennzeichnung räumt den Interessen eines Mitgliedstaats oder einiger weniger Mitgliedstaaten absolut keinen Vorrang ein, wie manchmal fälschlicherweise geglaubt wird. Stattdessen verkörpert sie das wirtschaftliche Grundprinzip, für gleiche Spielregeln zu sorgen.

Dieses Prinzip, in einer Linie mit dem Vertrag von Lissabon, zielt darauf ab, die europäische Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene durch klare und ausgewogene Regeln für unsere Hersteller und für die Unternehmen, die Produkte aus Drittstaaten einführen, zu erhöhen.

Wir sprechen daher über Fragen, die Europa insgesamt betreffen. Aus diesem Grund halte ich es für wichtig, dass wir eine Einigung über die Ursprungskennzeichnung erzielen, die über individuelle nationale Interessen oder die Interessen politischer Fraktionen hinausgeht, und die Raum für den Willen zur Einführung eines Binnenmarktes durch die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Transparenz lässt.

In dieser Hinsicht stellt es einen Schritt nach vorne dar, dem Parlament den Vorschlag für eine Verordnung über die Angabe des Ursprungslandes, wie er von der Europäischen Kommission im Jahr 2005 formuliert wurde, vorzulegen.

In Übereinstimmung mit dem Vertrag von Lissabon wird es das Mitentscheidungsverfahren zwischen dem Parlament und dem Rat daher auf jeden Fall ermöglichen, die Annahme einer Verordnung, die für die Wirtschaft und die europäischen Verbraucher so wichtig ist, zu beschleunigen.

Schriftliche Stimmerklärungen

- Bericht: Søren Bo Søndergaard (A7-0047/2009)

Robert Atkins (ECR), schriftlich. – Britische Konservative konnten der Entlastung des Europäischen Haushaltsplans 2007, Einzelplan des Europäischen Rates, nicht zustimmen. Für das 14. Jahr in Folge konnte der Europäische Rechnungshof somit nur eine eingeschränkte Zuverlässigkeitserklärung für die Haushaltsrechnung der Europäischen Union abgeben.

Wir nehmen die Anmerkungen der Rechnungsprüfer zur Kenntnis, dass rund 80 % der EU-Transaktionen von Agenturen ausgeführt werden, für deren Tätigkeit innerhalb der Mitgliedstaaten Abkommen über eine gemeinsame Verwaltung gelten. Die Rechnungsprüfer weisen beständig darauf hin, dass die Verwendung von EU-Fonds innerhalb der Mitgliedstaaten in unzureichendem Umfang kontrolliert und überwacht wird.

Um dieses fortgesetzte Problem anzugehen, hat der Rat im Jahr 2006 eine interinstitutionelle Vereinbarung geschlossen, welche die Mitgliedstaaten verpflichtet, Transaktionen, die in ihren Verantwortungsbereich fallen, zertifizieren zu lassen. Wir sind bestürzt über die Tatsache, dass ein Großteil der Mitgliedstaaten bis zum heutigen Tag ihrer Verpflichtung nur unzureichend nachgekommen ist. Aus diesem Grund und entgegen dem traditionellen „Gentleman Agreement“ zwischen dem Parlament und dem Rat werden wir solange keine Entlastung gewähren, bis die Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen entsprechend der interinstitutionellen Vereinbarung erfüllt haben.

Jean-Pierre Audy (PPE), schriftlich. – (FR) Ich habe für die finanzielle Entlastung des Rates für den Haushaltsplan 2007 gestimmt, wobei ich betonen möchte, dass ich mit der Art und Weise, wie der Haushaltskontrollausschuss die Situation, dass Herr Søndergaard zwei widersprüchliche Berichte verfasst hat, geregelt hat, nicht einverstanden bin; die Positionsänderung zwischen den Vorschlägen zur Verschiebung der Entlastung im April 2009 und zur Erteilung der Entlastung, was mit Erklärungen bei Treffen ohne irgendwelche Prüfarbeiten gerechtfertigt wurde, obwohl der Europäische Rechnungshof zur Verwaltung des Rates nicht Stellung genommen hat. Ich bedaure, dass es keine rechtliche Untersuchung zur Feststellung der Befugnisse des Europäischen Parlaments und folglich auch der Befugnisse des Haushaltskontrollausschusses,

insbesondere im Hinblick auf die außenpolitischen und militärischen Aktivitäten des Rates, gab. Wenn wir als Teil der Anwendung des Vertrags von Lissabon die politischen Beziehungen mit dem Rat verhandeln werden, ist es wichtig, dass die Arbeit der Organe auf entsprechenden Rechtsvorschriften beruht.

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Am Ende der letzten Legislaturperiode im April hat das Parlament beschlossen, die Entlastung des Rates zur Ausführung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007 hauptsächlich aufgrund von mangelnder Transparenz der Rechnungslegung hinsichtlich der Verwendung des Gemeinschaftshaushalts aufzuschieben. Insbesondere hielt es das Parlament für wichtig, dass es eine größere Transparenz und eine stärkere parlamentarische Kontrolle der Ausgaben des Rates für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik/die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP/ESVP) gibt.

Der heute angenommene Bericht entlastet nun schließlich den Rat, da er es für gegeben hält, dass das Parlament eine zufriedenstellende Antwort des Rates auf die in der Entschließung vom letzten April formulierten Forderungen erhalten hat. Dennoch enthält er einige Ermahnungen im Hinblick auf das nächste Entlastungsverfahren. Insbesondere wird das Parlament prüfen, ob der Rat bei der Schließung aller seiner extrabudgetären Konten, bei der öffentlichen Bekanntgabe sämtlicher Verwaltungsbeschlüsse (wenn sie als Rechtsgrundlage für Haushaltsposten dienen) und bei der Übermittlung seines jährlichen Tätigkeitsberichts an das Parlament Fortschritte erzielt hat. Obwohl der Rat bei der Rechnungslegung im Hinblick auf die Verwendung des Gemeinschaftshaushalts einen kleinen Schritt nach vorne gemacht hat, glauben wir, dass die verfügbaren Informationen zu den Ausgaben für die GASP/ESVP noch weit davon entfernt sind, angemessen zu sein, weshalb wir noch immer Vorbehalte haben.

- Empfehlung für die zweite Lesung: Ivo Belet (A7-0076/2009)

Liam Aylward (ALDE), schriftlich. – (GA) Ich habe für diese Verordnung über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz gestimmt. Energieeffizienz ist im Hinblick auf die ökologische Nachhaltigkeit und die Wahrung begrenzter Ressourcen von größter Bedeutung. Eine klare, informative Kennzeichnung wird den europäischen Verbrauchern helfen, von nun an eine bessere Wahl zu treffen. Diese Wahl wird nicht nur mit Blick auf die Kosten sondern auch mit Blick auf die Kraftstoffeffizienz getroffen werden. Ein weiterer Vorteil dieser Art von Kennzeichnung ist, dass die Kennzeichnung von Reifen mit Nasshaftung zu mehr Sicherheit auf den Straßen führen wird.

Jan Březina (PPE), schriftlich. – (CS) Ich habe für den Bericht von Herrn Belet über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz gestimmt, welcher den gemeinsamen Standpunkt des Rates unterstützt. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass 25 % der gesamten CO₂-Emissionen vom Straßenverkehr verursacht werden und dass 30 % des gesamten Kraftstoffverbrauchs eines Fahrzeugs mit seinen Reifen zusammenhängt, ist die Einführung einer Verpflichtung zur Kennzeichnung von Reifen ein Schlüsselinstrument im Kampf für eine sauberere Umwelt.

Die vom Parlament heute getroffene Entscheidung wird zu einer Verringerung der Kohlenstoffemissionen von bis zu vier Millionen Tonnen pro Jahr führen. Zur Veranschaulichung: Dies entspricht einer Verringerung des PKW-Bestands auf europäischen Straßen um 1 Million Fahrzeuge. Der unbestreitbare Nutzen der angenommenen Verordnung ist die Verbesserung der Qualität und damit der Sicherheit von Reifen. Dies führt nicht zu einem Anstieg der Preise, was die Verbraucher, insbesondere die Verbraucher, die ihre Kaufentscheidung vom Preis eines Produkts abhängig machen, sicherlich begrüßen werden. Dies bestätigt meiner Meinung nach die Ergebnisse von Marktstudien, die zeigen, dass die Verbraucher daran interessiert sind, umweltfreundlichere Produkte zu kaufen. Meiner Ansicht nach liegt der Vorteil der angenommenen Verordnung für die Hersteller darin, dass sie dank der einheitlichen Standards hinsichtlich der Angaben zur Effizienz von Reifen bessere Möglichkeiten haben, sich beim Wettbewerb um Kunden auch auf andere Faktoren als nur allein auf den Produktpreis zu stützen.

Maria Da Graça Carvalho (PPE), schriftlich. – (PT) Die neue Verordnung über die Kennzeichnung von Reifen ist Teil der Strategie der Gemeinschaft zur Minderung der CO₂-Emissionen, welche Zielsetzungen enthält, die durch die Verringerung der Emissionen von Kraftfahrzeugen erreicht werden sollen. Ab November 2012 werden Reifen in der EU gemäß ihrer Kraftstoffeffizienz, ihrer Nasshaftung und ihrer Rollgeräusche gekennzeichnet. Aufgrund des Rollwiderstands entfallen 20 % bis 30 % des Energieverbrauchs von Fahrzeugen auf die Reifen. Durch die Regulierung der Verwendung energieeffizienter Reifen, die sicher sind und wenig Rollgeräusche verursachen, tragen wir durch die Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs einerseits zur Verringerung von Umweltschäden und durch den Wettbewerb andererseits zu einem besseren Verbraucherschutz bei. Deshalb begrüße ich die Einführung eines weiteren Instruments, das einen weiteren Schritt in Richtung eines nachhaltigen Europas im Energiebereich darstellt.

Lara Comi (PPE), schriftlich. – (IT) Herr Präsident! Ich begrüße die Entscheidung des Parlaments, schlussendlich eine Verordnung anzunehmen, welche die Sicherheit und gleichzeitig die umweltbezogene und wirtschaftliche Effizienz des Straßenverkehrs erhöht. Ziel ist es, die Verwendung von sichereren, geräuschärmeren Reifen zu fördern. Einigen Untersuchungen zufolge ist es möglich, den Anteil des auf die Reifeneigenschaften zurückzuführenden Kraftstoffverbrauchs eines Fahrzeugs erheblich zu reduzieren (um bis zu 10 %).

Ganz in einer Linie mit meinem Engagement für den Verbraucherschutz schafft diese Verordnung durch die klare und präzise Kennzeichnung und Bereitstellung von Informationen einen wirksamen verordnungsrechtlichen Rahmen. Dadurch kann die Transparenz gewahrt und bei den Verbrauchern mit Hilfe von Broschüren, Flyern und Webmarketing ein größeres Bewusstsein für ihre Kaufoptionen geschaffen werden.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Ich begrüße die Tatsache, dass wir anstatt einer Richtlinie nun eine Verordnung über die Kennzeichnung von Reifen haben, was einem Vorschlag des Parlaments zu verdanken ist.

Ab November 2012 werden Reifen gemäß ihrer Kraftstoffeffizienz, ihrer Nasshaftung und ihrer Rollgeräusche gekennzeichnet. Den europäischen Bürgern werden bei der Wahl der richtigen Reifen mehr Informationen zur Verfügung stehen, um Kraftstoffkosten und Energieverbrauch zu senken. Auf diese Weise können sie eine umweltfreundlichere Wahl treffen und ihre CO₂-Bilanz senken.

Ferner wird die Kennzeichnung zu mehr Wettbewerb unter den Herstellern führen. Diese Kennzeichnung bringt unter Umweltaspekten großen Nutzen. Denken wir nur daran, dass der Straßenverkehr für 25 % der Kohlenstoffemissionen in Europa verantwortlich ist.

Reifen können bei der Reduzierung von CO₂-Emissionen eine große Rolle spielen, weil sie für 20 bis 30 % des gesamten Energieverbrauchs von Fahrzeugen verantwortlich sind.

Bei Personenkraftwagen können durch Reifen mit höherer Energieeffizienz bis zu 10 % der Kraftstoffkosten eingespart werden.

Deshalb habe ich dafür gestimmt.

Ian Hudghton (Verts/ALE), schriftlich. – Ich habe zugunsten des Kompromisspakets zur Kennzeichnung von Reifen gestimmt. Das Parlament beschäftigt sich mit vielen Fragen, die sehr technisch erscheinen, und die auf den ersten Blick bei vielen Leuten nicht ganz oben auf der politischen Agenda stehen; dies ist vielleicht so eine Frage. Bei näherer Betrachtung wird man jedoch feststellen, dass fast ein Viertel der CO₂-Emissionen vom Straßenverkehr verursacht wird, und dass Reifen bei der Bestimmung der Kraftstoffeffizienz eine wesentliche Rolle spielen. Dieser Legislativvorschlag spielt daher bei den breiter angelegten Anstrengungen der EU zur Bekämpfung der globalen Erwärmung eine wichtige Rolle.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Ich habe für diesen Bericht gestimmt, insbesondere, weil er zu zwei wichtigen Punkten beiträgt: zur Verbesserung der verfügbaren Informationen, was eine umweltfreundlichere Reifenwahl erleichtert, und die Tatsache, dass wir durch eine solche Wahl zur mehr Energieeffizienz beitragen, da die Reifen ja für 20 bis 30 % des gesamten Energieverbrauchs von Fahrzeugen verantwortlich sind.

Aldo Patriciello (PPE), schriftlich. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der heute von diesem Haus angenommene Vorschlag für eine Verordnung über die Kennzeichnung von Reifen ist ein entscheidender Schritt in Richtung der Vermarktung sicherer und geräuscharmer Produkte, die darüber hinaus auch zur Verringerung des Kraftstoffverbrauchs beitragen. Die Tatsache, dass die Rechtsform des Vorschlags von einer Richtlinie in eine Verordnung abgeändert wurde, ist besonders zu begrüßen.

Dies ermöglicht uns die einheitliche und sofortige Anwendung aller Vorschriften in allen Mitgliedstaaten, wodurch eine effektivere Harmonisierung des europäischen Reifenmarkts gewährleistet wird. Darüber hinaus wird die Arbeit, die der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie bei den Verhandlungen im Hinblick auf die Flexibilität bei der Anbringung der Kennzeichnung geleistet hat, den Verbrauchern einen angemessenen Schutz bieten und gleichzeitig gewährleisten, dass die Hersteller nicht mit einem übermäßigen bürokratischen Aufwand belastet werden.

Die Übergangsbestimmung, gemäß welcher Reifen, die vor 2012 produziert wurden, von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen sind, stellt ebenfalls eine wichtige Maßnahme dar, um eine schrittweise Einführung der neuen europäischen Vorschriften in den Markt zu gewährleisten. Aus diesen Gründen können

wir sagen, dass wir mit dem erreichten gemeinsamen Standpunkt zufrieden sind, und die Sicherheit haben, dass er den Zielen des ursprünglichen Vorschlags der Kommission entspricht.

Silvia-Adriana Țicău (S&D), *schriftlich*. – (RO) Ich habe für die Verordnung über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz gestimmt. Diese Verordnung ist Teil des Gesetzespakets zur Energieeffizienz und wird dabei helfen, die vom Verkehrssektor verursachten Schadstoffemissionen zu verringern. Entsprechend dieser Verordnung müssen Reifenlieferanten den Verbrauchern unter Verwendung von Kennzeichnungen und Aufklebern Informationen zum Kraftstoffverbrauch und zum Rollwiderstand, zur Nasshaftung und zum externen Rollgeräusch bereitstellen. In der Praxis erfolgt die Kennzeichnung dieser Parameter durch die Einordnung in die Klassen A bis G, je nach Klassifizierung des Reifens. Darüber hinaus müssen Reifenlieferanten auf ihrer Website Erläuterungen zu diesen Indikatoren sowie Empfehlungen zum Fahrverhalten zur Verfügung stellen. Zu diesen Empfehlungen zählen die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Fahrweise, die regelmäßige Überprüfung des Reifendrucks und die Einhaltung des Sicherheitsabstands. Die Mitgliedstaaten veröffentlichen bis zum 1. November 2011 alle Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die erforderlich sind, um diese Verordnung in innerstaatliches Recht umsetzen. Die Bestimmungen dieser Verordnung treten ab dem 1. November 2012 in Kraft. Auf den Verkehrssektor entfallen etwa 25 % der Schadstoffemissionen. Aus diesem Grund wird diese Verordnung dabei helfen, diese Emissionen zu reduzieren.

- Bericht: Reimer Böge (A7-0044/2009)

Regina Bastos (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ziel des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) ist die Unterstützung von Arbeitnehmern, die aufgrund des breiten Strukturwandels im Welthandel persönlich von Entlassungen betroffen sind. Konkret finanziert der EGF Unterstützungsmaßnahmen bei der Arbeitssuche, auf die Person zugeschnittene Umschulungsmaßnahmen, Förderung des Unternehmertums, Beihilfen zur Unternehmensgründung und spezielle, zeitlich begrenzte Einkommensbeihilfen.

Auf längere Sicht zielen diese Maßnahmen darauf ab, den betroffenen Arbeitnehmern dabei zu helfen, eine neue Arbeitsstelle zu finden und zu behalten.

Mein Land, Portugal, hat schon zweimal vom EGF profitiert: im Jahr 2008, nach 1 549 Entlassungen in der Automobilindustrie in der Region Lissabon und in Alentejo, und im Jahr 2009, nach 1 504 Entlassungen in 49 Textilunternehmen in den nördlichen und zentralen Regionen des Landes.

Die essentielle Bedeutung dieses Fonds steht außer Frage. Dennoch macht die Frage von Frau Berès deutlich, dass eine Situation vorliegt, im Hinblick auf welche die Europäische Kommission Klarheit schaffen muss. Wir müssen verhindern, dass die Bereitstellung von Geldmitteln oder staatlichen Beihilfen in einem Mitgliedstaat zu Arbeitsplatzverlusten an anderen Orten der EU führt.

Daher bin ich auch der Meinung, dass es notwendig ist, die effektive Koordinierung europäischer Finanzhilfen zu gewährleisten, damit Unternehmen nicht versuchen von selbigen durch die Schaffung und die Streichung von Arbeitsplätzen zu profitieren.

Proinsias De Rossa (S&D), *schriftlich*. – Ich unterstütze die Bereitstellung von 14,8 Mio. EUR aus dem Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) zur Unterstützung der 2 840 Arbeitnehmer von Dell in Limerick, die nach der Schließung ihres Werks ihre Arbeitsplätze verloren haben, da dieses Geld nicht Dell, sondern direkt den entlassenen Arbeitnehmern zugutekommt. In der Tat hat sich herausgestellt, dass Dell, während es seine Produktionsstätte in Irland schloss, von der polnischen Regierung staatliche Beihilfen in Höhe von 54,5 Mio. EUR zur Eröffnung eines neuen Werks in Lodz erhalten hat. Diese staatlichen Beihilfen wurden von der Europäischen Kommission genehmigt. Wo ist hier die Kohärenz bei der von der Kommission verfolgten Politik? Sie befreit Dell faktisch davon, sich den sozialen Folgen seiner Strategie stellen zu müssen, und erlaubt es Unternehmen, sich in einen Abwärts-Wettkampf zu begeben, der von den Mitgliedstaaten und mit EU-Fonds unterstützt wird. Eine klare Koordinierung der Politik der Europäischen Kommission im Bereich der staatlichen Beihilfen und ihrer Sozialpolitik ist dringend erforderlich.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Wie ich zuvor schon einmal sagte, waren die ernstesten Auswirkungen der Globalisierung und der damit verbundenen Standortverlagerungen auf das Leben vieler Menschen auch schon vor dem Aufkommen der derzeitigen Finanzkrise, die einige der bereits vorhandenen Symptome noch verstärkt und verschärft hat, klar abzusehen. Die besondere Herausforderung der Zeiten, in denen wir leben, und die außergewöhnliche Notwendigkeit zur Anwendung von – ebenfalls außergewöhnlichen – Mechanismen, um den Arbeitslosen zu helfen und sie dabei zu unterstützen, auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen, wird klar, wenn wir diese Probleme dem derzeit fehlenden Vertrauen auf den Märkten und den zurückgehenden Investitionen hinzurechnen.

In dieser Hinsicht wurde der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung schon mehrmals genutzt – immer mit dem Ziel, die Auswirkungen auf europäische Arbeitnehmer, die dadurch verursacht werden, dass sie dem globalen Markt ausgesetzt sind, zu mindern. Die im Bericht von Herrn Böge beschriebenen Fälle verdienen einmal mehr Berücksichtigung, obwohl Zweifel bleiben, ob alle wirklich die erforderlichen Kriterien erfüllen. Es wäre daher besser, wenn Anträge in Zukunft separat vorgelegt würden.

Ich möchte noch einmal betonen, dass ich glaube, dass die Europäische Union Schritte in Richtung eines robusteren, freieren und kreativeren europäischen Marktes, der zu Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt, unternehmen muss.

José Manuel Fernandes (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für diesen Bericht gestimmt, weil der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) ein Instrument ist, mit dem einer spezifischen, durch die Globalisierung verursachten europäischen Krise begegnet werden kann, wie dies in der derzeitigen Situation der Fall ist. Dieser Fonds unterstützt entlassene Arbeitnehmer direkt mit individuellen, punktuellen und zeitlich begrenzten Hilfen. Es wird argumentiert, dass es bei der Zuweisung dieses Fonds an Arbeitnehmer Unverhältnismäßigkeiten, wie sie aufgetreten sind, nicht geben darf.

Darüber hinaus unterstützt der Europäische Sozialfonds (ESF) die Europäische Beschäftigungsstrategie und die Maßnahmen der Mitgliedstaaten hinsichtlich Vollbeschäftigung, Qualität und Produktivität bei der Arbeit, fördert die soziale Eingliederung, insbesondere den Zugang zum Arbeitsmarkt für benachteiligte Menschen, und vermindert Ungleichheiten bei den Beschäftigungschancen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Dieser Fonds ist für die Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion von entscheidender Bedeutung. Die derzeitige Situation bedarf der wirkungsvollen, korrekten und schnellen Durchführung des ESF.

Es ist klar, dass der EGF und der ESF verschiedene, sich gegenseitig ergänzende Ziele haben, und dass einer den anderen nicht ersetzen kann. Als außergewöhnliche Maßnahme, die der EGF darstellt, sollte er auch unabhängig finanziert werden, und es ist ein schwerer Fehler, wenn die Finanzierung des EGF – als kurzfristige Maßnahme – zu Lasten des ESF oder eines anderen Strukturfonds erfolgt.

Pat the Cope Gallagher (ALDE), *schriftlich*. – Ich begrüße die Entscheidung des Europäischen Parlaments, Hilfen für die Dell-Arbeitnehmer aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zu genehmigen. Die Entlassungen bei Dell haben die örtliche Wirtschaft in Limerick und die umgebenden Gebiete hart getroffen. Wir müssen geeignete Umschulungsmaßnahmen einsetzen, um zu gewährleisten, dass die Menschen, die ihren Arbeitsplatz bei Dell verloren haben, in naher Zukunft wieder Arbeit finden. Die Genehmigung des irischen Antrags auf Unterstützungsleistungen aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung wird zur Umschulung und Weiterqualifizierung der betroffenen Arbeitnehmer beitragen.

Sylvie Guillaume (S&D), *schriftlich*. – (FR) Ich habe für die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung für die Fälle in Belgien und Irland gestimmt, da ich der Meinung bin, dass wir alle verfügbaren Mittel einsetzen sollten, um den Arbeitnehmern, die Opfer des von der Globalisierung und von der Wirtschafts- und Finanzkrise verursachten Schadens geworden sind, zu helfen.

Ich frage mich jedoch, wo die Kohärenz in der europäischen Politik bleibt, wenn die Europäische Kommission – parallel zur Inanspruchnahme dieses Fonds – Polen die Gewährung staatlicher Beihilfen an Dell für die Eröffnung eines Werks in Polen gestattet, obwohl das Unternehmen ein Werk in Irland schließt. Wie sollen die europäischen Bürger noch an die „Vorteile“ eines Europas glauben, wenn es diese Art von „Taschenspielertricks“ zulässt?

In diesem Zusammenhang kann man an der Legitimität der Verwendung von öffentlichen Fonds zweifeln und die mangelnde soziale Verantwortung unserer Unternehmen bedauern, die ohne Rücksicht auf den Verlust von Arbeitsplätzen nur an ihre Profite denken.

Jacky Hénin (GUE/NGL), *schriftlich*. – (FR) Die Dell-Gruppe, gestern noch Nummer eins, heute weltweit Nummer drei im Bereich der Informationstechnik, mit einem auf 18 Mrd. USD geschätzten Börsenwert, einem für das dritte Quartal 2009 angekündigten Gewinn von 3 37 Mio. USD und einem für das vierte Quartal erwarteten noch höheren Gewinn...

Ja, ich stehe hinter den Angestellten von Dell!

Ja, ich hoffe, dass sie einen Arbeitsplatz finden und so schnell wie möglich wieder ein würdiges Leben führen können!

Aber nein, ich werde nicht zur Ausplünderung der europäischen Steuerzahler beitragen. Ich werde unter keinen Umständen zu einer weiteren Diskreditierung der vollkommen verunsicherten Arbeitnehmer beitragen.

Es ist an den Schuldigen, zu zahlen und es ist an Europa, eine starke Industriepolitik umzusetzen, die den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird, bevor Dividenden ausgezahlt werden dürfen!

Alan Kelly (S&D), schriftlich. – Heute hat das Europäische Parlament die Bereitstellung von 14 Mio. EUR für die Schulung von 1 900 Dell-Mitarbeitern, die aufgrund der Entscheidung zur Verlegung des Werks von Irland nach Polen entlassen wurden, gebilligt. Mit diesen Geldmitteln können diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, Umschulungen erhalten und Qualifizierungen erwerben, um auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß fassen zu können. Die bereitgestellten Mittel werden kein Almosen, sondern eine konkrete Hilfe sein, da das Geld an weiterführende Schulen in der Region Munster gehen wird, um die Schulgebühren für ehemalige Dell-Angestellte zu bezahlen. Die Genehmigung dieser Geldmittel ist ein wichtiges Beispiel für das Engagement Europas, Irland aus der Rezession zu helfen. Die bereitgestellten Mittel werden die Tendenz zu einer wachsenden Arbeitslosigkeit in Munster abschwächen und die lokale Wirtschaft erheblich ankurbeln, da die von der Schließung des Dell-Werks betroffenen Menschen auf den Arbeitsmarkt zurückkehren.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), schriftlich. – (FR) Weil wir an die irischen und belgischen Arbeitnehmer denken, die Opfer der neoliberalen Globalisierung sind, stimmen wir für diesen Bericht und die Gewährung von Hilfen aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung.

Wir verwehren wir uns jedoch aufs Schärfste gegen die Anschauungsweise, dass die sozialen und menschlichen Tragödien, die europäische Arbeitnehmer erleiden, einfach als „Anpassungen“ betrachtet werden, die für das reibungslose Funktionieren der neoliberalen Globalisierung erforderlich sind. Es ist vollkommen inakzeptabel, dass die EU die für diese Tragödien verantwortlichen Parteien unterstützt, indem sie ihnen für ihre Auslagerungs- und Verlagerungsmaßnahmen, die aus reinem Profitdenken erfolgen, politische und finanzielle Hilfestellung gibt.

Die Profitgier von Raubtierkapitalisten wie der texanischen Gesellschaft Dell, der Nummer zwei im Telekommunikationsbereich, darf nicht ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl der Bürger Europas gestillt werden. Dies ist zumindest nicht unsere Vorstellung von Europa.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Die EU ist ein Raum der Solidarität, und der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung reiht sich in dieses Konzept ein. Diese Unterstützung ist von grundlegender Bedeutung, um den Arbeitslosen und Opfern der Verlagerungen, die als Folge der Globalisierung stattgefunden haben, zu helfen. Immer mehr Unternehmen verlagern ihre Produktion und profitieren von den geringeren Lohnkosten in vielen Ländern, vor allem in China und Indien, was den Ländern, die Arbeitnehmerrechte achten, schadet. Der EGF soll Arbeitnehmern, die Opfer von Unternehmensverlagerungen geworden sind, helfen, und ist ein wichtiges Instrument zur Unterstützung dieser Menschen, damit sie in Zukunft eine neue Arbeit finden. Der EGF wurde in der Vergangenheit bereits von anderen EU-Ländern, insbesondere von Portugal und Spanien, in Anspruch genommen, und jetzt ist es an der Zeit, diese Unterstützung auch Belgien und Irland zukommen zu lassen.

Marit Paulsen, Olle Schmidt und Cecilia Wikström (ALDE), schriftlich. – (SV) Die EU hat ein Rechts- und Haushaltsinstrument geschaffen, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die ihren Arbeitsplatz aufgrund des „breiten Strukturwandels im Welthandel“ verloren haben und um „Hilfestellung bei ihrer Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu leisten“.

Wir sind davon überzeugt, dass der freie Handel und die Marktwirtschaft die wirtschaftliche Entwicklung fördern, und deshalb sind wir grundsätzlich gegen eine finanzielle Unterstützung von Ländern und Regionen. Die Finanzkrise hat die Wirtschaftssysteme der Mitgliedstaaten jedoch hart getroffen und der konjunkturelle Abschwung ist dieses Mal tiefgreifender als jeder andere Abschwung, den Europa seit den 30er-Jahren erlebt hat.

Wenn die EU nicht handelt, werden die Arbeitslosen in den betreffenden Regionen in Belgien und Irland, die Unterstützungsleistungen von der EU beantragt haben, hart getroffen. Das Risiko sozialer Ausgrenzung und dauerhafter Ausgrenzung ist sehr groß, und das ist etwas, was wir als Liberale nicht akzeptieren können. Wir nehmen großen Anteil an denen, die unter den Folgen des wirtschaftlichen Abschwungs leiden, und befürworten Maßnahmen wie Schulungen, die diesen Menschen helfen, diese Situation zu bewältigen. Deshalb unterstützen wir die Hilfen für Arbeitnehmer, die in der Textilindustrie in den belgischen Regionen Ost- und Westflandern und Limburg und in der Computerherstellung in den irischen Grafschaften Limerick, Clare und North Tipperary sowie in der Stadt Limerick ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *schriftlich*. – (PL) Ich habe für die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gestimmt, weil Massenentlassungen zweifellos eine negative Folge der Wirtschaftskrise sind und die Krise – entgegen der landläufigen Meinung – weiterhin andauert. Zweifellos sollte denen, die in den betroffenen Ländern ihren Arbeitsplatz verloren haben, geholfen werden. Der Verlust des Arbeitsplatzes ist eine große Tragödie im Leben dieser Menschen und ihrer Familien. Deshalb bin ich der Auffassung, dass der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung in diesen schwierigen Krisenzeiten eine besonders wichtige Rolle spielt. Meiner Meinung nach sollten die Mittel des Fonds in Zukunft noch erheblich aufgestockt werden, um den sozialen Bedürfnissen gerecht zu werden. Die Wirtschaftskrise fordert in Form von Massenentlassungen, die oft menschliche Tragödien, soziale Probleme und viele andere negative Auswirkungen mit sich bringen, weiter ihre Opfer. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir unser Möglichstes tun müssen, um den Menschen, die unter den Folgen der Wirtschaftskrise leiden, so effektiv wie möglich zu helfen.

- Bericht: David Martin (A7-0043/2009)

Maria Da Graça Carvalho (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich begrüße die vorgeschlagenen Änderungen an der Geschäftsordnung aufgrund des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon. Ich möchte einen Aspekt hervorheben, von dem ich der Meinung bin, dass er im Moment, da wir die Verhandlungen über das neue Übereinkommen, welches das Kyoto-Protokoll im Januar 2013 ersetzen wird, erleben, von größter Bedeutung ist. Der Vertrag von Lissabon macht den internationalen Kampf gegen den Klimawandel zu einem besonderen Ziel der EU-Umweltpolitik. Durch den Vertrag von Lissabon wird die Unterstützung internationaler Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels der Liste der Ziele hinzugefügt, an denen sich die Umweltpolitik der EU ausrichtet. Der Vertrag von Lissabon räumt Europa ferner neue Befugnisse in den Bereichen Energie, wissenschaftliche Forschung und Raumfahrt ein. Energie ist nun eine gemeinsame Verantwortung, was den Weg zu einer gemeinsamen europäischen Politik ebnet.

Edite Estrela (S&D), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den Bericht von Herrn Martin über die Anpassung der Geschäftsordnung des Parlaments an den Vertrag von Lissabon gestimmt, weil es erforderlich ist, einige interne Vorschriften des Parlaments angesichts der sich aus dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ergebenden zusätzlichen Befugnisse, insbesondere der erweiterten Gesetzgebungskompetenz, mit der es auf gleicher Stufe mit den Regierungen der Mitgliedstaaten über eine größere Anzahl an Fragen entscheidet, zu ändern.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die Änderungen, über die wir heute abgestimmt haben, werden in die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments aufgenommen, da die Geschäftsordnung dem bevorstehenden, für den 1. Dezember vorgesehenen Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon angepasst werden muss. Ich glaube, dass die erhebliche Erweiterung der Befugnisse des Parlaments, die alle Abgeordneten vor neue Herausforderungen stellt, ein wichtiger Test für die Fähigkeit des Parlaments zur Formulierung von Gesetzesvorschlägen und für seinen Sinn für Verantwortung ist.

Ich kann daher die Änderungen an der Geschäftsordnung, die dafür sorgen, dass die Arbeitsweise des Parlaments den Bestimmungen der Verträge besser entspricht, nur begrüßen.

Ich freue mich insbesondere über die zunehmend wichtige Rolle, welche die nationalen Parlamente und die Initiativen von Mitgliedstaaten im Rahmen der europäischen Integration spielen.

Ich hoffe, dass das Subsidiaritätsprinzip, dem der europäische Gesetzgeber besondere Beachtung schenkt, zunehmend erfüllt und von allen europäischen Entscheidungsträgern eingehalten wird.

Sylvie Guillaume (S&D), *schriftlich*. – (FR) Ich habe für den Bericht von David Martin über die Änderung der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments gestimmt, weil sich unser Haus damit an die neuen, mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon einhergehenden Spielregeln anpassen kann.

Die Änderungen enthalten insbesondere: die Aufnahme von neuen „Beobachtern“, denen es möglich sein sollte, so schnell wie möglich Vollmitglieder des Parlaments zu werden; die Einführung von Bestimmungen hinsichtlich der neuen Rolle der nationalen Parlamente im Gesetzgebungsverfahren durch Prüfung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, eine Änderung die ich insofern sehr begrüße, als sie dabei hilft, die demokratische Debatte zu vertiefen; und vor allem die Zuweisung von mehr Befugnissen an das Europäische Parlament bei der Ausarbeitung europäischer Gesetze.

Ferner sind darin die Handlungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments im Falle einer „Verletzung von wesentlichen Grundsätzen durch einen Mitgliedstaat“ festgehalten, was für die Verteidigung von Grundrechten durch das Parlament besonders positiv ist.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *schriftlich*. – Gemäß dem alten Artikel 36 der Geschäftsordnung waren wir angehalten „besonders auf die Wahrung der Grundrechte“ zu achten. Gemäß dem neuen Artikel 36 müssen wir diese Rechte, wie sie in der Charta der Grundrechte verankert sind, „uneingeschränkt“ achten. Diese Änderung ist subtil, aber es ist eine Änderung, die ich für wichtig halte, und die alle Abgeordneten verpflichtet, die Rechte aller Bürger zu achten.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 macht eine Anpassung der Geschäftsordnung an die neuen Regeln und Befugnisse des Parlaments erforderlich.

Mit diesen Änderungen an der Geschäftsordnung rüstet sich das Parlament für die erweiterten Befugnisse, die es mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon haben wird, und trägt dem Hinzukommen von 18 neuen Abgeordneten, der erweiterten Gesetzgebungskompetenz und dem neuen Haushaltsverfahren Rechnung. Die künftige Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten ist hier ebenfalls ein wichtiger Punkt.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Vom viel bejubelten Mehr an Demokratie und von Mitspracherechten für die Parlamente durch den Vertrag von Lissabon ist wenig zu spüren. Es entstehen lediglich ein paar neue Verfahren, wobei jenes zur Überprüfung der Einhaltung der Grundrechte keinesfalls zur zwangsweisen Durchsetzung von *political correctness* oder im Anti-Diskriminierungswahn missbraucht werden darf.

Der Demokratiemangel in der EU bleibt auch nach dem Lissabonner Vertrag bestehen, daran ändert es wenig, wenn das Europäische Parlament aus einem Pool von in Wahlen gescheiterten Politikern den Präsidenten der Kommission wählen darf. Dass das Stockholmer Programm so rasch durchgepeitscht werden soll, damit wir die Datenschutz-Bedenken nicht aufs Trapez bringen können, zeigt, wie es mit der Mitsprache tatsächlich steht. Die durch den Lissabon-Vertrag anstehenden GO-Änderungen bringen in der Realität kaum mehr Transparenz oder Mitspracherecht. Aus diesem Grund habe ich mit Nein gestimmt.

Nuno Teixeira (PPE), *schriftlich*. – (PT) Der Vertrag von Lissabon wird den Entscheidungsfindungsprozess in der Europäischen Union, mit dem Maßnahmen beschlossen werden, die uns als Bürger jeden Tag betreffen, beschleunigen, ihm mehr Legitimität verleihen und ihn demokratischer machen.

Insbesondere wird die Gesetzgebungskompetenz des Parlaments gestärkt, da es auf gleicher Stufe mit dem Europäischen Rat über die Mehrzahl der von den Organen behandelten Fragen entscheiden wird. In der Tat wird mit dem Vertrag von Lissabon die sogenannte Mitentscheidung zur Regel und zu einem Teil des gewöhnlichen Rechtsetzungsverfahrens.

Ich für meinen Teil bin mir als gewählter Abgeordneter der Herausforderung bewusst, die diese Änderung mit sich bringt.

Dieser Bericht greift insbesondere die während der letzten Wahlperiode geleistete und fast abgeschlossene Arbeit zur Anpassung der für die Arbeit des Parlaments geltenden Geschäftsordnung angesichts des neuen Vertrages, der Anfang nächsten Monats in Kraft treten soll, auf.

Manche Änderungen sind rein technischer Natur und andere wiederum betreffen Aktualisierungen, die das Parlament bei dieser Gelegenheit eingeführt hat. Insgesamt stellt der Bericht für die politische Familie, der ich angehöre, das heißt für die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), einen zufriedenstellenden Kompromiss dar, da Fragen wie Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit sowie die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten in ausgewogener Weise eingearbeitet wurden.

Aus diesen Gründen habe ich für diesen Bericht gestimmt.

Georgios Toussas (GUE/NGL), *schriftlich*. – (EL) Die Kommunistische Partei Griechenlands ist gegen die Änderungen zur Anpassung der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments an den Vertrag von Lissabon und hat dagegen gestimmt. Mit den Änderungen wird die reaktionäre und antidemokratische Natur der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, die einen Rahmen bildet, der jede sich gegen die Hoheitsgewalt der politischen Vertreter des Kapitals erhebende Stimme im Keim erstickt, aufrechterhalten und gestärkt.

Es ist eine Lüge, dass der Vertrag von Lissabon „der EU mehr Demokratie bringt“, weil er die Rolle des Europäischen Parlaments angeblich stärkt. Das Europäische Parlament ist ein Bestandteil des reaktionären Konstrukts der EU. Es hat seine Ergebnislosigkeit gegenüber der reaktionären Politik der EU, seine Unterstützung der Interessen von Monopolen und seine Rolle als die Institution, die der volksfeindlichen Politik der EU eine vorgebliche Rechtmäßigkeit verleiht, bewiesen. Das Europäische Parlament vertritt nicht die Interessen der Bevölkerung; es vertritt die Interessen des Kapitals. Das Interesse der Bevölkerung liegt im Widerstand, darin, mit der volksfeindlichen Politik der EU und des Europäischen Parlaments, das diese Politik unterstützt, Schluss zu machen, und darin, das Euro-vereinigende Konstrukt zu Fall zu bringen.

- Entschließungsantrag (B7-0141/2009) / REV 1: Vorbereitung des Gipfeltreffens in Kopenhagen zum Klimawandel

Luís Paulo Alves (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für diese Entschließung gestimmt, die ein ehrgeiziges und rechtlich bindendes internationales Übereinkommen in Kopenhagen anstrebt, da ich glaube, dass ein solches Übereinkommen zu einem neuen, zukunftsfähigen Modell führen kann, das soziales und wirtschaftliches Wachstum ankurbelt, die Entwicklung von ökologisch nachhaltigen Technologien sowie erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz fördert, den Energieverbrauch verringert und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ermöglicht.

Ich glaube, dass die Annahme dieser Entschließung – die betont, dass das internationale Übereinkommen auf dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung aufbauen sollte, wobei die Industriestaaten bei der Verringerung ihrer Emissionen mit gutem Beispiel vorangehen und sich einverstanden erklären, den Entwicklungsländern finanzielle und technische Unterstützung zukommen zu lassen – zu einem gewissen globalen Gleichgewicht beitragen wird.

Daher ist es von größter Wichtigkeit, dass die Union in dieser Frage mit gutem Beispiel vorangeht, um das Wohlergehen künftiger Generationen zu sichern.

Dominique Baudis (PPE), schriftlich. – (FR) Ich habe für die Entschließung zum Gipfel von Kopenhagen gestimmt, da wir als gewählte Abgeordnete die Verpflichtung haben, unseren Planeten für künftige Generationen zu schützen. In den kommenden Monaten geht es um die Zukunft der Welt. Es ist undenkbar, dass die internationale Gemeinschaft kein Übereinkommen erzielt, das die Staaten verpflichtet, den Pfad der Vernunft zu beschreiten. Meine Damen und Herren Staats- und Regierungschefs, in Ihren Händen liegt die Verantwortung für die Welt von morgen. Zeigen Sie sich in der Lage, nationale Interessen und kurzfristige Fragen hintenanzustellen, denn die Menschheit hat keine Zeit zu verlieren.

Frieda Brepoels (Verts/ALE), schriftlich. – (NL) In der heute vom Europäischen Parlament angenommenen Entschließung wird in einem gesonderten Kapitel die große Bedeutung von Regionen und Kommunen, insbesondere im Konsultationsverfahren, bei der Weitergabe von Informationen zur Klimapolitik und bei der Umsetzung der Klimapolitik hervorgehoben. Bis zu 80 % der Eindämmungs- und Anpassungsmaßnahmen werden auf regionaler oder kommunaler Ebene umgesetzt werden. Mehrere regionale Regierungen spielen hier bereits eine Vorreiterrolle und verfolgen beim Kampf gegen den Klimawandel einen kompromisslosen Ansatz.

Als Mitglied der Europäischen Freien Allianz, die europäische Nationen und Regionen vertritt, unterstütze ich die direkte Beteiligung regionaler Regierungen an der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und an der Formulierung einer wirksamen Antwort auf den Klimawandel. In diesem Zusammenhang muss die Arbeit des Netzwerks der Regionalregierungen für nachhaltige Entwicklung (NRG 4SD) hervorgehoben werden. Dieses Netzwerk arbeitet bereits eng mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) zusammen. Die Mitglieder der EFA fordern daher die ausdrückliche Anerkennung regionaler Regierungen im Zusammenhang mit dem Übereinkommen von Kopenhagen, das heißt die Anerkennung der Rolle, die sie bei den Eindämmungs- und Anpassungsmaßnahmen spielen.

Maria Da Graça Carvalho (PPE), schriftlich. – (PT) Es ist von entscheidender Bedeutung, dass bei der Konferenz in Kopenhagen ein politisch verbindliches Übereinkommen erzielt wird. Dieses Übereinkommen muss Maßnahmen, die sofort umsetzbar sind, sowie einen Zeitplan enthalten, der die Ausarbeitung eines rechtlich bindenden Übereinkommens im Laufe des Jahres 2010 erlaubt. Das Übereinkommen muss alle Unterzeichnerstaaten des Rahmenübereinkommens einschließen, und es ist von entscheidender Bedeutung, dass alle Verpflichtungen, ob im Hinblick auf die Verringerung der Emissionen oder im Hinblick auf die Finanzierung, klar festgehalten werden. Zwar müssen die Industrieländer bei der Verringerung der

Treibhausgasemissionen eine Führungsrolle übernehmen, doch auch die schon weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer müssen eine Rolle spielen und ihren Beitrag entsprechend ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Möglichkeiten leisten. Die Industrieländer und wirtschaftlich schon weiter fortgeschrittenen Schwellenländer müssen vergleichbare Anstrengungen unternehmen. Nur dann wird es möglich sein, Verzerrungen im internationalen Wettbewerb zu verringern. Es ist ebenfalls entscheidend, dass wir die Finanzierungsstruktur festlegen, damit diese mittel- und langfristig tragfähig ist. Die Finanzierung muss durch die Privatwirtschaft, den Markt für CO₂-Emissionszertifikate und durch die öffentliche Hand der Industrieländer und der schon weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer erfolgen.

Nessa Childers (S&D), schriftlich. – Es ist äußerst wichtig, dass die EU, nun da der Gipfel von Kopenhagen kurz bevorsteht, Maßnahmen ergreift und bei der Reduktion von Kohlenstoffemissionen weltweit führend wird. Das Parlament hat sich im Hinblick auf eine Reduktion der Kohlenstoffemissionen bereits ehrgeiziger als die Mitgliedstaaten gezeigt, und die heutige EntschlieÙung ist mit ihrer Forderung nach einer echten Finanzierung und nach ehrgeizigen Zielen, die sich entsprechend den wissenschaftlichen Daten am oberen Ende der Spannweite von 25 bis 40 % bewegen müssen, und mit ihrem Drängen auf ein rechtlich bindendes Übereinkommen zu begrüßen.

Nikolaos Chountis (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Ich habe mich meiner Stimme enthalten, und zwar erstens, weil Änderungsantrag 13, der Kernenergie als wichtigen Faktor bei der Reduktion der Kohlenstoffemissionen nennt, angenommen wurde, und zweitens, weil Änderungsantrag 3 meiner Fraktion, in dem gefordert wurde, dass die entwickelten Länder ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 % und 90 % gegenüber dem Niveau von 1990 senken müssen, abgelehnt wurde. Die EntschlieÙung enthält zahlreiche positive Punkte, wie beispielsweise die Verpflichtung der EU, bis zum Jahr 2020 jährlich 30 Mrd. EUR für den Bedarf der Entwicklungsländer im Bereich der Eindämmung der Folgen des Klimawandels und der Anpassung an den Klimawandel bereitzustellen. Dennoch bin ich der Meinung, dass eine Rückkehr zur Kernenergie als Heilmittel gegen den Treibhauseffekt keine Lösung im Kampf gegen den Klimawandel darstellt; es ist im Gegenteil eine gefährliche Entscheidung. Die drei Lager der entwickelten, sich entwickelnden und unterentwickelten Länder und die drei Lager Regierungen, Basisbewegungen und Volk werden in Kopenhagen aufeinander prallen, wenn man bedenkt, dass der Klimawandel die Bemühungen zur Verringerung von Armut und Hunger in der Welt stark untergräbt. Der Gipfel von Kopenhagen ist eine echte Herausforderung, der wir uns stellen müssen, und wir dürfen nicht zulassen, dass die Industrie- und Atomlobby als glorreiche Sieger hervorgehen.

Jürgen Creutzmann, Nadja Hirsch, Holger Krahmer, Britta Reimers und Alexandra Thein (ALDE), schriftlich. – Die FDP-Abgeordneten des Europäische Parlaments haben sich der Stimme zur Kopenhagen-Resolution aus folgenden Gründen enthalten: Die Resolution enthält Aussagen zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in Drittländern, ohne genaue Kriterien oder Finanzierungszwecke zu definieren. Das halten wir gegenüber dem Steuerzahler für nicht vertretbar. Darüber hinaus halten wir eine pauschale Kritik an der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) für falsch.

Die ICAO ist der richtige Ort zur Behandlung von Luftfahrtanliegen auf internationaler Ebene. Sowohl diese Kritik als auch die Aussage über ein angebliches Scheitern von ICAO-Verhandlungen sind unrichtig und unangemessen. Die Forderung nach konkreten Ausgestaltungen von CO₂-Handelssystemen für die Luftfahrt widerspricht bestehenden EU-Gesetzgebungen und überfrachtet die Verhandlungsposition der EU für ein internationales Klimaabkommen mit unrealistischen Forderungen.

Proinsias De Rossa (S&D), schriftlich. – Die Folgen des Klimawandels sind nun zu spüren: Die Temperaturen steigen, die Eiskappen und Gletscher schmelzen und extreme Wetterereignisse nehmen an Häufigkeit und Intensität zu. Bis auf einen hatten im Jahr 2007 nach Schätzungen der UN alle Dringlichkeitsappelle zu humanitären Hilfeleistungen einen Bezug zum Klima. Wir brauchen eine globale Energierevolution hin zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell, bei dem Umweltqualität mit Wirtschaftswachstum, Schaffung von Wohlstand und technologischem Fortschritt Hand in Hand geht. In Irland betragen die Kohlenstoffemissionen pro Kopf 17,5 Tonnen im Jahr. Bis 2050 müssen diese Kohlenstoffemissionen auf 1 oder 2 Tonnen gesenkt werden. Natürlich bedeutet dies radikale Änderungen bei der Erzeugung und beim Verbrauch von Energie. Der erste Schritt ist ein umfassendes Übereinkommen in Kopenhagen, das verbindliche Reduktionsziele für die internationale Gemeinschaft vorschreibt und bei Nichteinhaltung Sanktionen auf internationaler Ebene vorsieht. Die internationale Gemeinschaft sollte in der Tat ein Engagement zeigen, das über das Engagement bei der Bekämpfung der Finanzkrise hinausgeht. Die Antwort auf den Klimawandel liegt in einem starken internationalen Regierungshandeln und in einem starken finanziellen Engagement. Die Unterstützung für die Entwicklungsländer muss zusätzlich zur Entwicklungshilfe bereitgestellt werden, oder es besteht die Gefahr, dass die Millennium-Entwicklungsziele nicht erreicht werden. In der Tat werden aufgrund des Klimawandels höhere Investitionen in den öffentlichen Sektor erforderlich sein.

Marielle De Sarnez (ALDE), schriftlich. – (FR) Die gerade vom Parlament angenommene gemeinsame Entschlieung sendet ein klares Signal. Die Union muss mit einer Stimme sprechen und im Anschluss an Kopenhagen gemeinsam handeln, welche Tragweite das Ergebnis der Konferenz auch immer haben mag. Wir müssen uns eine effektive Verringerung der Treibhausgasemissionen um 30 % zum Ziel setzen. Und wenn ich „effektiv“ sage, dann heißt das, dass letztlich eines Tages auch die Frage nach den Ausnahmeregelungen und nach dem Emissionshandel gestellt werden muss. Das Parlament hofft, dass die Klimakonferenz in Kopenhagen eine Gelegenheit sein wird, bei der sich eine Europäische Union präsentiert, die stark ist und verbindliche finanzielle Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungsländern eingeht, weil wir es ihnen schuldig sind.

Anne Delvaux (PPE), schriftlich. – (FR) Vom 7. bis 18. Dezember werden in Kopenhagen fast 200 Nationen ein neues internationales Übereinkommen über die Bekämpfung des Klimawandels aushandeln, ein Übereinkommen nach Kyoto, das ab 2013 in Kraft treten wird...

Die Entschlieung, über die abgestimmt wurde, wird der Europäischen Union als Fahrplan für die Verhandlungen dienen. Als derzeitiges Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit habe ich mittels Änderungsanträgen, die insbesondere den rechtlich bindenden Charakter des Übereinkommens stützen, meinen Teil dazu beigetragen.

Mein Anspruch an die Abstimmung ist, dass ein globales politisches Übereinkommen erzielt wird, das ehrgeizige Ziele setzt, verbindlich ist und schnellstmöglich den Weg für einen echten, rechtlich bindenden Vertrag ebnet; dass bis 2020 eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 30 % gegenüber dem Niveau von 1990, einhergehend mit einer ehrgeizigen, konkret bezifferten und doch flexiblen Verpflichtung anderer Verursacher wie der Vereinigten Staaten und China, und bis 2050 gemäß den Forderungen der Fachleute eine Senkung um 80 % erzielt wird; und dass die unverzichtbare gemeinsame Verpflichtung der Industrieländer zur Bereitstellung von Finanzhilfen und Unterstützung für die Entwicklungsländer klargestellt wird. Vor dem Hintergrund der Krise ist es schwierig, einen genauen Betrag festzulegen, aber es muss gewährleistet werden, dass er zumindest den eingegangenen Verpflichtungen entspricht!

Ein Scheitern in Kopenhagen wäre ein ökologisches, politisches und moralisches Desaster!

Edite Estrela (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Entschließungsantrag zur Konferenz zum Klimawandel in Kopenhagen gestimmt, weil ich glaube, dass er einen guten parlamentarischen Kompromiss zu den grundlegenden Aspekten darstellt, die unsere Verhandlungen über ein künftiges internationales Übereinkommen in dieser Frage leiten sollten, insbesondere, was die Fragen Anpassungsmaßnahmen, Finanzierungsmechanismen und Entwaldung betrifft. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass ein rechtlich bindendes internationales Übereinkommen in Kopenhagen, das ehrgeizige und realistische Ziele setzt und alle Parteien mit einschließt, auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist.

Jill Evans (Verts/ALE), schriftlich. – In der vom Europäischen Parlament angenommenen Entschlieung wird in einem gesonderten Kapitel die große Bedeutung von Regionen und Kommunen, insbesondere im Konsultationsverfahren, bei der Weitergabe von Informationen und bei der Umsetzung der Klimapolitik hervorgehoben. Bis zu 80 % der Eindämmungs- und Anpassungsmaßnahmen werden auf regionaler oder kommunaler Ebene erfolgen. Mehrere regionale Regierungen und Gebietskörperschaften spielen hier bereits eine Vorreiterrolle und verfolgen beim Kampf gegen den Klimawandel einen kompromisslosen Ansatz.

Als Mitglieder der Europäischen Freien Allianz, die europäische Nationen und Regionen vertritt, unterstützen wir die direkte Beteiligung von regionalen Regierungen und Gebietskörperschaften an der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und an der Formulierung einer wirksamen Antwort auf den Klimawandel. In diesem Zusammenhang muss die Arbeit des Netzwerks der Regionalregierungen für nachhaltige Entwicklung (NRG 4SD) hervorgehoben werden. Dieses Netzwerk arbeitet bereits eng mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen zusammen. Wir fordern daher die ausdrückliche Anerkennung regionaler Regierungen im Zusammenhang mit dem Übereinkommen von Kopenhagen, das heißt die Anerkennung der Rolle, die sie bei den Eindämmungs- und Anpassungsmaßnahmen spielen.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Wie ich zuvor schon gesagt habe, ist es äußerst wichtig, dass ein rechtlich bindendes, globales, politisches Übereinkommen zum Klimawandel verabschiedet wird, damit die europäische Industrie nicht in eine wettbewerbsschädliche Situation gerät. Die europäischen Anstrengungen müssen auf ein Übereinkommen abzielen, das eine gemeinsame Anstrengung erfordert, und nicht nur eine Anstrengung der EU.

Meiner Meinung nach ist die Idee einer Besteuerung internationaler Finanztransaktionen als Finanzierungslösung für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zu seiner Eindämmung in Entwicklungsländern nicht angemessen, da sie (insbesondere vor dem Hintergrund der Krise, die wir gerade erleben) zu Lasten der Wirtschaft, des Handels und der Schaffung von Wohlstand gehen wird.

Über die Kosten einer solchen Besteuerung für die Gesellschaft im Allgemeinen (höhere Steuerbelastung mit Folgen für alle Steuerzahler und Verbraucher) und ihre Auswirkungen auf den Finanzmarkt (Verringerung der notwendigen Liquidität und des Kreditflusses an Unternehmen und private Haushalte) darf nicht einfach hinweggesehen werden.

Ich glaube, dass dies nicht der richtige Weg zur Regulierung des Marktes ist, und dass andere Alternativen, die der Weltwirtschaft weniger schaden, gefunden werden können.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Entschließungsantrag gestimmt, weil ich glaube, dass die EU im Kampf gegen den Klimawandel auch weiterhin mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Es ist darauf hinzuweisen, dass die EU die in Kyoto gesetzten Ziele übertroffen hat.

Ich bin der Meinung, dass das Übereinkommen von Kopenhagen verbindlich sein sollte. In diesem Sinne habe ich zu diesem Punkt einen Änderungsantrag zur Entschließung des Parlaments eingereicht, in dem gefordert wird, dass internationale Sanktionsmaßnahmen in die endgültige Fassung mit aufgenommen werden.

Ich glaube, das Übereinkommen sollte global sein und ehrgeizige Ziele sowie einen klaren Zeitplan enthalten. Wenn wir uns keine ehrgeizigen Ziele setzen, werden wir letztendlich nur eine symbolische Vereinbarung erzielen, die noch weniger effektiv ist als das Kyoto-Protokoll, das bereits internationale Sanktionen vorsieht. Hoffen wir deshalb, dass es eine wirksame Regelung geben wird, und dass das Übereinkommen eine Überprüfungsklausel enthalten wird, damit es problemlos aktualisiert werden kann.

Ich bin auch der Meinung, dass China und Indien nicht von jeglicher Verantwortung entbunden werden dürfen, wenn sie einen großen Teil der globalen Emissionen produzieren, während unsere Industrien große Anstrengungen zur Reduktion ihrer Emissionen unternehmen.

Die USA tragen eine große Verantwortung, wenn es darum geht, den Erfolg dieses Gipfels zu gewährleisten. Ich hoffe, dass der Präsident der Vereinigten Staaten, Barack Obama, zeigen wird, dass er den Friedensnobelpreis verdient hat, da die Bekämpfung des Klimawandels zum Frieden und zum Wohlergehen aller Nationen beiträgt.

Elisa Ferreira (S&D), schriftlich. – (PT) Die angenommene Entschließung enthält positive Aspekte, wie beispielsweise: die Notwendigkeit des Weiterbestehens internationaler Verpflichtungen in der Zeit nach 2012; die Notwendigkeit, die Reduktionsziele den neuesten wissenschaftlichen Daten anzupassen; die USA aufzufordern, die im letzten Wahlkampf erklärten (wenn auch nicht verbindlich zugesagten) Ziele verbindlich festzulegen; die Betonung der historischen Verantwortung der Industriestaaten für die Treibhausgasemissionen; die Förderung von Energieeffizienz und die Ausweitung der Tätigkeiten im Bereich Forschung, Entwicklung und Demonstration.

Unstrittig ist jedoch die Bedeutung, die den sogenannten Marktlösungen und dem Emissionshandel zugemessen wird. Dies ist grundsätzlich eine politische und ideologische Entscheidung, die nicht nur nicht garantiert, dass wir die gesetzten Reduktionsziele erreichen, sondern die selbst auch die größte Bedrohung für das Erreichen der erklärten Umweltziele darstellt. Die Erfahrung, die wir mit der Funktionsweise des EU-Systems für den Handel mit Emissionsberechtigungen seit 2005 gemacht haben, verdeutlicht dies. Der Emissionshandel zielt darauf ab, die Kapazitäten der Erde zum Recycling von Kohlenstoff zu kommerzialisieren, um auf diese Weise das Klima zu regulieren. Als Folge drohen diese Kapazitäten – die, wie wir wissen, das Leben auf der Erde garantieren – in die Hände gerade der Konzerne zu fallen, die den Planeten, seine natürlichen Ressourcen und das Klima zerstören.

Robert Goebbels (S&D), schriftlich. – (FR) Ich habe mich meiner Stimme zur Entschließung über den Klimawandel enthalten, weil das Europäische Parlament, wie immer, zwar gute Absichten hat, die Realitäten aber verkennt. Die Europäische Union ist für knapp 11 % der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Sie kann nicht mit gutem Beispiel vorangehen und noch dazu für den Rest der Welt zahlen.

Es entbehrt jeder Logik, dass den Mitgliedstaaten Beschränkungen beim Einsatz von Mechanismen zur sauberen Entwicklung (MsE) – obwohl im Kyoto-Protokoll vorgesehen – auferlegt werden, und gleichzeitig

Hilfen für Entwicklungsländer in Höhe von 30 Mrd. EUR pro Jahr gefordert werden, ohne Kriterien festzulegen oder Unterscheidungen zu machen, um nur ein Missverhältnis in dieser EntschlieÙung zu nennen.

Sylvie Guillaume (S&D), *schriftlich*. – (FR) In der Klimafrage ist ein dringendes Handeln notwendig und die Entwicklungsländer dürfen nicht ohnmächtig zurückgelassen werden. Sie sind diejenigen, die zuerst betroffen sind, und es fehlt ihnen an den geeigneten Mitteln, um gegen die Phänomene anzukämpfen, die von den entwickelten Ländern verursacht wurden! Künftige Generationen werden den Folgen des Klimawandels ohnmächtig gegenüberstehen, wenn wir heute nicht global handeln. Deshalb ist es entscheidend, dass unsere Regierungen eine politische Führungsrolle übernehmen, um andere Staaten wie die Vereinigten Staaten und China dazu zu veranlassen, eine Einigung zu erzielen. Dieses Engagement muss auch die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen beinhalten, die nicht der Finanzierung der Bankenaufsicht, sondern der finanziellen Unterstützung von Entwicklungsländern und von globalen öffentlichen Gütern wie dem Klima dient.

Ian Hughton (Verts/ALE), *schriftlich*. – Nächsten Monat wird die ganze Welt auf Dänemark schauen. Auf der anderen Seite der Nordsee, in einem Land von ähnlicher Größe, leistet die schottische Regierung im Kampf gegen den Klimawandel gerade einen wichtigen Beitrag. GemäÙ der offiziellen Website des Gipfels von Kopenhagen hat Schottland die „Weltspitze im Klimaschutz“ übernommen. Die Anstrengungen der schottischen Regierung müssen uneingeschränkt unterstützt werden, und wir müssen hoffen, dass sich nächsten Monat auch noch andere Nationen in die globalen Anstrengungen mit einbringen.

Astrid Lulling (PPE), *schriftlich*. – (FR) Ich habe für die EntschlieÙung zu der Strategie der Europäischen Union für die Konferenz zum Klimawandel in Kopenhagen gestimmt, weil ich davon überzeugt bin, dass ein umfassendes internationales Übereinkommen die Tendenz zu einem unkontrollierten Anwachsen der Treibhausgasemissionen in der Tat aufhalten kann.

Die Umweltpolitik im Allgemeinen und die Klimapolitik im Besonderen sind auch eine Antriebsfeder für technologische Innovationen und können neue Wachstumsperspektiven für unsere Unternehmen bieten.

Ich bin sehr froh, dass Europa mit einer Energie- und Klimapolitik, die darauf abzielt, die Emissionen bis zum Jahr 2020 um 20 % gegenüber dem Stand von 1990 zu verringern, eine Führungsrolle übernimmt. Ich bin strikt gegen zusätzliche verbindliche Ziele, wenn kein umfassendes internationales Übereinkommen vorliegt. Auf der einen Seite hat Europa, das für 11 % der weltweiten Emissionen verantwortlich ist, nicht genug Gewicht, um die Tendenz allein umzukehren, und auf der anderen Seite fürchte ich die Verlagerung von energieintensiven und CO₂-intensiven Industrien.

Nur ein umfassendes Übereinkommen, das mittel- und langfristige Ziele setzt, bietet die erforderliche Vorhersehbarkeit, um große Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu initiieren und die erheblichen Investitionen zu tätigen, die notwendig sind, um Wirtschaftswachstum dauerhaft von einem Anwachsen der Treibhausgasemissionen abzukoppeln.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Es ist sehr wichtig, dass bei der Klimakonferenz in Kopenhagen ein ehrgeiziges und rechtlich bindendes Übereinkommen zum Klimawandel erzielt wird.

Es ist jedoch auch wichtig, dass sich alle, insbesondere China, Indien und Brasilien – angesichts ihrer bedeutenden wirtschaftlichen Rolle und intensiven Industrietätigkeit – beteiligen. Diese Länder müssen sich ebenfalls verpflichten, ehrgeizige Ziele zu verfolgen, die mit denen anderer Länder vergleichbar sind, wenn auch mit Hilfe – soweit möglich – von anderen reicheren, stärker industrialisierten Ländern. Es ist ebenfalls entscheidend, dass die Vereinigten Staaten ihre Rolle in dieser äußerst wichtigen Frage wahrnehmen.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Viel zu lange hat die EU im Alleingang versucht, die Treibhausgaskonzentration zu reduzieren. Währenddessen waren energiehungrige Schwellenländer und energieverschwendende Industrieländer nicht einmal willens, das Kyoto-Protokoll umzusetzen. Inwiefern sich mit der Kopenhagener Konferenz etwas ändern wird, bleibt abzuwarten. In diesem Sinne bedarf es Regelungen für die Finanzierung und Sanktionen für die Nichteinhaltung.

Um Änderungen zu bewirken, bedarf es einer Neugestaltung der Umweltpolitik, bei der nicht nur Millionen im Zertifikatshandel hin und her geschoben werden, sondern tatsächliche Alternativen wie erneuerbare Energien gefördert und der aus EU-Geldern subventionierte Gütertransport quer durch Europa reduziert werden können. Im vorliegenden Bericht wird auf diese Problematik zu wenig eingegangen, weshalb ich dagegen gestimmt habe.

Rovana Plumb (S&D), schriftlich. – (RO) Ich habe für diese Entschließung gestimmt, da in Kopenhagen ein verbindliches, globales und rechtlich bindendes Übereinkommen erzielt werden muss, auf Grundlage dessen sich die entwickelten Länder wie auch die Entwicklungsländer zu Emissions-Reduktionszielen verpflichten, die mit denen der EU vergleichbar sind. Wir können das Ziel, die globale Erwärmung unter 2 °C zu halten und die Treibhausgasemissionen zu senken, nur erreichen, wenn wir in saubere Technologien und in Forschung und Innovation investieren. Darüber hinaus müssen zusätzliche Geldmittel bereitgestellt werden, die aus den Beiträgen der Unterzeichnerstaaten des globalen Übereinkommens zu bestreiten sind, welche die wirtschaftliche Entwicklung und Zahlungsfähigkeit dieser Länder widerspiegeln.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), schriftlich. – Diese Entschließung stellt eine klare und realistische Strategie für den Umgang mit den Schlüsselbereichen dar, die angegangen werden müssen, damit nächsten Monat in Kopenhagen ein wirksames Übereinkommen erzielt wird. Diese Entschließung hält die Balance zwischen Ehrgeiz und realistischen Zielen und geht die unterschiedlichen Fragen an, die die Verhandlungsführer lösen müssen. Das Europäische Parlament hat das Verhandlungsteam der EU und die Mitgliedstaaten nun aufgefordert, bei folgenden Punkten auf ein Handeln zu drängen: Emissionshandel; ein Weltmarkt für CO₂-Emissionszertifikate; ein faires System für die Finanzierung von Anpassungs- und Eindämmungsmaßnahmen; Wälder; und Luft- und Seeverkehr.

Das Parlament ist bei seinen früheren Verpflichtungen hinsichtlich der Verringerung von Emissionen bis 2020 geblieben und hat nun angesichts neuer Empfehlungen der Wissenschaft für 2050 sogar noch ehrgeizigere Ziele gesetzt. Die Bereitschaft der EU, in dieser Frage eine Führungsrolle zu übernehmen, könnte sich als ein Schlüsselfaktor bei der Ausarbeitung eines international verbindlichen Übereinkommens zum Umgang mit dem Klimawandel herausstellen.

Bogusław Sonik (PPE), schriftlich. – (PL) Die Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Strategie der EU für die Konferenz zum Klimawandel in Kopenhagen ist ein bedeutendes legislatives Dokument und eine wichtige Stimme in der internationalen Debatte und bei den Verhandlungen im Vorfeld des Klimagipfels und soll die Position der Europäischen Union in dieser Frage ergänzen. Wenn die Europäische Union im Kampf gegen den Klimawandel führend bleiben will, sollte sie sich weiterhin ehrgeizige Reduktionsziele setzen und zuvor eingegangene Reduktionsverpflichtungen erfüllen. Auf diese Weise wäre sie ein Beispiel für andere Länder – trotz der damit verbundenen Schwierigkeiten.

Die Stimme des Europäischen Parlaments, als einziges demokratisches Organ der EU, ist in dieser Debatte von entscheidender Bedeutung, weshalb unsere Entschließung auch die richtige Richtung vorgeben und Prioritäten formulieren sollte, die wahrhaft von Bedeutung sind. Der Entschließungstext darf nicht einfach nur eine Aneinanderreihung von Forderungen und Wünschen ohne jede Grundlage sein, sondern sollte die kohärente und vor allem gemeinsame Stimme der Bürger der EU, basierend auf dem Grundsatz der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung der Mitgliedstaaten in der Frage der Bekämpfung des Klimawandels, sein.

Als ernstzunehmender Verhandlungspartner muss die Europäische Union in Kopenhagen als einheitliche Fraktion auftreten, welche die Interessen aller ihrer Mitgliedstaaten berücksichtigt. Die Europäische Union sollte die Bereitschaft zur Anhebung der Reduktionsziele auf 30 % zeigen, vorausgesetzt jedoch, dass auch andere Länder bereit sind, sich selbst so hohe Reduktionsziele zu stecken. Es sollte auch nicht vergessen werden, dass die EU keinerlei unbedingte Verpflichtungen, sondern nur an Bedingungen geknüpfte Verpflichtungen akzeptiert hat.

Bart Staes (Verts/ALE), schriftlich. – (NL) Ich habe für die Entschließung gestimmt, weil das Europäische Parlament die EU-Verhandlungsführer auffordert, den Entwicklungsländern 30 Mrd. EUR für ihren Kampf gegen den Klimawandel zur Verfügung zu stellen. Damit sendet das Parlament ein klares Signal an die Verhandlungsführer, die in zwei Wochen beim Klimagipfel in Kopenhagen Europa vertreten werden. Bisher sind sie bei der Frage, wie ihr finanzieller Beitrag beim Gipfel ausfallen wird, immer vage geblieben. Nun jedoch wurden sie vom Parlament aufgefordert, hinsichtlich der tatsächlichen Beträge und Prozentsätze konkreter zu werden. Und damit liegt der Ball nun wieder im Spielfeld der Vereinigten Staaten. Es gibt Signale, dass die Amerikaner gerade damit beschäftigt sind, ein CO₂-Emissionsziel auszuarbeiten, das sie vorlegen möchten. Diese Entschließung erhöht den Druck auf Präsident Obama, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, was die Chancen auf einen Erfolg in Kopenhagen etwas erhöht.

Es erhöht auch die Chancen, dass sich Länder wie China, Indien und Brasilien am globalen Kampf gegen den Klimawandel beteiligen. Genau wie meine Kollegen von der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz, habe ich daher mit großem Enthusiasmus für diese starke Entschließung gestimmt. Einziger Minuspunkt ist,

dass sich die Erzeugung von Kernenergie in die Entschließung eingeschlichen hat. Wichtig ist jetzt jedoch, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten in Kopenhagen harte Verhandlungen führen.

Konrad Szymański (ECR), *schriftlich*. – (PL) Mit der heutigen Abstimmung zu der Strategie der EU für die Klimakonferenz in Kopenhagen hat das Europäische Parlament eine radikale und unrealistische Position eingenommen. Mit der Forderung nach einer Verdopplung der Beschränkungen der CO₂-Emissionen in EU-Ländern untergräbt das Parlament das Klimapaket, das erst kürzlich unter großen Schwierigkeiten ausgehandelt wurde (Punkt 33 fordert eine Verringerung um 40 %). Während Ausgaben in Höhe von 30 Mrd. EUR pro Jahr für saubere Technologien in Entwicklungsländern gefordert werden, erwartet das Parlament von Ländern mit kohlegestützter Stromerzeugung wie Polen, dass sie doppelt für CO₂-Emissionen bezahlen: einmal in Form einer Gebühr gemäß dem System für den Emissionshandel und ein zweites Mal in Form eines Beitrags zur Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Bekämpfung des Klimawandels (Punkt 18 spricht von einem Beitrag, der sich auf mindestens 30 Mrd. EUR pro Jahr belaufen sollte). Während gefordert wird, dass die Berechnung der Beiträge der Mitgliedstaaten für saubere Technologien in Entwicklungsländern auf Grundlage des Niveaus der CO₂-Emissionen und auf Grundlage des BIP erfolgen soll, hat das Parlament das Kriterium der Fähigkeit, diese Kosten zu tragen, übersehen. Dies bedeutet für Polen in den nächsten 10 Jahren Kosten in Höhe von 40 Mrd. EUR (dies ist eine Folge der Ablehnung der Änderungsanträge 31 und 27). Aus diesem Grund hat die polnische Delegation allein gegen die gesamte Entschließung zu der Strategie der EU für die Konferenz zum Klimawandel in Kopenhagen (COP 15) gestimmt.

Georgios Toussas (GUE/NGL), *schriftlich*. – (EL) Das erhöhte Risiko für die Umwelt und die Gesundheit und der besonders gefährliche Klimawandel, einhergehend mit der Überhitzung des Planeten, sind das Ergebnis einer industriellen Entwicklung, die auf kapitalistischem Profit und der Kommerzialisierung von Land, Luft, Energie und Wasser basiert. Diese Probleme können von den Führern des Kapitals, also genau denen, die sie verursacht haben, nicht in angemessener Weise gelöst werden.

Der Weg zum Gipfel von Kopenhagen wird von der Verschärfung imperialistischer Machtkämpfe blockiert. Mit Vorschlägen wie „einer tragfähigen grünen Wirtschaft“ und einer „kohlenstoffarmen“ Wirtschaft versucht die EU den Weg für noch mehr Investitionen von Euro-vereinigenden Monopolen zu ebnen und gleichzeitig die spekulativen Erwartungen des Kapitals mit einer „Emissionsbörse“ zu befriedigen.

Um eine Entwicklungsrichtung, welche die Beziehung zwischen Mensch und Natur ins Gleichgewicht bringt und den Bedürfnissen des Volkes entspricht, vorzuzeichnen und einzuschlagen, müssen wir letzten Endes die kapitalistische Beziehung zur Produktion kippen. Die Kommunistische Partei Griechenlands hat gegen die Entschließung des Europäischen Parlaments gestimmt. Ihr Vorschlag besteht in der kombinierten Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes entsprechend dem in unserem Land produzierten Reichtum. Die politischen Voraussetzungen für die Umsetzung dieses Ziels sind die Verstaatlichung der grundlegenden Produktionsmittel und die zentrale Planung des Wirtschaftslebens, mit einer Kontrolle durch das Volk und die Arbeiterklassen, in anderen Worten, die Macht des Volkes und eine Wirtschaft des Volkes.

Thomas Ulmer (PPE), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Entschließungsantrag gestimmt, weil hier präjudiziert wird, dass die EU von vorneherein, ohne auf die anderen Partner zu warten, hohe Finanzmittel zur Verfügung stellt. Ich kann es gegenüber meinen Wählern nicht verantworten, ihr Geld so zu platzieren. Klimaschutz ist ein wichtiges Ziel, aber die Panikmache vor dem Klimagipfel von Kopenhagen ist eine Unverschämtheit und wissenschaftlich nicht seriös.

--Entschließungsantrag (B7-0155/2009) -Mehrjahresprogramm 2010-2014 für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (Stockholm-Programm)

Luís Paulo Alves (S&D), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für diese Entschließung gestimmt, weil sie sich mit Prioritäten in grundlegenden Bereichen wie Freiheit, Sicherheit und Recht, insbesondere mit den Bedingungen für die Aufnahme und Integration von Einwanderern, mit dem Kampf gegen Diskriminierung, besonders aufgrund der sexuellen Orientierung, mit dem Zugang zur Justiz und der Bekämpfung von Korruption und Gewalt auseinandersetzt.

Es ist äußerst wichtig, Diskriminierungen, ob aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, des Alters, einer Behinderung, der Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, der Hautfarbe, der Abstammung oder aufgrund der nationalen oder ethnischen Herkunft, zu bekämpfen, und gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Gewalt vorzugehen.

Die Freizügigkeit aller EU-Bürger und ihrer Familien ist ebenfalls zu gewährleisten.

Schließlich muss auch der Schutz der Bürger vor Terrorismus und organisierter Kriminalität gewährleistet werden, weshalb der gesetzliche Rahmen gestärkt werden muss, um diesen hochaktuellen Bedrohungen angesichts ihrer globalen Dimension zu begegnen.

Charalampos Angourakis (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Die Kommunistische Partei Griechenlands ist strikt gegen das Stockholm-Programm, genau wie sie auch gegen frühere Programme zur Umsetzung des Raums, der irreführend als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bezeichnet wird, war. Sein Ziel ist – trotz der demagogischen Proklamationen der EU – die Harmonisierung oder Homogenisierung nationaler Gesetze, um die einheitliche Anwendung der volksfeindlichen Politik der EU zu erreichen und bestehende Mechanismen zur Verfolgung und Repression auf EU-Ebene unter dem Vorwand der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität zu stärken und neue Mechanismen zu schaffen.

Eine der obersten Prioritäten des Stockholm-Programms ist die Steigerung der antikommunistischen Hysterie in der EU, die bereits in voller Fahrt ist und in der historisch falschen und inakzeptablen Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus gipfelt. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts der EU und die Programme zu dessen Umsetzung dienen nicht den Interessen der Menschen; sie bilden im Gegenteil einen Maßnahmenkatalog, der individuelle und soziale Rechte und demokratische Freiheiten erstickt und Autoritarismus und Repression zu Lasten von Arbeitern, Einwanderern und Flüchtlingen intensiviert, das politische System und die Herrschaft von Monopolen aufrecht erhält und darauf abzielt, Arbeiter- und Volksbewegungen zu zerschlagen, was die Voraussetzungen für den brutalen Angriff des Kapitals auf Arbeitnehmerrechte und soziale Rechte der Arbeiterklassen und des Volkes schafft.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), schriftlich. – (LT) Ich bin überzeugt, dass der Schutz der Rechte von Kindern ein sehr wichtiger Aspekt des Stockholm-Programms ist. Ich möchte auf die Tatsache aufmerksam machen, dass die Gewalt gegen Kinder, einschließlich sexueller Ausbeutung von Kindern, Sextourismus mit Kindern, Kinderhandel und Kinderarbeit in den letzten Jahren immer mehr Anlass zur Sorge bereitet. Vor dem Hintergrund, dass der Schutz der Rechte von Kindern eine soziale Priorität der Europäischen Union (EU) ist, fordere ich den Rat und die Kommission auf, dem Schutz der Rechte der Schwächsten mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Kinderrechte sind ein Teil der Menschenrechte, zu deren Einhaltung sich die EU und die Mitgliedstaaten gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention und gemäß dem Übereinkommen der Vereinten Nationen (UN) über die Rechte des Kindes verpflichtet haben. Die EU muss ihr Engagement zur Verbesserung der Situation von Kindern in Europa und auf der ganzen Welt erhöhen, damit sie die Förderung und den Schutz der Rechte von Kindern angemessen gewährleisten kann. Ich möchte betonen, dass nur eine Strategie, die auf einem koordinierten und gemeinsamen Handeln beruht, die Mitgliedstaaten veranlassen kann, die Grundsätze des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes in der gesamten Europäischen Union und jenseits ihrer Grenzen einzuhalten und sich ihnen zu verpflichten. Um die Rechte von Kindern angemessen zu schützen, schlage ich die Umsetzung von verbindlichen Standards in allen EU-Mitgliedstaaten vor. Leider ist die Einhaltung der Rechte von Kindern noch nicht überall gewährleistet. Deshalb fordere ich den Rat und die Kommission auf, mit der Umsetzung des Stockholm-Programms konkrete Maßnahmen zur Gewährleistung eines angemessenen Schutzes der Rechte von Kindern zu ergreifen.

Carlo Casini (PPE), schriftlich. – (IT) Herr Präsident! Ich habe für die Entschließung gestimmt, weil sie den richtigen Weg zur Stärkung der europäischen Einheit in Bezug auf die grundlegenden Werte, die ihre Identität ausmachen, weist.

Wir dürfen uns nichts vormachen und glauben, dass es möglich ist, über die sogenannten gemeinsamen Werte eine Einigung zu erzielen. Es bleibt jedoch zu hoffen, dass die Anwendung von Vernunft den verschiedenen politischen Komponenten dabei hilft, näher auf das einzugehen, was richtig und gerecht ist, wenn es darum geht, auf dem Weg zur europäischen Einheit voranzukommen.

Die klare Unterscheidung zwischen dem Recht auf Freizügigkeit und dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung einerseits, und dem Wert der Familie als natürliche, auf der Ehe beruhende Gemeinschaft andererseits, hat zur Formulierung des Absatzes geführt, der die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten im Hinblick auf das Familienrecht und das Verbot der Diskriminierung jedweder Personen aufrecht erhält.

Diejenigen, die wie ich vollständig hinter dem Grundsatz der Gleichheit stehen und die Gleichheit zwischen geborenen und ungeborenen Kindern bekräftigen, können nur den Grundsatz der Nichtdiskriminierung von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen unterstützen, nicht aber die Zerstörung des Konzepts der Ehe oder der Familie akzeptieren. Die Bedeutung dieses Konzepts, wie sie in Artikel 16 der

Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte anerkannt wird, ist für die Generationenfolge und das erzieherische Potential heterosexueller Paare grundlegend.

Nikolaos Chountis (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Ich habe aus verschiedenen Gründen gegen den Entschließungsantrag gestimmt; die Hauptgründe sind nachfolgend aufgeführt. Sein Grundaspekt ist im Wesentlichen die Philosophie von „Sicherheit“ und Angst zu Lasten der Grundrechte und Grundfreiheiten. Gerade der Schutz und die Einhaltung dieser Rechte im Rahmen einer rechtsstaatlichen Ordnung gewährleisten jedoch die Sicherheit. Er stärkt die Vorstellung von einer und die Möglichkeit zu einer Errichtung der Festung Europa, die Einwanderer als potenzielle Terroristen und Kriminelle behandelt, und ihre Anwesenheit im besten Fall „duldet“, allerdings nicht als Menschen mit gleichen Rechten, sondern abhängig vom Bedarf des EU-Arbeitsmarktes.

Er fördert abscheuliche Massenentlassungen, er stärkt nicht das Recht auf Asyl, er ebnet den Weg für eine aktive Beteiligung der EU an Flüchtlingslagern außerhalb ihrer Grenzen und für die Auferlegung von Vereinbarungen mit Drittländern, aus denen allein die EU Vorteile zieht, zeigt sich im Hinblick auf die Wahrung von Menschenrechten aber gleichgültig. Schließlich – und obwohl noch vieles mehr hervorgehoben werden könnte – führt diese Entschließung auch noch Maßnahmen ein, mit denen die zahlreichen Einrichtungen, welche die Daten über die Bürger prüfen, sammeln und austauschen und damit deren gemeinsame und persönliche Würde verletzen und auf dem Recht auf freie Meinungsäußerung herumtrampeln, vervielfacht werden. Diese Entschließung richtet sich an eine Gesellschaft, die nur Feinde hat und in der jeder verdächtig ist. Das ist nicht die Gesellschaft, die wir wollen.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), schriftlich. – (SV) Wir glauben, dass es von größter Wichtigkeit ist, dass Frauen nicht Gewalt oder Sexhandel ausgesetzt sind. Ebenso versteht es sich von selbst, dass wir Menschenrechte achten und die bestehenden internationalen Flüchtlingskonventionen einhalten müssen. Für uns als EU-Bürger ist es selbstverständlich, dass wir ein stabiles Rechtssystem haben, in dem alle gleich sind, und dass wir Vertrauen in die Art und Weise haben können, wie die Behörden mit unseren persönlichen Daten umgehen.

Viele der 144 Punkte des Entschließungsantrags und der 78 Änderungsanträge, die zur Entschließung des Parlaments eingereicht wurden, waren es selbstverständlich wert, unterstützt zu werden. Die Entschließung und die Änderungsanträge enthalten auch einige Punkte, beispielsweise im Hinblick auf Menschenrechte, Diskriminierung und Privatsphäre, die bereits von früheren Programmen sowie durch den Vertrag von Lissabon abgedeckt sind. Wir haben uns entschlossen, gegen einige Änderungsanträge zu stimmen, damit die Entschließung im Hinblick auf die Fragen, die noch nicht von früheren Programmen oder Verträgen abgedeckt sind, noch stärker ist. Obwohl die angenommene Entschließung Punkte enthält, die nicht in die Entschließung hätten aufgenommen werden sollen, haben wir uns entschlossen, zugunsten der Entschließung zu stimmen, da ihr Nutzen die negativen Aspekte weit überwiegt. Es ist wichtiger, dass das Europäische Parlament die klare Botschaft sendet, dass es das Stockholm-Programm unterstützt.

Marije Cornelissen und Bas Eickhout (Verts/ALE), schriftlich. – (NL) An sich ist die Entschließung des Europäischen Parlaments über einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Dienste der Bürger eine Entschließung, die einen Fortschritt darstellt und dem Wunsch des Ministerrats, den freien Austausch personenbezogener Daten der Bürger zu gestatten, Einhalt gebietet. Es ist auch eine Entschließung, die den Schutz von Flüchtlingen und Migranten gewährleistet.

Diese Entschließung ist ein Schritt in Richtung einer fortschrittlichen europäischen Gesetzgebung im Bereich Migration. Einige der wesentlichen Änderungen, darunter die Festsetzung des Grundsatzes des Non-Refoulement, die Einschränkung der Rolle von Frontex, die bei der Neuansiedlung von Migranten in Drittländern keine Rolle spielen soll, die positive Haltung gegenüber der „massenhaften“ Legalisierung von illegalen Einwanderern und die Erklärung, dass Sicherheit den Interessen der Freiheit dienen sollte, sind von entscheidender Bedeutung. Die Absätze über die Bekämpfung der illegalen Einwanderung können unterschiedlich ausgelegt werden, obgleich sie meiner Meinung nach nicht zur repressiven Seite hin ausschlagen. Ich bedaure zutiefst, dass die Entschließung im Hinblick auf das Antidiskriminierungs-Dossier abgeschwächt wurde.

Anne Delvaux (PPE), schriftlich. – (FR) Bisher gab es hinsichtlich einiger Aspekte des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts nur langsame Fortschritte, obwohl das Recht, sich innerhalb der EU frei zu bewegen und seinen Aufenthalt frei zu wählen nun mehr als 500 Millionen Bürgern zusteht! Es ist wichtig das zu regeln, und die heute angenommene Entschließung des Europäischen Parlaments trägt dazu bei.

Ich begrüße die EntschlieÙung, da sie sich vor allem auf die Bürger bezieht und sich mit meinen Prioritäten deckt: ein Europa des Rechts und der Gerechtigkeit (Schutz der Grundrechte und der Kampf gegen alle Formen der Diskriminierung); ein Europa, das Schutz für alle bietet, dabei jedoch kein Big Brother ist (Stärkung von Europol und der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen sowohl im operationellen als auch im administrativen Bereich, Verbesserung der Zusammenarbeit von Polizei und Informationsdiensten zwischen den Staaten, Aufbau eines Europäischen Raums des Strafrechts, der auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung basiert, Schutz von personenbezogenen Daten); und ein vereintes, verantwortliches und gerechtes Europa in den Bereichen Asyl und Einwanderung mittels einer echten Solidarität zwischen allen Mitgliedstaaten, und der Kampf gegen den Menschenhandel und gegen die sexuelle und wirtschaftliche Ausbeutung von Menschen.

Der nächste Schritt: der Europäische Rat am 9. und 10. Dezember 2009!

Edite Estrela (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für den EntschlieÙungsantrag des Europäischen Parlaments zum Stockholm-Programm gestimmt, weil ich glaube, dass die darin enthaltenen Vorschläge die Prioritäten der kommenden Jahre in Bezug auf die europäische Gesetzgebung in den Bereichen Freiheit, Sicherheit und Recht angesichts der Anwendung des Vertrags von Lissabon klar und präzise definieren.

Es ist wichtig, dass wir ein besseres Gleichgewicht zwischen der Sicherheit der Bürger und dem Schutz ihrer individuellen Rechte finden. Folglich möchte ich betonen, wie wichtig die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf gleichgeschlechtliche Paare in der EU und die Einrichtung eines Europäischen Gerichts für Cyberkriminalität sowie die Ergreifung von Maßnahmen, die Häftlingen neue Rechte garantieren, ist.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Es ist in diesem Parlament zur üblichen Praxis geworden, umstrittenen Fragen, die weit über die Kompetenzen der Europäischen Union hinausgehen, Vorschub zu leisten, indem sie in Texte zu weitreichenderen Fragen aufgenommen werden, die normalerweise von einer breiten Mehrheit unterstützt werden. Ich muss die Anwendung dieser unlauteren Methode, die dieses Haus nur in Misskredit bringt und die Kluft zwischen Abgeordneten und Wählern nur noch vergrößert, abermals verurteilen.

Glücklicherweise fallen familienrechtliche Angelegenheiten in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten, und es ist daher absolut unzulässig und ein klarer Angriff auf das Subsidiaritätsprinzip, dass das Parlament versucht, in diesen Fragen ein gemeinsames Verständnis zu erzwingen, indem es versucht, radikale Programme durchzusetzen.

Die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften durch das Parlament – die nur in vier Mitgliedstaaten wirksam ist – kann nicht dem Rest aufgezwungen werden, und diese Vorgehensweise stellt einen plumpen Versuch zur Beeinflussung von Gesetzgebern und der nationalen öffentlichen Meinung dar und ist aufs Schärfste zu verurteilen.

Bei der Annahme der Charta der Grundrechte wurde die Befürchtung geäußert, dass sie in Zukunft in missbräuchlicher Weise geltend gemacht und mit nationalem Recht kollidieren würde. Die derzeitige Situation bestätigt, dass diese Befürchtungen berechtigt waren.

Carlo Fidanza (PPE), schriftlich. – (IT) Diese EntschlieÙung bekräftigt schlussendlich einige wichtige Grundsätze: die gemeinsame Verantwortung beim Kampf gegen die illegale Einwanderung, bei der internen Umverteilung von Asylsuchenden und bei der Rückführung ausländischer Häftlinge. Andererseits bin ich der Meinung, dass der Teil, der sich auf die Rechte von Minderheiten, und hier insbesondere auf die Roma, bezieht, sehr unpassend und übermäßig politisch korrekt ist. Der Text lässt die ungebührliche Situation, in der die Roma-Gemeinschaften in bestimmten Ländern, wie beispielsweise in Italien, leben, und die nicht auf mangelnde Integrationsmaßnahmen sondern im Gegenteil auf die bewusste Entscheidung zur Ablehnung jeder zivilisierten Lebensweise zurückzuführen ist, vollkommen außer Acht.

Es findet keine Verurteilung der illegalen Aktivitäten (Diebstähle, Handtaschenraub, aggressives Betteln und Prostitution von Minderjährigen) statt, die zunehmend im Zusammenhang mit illegalen Roma-Niederlassungen in den Außenbezirken von Großstädten in Italien und andernorts stehen. Es gibt keine Erwähnung – nicht einmal im Abschnitt über den Schutz Minderjähriger – der Notwendigkeit, genau diese Kinder vor der Versklavung, der sie durch manche Oberhäupter von Roma-Familien ausgesetzt sind, zu schützen. Es wird auch nicht erwähnt, wie die Richtlinie 2004/38/EG zur Abschiebung von Unionsbürgern, die nach einem dreimonatigen Aufenthalt in einem EU-Land ein bestimmtes Einkommensniveau nicht nachweisen können, konkret anzuwenden ist. Integration ohne die Einhaltung von Regeln ist nicht möglich, und dieser Grundsatz gilt auch für die Roma-Minderheiten.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Die Mehrheit des Parlaments hat den zentralen Tenor des Vorschlags der Europäischen Kommission für das sogenannte Stockholm-Programm angenommen, das einen schweren Angriff auf ein solches Schlüsselement der Souveränität der Staaten wie das Recht darstellt. Ein zunehmend gemeinsames Handeln im Bereich der politischen und justiziellen Zusammenarbeit und die Kooperation zwischen Geheimdiensten sowie die Einführung einer internen Sicherheitsstrategie und neuer Maßnahmen zum Austausch von Daten innerhalb der EU gehen zu Lasten der Rechte, Freiheiten und Garantien all derer, die in EU-Ländern leben.

Die Entwicklung einer gemeinsamen Migrationspolitik, die auf einer Klassifizierung von Einwanderern gemäß einer Skala der Erwünschtheit und, in ihrer aggressivsten Form, auf dem Einsatz von Frontex beruht, verletzt die Rechte von Migranten und lässt die sich in vielen Ländern ereignende menschliche Tragödie außer Acht.

Der zunehmende Einsatz von Überwachungs- und Kontrollmechanismen ist genauso Besorgnis erregend wie die Praxis des Erstellens von Profilen auf Grundlage von Data-Mining-Techniken und der umfassenden Erfassung von Daten, unabhängig davon, ob Bürger unschuldig oder schuldig sind, zum Zweck der sogenannten Prävention und Kontrolle. Besorgnis erregend sind auch die enormen Geldmittel, die in den militärisch-industriellen Komplex und dessen Untersuchungstätigkeiten im Bereich der inneren Sicherheit fließen.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), schriftlich. – (PL) Herr Präsident! Die politische Strategie im Hinblick auf den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – das Stockholm-Programm – wird vom Rat im Dezember dieses Jahres, direkt nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, verabschiedet. In diesem besonderen Moment, in dem die gesetzgeberischen Kompetenzen des Europäischen Parlaments erheblich anwachsen werden, wird auch die Rolle der nationalen Parlamente im Prozess der Festsetzung des Gemeinschaftsrechts steigen. Die Stimme der Bürger, die auf diese Weise mehr Gewicht erhält, wird ebenfalls an Einfluss gewinnen, wenn es um die Umsetzung der Grundsätze des Stockholm-Programms geht.

Besonders wichtig und dringlich ist meiner Meinung nach die Notwendigkeit, die Gleichbehandlung aller Bürger der Europäischen Union, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Behinderung, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, Hautfarbe, Abstammung oder ethnischer Herkunft zu gewährleisten. Zu diesem Zweck ist es von wesentlicher Bedeutung, dass der Rat eine umfassende Richtlinie zur Nichtdiskriminierung, eine, die alle von mir eben erwähnten Bereiche umfasst, verabschiedet. Die EU verfügt nicht über solch ein Gesetz, worauf wir im Europäischen Parlament schon oft hingewiesen haben.

Ich hoffe, dass diese Lücke als Teil der Umsetzung des Stockholm-Programms geschlossen wird. Nur ein Gesetz zu verabschieden reicht jedoch nicht aus. Wenn das Stockholm-Programm erfolgreich sein soll, müssen die EU-Bürger ihre Rechte kennen. Aufgabe der neuen Europäischen Kommission wird es daher sein, das öffentliche Bewusstsein über die Antidiskriminierungsgesetze und die Gleichstellung der Geschlechter zu erhöhen.

Sylvie Guillaume (S&D), schriftlich. – (FR) Ich habe für diese Entschließung gestimmt, weil sie es ermöglicht, ein größeres Gleichgewicht zwischen der Achtung individueller Freiheiten und einer vorwiegend repressiven Sichtweise, begleitet von Sicherheitsmaßnahmen, deren Wirksamkeit heute noch schwer abzusehen ist, zu schaffen. Mit diesem Programm bestätigen wir noch einmal unser Festhalten an einem Europa der Solidarität und der Werte, das die Pflicht hat, Religionsfreiheit, Chancengleichheit, Frauenrechte, Minderheitenrechte und die Rechte von Homosexuellen zu verteidigen.

Deshalb unterstütze ich ausdrücklich die Annahme der Antidiskriminierungsrichtlinie, die im Rat blockiert wird, und die die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) in der letzten Wahlperiode nicht wollte. Die PPE-Fraktion hat ihre Ablehnung des Textes abermals bestätigt. Ich begrüße auch die Annahme von Änderungsanträgen, welche die Forderung zur Beseitigung der Hindernisse, die der Wahrnehmung des Rechts auf Familienzusammenführung entgegenstehen, enthalten, und die ein Verbot der Inhaftierung ausländischer und unbegleiteter Minderjähriger fordern.

Ich bedaure jedoch, dass auf die Ziele der Migrationspolitik wieder einmal nicht eingegangen wurde, und dass diese hinter der Frage der Bekämpfung der illegalen Einwanderung und der Stärkung der Frontex-Agentur zurückstehen. Was die Asylfrage angeht, werden die Vorschläge für ein gemeinsames Asylsystem von einem Europäischen Parlament als Mitgesetzgeber geprüft, das den echten politischen Willen, in diesem Bereich Fortschritte zu erzielen, sehr genau überwachen wird.

Timothy Kirkhope (ECR), *schriftlich*. – Während die EKR-Fraktion viele der im Stockholm-Programm enthaltenen Punkte, wie die Zusammenarbeit und Solidarität in den Bereichen Polizei, Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Korruption, Schutz der Grundrechte und das Erzielen von Lösungen in Einwanderungsfragen durch die Unterstützung der Länder in Südeuropa, die sich großen Einwanderungsproblemen gegenübersehen, unterstützt, unterstützen wir nicht die Vorschläge für eine europäische Sicherheitsstrategie oder Maßnahmen, die der EU die Kontrolle über unser Strafrechtssystem und über die Asylpolitik übertragen oder eine „unwiderrufliche und verbindliche Solidarität“ fordern. Wir glauben an Zusammenarbeit und nicht an Zwang; daher haben wir gegen diesen Bericht gestimmt.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Das Stockholm-Programm beschäftigt sich mit der Verbesserung der Sicherheit, insbesondere was die Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus angeht, während es gleichzeitig die Bürgerrechte achtet. Angesichts der Anstrengungen, die auch ein Ergebnis der neuen Realität des Vertrags von Lissabon sind, hätte man annehmen müssen, dass eine verantwortliche Diskussion über die wesentlichen Punkte eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Dienste der Bürger stattfindet.

Leider gab es einige, die die Diskussion über eine solch grundlegende Frage wie das Stockholm-Programm mit der Frage nach gleichgeschlechtlichen Ehen verunglimpfen wollen – eine Frage, die für das Thema völlig irrelevant ist und damit nichts zu tun – ohne Rücksicht auf die legitimen Unterschiede bei den internen gesetzlichen Regelungen jedes Landes der Europäischen Union. Diejenigen, die – allein aus Gründen der politischen Taktik – so gehandelt haben, haben sich über das Schicksal des Stockholm-Programms keine Gedanken gemacht.

Im Gegensatz dazu habe ich mit meiner Stimme die Bedeutung der Diskussion über das, was für diesen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Dienste der Bürger erforderlich ist, ausgedrückt. Mit meiner Stimme habe ich auch die Verurteilung der Strategie derer, die diese Diskussion mit einem strittigen Programm, das nichts mit dem Thema zu tun hat, verunglimpfen wollten, zum Ausdruck gebracht.

Judith Sargentini (Verts/ALE), *schriftlich*. – (NL) An sich ist die Entschließung des Europäischen Parlaments über einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Dienste der Bürger eine Entschließung, die einen Fortschritt darstellt und dem Wunsch des Ministerrats, den freien Austausch personenbezogener Daten der Bürger zu gestatten, Einhalt gebietet. Es ist auch eine Entschließung, die den Schutz von Flüchtlingen und Migranten gewährleistet.

Diese Entschließung ist ein Schritt in Richtung einer fortschrittlichen europäischen Gesetzgebung im Bereich Migration. Einige der wesentlichen Änderungen, darunter die Festsetzung des Grundsatzes des Non-Refoulement, die Einschränkung der Rolle von Frontex, die bei der Neuansiedlung von Migranten in Drittländern keine Rolle spielen soll, die positive Haltung gegenüber der „massenhaften“ Legalisierung von illegalen Einwanderern und die Erklärung, dass Sicherheit den Interessen der Freiheit dienen sollte, sind von entscheidender Bedeutung. Die Absätze über die Bekämpfung der illegalen Einwanderung können unterschiedlich ausgelegt werden, obgleich sie meiner Meinung nach nicht zur repressiven Seite hin ausschlagen. Ich bedaure zutiefst, dass die Entschließung im Hinblick auf das Antidiskriminierungs-Dossier abgeschwächt wurde.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *schriftlich*. – (PL) Ich würde gerne einige Anmerkungen zum Mehrjahresprogramm 2010-2014 für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (Stockholm-Programm) machen. Die Gewährleistung von Freiheit, Sicherheit und Recht für die Bürger der Europäischen Union ist eine der Hauptverantwortlichkeiten der Mitgliedstaaten. Die Länder der Europäischen Union müssen ihre Zusammenarbeit in rechtlichen Fragen stärken, ohne dass dies zu Lasten der Traditionen und Grundgesetze der Mitgliedstaaten geht. Wir müssen das gegenseitige Vertrauen der Mitgliedstaaten was die Angemessenheit der Entscheidungen angeht, die von den Behörden eines anderen Mitgliedstaats, insbesondere in den Bereichen der legalen und illegalen Einwanderung, getroffen werden, und auch was die Zusammenarbeit von Polizei und Gerichten in Strafsachen angeht, stärken. Die EU muss ihre Anstrengungen im Hinblick auf die Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus intensivieren. Zu diesem Zweck sollten Schritte zur Verbesserung der Effizienz des Informationsaustauschs unternommen werden, ohne dabei den Schutz der Privatsphäre, den Schutz personenbezogener Daten und den Schutz der Grundfreiheiten zu vergessen. Die Sicherheit in Europa ist – genau wie der gemeinsame Binnenmarkt – unsere gemeinsame Aufgabe, und wir sollten alles in unserer Macht stehende dafür tun, dass sich jeder Bürger innerhalb der Grenzen der EU sicher fühlen kann, da dies einer unserer Grundwerte ist.

Renate Sommer (PPE), *schriftlich*. – Ich begrüße die Annahme des Entschließungsantrags zum Stockholmer Programm. Es ist wichtig, dass dieses Parlament als Vertretung der europäischen Bürgerinnen und Bürger eine Marschroute für die Justiz- und Innenpolitik vorschlägt. Und wir haben ein gutes Ergebnis erzielt! Sicherheit gibt uns zudem der Vertrag von Lissabon: Künftig wird das Europäische Parlament in diesen Politikbereichen nicht mehr nur beratend tätig sein, sondern mitentscheiden. Wir haben eine gute Balance zwischen Sicherheitsaspekten und Bürgerrechten gefunden.

Das Sicherheitsbedürfnis unserer Bevölkerung steigt kontinuierlich. Immer wieder muss aber die Frage beantwortet werden, ob und gegebenenfalls wie stark Bürgerrechte bzw. bürgerliche Freiheiten zugunsten von Sicherheitsmaßnahmen eingeschränkt werden dürfen. Ich denke, wir haben einen guten Mittelweg gewählt. Damit dieser Mittelweg aber auch tatsächlich in die Justiz- und Innenpolitik eingeht, fordern wir bei der Umsetzung des Stockholmer Programms mehr Kontrollrechte für uns und für die nationalen Parlamente in der EU ein. Leider wurde meine Forderung, den polizeilichen Zugriff auf Eurodac voranzubringen, vom Plenum nicht unterstützt.

Es wäre ein weiteres sinnvolles Mittel im Kampf gegen Terrorismus und Verbrechen gewesen. Erfolgreich aber war mein Antrag, der die Kommission auffordert, Vorschläge zur europaweiten Bekämpfung des Asylmissbrauchs vorzulegen: Jeder Asylmissbrauch beschneidet die Möglichkeit, denjenigen, die einen berechtigten Asylanspruch haben, diesen auch zu gewähren.

– Entschließungsantrag: Freihandelszone Europa-Mittelmeer: Sachstand

Edite Estrela (S&D), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den gemeinsamen Entschließungsantrag über den Sachstand der Freihandelszone Europa-Mittelmeer gestimmt.

Obwohl es einige Fortschritte gibt, bedaure ich, dass die wichtigsten Ziele der Partnerschaft Europa-Mittelmeer noch nicht erreicht wurden, was ihre geplante Verwirklichung bis 2010 gefährdet. Es ist äußerst wichtig sicherzustellen, dass der Integrationsprozess Europa-Mittelmeer wieder eine politische Priorität der EU wird, da der Erfolg dieses Prozesses und der Freihandelszone zu Frieden, Wohlstand und Sicherheit in der gesamten Region beitragen könnte.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Wie wir alle wissen, ist der Mittelmeerraum die Wiege der Zivilisation. Entlang seiner Küsten wurden Ideen und Einrichtungen, die den wesentlichen Kern der europäischen Zivilisation ausmachen und einen Bestandteil seiner Geschichte und künftigen Pläne bilden, geboren, sind herangereift und haben große Kraft entwickelt.

Entlang seiner Küsten haben sich aber auch tiefe Brüche ereignet, die oft mit Waffengewalt gelöst wurden, und die zu einer schmerzhaften politischen Teilung, einer fortschreitenden Entzweiung seiner Völker und zu einer Entwicklung, die von dem wegführte, wenn nicht gar dem entgegenstand, was zuvor das Zentrum der Welt war, geführt haben.

Eine EU, die sich der Welt öffnen und den Dialog zwischen ihren Mitgliedern und Drittstaaten fördern will, muss an der Idee einer Freihandelszone Europa-Mittelmeer festhalten, die es ermöglicht, wieder engere Beziehungen zwischen beiden Seiten des Mittelmeeres zu schaffen und die eine größere Süd-Süd-Konvergenz fördert.

Es ist wichtig anzuerkennen, dass die bisher erzielten Ergebnisse nicht den Ambitionen hinter dieser Idee entsprechen. Es gibt viele wirtschaftliche und finanzielle Hindernisse, und doch ist klar, dass der größte Hemmschuh eindeutig politischer Natur ist. Wir dürfen nicht nachlassen und müssen dazu beitragen, dass die Wiedereinrichtung eines Marktes auf Mittelmeerebene, der einen intensiveren Kontakt zwischen den Völkern und die Wiederherstellung der Bande, die zwischenzeitlich zerstört wurden, mit sich bringt, möglich wird.

Sylvie Guillaume (S&D), *schriftlich*. – (FR) Ich bedaure, dass es noch immer ein eklatantes wirtschaftliches, soziales und demografisches Ungleichgewicht zwischen den beiden Seiten des Mittelmeeres gibt. Deshalb habe ich dafür gestimmt, der Integration der südlichen und östlichen Mittelmeerländer in den internationalen Handel einen neuen Impuls zu geben, um so deren wirtschaftliche Diversifizierung sowie die faire Teilung der damit verbundenen Vorteile zu gewährleisten.

Wir müssen das Entwicklungsgefälle zwischen den nördlichen und südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers abbauen. Darüber hinaus sollte diese Freihandelszone durch die schrittweise und an Auflagen geknüpfte Einführung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer vervollständigt werden, wobei die gegenwärtigen Diskussionen über die Zusammenhänge zwischen Migration und Entwicklung zu berücksichtigen sind.

Willy Meyer (GUE/NGL), *schriftlich*. (ES) Ich habe gegen den Euromed-Bericht gestimmt, weil es nicht möglich ist, die Frage nach dem Handel von der des politischen Dialogs in der Union für das Mittelmeer zu trennen. Dieser Bericht ist direkt auf den harten Kern der Interessen der Europäischen Union an der Union für das Mittelmeer gerichtet: die Schaffung einer die beiden Regionen umfassenden Freihandelszone. Ich bin gegen die Einrichtung einer solchen Freihandelszone.

Das Handelskapitel muss auf den Grundsätzen eines fairen Handels unter Berücksichtigung der Ungleichheiten zwischen den Ländern der Europäischen Union und den Mittelmeerländern basieren. Was das politische Kapitel angeht können wir hingegen nicht zustimmen, dass Marokko von der Europäischen Union ein Sonderstatus zuerkannt wird, während es weiterhin Menschenrechte verletzt. Was die Europäische Union angeht, muss der Sahara-Konflikt für die Union für das Mittelmeer eine der Hauptprioritäten sein, wobei der Prozess zur Durchführung eines Referendums zur Selbstbestimmung gemäß UN-Resolutionen unterstützt werden muss. Ebenso können wir das sogenannte „Upgrade“, das Israel von der Union eingeräumt wurde, nicht akzeptieren. Die Gründe für unsere Ablehnung sind die fortgesetzte Verletzung internationalen Rechts durch Israel und unsere politischen Verpflichtungen gegenüber Palästina.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Die Verbesserung und Stärkung der multilateralen Kontakte im Mittelmeerraum und insbesondere zu den südlichen und östlichen Mittelmeerländern (SEMC) ist sehr zu begrüßen. Auch die Bemühungen der Europäischen Union in diesen Ländern, eine Modernisierung der Wirtschaft in Gang zu setzen und damit auch der Bevölkerung zu helfen, sind zu unterstützen. Es darf aber sehr stark bezweifelt werden, ob dies mit der geplanten Freihandelszone Europa-Mittelmeer auch erreicht werden kann.

Eine diesbezügliche von der Universität Manchester durchgeführte Nachhaltigkeitsprüfung warnt vor negativen sozialen und ökologischen Folgen für die beteiligten SEMC. Es ist zu befürchten, dass dieses Abkommen den EU-Ländern zwar weitere Absatzmärkte bringt, die Volkswirtschaften der SEMC aber schwer schädigt. Die im Entschließungsantrag geforderte parallele Einführung der Freizügigkeit für die Arbeitnehmer würde zudem zu einer riesigen Migrationswelle nach Europa und zu einem Abfluss der in den SEMC dringend gebrauchten Arbeitskräfte führen. Im Sinne einer positiven Zukunft für die SEMC habe ich daher gegen diese Entschließung gestimmt.

Cristiana Muscardini (PPE), *schriftlich*. – (IT) Herr Präsident! Nach der Konferenz von Barcelona im Jahr 1995 wurde nicht das gesamte, den natürlichen Beziehungen zwischen den Anrainerstaaten des Mittelmeers innewohnende Potenzial ausgeschöpft.

Der ehrgeizige Plan, neue und engere politische, soziale und kulturelle Verbindungen zwischen den nördlichen und südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers zu knüpfen, muss eines der vorrangigen Ziele der Europäischen Union bleiben, damit die gewünschte und strategisch bedeutende Einführung einer Freihandelszone erreicht werden kann. Diese Euromed-Zone kann wesentlich zum Frieden, zum Wohlstand und zur Sicherheit in der gesamten Region beitragen.

Ich unterstütze die Maßnahmen und Anstrengungen zur Beseitigung von Handelsbarrieren und Handelshindernissen, und ich bin mir darüber bewusst, dass der Erfolg der Partnerschaft Europa-Mittelmeer nicht nur vom Willen der europäischen Länder abhängt. Die Einrichtung einer Freihandelszone bedarf des entschlossenen, fortlaufenden und synergistischen Einsatzes aller Parteien.

Die UfM muss auch die bestehenden Formen der Zusammenarbeit im Euromed-Rahmen stärken, um allen Partnerländern die Chance zu bieten, sich an den Programmen und den entsprechenden politischen Initiativen der Europäischen Union zu beteiligen. In dieser Hinsicht möchte ich anmerken, dass die Ausarbeitung von Plänen innerhalb des in Paris im Juli 2008 erstellten Rahmens in strategischen Bereichen wie dem Aufbau neuer Infrastrukturen, der Zusammenarbeit zwischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), der Kommunikation und der Nutzung erneuerbarer Energiequellen positiv zur Entwicklung und Erleichterung von Handel und Investitionen beitragen kann, da die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers dies dringend brauchen. Dies alles sind Voraussetzungen für die Schaffung von Frieden und die Herstellung von freundschaftlichen Beziehungen.

Aus all diesen Gründen habe ich der Entschließung zugestimmt, und ich hoffe, dass der von der Kommission ausgearbeitete Fahrplan eingehalten werden kann und die Vorteile bringt, die wir uns alle erwarten.

- Entschließungsantrag (B7-0153/2009): Entschädigung von Fluggästen im Falle einer Insolvenz der Fluggesellschaft

Richard Ashworth (ECR), *schriftlich*. – Die EKR hat den von anderen Fraktionen im Verkehrsausschuss eingereichten Entschließungsantrag zur Entschädigung von Fluggästen im Falle einer Insolvenz der Fluggesellschaft abgelehnt. Wir in der EKR haben unseren eigenen Entschließungsantrag eingereicht, der eine Reihe elementarer Schwachpunkte im angenommenen Text aus folgenden Gründen berichtigt hätte.

Obwohl die Förderung der Rechte von Fluggästen selbstverständlich sehr wichtig ist, gibt es effektivere Maßnahmen, die ergriffen werden können, ohne die Fluggäste mit noch höheren Kosten zu belasten.

1. Wir sollten die von Kommissar Tajani bei der Plenarsitzung am 7. Oktober angekündigte Folgenabschätzung abwarten.

2. Der angenommene Entschließungstext enthält die Forderung nach der Einrichtung eines „Garantiefonds“, der zur Entschädigung von Fluggästen im Falle einer Insolvenz von Fluggesellschaften verwendet werden soll. Die Einrichtung eines solchen Fonds müsste aber unweigerlich vom Verbraucher finanziert werden, das heißt, die Fluggäste müssten sogar noch mehr für ihre Tickets bezahlen. Dieser unnötige Schritt würde die beträchtliche Liste der vorhandenen Flughafengebühren, Sicherheitsgebühren und anderen Gebühren, die sie bereits gezwungen sind zu zahlen, noch verlängern.

(Erklärung der Stimmabgabe abgekürzt gemäß Artikel 170 der Geschäftsordnung)

Liam Aylward (ALDE), *schriftlich*. – (GA) Ich habe diesen Antrag, der die Kommission auffordert, die derzeitige Gesetzgebung zu überprüfen und einen neuen Legislativvorschlag vorzulegen, um zu gewährleisten, dass Fluggäste aufgrund der Insolvenz einer Fluggesellschaft nicht in ernste Schwierigkeiten geraten, unterstützt.

Derzeit gibt es in der europäischen Gesetzgebung keine Bestimmungen zum Schutz von Fluggästen im Falle der Insolvenz einer Fluggesellschaft, bei der ein Fluggast einen Flug gebucht hat. Ich unterstütze ausdrücklich die Position des Vorsitzenden des Verkehrsausschusses, der gesagt hat, dass viele Fluggäste nicht die Mittel haben, Verluste dieser Art auszugleichen. Daher sollte ein Instrument zur Unterstützung oder ein Entschädigungsfonds eingerichtet werden, damit denen geholfen wird, die sich aufgrund einer solchen Insolvenz in einer Zwangslage befinden.

Die Regelungen zu den Rechten von Fluggästen müssen angepasst und verstärkt werden, damit im Falle der Insolvenz einer Fluggesellschaft oder bei Vorfällen ähnlicher Art, auf die Fluggäste keinen Einfluss haben, Schutz und Hilfe gewährleistet wird.

Edite Estrela (S&D), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den Entschließungsantrag zur Entschädigung von Fluggästen im Falle einer Insolvenz der Fluggesellschaft gestimmt, weil ich glaube, dass es wichtig ist, europäische Fluggäste im Falle einer Insolvenz der Fluggesellschaft durch die Einführung neuer Gesetze oder durch die entsprechende Überarbeitung der bestehenden Gesetze und durch die Einrichtung eines Garantiefonds für Entschädigungsleistungen besser zu schützen.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Kommerzielle Fluggesellschaften haben seit den Anschlägen vom 11. September 2001 mit einer ernsten Krise zu kämpfen, die durch die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise noch verstärkt wurde. Insolvenzen und unerfreuliche Situationen, in denen sich Fluggäste – viele von ihnen auf der Durchreise – in einer wahrhaft hilflosen Situation wiederfinden, nehmen zu.

Dieser Mangel an Verbraucherschutz ist wirklich untragbar und bedarf einer europäischen Antwort, welche die Bewertung von Fluggesellschaften vorsieht, die Unterstützung der Fluggäste, die sich in einer solchen Notlage befinden, stärkt, und Schadensersatzleistungen festlegt.

Dies vorausgeschickt müssen diese Maßnahmen jedoch auch die finanzielle Fragilität von Fluggesellschaften berücksichtigen und dürfen daher keine unnötigen Hindernisse für deren Betrieb darstellen. Sie müssen sich auf das beschränken, was wirklich notwendig ist, um den Schutz der Verbraucher/Fluggäste zu gewährleisten.

Sylvie Guillaume (S&D), *schriftlich*. – (FR) Siebenundsiebzig Fluggesellschaften haben seit dem Jahr 2000 in der Europäischen Union Insolvenz angemeldet. Zwar gibt es europäische gesetzliche Bestimmungen im Hinblick auf Preistransparenz und Entschädigungsleistungen im Falle einer Nichtbeförderung, aber die EU muss die Gesetzeslücken im Hinblick auf Insolvenzfälle, insbesondere, wenn Flugtickets im Internet gekauft wurden, schließen. Es gibt noch immer zu viele Fluggäste, die sich in Situationen wiederfinden, denen sie

hilflos gegenüberstehen, da ihnen – nachdem sie ihre gesamten Ersparnisse für einen Familienurlaub ausgegeben haben – die entsprechenden Mittel fehlen. Ich bin für Regelungen, die gewährleisten, dass Fluggäste nicht an ihrem Zielort festsitzen, ohne dass ihnen alternative Heimreise- oder Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Jörg Leichtfried (S&D), *schriftlich*. – Ich stimme für die Entschließung. Vor allem im Hinblick auf die bereits verabschiedete Verordnung Nr. 261/2004 über die gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen und zur Aufhebung der Verordnung Nr. 295/91. Hier wurden bereits die richtigen Schritte gesetzt, und es ist nur eine logische Weiterentwicklung, um die Passagierrechte zu stärken und zu schützen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *schriftlich*. – (FR) Wir stimmen für diese Entschließung in der Hoffnung, dass angesichts der derzeitigen Lage der Dinge (Liberalisierung von Transportdienstleistungen, steigende Anzahl der Fluggesellschaften) so viele Interessen von Fluggästen wie möglich gewahrt werden.

Wir möchten jedoch betonen, dass das in diesem Bericht vorgesehene Entschädigungssystem nur einen Notbehelf darstellt, der am Grundproblem nichts ändert.

Die wahre Lösung liegt in der Schaffung eines europäischen öffentlichen Luftverkehrsdienstes. Ein öffentlicher Dienst, der auf das Gemeinwohl und damit auch auf die Rationalisierung der unternommenen Reisen bedacht ist, um die Auswirkungen auf die Umwelt zu verringern. Ein öffentlicher Dienst, der auf das Gemeinwohl und damit auch auf die Sicherheit, die Freizügigkeit und das Wohlergehen seiner Passagiere und Angestellten gleichermaßen bedacht ist.

Wir müssen das Europa der Interessen Einzelner dringend hinter uns lassen und ein Europa des Gemeinwohls schaffen.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die wachsende Anzahl an Insolvenzen, die sich bei den Fluggesellschaften ereignet haben, und von denen tausende Bürger in den Mitgliedstaaten betroffen sind, hat es erforderlich gemacht, dass die EU Maßnahmen zu ihrem Schutz ergreift. Es ist in der Tat wichtig, die Rechte derer, die das Flugzeug täglich als Transportmittel nutzen, zu wahren. Deshalb habe ich dafür gestimmt.

Robert Rochefort (ALDE), *schriftlich*. – (FR) Ich habe für die Entschließung zur Entschädigung von Fluggästen im Falle einer Insolvenz der Fluggesellschaft gestimmt. In der Tat sind die einzigen Fluggäste, die derzeit von der europäischen Gesetzgebung im Falle einer Insolvenz der Fluggesellschaft geschützt sind, diejenigen, die eine Pauschalreise gebucht haben.

Es ist jedoch klar ersichtlich, dass sich die Verbrauchergewohnheiten beim Buchen von Reisen in den letzten Jahren erheblich geändert haben: es gab einen Anstieg bei der Nutzung von europäischen Billigfluggesellschaften, einen starken Abfall bei der Anzahl der verkauften Pauschalreisen und einen Anstieg bei der Anzahl der direkten und individuellen Online-Buchungen sowie der Nur-Flug-Buchungen.

Wenn man hier noch die Krise, die der Sektor derzeit durchlebt, hinzurechnet, kann man sich leicht die Anzahl an europäischen Fluggästen vorstellen, die – manchmal sogar ohne Unterkunft – an ihrem Urlaubsort festsitzen, und nach dem Zusammenbruch der Fluggesellschaft, mit der sie eigentlich fliegen wollten, verzweifelt auf einen Rückflug warten.

Hinterher erhalten sie für die Unannehmlichkeiten dann nur einen winzigen Ausgleich, und selbst diesen zu erhalten ist schwer... Die Kommission muss dringend eine Gesetzesinitiative anstrengen, um dieser Besorgnis erregenden Situation entgegenzuwirken. Gleichzeitig muss ein von den Fluggesellschaften finanzierter Entschädigungsfonds eingerichtet werden, um diese Entschädigungszahlungen zu finanzieren.

Nuno Teixeira (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die europäischen Regionen, die ausgewiesene Touristenziele sind, müssen den Nutzern der Dienste in diesem Bereich das größtmögliche Niveau an Service und Qualität bieten.

Madeira ist hierfür ein Beispiel und wurde letzte Woche von der Welttourismusorganisation als eines der besten Touristenziele der Welt eingestuft, wobei die Region bei 13 von 15 Bewertungskriterien die Höchstpunktzahl erhielt. Um diese Position in einem so wettbewerbsintensiven Markt zu halten, ist es erforderlich, die von öffentlichen und privaten Einrichtungen geleistete Arbeit mit Blick auf eine ökologische, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit fortzusetzen. Diese Zielsetzung beinhaltet auch, dass den Touristen, die die Insel besuchen, die größtmöglichen Garantien in Bezug auf Flugreise- und Unterbringungsbedingungen geboten werden.

Der Entschließungsantrag, über den wir heute abgestimmt haben, ist ein Schritt in diese Richtung, da er durch die Einführung einer Pflichtversicherung für Fluggesellschaften, durch die Einrichtung eines Garantiefonds sowie durch eine freiwillige Versicherung für die Fluggäste auf den Schutz von Fluggästen insolventer Fluggesellschaften abzielt.

Positiv ist ebenfalls die Aufforderung an die Europäische Kommission, einen Legislativvorschlag vorzulegen, der eine Entschädigung für Fluggäste insolventer Fluggesellschaften vorsieht und deren Rückführung gewährleistet, wenn sie an einem Flughafen festsitzen.

Silvia-Adriana Țicău (S&D), schriftlich. – (RO) Ich habe für die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Entschädigung von Fluggästen im Falle einer Insolvenz der Fluggesellschaft gestimmt. Es gibt mehrere europäische Rechtsakte, die folgende Situationen regeln: Entschädigung und Rückführung der Verbraucher bei Insolvenz des Pauschalreiseveranstalters; Haftung von Luftfahrtunternehmen bei Unfällen sowie Modalitäten für die Entschädigung der Fluggäste; Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen.

Es gibt jedoch keine gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz von Verbrauchern im Falle der Insolvenz des Luftfahrzeugbetreibers. In den vergangenen neun Jahren haben 77 europäische Fluggesellschaften Insolvenz angemeldet. Deshalb glaube ich, dass diese Richtlinie absolut notwendig ist. Das Europäische Parlament hat die Kommission daher aufgefordert, die Stellung der Fluggäste im Falle einer Insolvenz der Fluggesellschaft zu stärken. In der Tat hat das Europäische Parlament die Kommission aufgefordert, bis Juli 2010 einen Legislativvorschlag vorzulegen, der eine Entschädigung für Fluggäste insolventer Fluggesellschaften vorsieht, den Grundsatz der gegenseitigen Verantwortung für Fluggäste aller Fluggesellschaften, die dieselben Ziele anfliegen und über freie Plätze verfügen, einführt, eine Pflichtversicherung für Fluggesellschaften, die Einrichtung eines Garantiefonds und das Angebot einer freiwilligen Versicherung für Fluggäste vorsieht.

- Entschließungsantrag: „Made in“ (Ursprungskennzeichnung)

Edite Estrela (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für den gemeinsamen Entschließungsantrag zur Ursprungskennzeichnung gestimmt, weil er auf dem Grundsatz beruht, dass für den Schutz der Verbraucher transparente und kohärente Handelsvorschriften vonnöten sind, wozu auch die Ursprungskennzeichnung gehört. In dieser Hinsicht unterstütze ich das Eintreten der Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für die legitimen Verbraucherrechte und -erwartungen, wenn Nicht-EU-Importeure und Hersteller nachweislich in betrügerischer Absicht oder auf irreführende Weise Ursprungskennzeichnungen verwenden.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) In Anbetracht der Tatsache, dass zu gewährleisten ist, dass den Verbrauchern bei der Entscheidung zum Kauf bestimmter Produkte die geeigneten Informationen, insbesondere im Hinblick auf das Ursprungsland und die entsprechenden auf die Herstellung anwendbaren Sicherheits-, Hygiene- und Umweltschutzstandards – Informationen, die für eine bewusste und informierte Kaufentscheidung notwendig sind – zur Verfügung stehen, habe ich für diesen Entschließungsantrag, der die Kommission auffordert, dem Parlament ihren Vorschlag erneut vorzulegen, sodass über ihn entsprechend dem mit dem Vertrag von Lissabon eingeführten Gesetzgebungsverfahren beraten werden kann, gestimmt.

Dennoch möchte ich erwähnen, dass ich bei der Prüfung des Vorschlags der Kommission zur Ursprungskennzeichnung besonders darauf achten werde, dass traditionelle Erzeugnisse angemessene Unterstützung erhalten, damit ein besserer Verbraucherschutz – der sowohl notwendig als auch wünschenswert ist – kleinen Herstellern von traditionellen Erzeugnissen nicht irreparablen Schaden zufügt. Ein besonderes Augenmerk werde ich auch auf die zur Festlegung des Ursprungs verwendeten Mechanismen richten, damit dies nicht zu einem Wettbewerbsnachteil für europäische Hersteller gegenüber ihren Konkurrenten wird.

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Wir glauben, dass die angenommene Entschließung weit hinter dem zurückbleibt, was die Ursprungskennzeichnung unserer Ansicht nach sein sollte, nämlich – unter anderem – ein Instrument zum Schutz industrieller Arbeitsplätze in Europa, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, und ein Instrument zur Bekämpfung von Sozial- und Umweltdumping. Deshalb haben wir uns unserer Stimme enthalten.

Darüber hinaus berücksichtigt diese Entschließung nicht die Folgen, die eine Liberalisierung des Welthandels für Arbeitsplätze und für die industrielle Struktur in den verschiedenen Mitgliedstaaten hat. Sie übergeht die zahlreichen Verlagerungen, die auf der Suche nach schnellem Profit erfolgen, und deren Folgen wie die Deindustrialisierung ganzer Regionen, die steigende Arbeitslosigkeit und die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen. Diese Entschließung geht nur soweit, die Kommission und den

Rat aufzufordern, „alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um für gleiche Wettbewerbsbedingungen zu sorgen“.

Schließlich bedauern wir auch, dass die Mehrheit des Parlaments unsere Vorschläge abgelehnt hat, die, unter anderem, auf die Bewahrung von Arbeitsplätzen, die Achtung der Rechte von Arbeitnehmern und Verbrauchern, die Bekämpfung von Kinderarbeit oder Sklaverei abzielten, sich gegen den Import von Erzeugnissen aus besetzten Gebieten wendeten und auf die Notwendigkeit pochten, den Unternehmen und Investoren, die ihre Produktion verlagern, europäische Beihilfen zu entziehen.

Sylvie Guillaume (S&D), *schriftlich*. – (FR) Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise, von der unsere europäischen Unternehmen betroffen sind, braucht die Europäische Union jetzt mehr denn je eine verbindliche Ursprungskennzeichnungsregelung, wenn auch nur für eine begrenzte Auswahl von Einfuhrwaren wie Textilwaren, Schmuck, Bekleidung und Schuhe, Lederwaren und Handtaschen, Lampen und Leuchten und Glaswaren, da dies eine wertvolle Information für den Verbraucher darstellt. Dies würde es den europäischen Verbrauchern auch ermöglichen, genau zu wissen, aus welchem Land die von ihnen gekauften Waren kommen. Auf diese Weise können sie die Waren mit den allgemein mit dem betreffenden Land assoziierten Sozial-, Umwelt- und Sicherheitsstandards in Verbindung bringen. Mit anderen Worten hätten unsere Bürger, als verantwortungsvolle Verbraucher, die Transparenz, die sie verlangen.

Jacky Hénin (GUE/NGL), *schriftlich*. – (FR) Das „Made in“-Konzept darf nicht einfach nur eine Frage der Kennzeichnung sein, sondern muss schnellstens ein starkes Konzept der Einhaltung der modernsten Regeln im Zusammenhang mit Know-how, Arbeitnehmerrechten, nachhaltiger Entwicklung und Umweltschutz, und der Ausdruck einer verantwortungsvollen wirtschaftlichen Haltung werden.

Mit der Einführung des „in Europa hergestellt“-Konzepts könnten wir es den Verbrauchern ermöglichen, eine informierte Wahl zu treffen und Maßnahmen zu ergreifen, um neue Rechte zu erhalten.

Wir haben uns jedoch wieder einmal darauf beschränkt, unsere guten Absichten zu erklären, so, als ob es ausreichen würde zu sagen, dass wir die Besten und die Stärksten sind und es dadurch wahr werden würde.

Das ist sehr schade, und deshalb werde ich mich der Stimme enthalten.

Elisabeth Köstinger (PPE), *schriftlich*. – Ich sehe die Notwendigkeit einer Diskussion um die Schaffung eines europäischen Gesetzrahmens zur Ursprungskennzeichnung von gewerblichen Endprodukten vor allem vor dem Hintergrund der Verbraucherinformation und der Transparenz zwischen Handelspartnern. Die Verwendung einer einheitlichen Kennzeichnung trägt zu einer besseren und genaueren Information für Konsumenten und Konsumentinnen bei und klärt über die Sozial- und Umweltnormen der entsprechenden Produkte auf. Darüber hinaus stellt eine Ursprungskennzeichnung einen wichtigen Schritt in Richtung Kohärenz der Handelsvorschriften mit Drittstaaten dar.

Allerdings gilt es eine entsprechende Balance zwischen Produzenten und Konsumenten zu finden. Die geschaffene Transparenz für die Verbraucher darf sich nicht zu Lasten der Erzeuger entwickeln. Ein monetärer Mehraufwand für Klein- und Mittelbetriebe muss außer Frage stehen. Hier gilt es im Zuge der weiteren Diskussionen klare Richtlinien zu schaffen und diese auch im Sinne Österreichs zu verteidigen. Eine mögliche Lösung wäre somit die Schaffung einer europäischen Ursprungskennzeichnung für gewerbliche Endprodukte auf freiwilliger Basis und unter Berücksichtigung bereits bestehender nationaler und regionaler Qualitätssiegel.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich habe dafür gestimmt, weil die „Made in“-Kennzeichnung für die Markttransparenz und dafür, den Verbrauchern die erforderlichen Informationen im Hinblick auf den Ursprung der von ihnen erworbenen Erzeugnisse an die Hand zu geben, von wesentlicher Bedeutung ist.

Es ist notwendig, die Wirtschaft der Gemeinschaft durch die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie in der Weltwirtschaft zu stärken. Wir werden einen fairen Wettbewerb nur erreichen, wenn er nach klaren Regeln für Hersteller ebenso wie für Exporteure und Importeure funktioniert und wenn wir die gemeinsamen sozial- und umweltpolitischen Erfordernisse nicht außer Acht lassen.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Die Einführung der Ursprungskennzeichnung durch die Europäische Union ist sehr zu begrüßen. Von nun an muss bei bestimmten aus Drittstaaten in die EU eingeführten Produkten das Ursprungsland angegeben werden. Die Kennzeichnung hat insbesondere den Zweck, dass sich die EU-Verbraucher ohne Einschränkung über das Herkunftsland der Waren, die sie kaufen, informieren können und auf diese Weise auch die Waren mit den das jeweilige Land betreffenden Sozial-, Umwelt- und Sicherheitsstandards in Verbindung bringen können.

Dies stellt auch einen ersten Schritt im Kampf gegen die oftmals unter Ausbeutung der Arbeitskräfte hergestellten Waren aus Fernost dar, die mit Dumpingpreisen auf die europäischen Märkte geworfen werden.

Cristiana Muscardini (PPE), *schriftlich*. – (IT) Herr Präsident! Das Parlament hat heute nachdrücklich eine Haltung bekräftigt, die es bereits bei mehreren Gelegenheiten während der letzten Wahlperiode zum Ausdruck gebracht hat: Europa muss eine Regelung einführen, die eine Ursprungskennzeichnung vieler Erzeugnisse, die in sein Gebiet eingeführt werden, vorschreibt.

Die Entscheidung leitet sich aus der Notwendigkeit ab zu gewährleisten, dass die Verbraucher mehr Informationen – und damit auch mehr Schutz – erhalten, damit sie eine informierte Wahl treffen können. Die Regelung zur Ursprungskennzeichnung wird es den europäischen Unternehmen endlich ermöglichen, mit Unternehmen in Drittländern, in denen bereits seit einiger Zeit Gesetze zur Ursprungskennzeichnung von Erzeugnissen, die in ihre Gebiete eingeführt werden, gelten, in einen gleichberechtigten Wettbewerb zu treten. Der Markt ist erst dann frei, wenn die Regeln klar und wechselseitig sind und angewandt werden.

Ziel der angenommenen Entschließung ist es, die Kommission – nach den erfolglosen Vermittlungsversuchen mit dem Rat – dazu aufzufordern, den Vorschlag angesichts der neuen Verantwortlichkeiten, die das Parlament mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon erworben hat, erneut vorzulegen. Wir sind sicher, dass die Einigung zwischen den politischen Fraktionen des Europäischen Parlaments bei der Ausarbeitung eines endgültigen rechtlichen Rahmens mit dem Rat entscheidend sein wird.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen um zu betonen, dass die im derzeitigen Vorschlag für eine Verordnung vorgesehenen Handelswarenkategorien eingehalten und um Befestigungsprodukte ergänzt werden müssen, das heißt um Produkte, bei denen die Gewährleistung von Qualität und die Einhaltung europäischer Vorschriften entscheidend ist, um die Sicherheit beim Bau von Brücken, Kraftfahrzeugen, elektrischen Haushaltsgeräten und anderen Produkten, die mit der Verwendung von Befestigungsprodukten einhergehen, sicherzustellen. Die Gewährleistung von Sicherheit ist für uns eine Priorität.

Die heutige Abstimmung ist ein wichtiger Erfolg für die europäischen Verbraucher und Hersteller in einer Zeit eines neuen politischen Impulses für das Parlament, der von dem Mitentscheidungsverfahren ausgeht, welches endlich das demokratische Defizit wettmacht, das wir so lange hinnehmen mussten.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

Der Präsident. Das Ende der Liste der Abgeordneten, die eine Erklärung zur Abstimmung abgeben wollten, ist nun erreicht.

Ich bitte um Aufnahme in das Protokoll, dass Herr Brons um das Wort zu einer Frage zur Geschäftsordnung gebeten hat, weil er das Gefühl hatte, dass in einigen von Herrn Martin geäußerten Worten auf ihn angespielt wurde. Entsprechend der Geschäftsordnung wäre Herrn Burns nun das Wort erteilt worden. Ich bitte daher um Aufnahme in das Protokoll, dass Herrn Brons die Gelegenheit eingeräumt wurde, zu sprechen, dass er diese Gelegenheit jedoch nicht nutzen konnte, weil er abwesend war.

(Die Sitzung wird um 14.10 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr fortgesetzt)

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

10. Telekom (Unterzeichnung von Rechtsakten)

Der Präsident. – Vor uns liegt ein wichtiges Ereignis, denn gleich werden Frau Torstensson und ich einige sehr wichtige Dokumente im Zusammenhang mit dem „Telekom“-Paket unterzeichnen. Frau Torstensson, Kommissar, meine Damen und Herren, Kollegen! Die Rechtsakte, die das „Telekom“-Paket ausmachen, wurden in einem Mitentscheidungsverfahren erlassen. Die elektronische Kommunikation und das Internet sind zu den Hauptwerkzeugen unserer modernen Gesellschaften geworden. Dieses Gesetzespaket ist ein gutes Beispiel dafür, wie unsere Arbeit den Menschen helfen kann und wie sie ihr tägliches Leben beeinflussen kann.

Insbesondere liegt uns die überarbeitete Rahmenrichtlinie zu elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten vor. Deren Berichterstatterin war unsere Kollegin Frau Trautmann, die heute hier anwesend ist. Die Richtlinie wurde in der dritten Lesung angenommen, was zeigt, wie viel Arbeit erforderlich war, bis wir die beste Vereinbarung für unsere Bürger erzielen konnten. Die Bestandteile dieser Richtlinie, die bestehen bleiben, ermöglichen zukünftig ein effizienteres und insbesondere strategischeres Management der Funkfrequenzen, größeren Wettbewerb und einfachere Investitionen in das Internet.

Die Richtlinie zu den Universaldiensten und Nutzerrechten, deren Berichterstatter unser Kollege Herr Harbour war, stellt auch einen wichtigen Schritt in Richtung des Angebots besserer Dienstleistungen dar. Wir wollten die Verbraucherrechte verbessern, die Geheimhaltung und persönliche Daten schützen und es für alle Bürger einfacher machen, beim Wechseln des Anbieters dieselbe Telefonnummer beizubehalten, und gewährleisten, dass dies nicht länger als einen Arbeitstag dauern soll.

Um diese Prinzipien schließlich besser und zusammenhängender anzuordnen, hat das Parlament und der Rat entschieden, eine europäische Organisation einzurichten, die die 27 staatlichen Betreiber zusammen bringt. Die Berichterstatterin für das Parlament war bei dieser Angelegenheit Frau del Castillo Vera.

Ich möchte daher natürlich meine größte Achtung den Berichterstattern ausdrücken, die immer Schlüsselfunktionen innehaben. Ich möchte all denen danken, deren harte Arbeit an dieser Richtlinie zu dem heutigen Erfolg geführt hat. Die Bemühungen vieler Menschen haben gemeinsam diesen Erfolg geschaffen. Insbesondere aufeinander folgende Ratsvorsitze und vor allem der tschechische und der gegenwärtige schwedische Ratsvorsitz waren es, da sie für die zweite und dritte Lesung verantwortlich waren.

Vor allem möchte ich mich jetzt vielmals bei dem Kommissar und der Europäischen Kommission für die Erstellung dieses Pakets bedanken, das nicht das einzige gute Ergebnis war, das während der letzten fünfjährigen Amtszeit geschaffen wurde. Wir möchten gern gratulieren. Die Zusammenarbeit mit Ihnen ist uns eine große Hilfe und hat auch Auswirkungen darauf, was die Bürger von unserer Arbeit halten.

Natürlich verdienen die drei Berichterstatter das meiste Lob ebenso wie der Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie, unser Kollege Herr Reul, und der Vizepräsident des Parlaments, Herr Vidal-Quadras, der den Vorsitz der EP-Delegation im Vermittlungsausschuss innehatte. Also war es eine ziemlich große Gruppe von Menschen, die zum heutigen Erfolg beigetragen haben.

Ich möchte von diesem Platz aus und im Namen von uns allen, Kollegen des Europäischen Parlaments, aber vor Bürger der Europäischen Union, großen Respekt und Hochachtung ausdrücken, denn dies ist das beste Beispiel dafür, wie wir etwas erreichen können, das die Bürger als großen Erfolg ansehen werden, etwas, das ihr Leben einfacher machen wird. Ich gratuliere Ihnen allen.

Åsa Torstensson, *amtierende Ratspräsidentin*. – (SV) Herr Präsident! Ich möchte zuerst betonen, wie erfreut ich bin, dass wir das Telekommunikationspaket heute unterzeichnen können. Das Paket stärkt den Wettbewerb und den Verbraucherschutz in Europa. Wir werden in einem Bereich, in dem die Entwicklung sehr schnell vorangeht, moderne und aktuelle Vorschriften haben.

Außerdem möchte ich die Gelegenheit ergreifen, all denjenigen zu danken, die an dieser unglaublich gründlichen und konstruktiven Arbeit und der sehr kreativen Zusammenarbeit beteiligt waren. Ich möchte einen besonderen Dank dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Alejo Vidal-Quadras, dem Vorsitzenden des Ausschusses, Herbert Reul, und den drei Berichterstattern des Parlaments, Catherine Trautmann, Pilar del Castillo Vera und Malcolm Harbour, aussprechen, die ebenso wie meine Kollegen im Rat äußerst wichtige Arbeit geleistet haben, damit wir in der Lage sind, das Telekompaket zu schnüren.

Diese Zusammenarbeit bedeutete, dass wir erfolgreich zu dieser Vereinbarung kommen konnten, die eindeutig auf die große und wichtige Bedeutung des Internets für die Freiheit der Meinungsäußerung und die Informationsfreiheit hinweist, und dabei haben wir nicht gegen den Vertrag verstoßen.

Das Telekompaket ist ein großer Sieg für alle Verbraucher in Europa. Ich möchte erneut allen für die Arbeit, die in diese Vereinbarung gesteckt wurde, danken.

VORSITZ: ALEJO VIDAL-QUADRAS

Vizepräsident-

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Erweiterungsstrategie 2009 betreffend die Länder des westlichen Balkans, Island und die Türkei (Aussprache)

Der Präsident. – Nach der Tagesordnung folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Erweiterungsstrategie 2009 betreffend die westlichen Balkanstaaten, Island und die Türkei.

Carl Bildt, --*amtierender Präsident des Rates*. – Herr Präsident, ehrenwerte Abgeordnete! Das ist eine wirklich wichtige Diskussion zu einem wirklich wichtigen Thema. Trotzdem könnte ich, wenn ich wollte, mein Eingreifen heute darauf beschränken, dass ich sage, dass der Vorsitz völlig übereinstimmt mit dem Entschließungsantrag, der von Herrn Albertini im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten vorgelegt wurde. Es ist wichtig, dass das Parlament und der Rat sowie die Kommission bei einem so kritischen Thema wie diesem geschlossen handeln.

Im Rückblick war vielleicht der entscheidendste Artikel des Vertrags, der auf dem Kapitol in Rom vor mehr als einem halben Jahrhundert unterzeichnet wurde, derjenige, der heute Artikel 49 des Vertrags von Lissabon ist: jeder europäische Staat, der unsere Werte achtet und sich für deren Förderung engagiert, kann die Mitgliedschaft in der Union beantragen.

Auf diese Weise sind 19 der heutigen Staaten unserer Union Mitglied und Teil des historischen Unterfangens unserer Union geworden. Durch diesen Artikel haben wir es geschafft, Frieden und Wohlstand zu fördern und die Rechtsstaatlichkeit und repräsentative Regierungen in immer größeren Teilen dieses einst so konfliktreichen Teils der Welt zu unterstützen.

Manchmal muss man andere Teile der Welt besuchen, wie ich es dienstlich oft tun muss, um daran erinnert zu werden, wie gewaltig diese Leistung tatsächlich ist.

Während mehr als einem halben Jahrhundert hat unser Europa Kriege und totalitäre Ideologien in den Rest der Welt exportiert. Zwei Weltkriege; zwei totalitäre Ideologien; Zwietracht und Leiden.

Jetzt exportieren wir stattdessen die Idee friedlicher Aussöhnung, von Eingliederung über alte Grenzen hinweg, von gemeinsamen Bestimmungen und Vorschriften als gemeinsamen Weg zu besserer Regierungsführung. Dazu kommt noch all das, was durch Artikel 49 erreicht wurde, was unsere Union in der Welt auch noch aufrechter dastehen lässt.

Ein Europa aus 6, aus 9, aus 12, aus 15 oder sogar aus 25 Staaten wäre in jeglicher Hinsicht kleiner – in Hinsicht auf den Ehrgeiz, den Ruf, die Möglichkeiten, die Achtung in der ganzen Welt.

Ihre Entschließung liegt sicherlich richtig, wenn sie sagt, dass die Erweiterung, ich zitiere: „gezeigt hat, dass sie eine der erfolgreichsten Strategien der Europäischen Union ist“. Das ist wenn überhaupt eine Untertreibung.

Wir alle wissen, dass der Prozess nicht ganz einfach war. Ich erinnere mich daran, wie ich in einer anderen Position in ein früheres Europäisches Parlament kam und einen Staat vertrat, der sich um den Beitritt bemühte, und mich auch mit denen traf, die befürchteten, dass eine weitere Erweiterung der damals aus 12 Mitgliedern bestehenden Union das Risiko der Verwässerung der politischen Ambitionen der Union beinhalten würde.

Es gab sowohl bei der Umsetzung unserer immer mehr zunehmenden Strategien und *Acquis* Schwierigkeiten bei den neuen Mitgliedern als auch Schwierigkeiten bei uns bei der Anpassung an unseren eigenen Erfolg in Form der neuen Mitglieder, aber wenn man zurückblickt, kann man leicht erkennen, dass Phasen der Erweiterung Phasen waren, in denen wir auch unsere Zusammenarbeit verstärkt haben.

In den letzten beiden Jahrzehnten haben wir in kurzer Folge die Anzahl der Mitgliedstaaten mehr als verdoppelt und wir haben die Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon ausgearbeitet. Die davorliegenden drei Jahrzehnte haben nicht einmal zu der erfolgreichen Umsetzung des Vertrags von Rom geführt.

Ich würde argumentieren, dass Artikel 49 für unsere Zukunft ebenso wichtig ist, wie er für unsere Vergangenheit war. Unsere Anziehungskraft besteht noch immer. Im letzten Jahr haben wir neue Mitgliedschaftsanträge von Montenegro, Albanien und Island erhalten, und es gibt noch andere, von denen wir wissen, dass sie genauso interessiert daran sind, den Punkt zu erreichen, an dem ein Antrag eingereicht werden kann.

Nach der letzten Erweiterung, mit der ungefähr 100 Millionen neue Bürger in die Union gekommen sind, konzentriert sich unsere Aufmerksamkeit jetzt auf die Länder Südosteuropas – vielleicht bis zu 100 Millionen weitere Bürger.

Das wird weder schnell noch einfach geschehen. Die verschiedenen Herausforderungen, denen wir in den einzelnen Ländern des westlichen Balkans gegenüberstehen, sind gut bekannt, und das Ausmaß der Umgestaltung der Türkei ist uns auch nicht entgangen.

Wir sind uns alle dessen bewusst, dass es in unseren jeweiligen öffentlichen Meinungen diejenigen gibt, die ihnen allen einfach die Tür vor der Nase zuschlagen würden, in der Hoffnung, dass sie verschwinden, und die sich für die Idee eines geschlosseneren Europas einsetzen.

Ich gehöre zu denen, die davon überzeugt sind, dass dies ein Fehler historischen Ausmaßes wäre, dessen Folgen Europa für eine sehr lange Zeit verfolgen würden.

Die Tür zu unserer Union liegt für sie vielleicht manchmal sehr weit weg. Einige von ihnen werden einen langen und schwierigen Weg der Reformen beschreiten müssen, aber wenn diese Tür geschlossen würde, würden sich sofort anderen Kräften Türen öffnen, und es wäre gut möglich, dass wir diese Teile Europas sich in Richtungen aufmachen sehen würden, die mit der Zeit negative Auswirkungen für uns alle haben würden.

Daher behält der Artikel 49 so eine grundlegende Bedeutung. Das ist das Leuchtfeuer der Reform und Aussöhnung, das auch die Regionen Europas, die noch keine Mitglieder unserer Union sind, inspiriert und leitet.

Kommissar Rehn wird detaillierter auf die Einschätzung der Kommission zu dem Fortschritt der betroffenen Länder eingehen, und der Vorsitz teilt die Einschätzung der Kommission.

Wir haben weiterhin den Ehrgeiz, alle Staaten des westlichen Balkans im Beitrittsprozess voran zu bringen, wobei wir wissen, dass sie da auf sehr verschiedenen Stufen stehen. In gewissem Zusammenhang zu diesem Thema erwarten wir, dass die Entscheidung gefällt wird, dass es ab 19. Dezember für die Bürger der Ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, von Montenegro und von Serbien visafreien Zugang zu unserer Union geben wird. Das ist ein großer und sehr wichtiger Schritt nach vorn.

Zusammen mit dem Parlament teilen wir die Hoffnung, dass Albanien und Bosnien so schnell wie möglich aufholen und in der Lage sein werden, diesen äußerst wichtigen Schritt mitzugehen.

Der Beitrittsprozess von Kroatien wurde freigegeben und geht jetzt voran. Das ist wichtig für Kroatien und die gesamte Region. Der Ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wurde von der Kommission ein sehr positiver Bericht ausgestellt, und ich hoffe, dass der Rat im Dezember in der Lage sein wird, konkrete weitere Schritte für ihren Beitrittsprozess zu benennen.

Die Anträge von Montenegro und Albanien wurden an die Kommission weitergeleitet und ich glaube, dass wir deren Meinung innerhalb ungefähr eines Jahres erwarten können.

In Bosnien hoffen wir, dass die politischen Führer in der Lage sein werden, sich auf die Reformen zu einigen, die erforderlich sind, damit auch dieses Land einen Antrag auf Mitgliedschaft erwägen kann. Indirekte Gespräche, die von der Europäischen Union in enger Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten eingeleitet wurden, werden im Moment abgehalten.

Serbien hat bei der Umsetzung seiner unilateralen Übergangsregelung gute Fortschritte erzielt und wir werden sicherlich den nächsten Bericht des ICTY-Chefanklägers zu seiner Zusammenarbeit bei den Bemühungen sehr genau lesen. Wir hoffen, dass er mit dem gegenwärtigen Ausmaß der Bemühungen zufrieden ist, obwohl es natürlich auch entscheidend ist, dass diese Bemühungen aufrechterhalten werden.

Weiter in Richtung Südosten möchte ich den grundlegenden Reformen, die in der Türkei zur Kurdenfrage eingeleitet wurden, meine Anerkennung zollen. Der Erfolg derselben würde das Land den europäischen Standards in Bereichen von grundlegender Bedeutung viel näher bringen.

Es gibt noch zahlreiche weitere Themen, die der Kommissar genauer betrachten wird. Nicht direkt damit verbunden aber trotzdem bedeutend sind in diesem Zusammenhang die laufenden Gespräche zwischen Präsident Christofias und Herrn Talat zur Wiedervereinigung Zyperns. Wir können sie nur dringend dazu ermuntern, zu einer umfassenden Lösung auf der Grundlage einer aus zwei Zonen und zwei Volksgruppen bestehenden Föderation mit politischer Gleichheit gemäß den einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zu kommen. Die Bedeutung dessen lässt sich kaum zu hoch einschätzen.

Wir werden uns in diesem Teil Europas und der gesamten Region des östlichen Mittelmeeres entweder zu einer neuen Zeit der Aussöhnung und Zusammenarbeit hin bewegen oder zu einer Situation, in der wir leicht feststellen können, dass wir uns immer stärker wachsenden Problemen gegenübersehen.

Ein Großteil unserer Aufmerksamkeit richtet sich auf die Herausforderungen in Südosteuropa, aber der Antrag Islands vermehrt die Gründe, aus denen wir mehr Aufmerksamkeit auf all die Probleme der Arktis und des hohen Nordens richten müssen. Das ist ein Bereich, in dem unsere Union auch in der Zukunft präsenter und engagierter sein muss. Seine Bedeutung kommt immer mehr in den Mittelpunkt aller bedeutenden globalen Akteure, und der Antrag Islands sollte auch aus dieser Perspektive gesehen werden.

Mit einer demokratischen Tradition, die etwa Tausend Jahre zurückreicht, und mit seiner Mitgliedschaft in unserem Binnenmarkt, dem Europäischen Wirtschaftsraum, ist es offensichtlich, dass Island auf dem Weg zur Mitgliedschaft schon sehr weit vorangekommen ist, wobei wir den weiteren Fortschritt noch beurteilen müssen, wenn wir den Avis von der Kommission erhalten.

Herr Präsident! Das ist es, was der schwedische Ratsvorsitz in diesem wichtigen Bereich der Erweiterung bisher erreicht hat. Vor uns liegen immer noch einige wichtige Wochen, in denen ich weitere Fortschritte erwarte, aber erlauben Sie mir zum Abschluss zu sagen, dass ich nicht glaube, dass wir den Aufbau Europas abgeschlossen haben. Ich glaube daran, dass wir ein offenes Europa bleiben müssen, und dass wir uns weiterhin für einen Erweiterungsprozess engagieren müssen, der zu verantwortungsvollem Handeln, Rechtsstaatlichkeit, Aussöhnung, Friede und Wohlstand für immer größere Teile Europas führt.

Das ist offensichtlich von größter Bedeutung für sie, aber wir sollten anerkennen, dass es auch für uns von größter Bedeutung ist, und lassen Sie uns nicht vergessen, dass dies es auch möglich machen wird, dass wir in der Welt aufrechter dastehen werden und mit unserer Stimme zukünftig noch mehr Achtung einfordern können.

Olli Rehn, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Lassen Sie mich zuerst den Mitgliedern des Ausschusses Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und deren Vorsitzenden Gabriele Albertini für eine ausgeglichene und umfassende Entschließung danken. Außerdem möchte ich Ihnen allen für Ihre hervorragende Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren danken. Das Europäische Parlament hat stark dazu beigetragen, unsere Erweiterungspolitik zu formen, und Sie haben ein Beispiel demokratischer Verantwortlichkeit gegeben. Ich freue mich darauf, unsere hervorragende Zusammenarbeit in der Zukunft fortzuführen, egal welchen Aufgabenbereich ich übernehme.

Die EU wird nächste Woche, wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, einen langerwarteten Schritt nach vorn machen. Damit beginnt ein neuer Zeitabschnitt in der Außenpolitik der EU. Indirekt wird dies auch den erneuerten Konsens der EU zur Erweiterung auf Grundlage der drei „K“ von Konsolidierung, Konditionalität und Kommunikation in Kombination mit einer bestätigten Fähigkeit zur Integration neuer Mitglieder festigen. Dies wird uns in die Lage versetzen, unseren allmählichen und sorgfältig geleiteten Beitrittsprozess fortzusetzen.

Wie Ihr Entschließungsentwurf illustriert, ist die Erweiterung heute eines der mächtigsten außenpolitischen Instrumente der EU. Das war auch der Geist der Botschaft von Carl Bildt und ich stimme dieser Botschaft auf der Grundlage empirischer Beweise während des schwedischen Ratsvorsitzes und über Jahre und Jahrzehnte hinweg zu. Es stimmt auch, dass die Glaubwürdigkeit der EU als globaler Akteur mit unserer Fähigkeit zur Gestaltung unserer eigenen Nachbarschaft steht oder fällt. Hier haben wir unsere bemerkenswertesten Erfolge in den letzten 20 Jahren der Umgestaltung des europäischen Kontinents erzielt, indem wir den Osten und den Westen wieder vereinigt und eine stärkere Europäische Union aufgebaut haben.

Die Erweiterung war ein wichtiger Antriebsfaktor dieses Prozesses und sie wandelt heute Südosteuropa weiterhin. Die Anträge Albaniens und Montenegros auf eine Mitgliedschaft in der EU unterstreichen die weiterhin bestehende Anziehungskraft der Union. Islands Antrag fügt unserer Erweiterungsagenda eine neue politische und geoökonomische Dimension hinzu. Bosnien und Herzegowina und Serbien erwägen beide die Einreichung eines Antrags. In Anbetracht der Wirtschaftskrise hätten sich all diese Länder leicht nach innen wenden können. Stattdessen folgen sie weiterhin mit allen schweren Entscheidungen und mutigen Reformen, die dies mit sich bringt, der europäischen Ausrichtung. Kroatien nähert sich nach vier Jahren intensiver Beitrittsverhandlungen der Ziellinie. Zagreb muss jetzt seine Reformbemühungen verstärken, insbesondere im Gerichtswesen und beim Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen, damit die Verhandlungen abgeschlossen werden können. Die Zusammenarbeit mit dem ICTY ist unerlässlich.

Auch in der Türkei haben wir ständige Fortschritte gesehen. Die Türkei spielt eine Schlüsselrolle bei der Energiesicherheit und im Dialog zwischen den Kulturen. Ankaras Engagement zur Normalisierung der Beziehungen mit Armenien ist historisch ebenso wie die demokratische Öffnung zur Lösung der Kurdenfrage. Trotzdem hat die Türkei noch einen langen Weg vor sich. Abgesehen von den Reformen erwarten wir, dass

die Türkei eine volle Umsetzung des Ankara-Protokolls gewährleistet, und Fortschritte hin zu einer Normalisierung der Beziehungen mit Zypern erzielt.

Die Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat kürzlich überzeugende Fortschritte erzielt und sich um die wichtigsten Reformprioritäten gekümmert. Der Staat erfüllt die politischen Kriterien von Kopenhagen ausreichend. Diese Faktoren haben es der Kommission ermöglicht, die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen zu empfehlen. Ich habe den Eindruck, dass die Regierung in Skopje unsere Empfehlungen berechtigterweise als Ermutigung erkannt hat, den Namenskonflikt mit Griechenland endgültig zu klären. Jetzt gibt es einen neuen Kontext, eine neue Diskussion und eine neue Gelegenheit, von denen ich überzeugt bin, dass sie sowohl Skopje als auch Athen nutzen werden.

Auch aus Serbien gibt es gute Nachrichten. Belgrad hat seine Bereitschaft zur EU-Integration nicht zuletzt dadurch gezeigt, dass es die Übergangsregelungen mit der EU unilateral umgesetzt hat, und ich nehme an, dass der ICTY jetzt mit den Bemühungen Serbiens zufrieden sein müsste. Ich stimme Ihrem Entschließungsentwurf zu, diese Regelungen freizugeben. Es ist höchste Zeit, Serbien zu erlauben, in die nächste Phase seiner europäischen Reise überzugehen.

Bosnien und Herzegowina steht seinen eigenen schweren Herausforderungen gegenüber, teilweise aufgrund seiner Kriegsgeschichte. Aber lassen Sie mich klarstellen, dass es bei der EU-Erweiterung keine Rabatte geben kann. Bosniens Antrag auf EU-Mitgliedschaft kann erst dann in Erwägung gezogen werden, wenn des OHR geschlossen wurde. Bosnien muss außerdem teilweise Verfassungsänderungen vornehmen, um der europäischen Menschenrechtskonvention zu entsprechen. Die Wahrung der Menschenrechte ist ein Gründungsprinzip der Europäischen Union. Zusammen mit dem Ratsvorsitz und den Vereinigten Staaten haben wir ein Paket von Reformen vorgeschlagen, um dies zu erreichen. Ich hoffe um der Bürger und der ganzen Region willen, dass die bosnischen Staatsführer sich der Lage gewachsen zeigen und eine Vereinbarung erzielen werden. Die EU und die USA engagieren sich auf höchster Ebene, da wir wollen, dass Bosnien Erfolg hat, und ich glaube daran, dass es Erfolg haben kann.

Was den Kosovo betrifft, konnte die Stabilität erhalten werden, ist aber weiterhin schwach. Die Kommission hat eine Studie vorgelegt, wie die sozioökonomische Entwicklung des Kosovo gefördert und er an Europa angebunden werden kann. Wir erkennen letztendliche Visaerleichterungen und Handel als Aushängeschild, sobald die Bedingungen erfüllt sind.

Zum Abschluss möchte ich sagen, dass wir uns vor fünf Jahren, als mein Mandat als Kommissar für Erweiterung begann, eine ehrgeizige aber im Rückblick realistische Agenda gesetzt haben. In meinen Anhörungen habe ich diesem Parlament gesagt, dass wir bis 2009 27 Mitgliedstaaten in der EU haben wollten, darunter Bulgarien und Rumänien, dass der Beitrittsprozess mit Kroatien seine letzte Phase erreicht haben würde, die anderen Staaten des westlichen Balkans der EU durch Assoziierungsabkommen verbunden, die Türkei sicher auf dem Weg nach Europa, der Status des Kosovo geklärt und Zypern wiedervereinigt sein würde. Ich bin froh und stolz, dass, mit der wichtigen Ausnahme von Zypern, wo die Beilegungsgespräche noch laufen, fast alle unsere ehrgeizigen Ziele erreicht wurden. Wir haben zusammen auf diese angemessenen Ziele hingearbeitet und zusammen konnten wir etwas verändern. Selbst in Zypern kann es noch klappen, zum Wohle all seiner Bürger und der Europäischen Union.

Überdies wagte ich vor fünf Jahren, auch wenn ich darauf gehofft hatte, nicht, einen Fortschritt bei der Visaliberalisierung vorherzusagen. Und dennoch sind wir so weit gekommen, dass jetzt in einem Monat der Traum der Bürger von Serbien, Montenegro und der Ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien Realität werden soll. Wir hoffen, dass wir nächstes Jahr dasselbe für Albanien und Bosnien und Herzegowina erreichen können, sobald sie die Bedingungen erfüllen.

Daher ist das für uns alle, die mit Südosteuropa zusammenarbeiten, eine sehr wichtige Erinnerung daran, wie attraktiv der europäische Traum für Millionen Bürger in unserer unmittelbaren Nachbarschaft ist. Lassen Sie uns diesen Traum am Leben erhalten und dafür sorgen, dass er im Laufe der Zeit Wirklichkeit wird.

Gabriele Albertini, im Namen der PPE-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Abstimmung am Montag im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat zusätzliche Beweise geliefert für die Komplexität und auch die Vorteile der Erweiterung der geographischen und politischen Grenzen Europas, wie wir sie heute kennen.

Dank der Arbeit und Bemühungen meiner Berichterstatterkollegen und dem Beitrag einzelner politischer Fraktionen haben wir einen Text erzielt, der über das Original hinausgeht und viele Aspekte verbessert, die ursprünglich nur am Rande erwähnt wurden.

Der Diskussion im Ausschuss und auch innerhalb der Fraktion mangelte es nicht an manchmal lebhaften Meinungsverschiedenheiten, die typisch sind für eine pauschale Konfrontation, die über die jeweiligen politischen Standpunkte hinausgeht. Historische Ereignisse in den Nationen und der gegenwärtige Stand der Beziehungen standen im Widerspruch zu den Anträgen, die von Kandidatenländern oder Kandidatenanwärtern eingereicht wurden.

In weniger als einem Jahr wurden drei weitere Anträge auf Eröffnung von Mitgliedschaftsverhandlungen eingereicht. Montenegro im Dezember 2008, Albanien im April 2009 und Island im Juli 2009. Das ist ein Zeichen, dass das europäische Projekt immer noch viel Anziehungskraft ausstrahlt und als bedeutender Faktor für Stabilität angesehen wird, insbesondere nach der Krise auf den Finanzmärkten.

Der Text, der im Ergebnis der Abstimmungen innerhalb des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten erzielt wurde, unterstreicht noch stärker die Notwendigkeit der Länder, die der Europäischen Union beitreten wollen, sich diesem Übergang gewissenhaft zu stellen und sich dabei der Verpflichtungen und Auswirkungen, die dieser Prozess umfasst, bewusst zu sein.

Ihr Beitritt verlangt von ihnen, die europäischen Parameter, und zwar nicht nur die ökonomischen und politischen, sondern auch die kulturellen, sozialen und rechtlichen, zu achten, um zu gewährleisten, dass das Endergebnis mehr als die Summe seiner Teile ist.

Ich hoffe, dass der Text, über den die Plenarsitzung morgen abstimmen wird, alle Aspekte der allgemeinen Strategie zur Erweiterung auf ausgeglichenerere und prägnantere Weise behandeln wird. Er wird offensichtlich von dem Beitrag bestimmter Entschließungen zu jedem einzelnen Land profitieren.

Kristian Vigenin, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Das Erweiterungsstrategiepapier und die Entschließung, die wir morgen annehmen werden, zeigen unser starkes Engagement für die Erweiterungsstrategie, die sich als eine der erfolgreichsten EU-Strategien erwiesen hat und sowohl den bestehenden als auch den neuen Mitgliedstaaten nützt.

Die Erweiterung hat zu einer beispiellosen Ausdehnung des Gebiets von Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Europa beigetragen, und jetzt bereiten wir die weitere Ausweitung dieses Gebiets vor, das in den nächsten Jahren die Staaten des westlichen Balkans, Island und die Türkei umfassen soll.

Die Allianz der Sozialisten und Demokraten ist weiterhin eine der Kräfte in diesem Parlament, die die Erweiterung am stärksten befürworten und gleichzeitig betonen, dass bei der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und aller wichtigen Grenzwerte, anhand derer die Bereitschaft der Kandidaten beurteilt wird, keine Kompromisse eingegangen werden dürfen.

Wir hoffen, dass die Verhandlungen mit Kroatien nächstes Jahr so schnell wie möglich abgeschlossen werden. Wir erwarten, dass der Rat den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Einleitung von Verhandlungen mit der Ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien nächstes Jahr bestätigen wird, sodass der Prozess nächstes Jahr beginnen kann. Wir hoffen auf neue Dynamik in dem Verhandlungsprozess mit der Türkei sowie die Eröffnung des Energiekapitels. Und wir glauben daran, dass die EU den Schwung erhalten kann, der die positiven Entwicklungen in allen Erweiterungsländern stärkt. Die Visaliberalisierung ist ein hervorragender Schritt, um den Menschen des westlichen Balkans zu zeigen, dass sie sich in die richtige Richtung bewegen.

Lassen Sie mich außerdem die Hoffnung ausdrücken, dass das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die Fähigkeit der EU zur Integration neuer Mitglieder weiter stärken wird, womit die institutionellen Reformen in der Union abgeschlossen werden.

Annemie Neyts-Uyttebroeck, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – (NL) Als Vorsitzende der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa habe ich Freunde, Bekannte und Genossen in allen Ländern, die das Thema des heutigen Berichts sind.

Zu Beginn möchte ich Kommissar Olli Rehn bei den Projekten, an denen er in den letzten fünf Jahren gearbeitet hat, jeden Erfolg wünschen und insbesondere ihm zu seinen Bemühungen gratulieren. Er verdient unsere volle Anerkennung. Wie ich sagte, habe ich Freunde und Bekannte in allen diesen Ländern und ich kann mit einem gewissen Stolz sagen, dass wir meines Wissens nach die einzige große politische Familie sind, die zum Statut des Kosovo zu einer Einigung gelangt sind. Wir haben bereits 2006 einen einstimmigen Standpunkt erzielt und diesen seitdem aufrechterhalten. Denken Sie nicht, dass dies reiner Zufall war, denn es war etwas, in das wir viel harte Arbeit gesteckt haben.

Sie können sich daher vorstellen, wie enttäuscht ich erstens bin, weil ich feststellen muss, dass der Kosovo nicht in das Abkommen über Visaerleichterungen aufgenommen wurde. Mir scheint, dass die Kosovaren für die Tatsache bestraft werden, dass eine Anzahl EU-Mitgliedstaaten sich nicht damit anfreunden konnten, dass der Kosovo jetzt ein unabhängiger Staat ist. Das ist meiner Meinung nach sehr schade. Amtierender Vorsitzender des Rates und Kommissar! Erlauben Sie mir, einige Fragen zum derzeitigen Stand der Dinge in Bosnien und Herzegowina zu stellen. Ich befürchte, dass ich bei einer Reihe von Gebieten weniger optimistisch bin als Sie, was vielleicht auch nur daran liegen mag, dass die Menschen dort den Eindruck erhalten könnten, dass alles plötzlich unglaublich schnell vorangehen muss und dass es keine Zeit für angemessene Beratungen gibt, zumindest nicht mit anderen politischen Parteien als den größten, mit denen Sie in Kontakt stehen.

Und schließlich möchte ich im Namen meiner Fraktion klarstellen, dass wir absolut darauf bestehen, dass die Kandidatenländer alle Kopenhagener Kriterien achten, ohne dass für irgendwen irgendwelche Ausnahmen gemacht werden. Auch sollen Sie nicht denken, dass uns die Aufnahmekapazität der Europäischen Union gleichgültig ist. Worüber wir jedoch unglücklich sind, ist die Tatsache, dass einige unserer Kollegen vorzuhaben scheinen, diese Vorstellung der Aufnahmekapazität zu nutzen, um den Beitritt neuer Staaten auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Das befürworten wir nicht.

Lassen Sie mich zum Ende kommen. Herr Kommissar, ich denke, dass die letzten fünf Jahre wirklich ein Erfolg waren. Ich wünsche Ihnen für die Zukunft viel Erfolg. Ich bin mir sicher, dass wir uns hier wiedersehen werden, wenn auch vielleicht in anderen Positionen, aber trotzdem vielen Dank.

Ulrike Lunacek, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Im Namen der Europäischen Grünen und der Freien Allianz muss ich sagen, dass ich sehr erfreut darüber bin, dass diese gemeinsame Entschließung erneut sagt, dass das Europäische Parlament der Erweiterung stark verpflichtet ist, und dass der Impuls für eine Erweiterung, über den wir im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten diskutiert haben, aufrechterhalten werden soll.

Dies trifft insbesondere auf Südosteuropa zu. Ich hoffe, das die Geschichte des bewaffneten Konflikts, von unvorstellbarer Brutalität in diesem Teil Europas ein- für allemal vorbei sein wird, und ich denke, dass die Europäische Union einen bedeutenden Anteil daran hat. Auch in diesem Sinne bin ich sehr erfreut, dass das starke Engagement in dieser Entschließung aufrechterhalten wird.

Wie bereits gesagt wurde, gab es bei vielen Themen Fortschritte. Bei einigen der Konflikte dort hat es Fortschritte gegeben, und als Berichterstatterin für den Kosovo bin ich sehr erfreut, dass der spanische Ratsvorsitz angekündigt hat, dass er während seiner Amtszeit den Kosovo einladen möchte, an der Konferenz zum westlichen Balkan teilzunehmen, von der ich hoffe, dass sie eine Gelegenheit für Fortschritte bei der Statusfrage sein wird.

Es gibt etwas im Kosovo, dass die Rednerin vor mir bereits erwähnt hat. Ich hätte es vorgezogen, wenn der Kosovo ein Teil davon gewesen wäre, aber wenigstens haben wir sichergestellt, dass der Visadialog mit dem Ziel der Visaerleichterungen begonnen wird.

Ich möchte einen Änderungsantrag kommentieren, den wir für morgen vorschlagen möchten. Darin geht es um eine der Minderheiten, die in vielen Regionen Südosteuropas und in anderen Gegenden Europas auch, aber insbesondere im Kosovo, einen schwierigen Status hat, nämlich die Roma-Minderheit. Gegenwärtig sollen etwa 12 000 Roma, hauptsächlich Kinder, aus den Mitgliedstaaten zurückgeschickt werden, hauptsächlich in den Kosovo, von dem wir wissen, dass die Bedingungen dort so sind, dass sie kein menschenwürdiges Leben führen werden können. Daher möchte ich die Abgeordneten in diesem Parlament darum bitten, morgen für den Änderungsantrag zu stimmen, den wir vorschlagen, um wenigstens während des Winters eine Rücksendung von Roma zurück in den Kosovo zu verhindern und dazu beizutragen, dass der Kosovo die Bedingungen für die Roma-Minderheiten dort und hier lebenswert macht.

Am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen bin ich auch sehr erfreut, dass wir einen geänderten Text erzielt haben, der klarstellt, dass die Diskriminierung von Frauen und Gewalt gegen Frauen auch etwas ist, gegen das die Regierungen in der Region und auch die Europäische Union vorgehen müssen.

Noch eine Sache zum Abschluss: andere ethnische Minderheiten und sexuelle Minderheiten. Ich halte dies für einen wichtigen Weg zur Demokratisierung.

Charles Tannock, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Die EKR-Fraktion unterstützt die europäische Erweiterung stark. Durch die Ausweitung der Vorteile einer EU-Mitgliedschaft auf die Länder, die nach Artikel

49 infrage kommen, hoffen wir, eine Entwicklung des lockereren, flexibleren Europas zu erleben, an das unsere Fraktion glaubt.

Ich bin zufällig der ständige Berichterstatter für Montenegro, das gute Nachrichten hinsichtlich des Fortschritts zu einer Mitgliedschaft liefert, und das, obwohl es erst vor recht kurzer Zeit den Antrag gestellt hat. Trotzdem werde ich auch dieses Land bald besuchen, um mir meine eigene Meinung zu bilden und eine unabhängige Beurteilung zu erstellen.

Ich begrüße auch die Tatsache, dass Island bald ein Kandidat sein könnte. Aber noch zum Balkan: die bilateralen Grenzstreitigkeiten zwischen Kroatien und Slowenien dürfen kein Hindernis für einen EU-Beitritt sein, und ich hoffe, dass auch Mazedonien in Kürze die Verhandlungen beginnt.

Was die Türkei angeht, gibt es weiterhin viele Sorgen wegen der Menschenrechte, der andauernden Blockade Armeniens, Religionsfreiheiten und der Weigerung, zyprische Schiffe in türkische Häfen zu lassen. Meiner Meinung nach war es auch bedauerlich, dass die Türkei kürzlich den sudanesischen Präsidenten Bashir, einen Mann, der vom Internationalen Strafgerichtshof wegen der Gräueltaten in Darfur angeklagt wurde, zu dem OIC-Gipfel eingeladen hat.

Und schließlich hoffe ich auch, dass die EU der Ukraine, obwohl diese kein Land ist, das direkt mit dieser Diskussion zu tun hat, unabhängig vom Ausgang der baldigen Präsidentschaftswahlen die Möglichkeit einer letztendlichen EU-Mitgliedschaft offen halten wird, wenn dies tatsächlich der Wunsch der Mehrheit der Menschen in der Ukraine ist. Ebenso sollte dies auf die Republik Moldau und eines Tages auch auf Weißrussland zutreffen, falls es ein demokratisches Land wird.

Nikolaos Chountis, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (EL) Herr Präsident, Kommissar, amtierender Vorsitzender des Rates! Zu Beginn möchte ich zu der Frage der Erweiterungsstrategie sagen, dass ich nach den bisherigen Erweiterungen, und danach, wie wir auf neue Kandidatenländer zugehen, zu urteilen, denke, dass die Strategie der Europäischen Union nicht immer dazu beiträgt, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Arbeitnehmer und der Gesellschaften, die wir aufgenommen haben oder aufnehmen werden, zu lösen und in vielen Fällen die Hilfe in finanzieller oder anderer Form entweder ungeeignet ist oder in die falsche Richtung geht, und dass dadurch die regionalen und sozialen Ungleichheiten entweder fortbestehen gelassen oder vertieft werden.

Ich möchte den Fall der Türkei erwähnen. Es muss Druck ausgeübt werden, damit die Türkei ihre Versprechen einhält und ihre Verpflichtungen erfüllt, insbesondere das Ankara-Protokoll über die Anerkennung der Republik Zypern, deren Rechte nach internationalem Recht sie infrage stellt. Ich möchte das Parlament daran erinnern, dass es in der Türkei immer noch Probleme mit der Achtung der Menschenrechte und der Freiheit der Gewerkschaften gibt, was sich durch die kürzliche strafrechtliche Verfolgung und Anklage von Mitgliedern der türkischen Gewerkschaft in Izmir wieder gezeigt hat.

Ich möchte auch das Thema Kosovo erwähnen. Hier muss der Ansatz in Übereinstimmung mit der Resolution des UN-Sicherheitsrates 1244/99 erfolgen. Es gibt immer noch Probleme wie den Status der Serben im Kosovo, die in einem Zustand der Isolation leben, sowie die Nichteinhaltung der Abkommen zur Wiederaufnahme von Flüchtlingen.

Und schließlich FYROM: Das Namensproblem muss im Rahmen der UN und im Rahmen eines bilateralen Abkommens, das die geographischen Grenzen festlegt, geklärt werden. Ich möchte Sie, Herr Kommissar und Herr amtierender Vorsitzender des Rates, fragen, was Sie von der jüngsten Initiative des neugewählten griechischen Premierministers für ein Treffen mit den Premierministern von Albanien und FYROM halten?

Nikolaos Salavrakos, im Namen der EFD-Fraktion. – (EL) Herr Präsident! Der Artikel 49 des Vertrags von Rom ist meiner Meinung nach keine romantische Ermunterung der Mitgliedstaaten, sich an der Erweiterung eines vereinten Europas zu beteiligen. Es ist ein realistisches Streben, dass so viele europäische Länder wie möglich die Prinzipien der Europäischen Union annehmen. Erst dann werden die grundlegenden Voraussetzungen für die drei ‚K‘ von Konsolidierung, Konditionalität und Kommunikation gelten.

Morgen wird der Rat den Entschließungsantrag von Herrn Albertini überprüfen, in dem er ausdrücklich angibt, dass die Türkei, auch wenn sie hinsichtlich der Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen einige Fortschritte erzielt hat, immer noch viel tun muss, sowohl im Bereich der Menschenrechte, der Meinungsfreiheit und der Religionsfreiheit als auch hinsichtlich des politischen Verhaltens der Türkei im Gerichtswesen und so weiter.

Es ist jedoch klar, dass die Türkei sich kürzlich darum bemüht hat, ihre Herrschaft über die Gebiete des Nahen Ostens und des Kaukasus in einer Weise auszuüben, die den Standardprinzipien der Europäischen Union zuwiderläuft. Ein weiteres Beispiel ist das Verhalten der Türkei in der Iranfrage, das der Außenpolitik der EU und ihren Verpflichtungen durch das Ankara-Protokoll völlig zuwiderläuft. Es gibt immer noch acht Kapitel, die bei der Türkei überprüft werden müssen, und ich glaube daher, dass die Türkei bisher noch nicht bereit ist, ein Anfangsdatum für Verhandlungen zu erhalten.

Was die FYROM angeht, möchte ich zwei Sachen sagen: wir haben festgestellt, dass die jüngsten Handlungen und Erklärungen ihres Premierministers in den Nachbarstaaten Probleme verursacht haben, und wir wünschen, dass dieses Verhalten abgeschwächt wird.

Barry Madlener (NI). – (NL) Herr Van Rompuy lag natürlich ganz richtig, als er 2004 die folgende Feststellung traf: „Die Türkei ist kein Teil von Europa und wird es niemals sein.“

Mit dieser Feststellung hat Van Rompuy die grundlegenden Werte Europas betont, die die Türkei seiner Meinung nach untergraben würde. Van Rompuy hat damit einer türkischen Mitgliedschaft grundlegend widersprochen. Und wir, die Niederländische Partei für Freiheit, stimmen mit ihm völlig überein. Natürlich kann er jetzt solche prinzipiellen Worte nicht zurücknehmen, nicht einmal um sich den Traumjob des Präsidenten der Europäischen Union zu sichern. Die Türkei hat sogar Verachtung für Demokratie und Meinungsfreiheit gezeigt, indem sie den Anführer meiner Partei, Geert Wilders, einen demokratisch gewählten Volksvertreter, als Faschisten und Rassisten bezeichnet hat. Was für ein unerhörter und unbegründeter Vergleich! Uns sollte nicht die Möglichkeit genommen werden, den Islam zu kritisieren. Aber die Türkei zeigt hier ihr wahres Gesicht.

Herr Rehn, ich stelle Ihnen die folgende Frage: Was ist Ihre Reaktion auf diese unerhörte Haltung seitens der Türkei? Es gibt natürlich nur eine mögliche Antwort: sofort alle Verhandlungen mit der Türkei zu beenden. Seien wir ehrlich zu den Türken. Seien wir ehrlich zu den Türken, wie es Angela Merkel und Nicolas Sarkozy gewesen sind, und wie es auch ihr guter Freund Herman van Rompuy gewesen ist. Beenden wir alle Verhandlungen mit der Türkei und anderen islamischen Staaten.

(Der Redner stimmt zu, eine Frage mit einer blauen Karte nach Artikel 149 Absatz 8 zu beantworten)

William (The Earl of) Dartmouth (EFD). – Sie scheinen von den Aussagen von Herrn Van Rompuy sehr beeindruckt zu sein. Denken Sie nicht, dass die meisten Menschen beeindruckter wären von der Tatsache, dass überhaupt nur 3 % der Landmasse der Türkei auf dem europäischen Kontinent liegen, und dass dieses Vorhaben, dass die Türkei ein volles Mitglied der Europäischen Union werden sollte, aus geographischen Gründen völlig bizarr ist?

Barry Madlener (NI). – Nun, ich habe keine richtige Frage gehört, aber natürlich stimmen wir darüber überein, dass es mehrere Gründe gibt, warum wir der Türkei „Nein“ sagen sollten. Ich habe nur einige wenige angeführt, aber das ist ein weiterer guter Grund, „Nein“ zu sagen. Also vielen Dank dafür.

Elmar Brok (PPE). – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Kommissar! Herr Kommissar, das ist möglicherweise die letzte Erweiterungsdebatte mit Ihnen. Herzlichen Dank für die vielen guten Debatten, die wir seit 2004 mit Ihnen hatten.

Ein paar Bemerkungen: Ich glaube, es ist an der Zeit, dass die Schwierigkeiten, die von außerhalb gegenüber Kroatien gemacht werden, schnell überwunden werden, damit wir mit Kroatien im nächsten Jahr schnell zu einer Entscheidung kommen, die Verhandlungen abgeschlossen werden und ratifiziert werden kann. So, wie ich glaube, dass diese bilateralen Fragen, die es bei einer Reihe von anderen Ländern gibt – auch im Zusammenhang mit FYROM und Griechenland, aber auch Maßnahmen, die sich immer wieder gegen Serbien richten, das ich für ein für die Stabilität in der Region außerordentliches wichtiges Land halte – bald gelöst werden sollten.

Es muss klargestellt sein, dass jedes Land seinen Fähigkeiten entsprechend beurteilt werden muss und dass das Versprechen – etwa auf dem Westbalkan –, das in Thessaloniki gegeben wurde, eingehalten wird. Aber jeder ist nach seinen Fähigkeiten zu beurteilen, und entsprechend muss das Tempo individuell darauf eingestellt werden.

Aber es muss auch klargestellt sein, dass die gelten. Ich bedauere, dass im Ausschuss die Sozialdemokraten, die Grünen und andere es abgelehnt haben, die Kopenhagener Kriterien zu erwähnen. Ich hoffe, dass das im Plenum revidiert wird. Das wäre ebenso eine völlig falsche Botschaft an die Kandidatenländer wie die Nichterwähnung der notwendigen Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union selbst.

Die europäische Perspektive muss gegeben sein, um die inneren Reformprozesse dort in Gang zu setzen. Aber dafür müssen auch die notwendigen Bedingungen erfüllt sein, damit keine falschen Erwartungen entstehen.

Aus diesem Grunde müssen wir bei den Kopenhagener Kriterien im Falle der Türkei auch darauf achten, dass die politischen Bedingungen, die mit Meinungsfreiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Religionsfreiheit zu tun haben, Voraussetzung für den Beitritt sind und dass dies nicht in einem Kompromiss verloren gehen darf.

Adrian Severin (S&D). – Herr Präsident! Vielleicht ist die wichtigste Lektion, die wir aus den vorangegangenen Erweiterungen gezogen haben, die, dass wir Staaten, Märkte, Institutionen und industrielle Anlagen in die Union aufgenommen haben, aber wir haben die Herzen und Seelen der Menschen zurückgelassen. Ich denke, dass wir in der Zukunft eine Wiederholung dieser Erfahrung vermeiden müssen.

Wir müssen auch nicht nur die beitretenden Staaten vorbereiten, sondern auch die bestehenden Mitgliedstaaten. Die berühmte Erweiterungsmüdigkeit sagt mehr über die mangelnde Vorbereitung der gegenwärtigen Staaten – der alten Mitgliedstaaten, die nicht auf das Zusammenleben mit den neuen Mitgliedstaaten vorbereitet wurden – aus, als über den unverträglichen Charakter der neuen Mitgliedstaaten.

Als nächstes denke ich, dass wir bei den Gesprächen über die Kandidatenländer Bedingungen vermeiden sollten, die nicht direkt mit ihrer Fähigkeit verbunden sind, mit uns aus rechtlicher, institutioneller, politischer und kultureller Sicht zusammenarbeiten zu können und mit uns im weiteren Sinne auf dem Binnenmarkt zu konkurrieren. Wir sollten keine Bedingungen aufstellen, die nicht mit diesen Kriterien verbunden sind. Wir sollten uns daran erinnern, dass es bei der Erweiterung um eine bessere Zukunft geht, nicht um eine bessere Vergangenheit. Wir denken zu viel an die Vergangenheit.

Drittens sollte jedes Land tatsächlich auf der Grundlage seiner Vorzüge eintreten. Aber wir sollten auch ihre Fähigkeit einschätzen, mit ihrem Beitritt zu einer besseren Lage in der Region, mehr Stabilität und mehr Integration auf regionaler Grundlage beizutragen.

Das Management der Erwartungen ist auch äußerst wichtig, und ich glaube, dass wir in der Zukunft vielleicht etwas einfallsreicher sein sollten, wenn wir versuchen, eine gewisse schrittweise Integration eines Staates zuzulassen, für den die volle Integration kurzfristig nicht geplant ist.

Mein letzter Punkt ist, dass ich denke, dass wir das Problem unserer Identität, unserer kulturellen und geopolitischen Identität, neu überdenken müssen, um zu erfahren, wo genau die Grenzen unserer Erweiterung liegen.

Ivo Vajgl (ALDE). – (SL) Wir wollen hier heute eine EntschlieÙung annehmen, die in vielen Ländern Südosteuropas mit viel Interesse und großen Hoffnungen erwartet wird.

Diese EntschlieÙung verwendet Worte, die sich sehr von denen unterscheiden, die bis vor wenigen Jahren in Südosteuropa verwendet wurden. Tatsächlich sind es diese Worte, die den Ausschlag und die Führung zu unserer heutigen Diskussion gegeben haben. Ich denke, dass es wichtig ist, dass das, was wir den Worten des amtierenden Präsidenten des Rates, Herrn Bildt, und Kommissar Rehns einerseits und des Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Albertini, andererseits, der dafür gesorgt hat, dass wie so eine reiche und reale EntschlieÙung annehmen können, entnehmen können, ist, dass wir die europäischen Aussichten aller betroffenen Staaten unterstützen. Hier würde ich insbesondere die Türkei herausgreifen.

Nur wenn wir allen betroffenen Ländern eine Aussicht auf Erweiterung und Aufnahme bieten, können einige der Probleme in dieser Region, wie Tendenzen, die auf eine weitere Fragmentierung der Nachfolgerstaaten des ehemaligen Jugoslawien, Grenzfragen und gelegentliche Vorfälle aufgrund religiöser oder ähnlicher Intoleranz, etwas weniger gefährlich für die weitere Region werden.

Wir können daher zusammenfassen, dass das Projekt, einem ehemals explosiven Teil Europas Frieden und Fortschritt zu bringen, weitergehen soll.

Hélène Flautre (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident! Ich und ebenso meine Fraktion stimmen zu, dass die Erweiterungsstrategie der Europäischen Union eine der produktivsten und überzeugendsten Strategien ist.

Aus diesem Grund, Herr Rehn, bin ich über ihre Zukunft etwas besorgt, weil ich nicht völlig sicher bin, wie Sie in der Lage sein wollen, in der zukünftigen Kommission einen Aufgabenbereich zu finden, der attraktiver ist als der der Erweiterung.

Es ist höchst erstaunlich, was die Aussicht auf eine Mitgliedschaft als Kraft für Änderungen, für Demokratieaufbau, in einem Land wie der Türkei bewirken kann. Ja, natürlich ist noch vieles zu erreichen: natürlich die Unabhängigkeit der Justiz, eine Aufgabe für die Armee, die Freiheit der Meinungsäußerung, dass alle Aspekte der Kurdenfrage ein- für allemal wirklich gelöst werden.

Ich fühle jedoch, dass es wichtig ist zu betonen, dass diese EU-Erweiterungsstrategie nicht nur zum Nutzen der Staaten ist, die den Beitrittsprozess durchlaufen; sie ist auch zu unserem Nutzen und zum Nutzen unserer europäischen Entscheidungsträger.

Es ist unverantwortlich, die Bemühungen um Wandel eines Landes wie der Türkei zu schmälern, indem Zweifel am Ausgang des Verhandlungsprozesses zugelassen werden. Ja, der Ausgang des Verhandlungsprozesses wird sein, dass die Türkei beitrifft, und das müssen wir so klar sagen.

Ryszard Antoni Legutko (ECR). – (PL) Herr Präsident! Die Erweiterung der Europäischen Union liegt nicht nur im Interesse der Staaten, die der EU beitreten oder sich darum bemühen, sondern auch im Interesse von uns allen. Das liegt daran, dass dies die Integration und die Sicherheit erhöht. Daher stellen wir erfreut den Fortschritt bei den Ländern des westlichen Balkans und der Türkei fest, und dass Island einen Antrag auf Mitgliedschaft eingereicht hat. Es gibt so etwas wie Erweiterungsmüdigkeit aber wir wollen uns daran erinnern, dass jeder demokratische europäische Staat, der die sehr genau definierten Kriterien erfüllt, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union beantragen kann. Wir sollten diese Kriterien nicht vergessen, aber wir sollten die Tür auch nicht vor den Kandidaten verschließen. Wir sollten die Tür auch nicht vor unseren östlichen Partnern verschließen. Wir sollten der Ukraine eine deutliche Möglichkeit der Mitgliedschaft anbieten.

Es gibt noch etwas. Das Wort „Solidarität“ wird in der Europäischen Union sehr oft gebraucht. Es ist ein Wort, das das Interesse anderer europäischer Staaten an unserer Gemeinschaft weckt und uns gleichzeitig verpflichtet, die EU noch weiter zu erweitern. Leider zeigt die EU in vielen Fällen in ihren internen Beziehungen keine Solidarität. Ein offensichtliches Beispiel ist das Vorhaben der Nordgaspipeline, das die Transitländer und insbesondere Polen direkt treffen soll, wohingegen der South Stream Moskaus Antwort auf mit Nabucco verbundene Pläne zur Energiediversifizierung ist. Es ist sehr beunruhigend zu sehen, wie bestimmte Länder es Russland so einfach gemacht haben, sie zu manipulieren. Daher führt die Realisierung bilateraler Interessen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten der EU und Russland zu internen Konflikten und schwächt unsere Position – die Position der EU. Das ist ein Widerspruch zum Solidaritätsprinzip. Die Erweiterung ist sinnvoll, aber es muss eine Übereinstimmung zwischen der Rhetorik und der Praxis geben.

Charalampos Angourakis (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident! Der Vertrag von Lissabon schafft einen noch negativeren Rahmen für die Völker der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Erweiterungsstaaten. Leider befinden sich die Völker des Balkans in einer drastischen Situation, die sich aus dem NATO-Krieg, kapitalistischen Umstrukturierungen, Vereinbarungen mit der Europäischen Union, ausländischen Militärstützpunkten in der Gegend, der kapitalistischen Krise und dem Wettbewerb zwischen den großen Energiemächten ergeben hat. Der Beitritt dieser Staaten dient den Interessen des Großkapitals und imperialistischen Plänen, zu denen sogar eine Neufestlegung der Grenzen der Staaten in diesem Gebiet gehört. Der Beitritt der FYROM zur NATO und zur Europäischen Union wird die internen Kämpfe verstärken, während die Souveränitätsrechte dieses Staats noch immer in ihrem wiederhergestellten Status bestehen. Die Türkei nutzt ihre geostrategische Position aus und besteht auf ihrer Besetzung eines großen Teils von Zypern, erhebt Ansprüche in der Ägäis und behält Tausende Gewerkschaftsmitglieder, Kurden, Journalisten und andere in Haft. In Island wurde der Mythos des Wirtschaftswunders entlarvt und man kann den Druck hören, der ausgeübt wird, damit es sich vor den europäischen imperialistischen Wagen spannen lässt. Die Griechische Kommunistische Partei ist gegen die Erweiterung der Europäischen Union, weil sie gegen die Europäische Union selbst und gegen den Beitritt und den Verbleib Griechenlands in der Europäischen Union ist. Wir kämpfen zusammen mit den Völkern Europas für Frieden und soziale Gerechtigkeit und gegen imperialistische Vereinigungen.

Fiorello Provera (EFD). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Erweiterung der Europäischen Union kann eine Gelegenheit oder ein Problem sein, aber sie bleibt weiterhin eine große Herausforderung.

Die Gelegenheit ergibt sich daraus, dass die neuen Mitgliedstaaten einen greifbaren Beitrag zum Aufbau der europäischen Strategie leisten können. Dazu reicht es nicht aus, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen und sie bloß formal zu bestätigen. Es ist erforderlich, das europäische Bewusstsein der Bürger in den Kandidatenländern durch eine Kampagne für die Herzen und Köpfe zu fördern, die Politiker, Intellektuelle und die Medien umfassen muss.

Europa kann nicht mehr nur als ein großes Sammelbecken finanzieller Ressourcen zur Lösung ökonomischer, sozialer und infrastruktureller Probleme angesehen werden, sondern als eine Institution, zu der jeder einen echten Beitrag leisten muss, damit eine Strategie geschaffen wird, die auf gemeinsamen Werten aufbaut.

Die Unterstützung für die Erweiterung ist bei den Mitgliedstaaten gering, insbesondere gegenüber bestimmten Staaten. Wollen wir unsere Augen vor dieser Situation verschließen oder wollen wir unsere Mitbürger einbeziehen und nach ihrer Meinung fragen? Ich denke, dass ein Referendum der beste Weg nach vorn ist, denn es ist die direkteste Form der Demokratie und es würde Europa seinen Bürgern und ihrer Wahlfreiheit näher bringen.

Philip Claeys (NI). – (NL) Wir müssen diese große Vortäuschung in Bezug auf den Beitritt der Türkei beenden. Wir müssen aufhören, die Probleme zu verschleiern und zu schmälern. Wir müssen alle mutig genug sein, der Realität ins Auge zu blicken. Wir haben bereits seit fünf Jahren Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geführt, und was ist das Ergebnis? Die Türkei verfolgt immer stärker eine anti-europäische und anti-westliche Außenpolitik. Unter der Führung von Herrn Erdogan und Präsident Gül wird die Türkei immer islamistischer. Die Türkei weigert sich immer noch, alle gegenwärtigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union anzuerkennen und die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie im Rahmen der Zollunion erfüllen muss. Die Türkei setzt immer noch ihre Besetzung eines Teils des Gebiets eines Mitgliedstaats der EU fort. Dabei habe ich noch nicht einmal das weiterhin bestehende strukturelle Problem der mangelnden Achtung der Freiheit der Meinungsäußerung in der Türkei erwähnt.

Gerade eben hat Herr Bildt gesagt, dass er die Idee eines geschlossenen Europas ablehnt. Nun, soweit ich weiß, unterstützt niemand von uns hier die Idee eines geschlossenen Europas, aber einige Abgeordnete hier, zu denen auch ich gehöre, unterstützen die Idee eines europäischen Europas. Um es mit den Worten von Herman van Rompuy, dem designierten Präsidenten des Europäischen Rates zu sagen: Die Türkei ist kein Teil von Europa und wird es niemals sein!

VORSITZ: FRAU ANGELILLI

Vizepräsident

Cristian Dan Preda (PPE). – (RO) Wir reden über die Erweiterung in Relation zum westlichen Balkan, zu Island und der Türkei, wobei es sich um drei ganz verschiedene Fälle handelt. Zunächst haben wir die Länder des westlichen Balkans, die weit davon entfernt sind, die von der Europäischen Union erwarteten ökonomischen und politischen Kriterien zu erfüllen. In diesen Ländern unterstützen die öffentliche Meinung und die politischen Führer jedoch das Ziel der Integration und sind äußerst optimistisch über einen Beitritt.

Der zweite Fall, den wir haben, ist Island, ein Land, das viele der ökonomischen und politischen Kriterien erfüllt, in dem die öffentliche Meinung und die Führer hingegen hinsichtlich des Ziels - dem EU-Beitritt - sehr geteilter Meinung sind. Was die Staaten des westlichen Balkans und Island derzeit zu verbinden scheint, ist die Tatsache, dass die tiefgreifende Wirtschaftskrise ihnen den Mut zum Beitritt gibt.

Und schließlich haben wir die Türkei, deren europäischen Aspirationen nicht mit einem Wirtschaftszyklus zusammenhängen. Sie ist eines der Länder mit der dynamischsten Wirtschaftsaktivität, in dem eine heiße Debatte stattfindet. Erst kürzlich haben 45 % der Türken dieses Ziel unterstützt.

Ich möchte zwischen diesen drei Situationen unterscheiden, da der westliche Balkan, Island und die Türkei aus der Integrationsperspektive drei verschiedene Szenarien darstellen. Andererseits ist es aber für uns auch eine gute Idee, diese Fälle nicht gemäß der bilateralen Politiklogik abzuhandeln.

Meiner Ansicht nach können die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und den möglichen Bewerberländern nicht von Mitgliedstaaten oder Drittländern verwendet werden, um einen Weg zur europäischen Integration zu versperren. Meiner Ansicht nach sind die Leistungen eines jeden Landes und der öffentliche Konsens die einzigen Messlaten für die Ermittlung eines Weges zur europäischen Integration.

Maria Eleni Koppa (S&D). – (EL) Frau Präsidentin, trotz der Vorbehalte einiger Menschen hat die Politik der Erweiterung Stabilität, Frieden und Wohlstand nach Europa gebracht. Heute wird von uns verlangt, die Verhandlungen mit den Bewerberländern fortzusetzen: den Ländern des westlichen Balkans, mit Island und der Türkei. Die Integration des westlichen Balkans ist zweifelsohne die größte Herausforderung. Seine Integration wird einer Periode der Konflikte beenden, die 1990 begann, und wird das eliminieren, was sich sonst zu einem schwarzen Loch im Herzen Europas entwickeln wird. Kroatien wird in wenigen Monaten zur Integration bereit sein, und die anderen Länder machen dynamische Fortschritte. Für Serbien müssen

wir alle anerkennen, wie weit das Land gekommen ist und diesen Fortschritt fördern, indem wir es ermutigen, sich in Richtung Europa zu bewegen. Es gibt natürlich noch ausstehende Fragen. Der ungelöste Status des Kosovo, die schwierige Situation in Bosnien und der Disput um den Namen der Ehemaligen Republik Jugoslawien sind in diesem Gebiet offene Wunden. Was Griechenland anbelangt, so bemüht sich die neue Regierung, eine Lösung zu finden, die den Disput beendet. Nach 17 Jahren voller Spannungen muss schließlich einfach Zeit für das Finden einer Lösung gewährt werden, die für beide Seiten annehmbar ist. Allgemein gesagt wurden gute nachbarschaftliche Beziehungen bewiesen, die - ob wir es nun mögen oder nicht - die Voraussetzung für eine Integration sind. Lassen Sie uns also alle daran arbeiten.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). - Herr Präsident! Herr Ratspräsident Bildt, Sie haben hier eine gute Rede gehalten, klar und prägnant. Die Europäische Union als geopolitischer Stabilisierungsfaktor und die Erweiterungspolitik als Instrument, das ist alles richtig.

Aber ich finde, es ist weder intellektuell noch politisch befriedigend, so zu tun, als ob es diesen Zielkonflikt zwischen der immer größeren Union und der immer engeren Union nicht gebe – eine Frage, die wir nicht abschließend beantwortet haben. Mehr Größe bringt mehr Gewicht, das ist richtig, aber sie bringt auch mehr Komplexität. Das hat Folgen für unsere Handlungsfähigkeit. Wir müssen deswegen einen neuen Dialog über die Erweiterung führen, wie das Kollege Severin von den Sozialdemokraten vorgeschlagen hat, nämlich an abgestufte Mitgliedschaften, an neue Formen denken, um diese beiden Zielsetzungen, die ja beide legitim sind, miteinander zu versöhnen.

Wir brauchen institutionelle Reformen. Ich kann zum Beispiel in Deutschland nicht erklären, dass ich zu Thessaloniki stehe, dass aber die Nachfolgestaaten von Jugoslawien eines Tages mehr Kommissare haben werden als alle Gründungsmitglieder der Europäischen Union zusammen. Das passt nicht. Wir brauchen Ehrlichkeit in der Erweiterungspolitik, denn damit erhalten wir dann auch wieder die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger für diese wichtige Politik.

Peter van Dalen (ECR). – (NL) Gemäß einer Eurobarometer-Umfrage haben die europäischen Bürger ihrer Meinung zu einem Beitritt der Türkei klar Ausdruck verliehen: 28 % waren dafür und 59 % dagegen. Diese Zahlen sprechen für sich, und keine Politiker können oder sollten sie leugnen. Wenn wir sie leugnen, werden wir die Kluft zwischen Bürgern und Politikern nur noch breiter machen.

Die Türkei ist weder geografisch ein Teil von Europa, noch ein Teil der europäischen Geschichte, deren religiöse, kulturelle und politische Landschaften vom Christentum, der Renaissance, der Aufklärung und dem demokratischen Nationalstaat definiert wurden. Andererseits würde eine Art von privilegierter Partnerschaft das Beste beider Welten zusammenführen. Zusätzlich zu vielen Wirtschaftsvorteilen würde eine derartige Partnerschaft eine entspanntere Beziehung zwischen Europa und der Türkei schaffen und uns von dem gnadenlosen Stress eines Beitritts befreien. Daher ist es an der Zeit, eine klare Entscheidung zu treffen: Lassen Sie uns die Beitrittsverhandlungen beenden und uns auf den Prozess der Verhandlung einer privilegierten Partnerschaft konzentrieren. Möge dies unsere Erweiterungsstrategie für das Jahr 2010 sein.

Helmut Scholz (GUE/NGL). - Frau Präsidentin, Herr Ratspräsident, Herr Kommissar! Ich und auch viele Kollegen meiner Fraktion haben die Erweiterung immer als eines der wichtigsten Projekte der EU gesehen und unterstützt. Bei all unserer berechtigten Kritik an verschiedenen Aspekten seiner Ausgestaltung ist es eines der erfolgreichsten Kapitel der EU-Außenentwicklung, und es ist eine komplexe, langfristige Aufgabe, der sich sowohl die Beitrittsländer als auch die EU selbst stellen müssen. Dazu ist heute bereits im Plenum gesprochen worden.

Wir müssen uns selbst hinterfragen: Sind wir für die weiteren Prozesse der Erweiterung geeignet? Gerade mit Blick auf Südosteuropa und seine lange Geschichte des Verfalls von Staaten und Imperien war es richtig und wichtig, dass man den Menschen in diesen Ländern, in einer schwer geprüften Region, die Möglichkeit einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union ermöglicht hat. Dass einige politische Kräfte in den Mitgliedstaaten der Union – zwischenzeitlich unter dem Vorwand, dass die Festigung der Identität und der Institutionen der EU Vorrang vor weiteren EU-Beitritten haben – von diesem Versprechen abgerückt sind, hat nicht nur das Misstrauen in den beitrittswilligen Ländern verstärkt, sondern wirkt auch hemmend auf die demokratische Meinungsbildung und die Reformprozesse in der Region.

Bastiaan Belder (EFD). – (NL) Ich erinnere mich noch lebhaft an Kommissar Rehn, der bei einem unserer kürzlich stattgefundenen Treffen sagte, dass man, um ein für die Erweiterung zuständiger Kommissar zu sein, ein Optimist sein müsse.

Ich muss sagen, dass ihn dieser Begriff meiner Meinung nach sehr gut beschreibt, aber was mich anbelangt, so passt die Rolle des Optimisten nicht zu ihm. Meine persönliche Sichtweise ist, dass in der Politik, und die umfasst auch die europäische Politik, Optimismus hinter Realismus zurückstehen muss. Ich empfinde es als absolut schockierend, dass das Parlament bei einer derartig durch die rosarote Brille gesehenen Herangehensweise mitmacht. Warum war es erforderlich, das klare Signal an die Türkei und an Bosnien in der ersten Fassung des Berichts von Herrn Albertini zu dämpfen? Warum müssen wir der Türkei Komplimente machen? Warum haben wir verzweifelte Anstrengungen unternommen, eine positive Eröffnungsbotschaft für Bosnien zu finden?

Ist dem Parlament die Tatsache nicht voll bewusst, dass wir die Völker der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu vertreten haben? Informationskampagnen werden bei der Erreichung eines Erweiterungsprozesses, der vom Volk unterstützt wird, nicht helfen. Wir werden dies nur erreichen, indem wir ehrlich und realistisch beurteilen, inwieweit diese Länder die Kopenhagener Kriterien erfüllt haben.

Franz Obermayr (NI). - Frau Präsidentin! Es ist erschreckend, wie deutlich das Demokratiedefizit der EU zum Thema des Beitritts der Türkei wird. Die Mehrheit der EU-Bevölkerung spricht sich eindeutig gegen einen Beitritt aus. Dennoch wird über die Köpfe der Bürger hinweg schöngefärbt, begutachtet und weiter verhandelt.

Es ist nicht ehrlich, so zu tun, als ob es nicht in Richtung einer Vollmitgliedschaft ginge. Schon jetzt erhält die Türkei als Beitrittskandidat für die Jahre 2007 bis 2010 2,26 Mrd. Euro. Beahlt wird das ganze von Nettozahlerländern, deren Bürger den Beitritt aber nicht wollen.

Es geht hier offensichtlich vielmehr um US-amerikanische Interessen, und zahlreiche nichteuropäische Konflikte würden bei einem Beitritt mitten in Europa zu lösen sein. Ich halte es daher trotz der Teilnahme der Türkei an einem *Eurovision Song Contest* mit der Meinung des hochverehrten früheren deutschen Bundespräsidenten Theodor Heuss, der Europa klar definierte. Europa, sagte er, sei auf drei Hügeln aufgebaut worden: Auf der Akropolis für griechischen Humanismus, auf dem römischen Kapitol für die europäische Staatsidee und auf dem Hügel von Golgatha für das christliche Abendland.

Doris Pack (PPE). - Frau Präsidentin! Herr Ratspräsident! Herr Kommissar! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Erweiterung um den Westbalkan ist seit Thessaloniki eine beschlossene Sache. Die Aufnahme dieser Länder, wenn sie denn die Bedingungen erfüllt haben, ist auch kein Gnadenakt, wie so manche meinen, sondern es ist eine schlichte Notwendigkeit angesichts ihrer geografischen Lage mitten in der Europäischen Union.

Ihre Stabilität bedingt die unsere, wie wir in den 90er Jahren umgekehrt leidvoll erfahren haben. Alle Länder müssen natürlich die Voraussetzungen erfüllen, die die Kopenhagener Kriterien beinhalten, und, da sie verfeindet waren, natürlich auch eine regionale Zusammenarbeit pflegen. Das gilt aber auch für die Länder, die Nachbarländer dieser Beitrittskandidaten sind. Ich erwarte von Slowenien und auch von Griechenland, dass sie den Beitrittskandidaten helfen, diesen Weg schnell und zügig zu gehen.

Leider ist das Land Bosnien und Herzegowina in einer ganz ganz schwierigen Situation, und ich glaube nicht, dass ich das in anderthalb Minuten überhaupt abhandeln kann, obgleich ich Berichterstatterin für diese Region bin. Ich spare mir das. Ich wünsche nur, lieber Herr Ratspräsident und lieber Herr Kommissar, dass die Verhandlungen dort unten so geführt werden, dass sie nah bei den Menschen erfolgen und nicht zu sehr von außen diktiert werden.

Alle Länder in der Region haben unterschiedlich lange Wege zurückzulegen, und wir müssen ihnen bei der Bewältigung helfen. Lieber Herr Kollege Lambsdorff, das Thema, dass die Beitrittskandidaten mehr Kommissare als die Gründungsmitglieder haben, ist wohl ein ganz erbärmliches Argument. Es ist nämlich kein Argument, es ist ein Totschlagargument. Denn dieses Problem kann man lösen. Aber die Menschen dort unten dürfen nicht ausgeschlossen bleiben, weil Sie das Problem nicht lösen wollen.

Zoran Thaler (S&D). – (SL) Ich möchte sowohl Kommissar Rehn als auch Herrn Bildt, dem amtierenden Präsidenten des Rates, zu ihren konstruktiven und positiven einleitenden Bemerkungen gratulieren.

Als Berichterstatter für die ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM) bin ich besonders erfreut festzustellen, dass dieses Land 2009 Fortschritte erzielt hat und dass die Kommission empfohlen hat, der Rat möge ein Datum für den Verhandlungsbeginn festlegen. Wir haben auch die Tatsache zur Kenntnis genommen, dass die Premierminister Papandreu und Gruevski begonnen haben, direkt zu kommunizieren.

Ich möchte Herrn Bildt und Kommissar Rehn sowie die Regierungen aller Mitgliedstaaten, für die diese Angelegenheit von Interesse ist, auffordern, ihre Telefone zu nehmen und Premierminister Papandreou und Premierminister Gruevski im Vorfeld des Gipfels im Dezember anzurufen, um ihnen ihre Solidarität zu zeigen und ihre entschlossenen Bemühungen zu ermutigen, eine Lösung für diesen Konflikt, der seit 20 Jahren anhält, zu finden.

Dies ist die einzige Art, in der Griechenland als langjähriges Mitglied der Europäischen Union in der Lage sein wird, seine Ambitionen zu erfüllen und die Verantwortungen, die es in dieser Region hat, wahrzunehmen.

Jelko Kacin (ALDE). – (SL) Serbien hat in den letzten Monaten Fortschritte gemacht und durch die Erfüllung der Kriterien für die Visaliberalisierung sowohl sich als auch Europa gezeigt, dass es in der Lage ist, mehr und bessere Leistungen zu erbringen als bisher. Für diesen Erfolg verdient Serbien Anerkennung.

Serbien hat verborgenes Potenzial, das es auf seinem Weg zur EU-Mitgliedschaft ausschöpfen muss, und es muss dies in seinem eigenen Interesse als auch im Interesse seiner Nachbarn, der Region als Ganzem und der Europäischen Union tun. Angesichts seiner Größe und strategischen Position könnte es zur treibenden Kraft werden, die die Region näher zusammenbringt. Es ist an der Zeit, dass es sich dieser Rolle bewusst wird, und dass es mehr für die Erweiterung tut als bisher.

Die Führung in Belgrad muss sich systematisch der dringend notwendigen politischen und wirtschaftlichen Reform verschreiben und mit all ihren Nachbarn zusammenarbeiten. Die volle Zusammenarbeit mit dem Haager Gerichtshof reicht nicht aus, da sie zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden muss. Serbien muss seine politische Kultur optimieren, da seine bisherigen Leistungen diesbezüglich den Beitrittsprozess behindern könnten. Es braucht Transparenz, und es muss einen so breit gefächerten öffentlichen Konsens wie nur möglich schaffen und so die Kluft in Bezug auf wichtige EU-Angelegenheiten zwischen der regierenden Koalition und der Opposition überwinden. Zwei wichtige Voraussetzungen für einen schnelleren Fortschritt sind jedoch Freiheit und Unabhängigkeit der Medien und ein Ende der Medienmanipulation.

Geoffrey Van Orden (ECR). – Frau Präsidentin, ich möchte nur um mehr Ehrlichkeit in unserem Umgang mit der Türkei bitten sowie eine korrekte und faire Interpretation von Ereignissen, insbesondere in Bezug auf Zypern, wo eine verzerrte Version der neuesten Geschichte leider zur anerkannten Sichtweise geworden ist.

Es gibt eine echte Gelegenheit zwischen heute und den Präsidentschaftswahlen in Nordzypern im April, die genutzt werden sollte - und dies ist eine Angelegenheit, die alle Seiten angeht. Wir sollten stets daran denken, dass die türkischen Zyprioten dem UN-Plan für die Vereinigung im April 2004 zugestimmt haben. Er wurde vom Süden abgelehnt. Wir sollten auch an das Versprechen der Europäischen Union vom Mai 2004 denken, die Isolation von Nordzypern zu beenden, ein Versprechen, das nie eingehalten wurde. Die EU hat hier eine moralische Verpflichtung. Ich fürchte, dass wir, wenn wir die türkischen Interessen weiterhin auf diese Weise behandeln, riskieren, einen wichtigen Verbündeten in einem strategischen Bereich von großer Bedeutung zu verlieren und dass wir all die falschen Tendenzen in der Türkei selber fördern.

Natürlich sind viele von uns äußerst besorgt über Migrationsprobleme in Bezug auf unsere Nationen. Dies ist ein Aspekt unserer Verhandlungen mit der Türkei, der auf besondere und entschiedene Weise behandelt werden muss.

Wenn ich die Zeit hätte, würde ich auch auf Kroatien und andere Länder im südöstlichen Europa verweisen, die sich - im Fall von Kroatien - vor ihrem Beitritt oder bevor ihre Bewerbung vertrauensvoll vorangetrieben werden kann, dringend der Korruption, des organisierten Verbrechens und des Missbrauchs bestimmter Privateigentumsrechte annahmen müssen.

William (The Earl of) Dartmouth (EFD). – Frau Präsidentin, die für die EU-Mitgliedschaft vorgeschlagenen Länder sind verhältnismäßig arm. Ihr europäischer Traum, um den Kommissar zu zitieren, besteht darin, Fördermittel zu erhalten. Darum geht es hier. Fakt ist, dass reiche Länder, wie Norwegen und die Schweiz, der EU einfach nicht beitreten wollen. Das schlagende Argument ist, dass Island, als es noch ein reiches Land war, kein Interesse an einem Beitritt zur Europäischen Union gezeigt hat. Jetzt ist es bankrott, und leider hat sich nun auch die isländische Regierung in die Warteschlange für den EU-Beitritt eingereiht. Die San-Andreas-Spalte der Europäischen Union liegt zwischen den sieben Mitgliedstaaten, die große Nettozahler sind, und dem Rest.

Die Situation ist instabil, unhaltbar und untragbar. Sie denken, dass Sie das EU-Reich mit dieser schlecht durchdachten Politik erweitern. Tatsächlich treiben Sie es nur in ein künftiges Wirtschaftschaos.

Francisco José Millán Mon (PPE). – (ES) Frau Präsidentin, der Erweiterungsprozess war ein durchschlagender Erfolg. Die letzte Erweiterung hat es uns ermöglicht, mit den Ländern in Mittel- und Osteuropa zusammenzukommen, denen nach dem zweiten Weltkrieg ungerechterweise Freiheit und Wohlstand verweigert wurden. Derzeit konzentriert sich die Erweiterung auf die westlichen Balkanstaaten, die Türkei und Island.

Ich befürworte die Konzepte, die wir als Leitprinzipien für den Erweiterungsprozess in den letzten Jahren identifiziert haben. Ich meine Konsolidierung, Konditionalität und Kommunikation. Damit möchte ich sagen, dass wir unseren Verpflichtungen nachkommen, jedoch keine vorschnellen Versprechen zu künftigen Erweiterungen machen sollten.

Zweitens unterliegt der Fortschritt der verschiedenen Beitrittsprozesse der strengen Einhaltung der Bedingungen. Die Beitrittsländer müssen entschlossene Anstrengungen zur Durchführung der notwendigen Reformen unternehmen. Drittens müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, mit den Bürgern zu kommunizieren. Die EntschlieÙung, über die wir morgen abstimmen werden, hebt die äußerst wichtige Angelegenheit der Kommunikation hervor.

In diesem Zusammenhang würde ich gern den breiter gefächerten Vorschlag, den ich bei vorherigen Gelegenheiten gemacht habe, aufgreifen, nämlich, dass es angemessen wäre, das Wissen junger Europäer über die Union zu erweitern, indem dies zu einem Pflichtfach auf dem Lehrplan der Oberstufe/Sekundarstufe II gemacht wird.

Ein weiteres relevantes Konzept in der EntschlieÙung ist die Integrationskapazität. Für die Erweiterung müssen die bestehenden Mitglieder der Union bestimmte Maßnahmen ergreifen. Bezüglich der Finanzen müssen für eine Erweiterung ausreichende finanzielle Mittel bereitstehen, um sicherzustellen, dass wichtige Gemeinschaftspolitiken, wie beispielsweise die gemeinsame Agrarpolitik oder die Kohäsionspolitik, nicht gefährdet sind.

Ich komme nun zum Ende. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass uns allen bewusst ist, dass der Kosovo ein Sonderfall ist. Leider gibt es jedoch Abschnitte der EntschlieÙung, wo diese Besonderheit nicht deutlich gemacht wird.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich sehe die EntschlieÙung, über die wir heute im Parlament diskutieren, als etwas wirklich Positives an.

Um weiter bei einem Teil davon zu verweilen, meiner Ansicht nach ist das Thema der europäischen Erweiterung um die Länder des westlichen Balkans einer der Dreh- und Angelpunkte für die europäischen Handlungen in den kommenden Monaten und muss dies auch bleiben.

Ich möchte den schwedischen Vorsitz und vor allem Kommissar Rehn zu ihrer Arbeit beglückwünschen. Wir müssen uns dennoch stärker am Prozess der Erweiterung beteiligt fühlen.

Einige Länder müssen an der rechtlichen Front und im Kampf gegen Verbrechen sowie Reformen zweifelsohne noch zulegen. Und doch dürfen wir das politische Ziel - die Konsolidierung der Demokratie in jenen Ländern und dass wir sie dazu bringen, in wirtschaftlicher, sozialer und infrastrukturenspezifischer Hinsicht dem europäischen Weg zu folgen - nicht aus den Augen verlieren.

Ich denke dabei beispielsweise an Länder wie den Kosovo - und in dieser Hinsicht stimme ich dem von Frau Lunacek eingebrachten Änderungsantrag in Bezug auf die Roma-Frage zu - da dies ein Land ist, dass wir nicht einfach außer Acht lassen können, weil fünf europäische Länder seine Unabhängigkeit noch nicht anerkannt haben.

Zusammenfassend brauchen wir das richtige Maß an Mut und eine vorausschauende Politik, die in der Lage ist, sich der Herausforderung zu stellen, die der Prozess der Erweiterung für uns alle bedeutet.

Jorgo Chatzimarkakis (ALDE). - Frau Präsidentin, Herr Ratspräsident! Ich möchte als Leiter der Delegation für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sprechen und konzentriere mich auf dieses Land. Ich möchte mich zunächst bei unserem Kommissar Olli Rehn ganz herzlich für seinen Mut bedanken, denn mit seinem Bericht, mit seinem grünen Licht für dieses Land, hat er einen mutigen Schritt und damit auch ein *momentum* geschaffen. Gleichzeitig fanden nämlich in Athen Neuwahlen statt, wir haben eine neue Regierung in Athen, und deswegen haben wir jetzt eine Situation, ein Zeitfenster, wo wir etwas erreichen können. Ich möchte dennoch die Kollegen bitten, jetzt mit Ruhe zu reagieren. Denn wenn wir jetzt die Erwartungen zu hoch treiben – am Freitag dieser Woche wird ja ein Gespräch zwischen Papandreou und Ministerpräsident

Gruevski stattfinden –, dann mag es sein, dass wir den Druck so stark erhöhen, dass der Kessel platzt. Das wollen wir nicht riskieren.

Wir müssen alle Seiten ermuntern, auf diesem Pfad, der jetzt beschritten wurde, freundschaftlich weiterzugehen. Ich möchte mich auch beim Berichterstatter Zoran Thaler bedanken, der diesen Weg der Europäer genau so beschreibt. Dir, lieber Olli, alles Gute für Deine Zukunft in der Kommission!

(Der Redner erklärt sich bereit, gemäß Artikel 149 Absatz 8 GO auf die Frage eines anderen Mitglieds zu antworten.)

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). - Frau Präsidentin! Ich habe eine Frage an den Kollegen Chatzimarkakis, wenn er sie zulässt. Die Kollegin Pack hat ja eben offensichtlich nicht gehört, dass ich gesagt habe, dass wir klar zu Thessaloniki stehen. Ich will das hier noch einmal wiederholen.

Ich wollte den Kollegen Chatzimarkakis fragen, was aus seiner Sicht jetzt die dringendsten Schritte sind, die von der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien unternommen werden müssen, um im Namensstreit Fortschritte zu erzielen und um die beginnenden Verhandlungen möglichst erfolgreich zu gestalten.

Jorgo Chatzimarkakis (ALDE). - Herr Präsident! Vielen Dank für die Frage. Ich glaube, beide Seiten müssen über ihren Schatten springen, und wir sehen auf beiden Seiten Bereitschaft, genau einen Schritt zu gehen. Wir erwarten jetzt, dass es eine nachhaltige Lösung gibt. Deswegen ist am Freitag ganz eindeutig und mit Sicherheit in einem Fünf-Minuten-Gespräch eine Lösung der Namensfrage zu erwarten. Das ist nicht das Problem.

Aber die Anwendung des Namens, der sogenannte *Scope*, das ist die große Frage, und dafür brauchen beide Seiten offenbar Zeit. Da bitte ich um eine nachhaltige Lösung, denn sonst haben wir eine kurzfristige Lösung, die dann vielleicht doch zur Katastrophe führen könnte. Deswegen sind wir Europäer alle aufgerufen, beide Seiten sehr freundschaftlich zu ermuntern, eine nachhaltige Lösung mit einem breiten *Scope*, einer breiten Anwendung, zu schaffen.

Mario Borghezio (EFD). - (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir müssen die Aussage, die Erweiterung sei ein Stabilitätsfaktor, sehr gründlich prüfen.

Denken wir daran zurück, was Premierminister Erdogan vor einigen Tagen sagte. Er sagte, er sei mit Herrn Netanyahu nicht klargekommen, fühlte sich aber sehr viel wohler mit Herrn Bashir, der, wenn ich mich nicht irre, der sudanesischer Präsident ist, gegen den wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ermittelt wird.

Zum Thema Nachbarn - wenn die Türkei Europa beitrete, hätten wir den Iran, den Irak und Syrien als unsere Nachbarn. Dies scheint mir keine ideale Nachbarschaft zu sein. Es wäre viel besser, wenn die Türkei Europa durch die Bildung einer privilegierten Partnerschaft beitrete. Ein recht Besorgnis erregender Trend einer Entwestlichung der Türkei hat direkt unter unseren Augen enorm zugenommen. Wir brauchen nur an die Maßnahmen zu denken, die sich auf das soziale Zusammenleben in den Gemeinden auswirken, wie beispielsweise getrennte Schwimmbäder für Männer und Frauen, Beschränkungen der Oppositionsfreiheit, die sogar bis hin zur Auferlegung einer 3-Millionen-Euro-Strafe für oppositionelle Sendungen reicht, und so weiter.

Ich denke, wir müssen weiterhin eine Tatsache berücksichtigen: Es mag ja eine Mehrheit in diesem Parlament den Beitritt der Türkei befürworten, die Mehrheit des türkischen Volkes ist jedoch dagegen. Wir bestehen auf die Erweiterung unserer Grenzen unter Einbeziehung der Türkei, wobei die Türken selber dies nicht wollen.

Der Präsident der Italienischen Republik hat gesagt, dass Pakte geachtet werden müssen. Dem stimme ich zu, aber wir müssen auch berücksichtigen, dass Türken Türken sind.

Georgios Koumoutsakos (PPE). - (EL) Frau Präsidentin, der Bericht, über den wir heute debattieren, soll eine positive Botschaft über die europäischen möglichen Bewerber und letztendlich über den Beitritt der Länder des westlichen Balkans, der Türkei und Islands zur Europäischen Union senden. Ich bin der Ansicht, dass alle hier in diesem Plenarsaal, oder zumindest die meisten von uns, mit dieser positiven Botschaft übereinstimmen. Gleichzeitig muss jedoch klargestellt werden, dass vor einem Beitritt Fortschritte erreicht werden müssen. Dies ist kein mit Rosen bedeckter Weg. Daher ist es für die Europäische Union eine Frage der Glaubwürdigkeit zu sehen, dass die von ihr festgelegten Kriterien und Voraussetzungen mit Taten und nicht nur mit guten Absichten eingehalten werden. Mit anderen Worten, für eine vollständige Integration ist eine vollständige Adaption erforderlich.

In diesem Kontext ist das Unterhalten guter nachbarschaftlicher Beziehungen äußerst wichtig. Wir dürfen uns nicht hinter unserem Finger verstecken. Die ernsthaften ungelösten Probleme hinsichtlich guter nachbarschaftlicher Beziehungen zwischen Kandidatenländern und Mitgliedstaaten beeinträchtigen den Fortschritt des Beitritts derer, die Mitglieder dieser Familie werden wollen. Der Präzedenzfall von Slowenien und Kroatien bestätigt dies. Daher muss die ausstehende Angelegenheit des Namens der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien vor - und nicht nach - Beginn der Beitrittsverhandlungen geklärt werden. Der Grund dafür ist einfach. Wenn dieses Land ein Startdatum für Verhandlungen erhält, ohne dass dies geklärt ist, hat seine Regierung nicht mehr den starken Anreiz, eine konstruktive Stellung zu beziehen, um ultimativ eine gegenseitig annehmbare Lösung mit Griechenland zu finden.

Was die Türkei anbelangt, sind die Regularisierung seiner Beziehungen mit der Republik Zypern und ein Stopp für die Flüge der Militärflugzeuge über griechisches Territorium zwei wesentliche Faktoren zur Beschleunigung des Fortschritts in Bezug auf einen Beitritt. Dies sollten wir bei der Festlegung unseres Standpunktes in der morgigen Stimmabgabe bedenken.

Richard Howitt (S&D). – Frau Präsidentin, die heutige Debatte und Entschließung bietet dem neuen Europäischen Parlament die Gelegenheit, sich erneut der künftigen Erweiterung der Europäischen Union zu verschreiben, die positiven Entwicklungen in den Bewerberländern - in fast jedem einzelnen Fall - zur Kenntnis zu nehmen und uns daran zu erinnern, dass die Befreiung des Handels, die Förderung der Stabilität, die Verbesserung der Kontrolle unserer Grenzen und die Erweiterung der Reisegelegenheiten sowie der freie Austausch für unsere Völker die Europäische Union stärken und nicht schwächen.

Die Europäischen Konservativen haben heute wiederholt, dass sie die Erweiterung begrüßen, gleichzeitig haben sie sie jedoch aus dem Gründungsdokument ihrer neuen Gruppe ausgenommen, deren offizieller Sprecher, der in dieser Debatte zu Wort kommt, seine Opposition der Türkei gegenüber wiederholt, wodurch sie genau demselben Lager zuzuordnen sind wie die Extreme Rechte, die wir alle heute Nachmittag gehört haben.

Ich möchte jedoch dem Kommissar Olli Rehn meinen herzlichsten Dank aussprechen, dessen Humor sich in seinem kürzlich abgegebenen Kommentar widerspiegelt, dass sich der Generaldirektor der Erweiterung künftig nicht in gleichem Abstand vom Rat oder von der Kommission - in der Mitte der Rue de la Loi - befinden solle.

Ich weiß seinen Humor zu schätzen, wie auch sein gutes Urteilsvermögen. Ich hoffe, sein Vermächtnis wird der Beitritt aller aktueller EU-Bewerberländer sein.

Pat the Cope Gallagher (ALDE). – (GA) Frau Präsidentin, es gab stets eine starke Verbindung zwischen Island und der Europäischen Union und als Vorsitzender der Delegation für Beziehungen zur Schweiz, zu Island, zu Norwegen und zum europäischen Wirtschaftsraum war ich hochofiziert, dass ich in der letzten Woche die parlamentarische Delegation aus Island begrüßen durfte. Ich hoffe, dass schon bald ein gemeinsamer parlamentarischer Ausschuss gebildet wird, und dass die isländische Regierung nach dem Beschluss der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Union im letzten Juli an engen Gesprächen mit der Kommission teilnimmt. Ich bin sicher, dass die europäischen Staats- und Regierungsoberhäupter grünes Licht geben werden, sodass die Verhandlungen zwischen der Union und Island beim Gipfeltreffen im nächsten Frühjahr beginnen können. Da Island ein Mitglied des europäischen Wirtschaftsraums ist, hat es zweiundzwanzig der Kapitel, die erfüllt werden müssen, bereits abgedeckt. Ein Großteil der Arbeit ist bereits erledigt. Ich bin zuversichtlich, dass die anderen Kapitel auf positive, zielgerichtete Weise und im freundschaftlichen Geist abgehandelt werden.

Krzysztof Lisek (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, als Pole, jedoch gleichzeitig seit fünf Jahren als Bürger der Europäischen Union, möchte ich meiner großen Zufriedenheit darüber Ausdruck verleihen, dass wir hier in derart illustrier Gesellschaft reden, zu der u. a. auch die Menschen gehören, die stark in den Erweiterungsprozess involviert sind, wie beispielsweise Herr Rehn und Herr Bildt. Wir reden über die künftige Erweiterung der Europäischen Union und wir tun dies trotz all derer, die sagen, dass die EU ihre Möglichkeiten für eine territoriale Entwicklung bereits bis zum Äußersten ausgeschöpft hat. Die einzig guten Nachrichten, die ich für diese Gegner einer künftigen Erweiterung habe, ist, dass es 2009 überhaupt keine EU-Erweiterung geben wird.

Ich möchte jedoch nicht, dass wir den Prozess der EU-Erweiterung nur aus Sicht der Rechtsklauseln sehen. Ich möchte, dass wir ihn auch als historischen Prozess sehen. Die Geschichte lehrt uns schließlich, dass die Balkanstaaten beispielsweise der Ursprung vieler Konflikte im 20. Jahrhundert waren. Dies waren Konflikte, die sich über den gesamten Kontinent ausgebreitet haben, wie der Erste Weltkrieg, und Konflikte, wie der

Krieg in den 1990er Jahren, der auch andere Länder betroffen hat, wenn auch nur durch die Migration vieler Millionen Menschen. Daher ist der Beitritt der Balkanstaaten zur Europäischen Union meiner Ansicht nach womöglich der wichtigste Beitrag der EU überhaupt zur Stabilisierung und zur Schaffung von Frieden auf unserem Kontinent.

Wenn ich nur noch eines dazu sagen dürfte, was Herr Bildt in Bezug auf offene Türen gemeint hat, dann würde ich Sie bitten, nicht zu vergessen, dass da noch weitere Länder sind, die in dem heutigen Dokument nicht erwähnt sind, die von einer EU-Mitgliedschaft träumen.

Emine Bozkurt (S&D). – (NL) Zunächst einmal bedauere ich die Tatsache, dass wir derzeit kein rosiges Bild von der politischen Situation in Bosnien und Herzegowina zeichnen können.

Der Reformprozess in diesem Land wird noch immer von den politischen Kräften dort gelähmt. Die beiden Einheiten konnten noch keine gemeinsame Vision entwickeln, infolgedessen ist der Fortschritt zu einem Halt gekommen.

Erneut möchte ich die Bedeutung der Schaffung eines nachhaltigen verfassungsmäßigen Rahmens hervorheben, der für dieses Land und dafür, dass seine Einrichtungen effektiver arbeiten, so wichtig ist. Daher fordere ich die politischen Führer beider Einheiten auf, als Ausgangspunkt darauf hinzuarbeiten.

Darüber hinaus möchte ich betonen, wie sehr es mich freut, dass die Türkei dem Herzen und dem Geist der Partei meines Abgeordnetenkollegen Madlener, der Niederländischen Freiheitspartei, so nahe ist. Genau wegen der Verhandlungen der Türkei mit der Europäischen Union hat dieses Land so große Schritte voran gemacht. Daher hätte ich erwartet, dass die Freiheitspartei den Verhandlungsprozess stärker unterstützt.

Schließlich möchte ich noch hervorheben, dass der Beitrittsprozess ergebnisorientiert und nicht vom Beitrittstermin, sondern von den erreichten Resultaten geleitet sein sollte. Erst wenn die Bewerberländer die festgelegten Voraussetzungen erfüllt und sich somit für eine volle Mitgliedschaft qualifiziert haben, kann über einen Beitritt gesprochen werden.

Arnaud Danjean (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, sehr geehrte Minister, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Annahme des Vertrages von Lissabon es uns ermöglicht, in eine neue Ära der Erweiterungspolitik vorzudringen, und wir müssen diesen neuen Prozess mit Realismus und einem klaren Kopf beginnen: Dies ist das Wesentliche dieser Entschließung.

Einerseits bedeutet ein neuer Prozess nicht, alles auf eine Karte zu setzen. Dies wäre der sicherste Weg, Missverständnisse und sogar einen Misstrauen in der Öffentlichkeit zu säen, und es wäre auch der beste Weg, falsche Vorstellungen bei den Bewerberländern zu erzeugen und sie darin zu ermutigen, sich in rhetorische und kosmetische Politiken zu flüchten, und nicht in Politiken, die auf durchgreifendere Reformen ausgelegt sind. Wir müssen bei Schritten, Bedingungen und Werten achtsam sein, bei denen wir keine Kompromisse eingehen dürfen, und ich glaube insbesondere an die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof.

Andererseits muss erneut und mit den deutlichsten Worten bestätigt werden, dass der Platz der Länder des westlichen Balkans, aller Länder des westlichen Balkans, einschließlich des Kosovo, in der Tat in der Europäischen Union ist, und dass wir sie darin ermutigen müssen, ihre Anstrengungen fortzusetzen und zu verstärken. Es besteht kein Widerspruch zwischen der klaren Darlegung der Forderungen einerseits und der vollen Unterstützung für den Prozess der Erweiterung um den westlichen Balkan andererseits, genau wie kein Widerspruch zwischen der Verfolgung der Philosophie, jeden nach seine Leistung zu beurteilen, und der Durchführung wichtiger Initiativen für alle Länder in der Region, wie beispielsweise der Visaliberalisierung, besteht.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zur Türkei sagen. Bevor über ein sehr hypothetisches künftiges Ergebnis in Bezug auf den Beitrittsprozess der Türkei spekuliert wird, möchte ich einfach sagen, dass die Kommission bereits das zweite Jahr in Folge keinen Fortschritt hinsichtlich des Ankara-Protokolls festgestellt hat, und dass dies das Aufschlagen jeglicher neuer Verhandlungskapitel verhindert hat.

Hannes Swoboda (S&D). – Frau Präsidentin! Ich habe den Beginn dieser Diskussion versäumt, weil ich als Berichterstatter für Kroatien im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Kroatien referieren musste.

Ich möchte mich aber bei dieser Gelegenheit bei Carl Bildt und Olli Rehn herzlich bedanken für ihre Mithilfe, dass es zwischen Slowenien und Kroatien zumindest momentan zu einer Lösung der Grenzstreitigkeit gekommen ist. Es ist ein gutes Beispiel, wie man durch Zusammenarbeit – des Rates, der Kommission und

auch dieses Parlaments – Ländern helfen kann, ihre Probleme zu überwinden. Ich habe auch meinen Beitrag dazu geleistet, dass es jedenfalls in Kroatien jetzt zu einer fast einstimmigen Ratifizierung dieses Vertrages gekommen ist.

Was mir aber viel mehr Sorgen macht, ist Bosnien und Herzegowina. Ich war vor kurzem in Banja Luka und Sarajewo. Zwar hat Dodik im Gespräch einige Kompromisse, einige Veränderungen angeboten, denen er zustimmen kann. Aber ich möchte doch eine Idee aufgreifen, die Doris Pack hier kurz vorgebracht hat: Wie können wir mit breiteren Schichten der Bevölkerung in Kontakt treten? Denn dort gibt es ein großes Interesse, diese Sprachlosigkeit oder diese Gegensätze zu überwinden, die an der Spitze mancher Politik herrschen. Dass wir die adressieren, müssen wir irgendwie erreichen, denn im Gegensatz zu dem, was jetzt wieder The Earl of Dartmouth gesagt hat, gibt es, Herr Kollege, viele Menschen in dieser Region, denen es nicht um das Geld der Europäischen Union geht, die aber in eine Union des Friedens, in eine Union der Verständigung hinein und aus einer Region des Hasses und des Krieges heraus wollen. Darum geht es in Europa. Sie wollen das nicht verstehen, und Sie werden das nie verstehen. Aber die Menschen in Sarajewo und Banja Luka wissen, was Europa bedeutet, und denen sollen wir helfen.

Bernd Posselt (PPE). - Frau Präsidentin! Wir müssen Kroatien im nächsten Jahr in die Europäische Union aufnehmen bzw. die Beitrittsverhandlungen beenden und mit dem Ratifikationsprozess beginnen. Kroatien ist seit 20 Jahren auf dem Weg in die Europäische Union und zur Freiheit. Man hat künstliche Hindernisse vor diesem Land aufgebaut, und ich bin der schwedischen Präsidentschaft dankbar, dass sie dazu beigetragen hat, diese aus dem Weg zu räumen.

Kroatien hat jetzt das Abkommen mit Slowenien mit Zweidrittelmehrheit ratifiziert, und wir müssen alles tun, damit auch Slowenien seine Verpflichtungen für die Europäische Union einhält. Dieses Zieldatum 2010 ist auch deshalb wichtig, weil es hier um die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union selbst geht.

Was Mazedonien betrifft, so hoffe ich, dass es der schwedischen Präsidentschaft gelingt, die Weichen zu stellen, dass im nächsten Jahr die Beitrittsverhandlungen beginnen können, so dass das bilaterale Problem, das auch hier besteht, endlich weggeräumt wird. Ich hoffe, dass wir hier noch etwas am Text des Berichts ändern können, der ein wenig einseitig die Mazedonier und viel zu wenig ihre Nachbarn in die Pflicht nimmt. Alle müssen ihren Beitrag leisten, auch jene, die in der Europäischen Union sind.

Ich halte es für ganz entscheidend, dass wir Kosovo in vollem Umfang in den Thessaloniki-Prozess einbeziehen, und das sind wichtige Passagen im Bericht Albertini. Auch dieses Land braucht eine europäische Perspektive, und ich möchte an alle Mitgliedstaaten, die dies noch nicht getan haben, appellieren, Kosovo endlich anzuerkennen, damit wir hier endlich keine Schwierigkeiten juristischer oder technischer Art mehr haben, so dass Kosovo voll am Integrationsprozess teilhaben kann.

(Der Redner erklärt sich bereit, gemäß Artikel 149 Absatz 8 GO auf die Frage eines anderen Mitglieds zu antworten.)

Nikolaos Salavrakos (EFD). – (EL) Frau Präsidentin, ich habe bemerkt, dass Herr Posselt, wie auch andere Mitglieder, den Begriff „Mazedonien“ für die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM) gebraucht. Es ist genau dieser Begriff „Mazedonien“, der zu den Spannungen zwischen Griechenland, einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, und diesem Bewerberland führt. Ich wäre äußerst dankbar, wenn meinen Mitgliedskollegen empfohlen werden könnte, den tatsächlichen Namen dieses Landes zu verwenden.

Bernd Posselt (PPE). - Frau Präsidentin! Ich möchte nur kurz antworten. Ich möchte hier den von mir besonders geschätzten Kollegen Cohn-Bendit von der Vert/ALE-Fraktion zitieren, der in diesem Haus einmal gesagt hat: „Mazedonien ist Mazedonien ist Mazedonien.“ Dieser Auffassung schließe ich mich voll und ganz an. Schikanen gegen ein Nachbarland haben noch nie weitergeholfen.

Nikolaos Salavrakos (EFD). – (EL) Frau Präsidentin, es gibt nur ein Mazedonien und dies ist griechisch, daher müssen diese Spiele endlich enden. Bei Reden in diesem Plenarsaal müssen wir uns an die allgemein anerkannten Begrifflichkeiten halten, und die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM), das Bewerberland, wurde als „Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM)“ - und nicht als „Mazedonien“ anerkannt.

Andrey Kovatchev (PPE). – (BG) Ich möchte zunächst Herrn Albertini für die Arbeit danken, die er in diesen schwierigen Bericht über die Strategie zur Förderung des Fortschrittes vieler Länder in unterschiedlichen Phasen ihrer Vorbereitung auf die Erfüllung der Kriterien für die Europäische Union gesteckt hat. Ich verstehe und unterstütze den Wunsch von Herrn Albertini nach äußerster Klarheit und befürworte die Erweiterung der Europäischen Union um den westlichen Balkan, Island und die Türkei. Der Großteil der vorgeschlagenen

Änderungsanträge zeigt jedoch, dass es sich hier um ein komplexes Thema handelt. Als der Vertrag von Lissabon am 1. Dezember in Kraft getreten ist, mussten wir die Integrationskapazität unserer Union analysieren und optimieren. Ich möchte der Kommission vorschlagen, dass sie eine derartige Analyse der Integrationskapazität der Europäischen Union durchführt, da die Europäische Union ohne die Unterstützung unserer Bürger Gefahr läuft, zu einer leeren Hülle zu werden.

Ich unterstütze zudem die Ansicht, dass ein Mitgliedstaat einem Bewerberland keine unerfüllbaren Mitgliedschaftsbedingungen auferlegen sollte. Alle bilateralen Probleme müssen im Geiste des europäischen Verständnisses, gemeinsamer Wertvorstellungen sowie einer gemeinsamen Geschichte und Kultur gelöst werden. An diesem Punkt möchte ich zu einem gemeinsamen Gedenken der historischen Ereignisse und der Helden der Balkan-Halbinsel aufrufen.

Kyriakos Mavronikolas (S&D). – (EL) Frau Präsidentin, in meiner Rede möchte ich mich auf die Interessen der Türkei beziehen, die meiner Ansicht nach zum Nachteil der Interessen der Republik Zypern gehandhabt werden. Ich möchte meiner Unzufriedenheit angesichts der Tatsache Ausdruck verleihen, dass Angelegenheiten, die sich auf die Republik Zypern beziehen, relegiert werden; Angelegenheiten, für die die Türkei verurteilt werden sollte, werden heutzutage verwendet, um die Position in Bezug auf ihren Beitritt zur Europäischen Union zu verbessern. 2006 hat sich die Türkei verpflichtet, die Republik Zypern anzuerkennen, das Ankara-Protokoll anzuwenden und bei der Klärung der Zypernfrage zu helfen. Sie hat nichts getan. Im Gegenteil, die heutigen Reden werden zugunsten der Türkei geführt, gekrönt von den Bemühungen zur Eröffnung des Energiekapitels, das als vorteilhaft für die Europäischen Union an sich erachtet wird. Sie werden jedoch verstehen, dass die Republik Zypern als kleiner Staat auf ihre Interessen achten und Sanktionen gegen die Türkei verlangen muss, zu denen natürlich auch gehört, dass eine Öffnung von Kapiteln verhindert wird.

Franziska Keller (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, zunächst einmal würde meine Fraktion, die Grünen, es vorziehen, kein Datum für den Beitritt von Kroatien festzulegen. Unserer Ansicht nach hat die Erfahrung gelehrt, dass dies in der Vergangenheit, in der Kroatien nach der Erfüllung der Kriterien beitreten sollte, keine gute Idee war.

Zweitens, Herr Brok, gelten die Kopenhagener Kriterien natürlich weiterhin. Sie sind da; wir müssen sie nicht ständig neu erwähnen. Wir halten uns an die Vereinbarungen, die die Europäische Union in Bezug auf den Beitritt und die Kopenhagener Kriterien eingegangen ist. Das Ziel des Beitrittsprozesses ist der Beitritt selber.

Wenn wir über die Türkei sprechen, sollten wir den erstaunlichen Fortschritt nicht vergessen, der auch in der Türkei in Bereichen erzielt wurde, in denen wir dies vor einigen Jahren noch nicht für möglich gehalten hätten. Dies ist der klare Erfolg des Beitrittsprozesses, den wir nicht vergessen sollten.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – (RO) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, bitte erlauben Sie mir, Ihnen für Ihre hingebungsvolle Arbeit für die Erweiterung der Europäischen Union zu danken. Die Europäische Union hatte in den letzten beiden Jahren im westlichen Balkan eine große Wirkung auf den demokratischen Umbruch und die wirtschaftliche Liberalisierung. Das visumfreie Reisen (Visa Waiver) für einige Länder auf dem westlichen Balkan und der Beginn von Beitrittsverhandlungen für die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM) markieren den Fortschritt, von dem europäische Bürger profitieren werden, sowohl durch die gesetzliche und polizeiliche Zusammenarbeit mit der EU als auch aus wirtschaftlicher Sicht.

Meiner Ansicht nach bietet der EU-Erweiterungsprozess während der aktuellen Wirtschaftskrise eine Lösung zur Revitalisierung der Wirtschaft der Europäischen Union. Wir dürfen jedoch die nachteiligen Folgen der unfairen Vorteile nicht vergessen, die die Europäische Union verschiedenen Ländern auf dem westlichen Balkan angeboten hat. Die Kommission muss sich auch stärker mit der Aufnahme von Moldawien in die Gruppe der Länder auf dem westlichen Balkan beschäftigen, da die Unterstützung, die Nachbarländern zur Implementierung der notwendigen Reformen angeboten wird, auf faire Weise weitergeführt werden muss. Moldawien ist ein potenzieller Bewerber, der darauf vorbereitet ist, die Anforderungen der Europäischen Union als Teil des politischen und wirtschaftlichen Integrationsprozesses zu erfüllen.

Corina Crețu (S&D). – (RO) Die Europäische Union hat nun eine Verfassung – den Vertrag von Lissabon – einen Präsidenten und einen Hohen Vertreter für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik. Wir können daher im Umgang mit dem neuen Erweiterungsprozess, der sich auf die Länder des westlichen Balkans und Island bezieht, jedoch vor allem auf die Türkei, eine andere Sichtweise annehmen.

Es ist mir bewusst, dass viele innerhalb der Europäischen Union zögern, sich einem neuen Erweiterungsprozess zu verschreiben, aber die Erfahrung mit beispielsweise Rumänien und Bulgarien zeigt, dass der Beitritt zur EU das mächtigste Instrument zur Veränderung der Dinge zum Guten in unseren Ländern gewesen ist.

Wir müssen die Prozesse in allen Ländern, die der Europäischen Union beitreten wollen, natürlich kritisch beobachten. Wir müssen uns vor allem auf die gesunde Natur und Funktionalität der demokratischen politischen Systeme konzentrieren. Wir haben jedoch adäquate Instrumente zur Überwachung der Einhaltung der Beitrittsbedingungen. Das Angebot einer klareren Beitrittsaussicht für diese Länder wäre ein stabilisierender Faktor, der wie ein Katalysator für den internen Fortschritt in Bewerberländern funktionieren würde.

György Schöpflin (PPE). – Frau Präsidentin, ich bin sehr dankbar für die Gelegenheit, einige Gedanken mit Ihnen teilen zu dürfen. Die Erweiterung wurde zu Recht als eine der erfolgreichsten Politiken der Europäischen Union bezeichnet; viele von uns haben dies in dieser Debatte geäußert. Und das Konzept, dass die zentralen Werte Europas – Demokratie, Menschenrechte, Solidarität – alle Staaten Europas umfassen sollten, befindet sich im Herzen der Identität Europas – und wird dort auch bleiben.

Das bestehende Europa wurde um die Prämisse herum geschaffen, dass die Staaten Europas durch Integration allmählich eine friedliche Lösung von Konflikten akzeptieren, dieser Prozess ist jedoch nicht ohne Mühen. Die beitretenden Staaten müssen sich einer gründlichen Umwandlung unterziehen, um den Anforderungen der EU-Mitgliedschaft gerecht zu werden. Der Prozess, das muss hervorgehoben werden, ist freiwillig. Kein Staat wird zum Beitritt gezwungen, aber um der EU beizutreten, müssen bestimmte Bedingungen erfüllt werden.

Gleichzeitig müssen die beitretenden Staaten, eben weil die Erfüllung der Bedingungen mit großen Anstrengungen verbunden ist, ermutigt werden, die damit verbundenen Anstrengungen zu unternehmen, und nicht nur das. Die Verpflichtungen, die mit der EU-Mitgliedschaft einhergehen, müssen vom Papier in die Praxis umgesetzt werden. Ohne Implementierung bleibt der Prozess leer.

Dies ist die Botschaft, die die Albertini-Entschließung den möglichen zukünftigen Bewerbern um die EU-Mitgliedschaft sendet. Die EU ist bereit, die Staaten des westlichen Balkans und die Türkei als Vollmitglieder aufzunehmen, es liegt jedoch an ihnen, die von der EU festgelegten Bedingungen zu erfüllen.

Carl Bildt, --amtierender Präsident des Rates. – Frau Präsidentin, ich möchte mich kurz fassen.

Erstens werde ich mich, wenn dies aus Sicht des Vorsitzes angemessen ist, den Mitgliedern anschließen, die Kommissar Rehn für die Arbeit, die er in den letzten fünf Jahren geleistet hat, Anerkennung gezollt haben. Es wurde viel erreicht. Es ist jedoch möglicherweise gut für Ihren Nachfolger, dass noch etwas zu tun bleibt, aber es wurde viel erreicht.

Ich möchte zudem meine Anerkennung für die äußerst breite Unterstützung für die Politik der Erweiterung ausdrücken, die während dieser Debatte von den Vertretern aller großen politischen Fraktionen hier geäußert wurde. Ich denke, dies ist eine Quelle der Kraft.

(Zwischenruf von William (The Earl) Dartmouth: „Haben Sie der Debatte zugehört?“)

Ich habe der Debatte zugehört. Sie gehören nicht zu einer der großen Fraktionen. Es tut mir Leid.

Herr Severin war einer derjenigen, die erwähnten, dass es sich hier um einen Prozess handelt, der auch in den Herzen und im Geist der Menschen verankert sein muss. Dem stimme ich zu, wir sollten jedoch auch anerkennen, dass dies entschlossene politische Führungsqualitäten von jedem Einzelnen von uns verlangt. Wenn Sie auf die Geschichte unserer Union zurückblicken, ist leicht zu erkennen, dass nur sehr wenig in der Geschichte der europäischen Integration aufgrund einer plötzlichen Grundströmung der öffentlichen Meinung, die dies verlangt hat, geschehen ist.

Fast alles war das Ergebnis von visionärer, vorausschauender, oft schwieriger und anspruchsvoller politischer Führung, aber wir haben schließlich die Unterstützung unserer Bürger, für die wir dies getan haben, errungen.

Ich sagte, ich war Premierminister meines Landes, als wir der Europäischen Union beitraten. Wir haben eine sehr erbitterte Volksentscheid-Kampagne geführt. Diese haben wir knapp gewonnen. Die öffentliche Meinung war recht lange gegen die Europäische Union. Und heute sind wir, wenn man die öffentlichen Meinungsumfragen ansieht, eines der europositivsten Länder Europas. Um dies zu erreichen, war politische Führung erforderlich. So etwas geschieht nicht von allein.

Lassen Sie mich ferner sagen, was die schwierigeren Gegenden Europas anbelangt, dass eine Aussöhnung nicht einfach ist. Auch dafür ist viel dieser Führungsqualitäten erforderlich, und die vollständige Aussöhnung steht in allen Teilen Europas noch aus.

Der westliche Balkan wurde von einer Reihe von Rednern aufgegriffen, und dies zu Recht. Lassen Sie mich Ihnen versichern, dass uns die Probleme des Kosovo durchaus bewusst sind, und auch die Notwendigkeit, diesbezüglich Fortschritte zu machen, auch unter Berücksichtigung einiger der unionsinternen Probleme.

Bosnien wurde von einigen Rednern angesprochen, wie beispielsweise Frau Pack und Herrn Swoboda, und darauf möchte ich kurz eingehen. Ich habe dieses Jahr vier ganze Tage in Gesprächen mit der politischen Führung von Bosnien zugebracht und versucht, sie voranzubringen und ihnen die Gefahren des Zurückbleibens zu vermitteln, wenn der Rest der Region vorankommt. Ich habe wahrscheinlich zu viel getan, denn letztendlich, wie Frau Pack sagte, müssen sie dies allein schaffen. Es ist ihr Land, nicht unseres, aber wir haben die Pflicht, ihnen zu sagen, dass wenn sie es nicht tun, der Rest der Region an ihnen vorbeiziehen wird, und dass dies für ihr Land nicht gut ist. Dies haben wir versucht zu tun und versuchen es zu einem bestimmten Grad noch immer.

Unser Prozess der Erweiterung ist, wie jeder betont hat, leistungsorientiert. Er erfordert Reformen. Er erfordert Aussöhnung. Und er gilt für jeden Einzelnen. Er galt einst für Schweden und wir haben es geschafft. Er gilt für jeden Einzelnen.

Hinsichtlich des Herren, der gern an der Debatte teilnehmen wollte, ich habe durchaus bemerkt, dass eine Reihe von – im Wesentlichen – Herren der Extremen Rechten anwesend war, die, um es vorsichtig auszudrücken, ihre Bedenken in Bezug auf die Türkei hatten. Wenn ich das Argument richtig verstanden habe, ist die Türkei zu groß, zu kompliziert und zu muslimisch.

Wenn Sie den Artikel 49 des Vertrages gelesen hätten - und darauf müssen wir unsere Politiken begründen - macht er keine Ausnahme für große Länder, und keine Ausnahme für komplizierte Fälle und er umfasst auch keine religiösen Kriterien.

(Applaus von der linken Mitte)

Daran müssen wir uns also halten. Ich habe den bewegenden Worten zum christlichen Erbe zugehört und darin liegt viel Wahrheit. Alle Katholiken und Orthodoxen oder Protestanten und Anglikaner können dies auf unterschiedliche Weise interpretieren, aber ich würde davon abraten, das jüdische Erbe außerhalb Europas anzusiedeln. Sie sind keine Christen, aber sie sind - mit allen Problemen in unserer Geschichte - ebenfalls ein Teil unseres Europas der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft.

Ich möchte zudem behaupten, dass es gleichermaßen ein Fehler wäre, die Bürger des muslimischen Glaubens, seien sie innerhalb unserer bestehenden Mitgliedstaaten oder in Bosnien, an anderer Stelle oder in der Türkei, zu definieren und sie von der Anwendung des Artikels 49 des Vertrages auszunehmen. Ich denke, dies wäre ein Fehler.

(Applaus von der linken Mitte)

Ich habe diesbezüglich mit Interesse Frau Koppa zugehört, die Griechenland in ihren Anmerkungen sowohl zu den Herausforderungen des westlichen Balkans als auch zur Aussöhnung mit der Türkei vertritt, und ich habe die Schritte und Aussagen des Premierministers Papandreou in letzter Zeit zur Kenntnis genommen.

Abschließend möchte ich noch kurz auf meine Lieblingsspunkte eingehen. Jemand hat, wie dies manchmal in dieser Debatte geschieht, die Frage der Absorptionskapazität erwähnt – dass wir einfach nicht zu viele Länder absorbieren können. Ich mag diesen Begriff nicht. Ich sehe unsere Union nicht als „nationenabsorbierend“. Ich weiß nicht, ob wir Großbritannien absorbiert haben. Und ich weiß nicht, ob Frankreich absorbiert werden will. Und ich hoffe, Schweden wird nie absorbiert werden.

Ich sehe unsere Union als Bereicherung für die Länder, die beitreten, und ich habe bisher noch nicht gesehen, dass die Erweiterung unsere Union schwächer gemacht hat. Jede einzelne Erweiterung - wenn auch mit Schwierigkeiten verbunden - hat unsere Union stärker gemacht, reicher, ehrgeiziger, und ich gehöre nicht zu jenen, die glauben, dass die Geschichte bereits zu Ende ist. Der Artikel 49 hat Gültigkeit.

Schließlich sagte einer der Herren, dass es auch andere Länder gäbe, über die wir noch nicht debattiert haben. Das stimmt. Der Artikel 49 gilt für jedes einzelne europäische Land, einschließlich jener, die in der heutigen Debatte nicht explizit erwähnt wurden.

Olli Rehn, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin, ich möchte Ihnen für eine äußerst lebhaft und stichhaltige Debatte über die EU-Erweiterung und unsere Strategie – jetzt, nächstes Jahr und in der nahen Zukunft – danken. Diese Debatte folgte den besten demokratischen Traditionen dieses Parlaments und ich bin dankbar für die breite allgemeine Befürwortung unserer sorgfältig durchgeführten Erweiterungspolitik.

Sie haben zu Recht auf die Bedeutung der gleichzeitigen und parallelen Verpflichtung zur und Konditionalität in die EU-Erweiterung hingewiesen. Dem stimme ich zu und ich möchte zudem betonen, wie überaus wichtig es ist, fair und zugleich konsequent zu sein.

Wir müssen fair sein und die Verpflichtungen achten, die wir in Bezug auf die Länder, die von unserer konsolidierten Erweiterungsagenda im Südosten Europas abgedeckt sind, das heißt in Bezug auf die Länder des westlichen Balkans und die Türkei, eingegangen sind. Gleichzeitig können wir ebenso konsequent sein, wie wir fair sind, und wir müssen im Umgang mit diesen Bewerberländern und mit potenziellen Bewerbern eine strenge Konditionalität an den Tag legen.

Sie funktionieren nur zusammen – als Tandem, als eine Einheit – und das ist in der Tat das beste Rezept für das Vorantreiben von Reformen und den demokratischen und wirtschaftlichen Umbruch im Südosten Europas. Es ist zudem das beste Rezept für die Verankerung der Stabilität in den Ländern des westlichen Balkans und für das Vorantreiben von Reformen, die die Grundfreiheiten in der Türkei optimieren.

Meiner Ansicht nach hat Frau Flautre Recht, dass es per Definition kein attraktiveres Portfolio als die Erweiterung geben kann. Ich bin jedoch – kaum zu glauben – ein bescheidener Mann und ich bin der Ansicht, dass es ein Mensch nur ein bestimmtes Maß an Attraktion und Faszination ertragen kann. Und, wie Carl forderte, es muss auch noch Arbeit für meinen Nachfolger, für die nächste Kommission und für dieses Parlament geben.

Wie dem auch sei, es war toll, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Zusammen haben wir etwas bewirkt. Erinnern wir uns daran, dass die EU-Erweiterung in großem Maß zu der Tatsache beigetragen hat, dass Europa heute unversehrt und frei ist. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass dies so bleibt, und bringen wir unsere Arbeit im Südosten Europas zu einem Abschluss.

(Applaus)

Die Präsidentin. – Ich habe einen Entschließungsantrag⁽¹⁾ gemäß Artikel 110(2) der Geschäftsordnung erhalten.

Die Debatte ist geschlossen.

Die Stimmabgabe findet am Donnerstag, den 26. November 2009 statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Elena Băsescu (PPE), *in schriftlicher Form*. – (RO) Meiner Ansicht nach ist es für das Europäische Parlament äußerst wichtig, an der Beurteilung des Erweiterungsprozesses beteiligt zu sein. Dieser Prozess war für die Europäische Union ein großer Erfolg und hat Frieden und Stabilität gebracht. Vor diesem Hintergrund müssen wir bedenken, dass die Länder auf dem westlichen Balkan geografisch, kulturell und historisch gesehen ein Teil Europas sind. Bei den potenziellen Bewerberländern, die in dieser Entschließung genannt werden, möchte ich vor allem auf die erfolgreichen Leistungen und den konkreten Fortschritt von Serbien verweisen. Dieses Land ist vorangekommen und hat unilateral das Interimsabkommen über Handel implementiert, das mit der EU unterzeichnet wurde, und hat somit gezeigt, dass es entschlossen ist, näher an die Europäische Union heranzurücken, ungeachtet der politischen und wirtschaftlichen Probleme, denen es gegenübersteht. Das Europäische Parlament muss Serbien auf seinem Weg in Richtung EU weiter ermutigen. An diesem Punkt müssen wir den Rat und die Kommission auffordern, Offenheit zu beweisen und die Verhandlungen mit diesem Land auf konstruktive Weise fortzusetzen. Ich glaube, dass der Fortschritt beim Integrationsprozess Serbiens in die Europäische Union nicht von der Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo abhängig gemacht werden darf.

Takis Hatzigeorgiou (GUE/NGL), *in schriftlicher Form*. – (EL) Der Standpunkt gegenüber der Türkei ist ein überaus wichtiges Thema, das im Rahmen der Erweiterung beim Europäischen Gipfeltreffen des Rates im Dezember diskutiert werden wird. Wir unterstützen die volle Integration, da wir davon ausgehen, dass dieses

(1) Siehe Sitzungsprotokolle

Ziel eine Antriebskraft für Reformen und politische Veränderungen in wichtigen Punkten darstellen muss. Wir möchten darauf hinweisen, dass die Türkei ihren vertraglichen Verpflichtungen der EU und allen Mitgliedstaaten gegenüber noch immer nicht nachgekommen ist. Sie muss diesen Verpflichtungen sofort nachkommen, ansonsten wird sie die Beurteilung im Dezember nicht überstehen, ohne Federn zu lassen. Die Verpflichtungen, gemäß denen sie beurteilt wird, sowie der zeitliche Rahmen sind in den Beschlüssen vom Dezember 2006 enthalten. Sie umfassen die Anwendung des Zusatzprotokolls, verbesserte bilaterale Beziehungen mit sowie die Anerkennung der Republik Zypern und einen konstruktiven Standpunkt gegenüber dem Verfahren zur Klärung der Zypernfrage. Es ist absurd, dass die Türkei zwar die Integration und eine regulierende Rolle in diesem Bereich sucht, dabei aber fortfährt, internationales Recht und die Grundsätze, auf denen die EU begründet ist, durch den Nichtabzug der Besatzertruppen in einem Mitgliedstaat zu verletzen. Letztendlich kann das Energiekapitel so lange nicht geöffnet werden, wie die Türkei die Republik Zypern an der Ausübung ihrer Hoheitsrechte in ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone hindert.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in schriftlicher Form.* – (RO) Die EU ist wie ein im Bau befindliches Gebäude und daher würde der Gedanke, ihre Erweiterung auszusetzen, jedem Prinzip widersprechen, auf dem sie begründet ist. Gemäß Artikel 49 des EU-Vertrages: „Jeder europäische Staat ... kann beantragen, Mitglied der Union zu werden.“ Das ist genau der Grund, warum der Erweiterungsstrategie für die Länder des westlichen Balkans, die Türkei und Island im Rahmen unserer Aktivitäten vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt wird. Ich unterstütze dieses aufmerksame Interesse vorbehaltlos. Kroatien, die Türkei und die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien haben einen Bewerberstatus, da sie sich auf verantwortliche Weise auf den Weg zur Integration begeben haben. Island, Montenegro und Albanien haben sich für den Beitritt beworben, wobei die ersten beiden derzeit von der Kommission evaluiert werden. Es bestehen zweifelsohne noch Probleme, die überwunden werden müssen, wie Korruption, Kriminalität oder Medienfreiheit. Die Einführung des visumfreien Systems in Serbien, Montenegro und der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien ab dem 19. Dezember verleihen diesem Prozess maßgebliche Triebkraft. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit jedoch auch auf die Tatsache lenken, dass, wenn wir von Erweiterung reden, wir auch die Republik Moldau mit einbeziehen müssen, die derzeit eine wichtige politische Phase durchläuft, was die Befürwortung des Wegs zu Demokratie und den EU-Beitritt anbelangt. Eingedenk dieser Tatsachen müssen wir die Implementierung der Ziele der europäischen Strategie für die Republik Moldau 2007-2013 unterstützen, um die von beiden Seiten gewünschten Ergebnisse zu erreichen.

Tunne Kelam (PPE), *in schriftlicher Form.* – Ich möchte drei Stellungnahmen abgeben. Zunächst einmal bin ich froh, dass der Außenminister Carl Bildt auf die wichtigste Botschaft der Albertini-Entschließung verwiesen hat – dass die EU weiterhin stark ihrer Erweiterungspolitik verpflichtet bleibt und diese als die erfolgreichste EU-Politik ansieht. Dafür ist zum Großteil die hervorragende Arbeit von Kommissar Rehn verantwortlich. Die zweitwichtigste Botschaft ist, dass die Rechtsstaatlichkeit als Hauptprinzip für den demokratischen Fortschritt und als eine der Hauptbedingungen für weitere Beitritte betrachtet wird. Wir sollten uns darüber hinaus weiterhin klar über die Relevanz der Kopenhagener Kriterien sein. Die dritte Stellungnahme: Ich empfehle nachdrücklich, dass die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien vom Europäischen Rat im Dezember gemäß den Empfehlungen der Kommission beschlossen wird.

Petru Constantin Luhan (PPE), *in schriftlicher Form.* – Island ist bereits ein aktiver und langfristiger Partner im breiteren europäischen Integrationsprozess. Island arbeitet als Gründungsmitglied der NATO, als Mitglied des Europarats, der EFTA, der OSCE und der Schengen-Zusammenarbeit eng mit den EU-Mitgliedstaaten zusammen. Es wurde zudem geschätzt, dass Island bereits ca. 60 % des gemeinschaftlichen Besitzstandes angenommen hat. Gemäß dieser Sichtweise ist die Bewerbung Islands um die EU-Mitgliedschaft ein logischer Schritt.

Meiner Ansicht nach hatte Island stets eine europäische Berufung und eine Mitgliedschaft Islands stellt eine Win-Win-Situation für beide Seiten dar. Wir lernen bereits von der Erfahrung Islands in Bezug auf die nachhaltige Verwaltung der Fischbestände, die Nutzung geothermaler Wärme und Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Island hat seine Entschlossenheit, der Union beizutreten, bewiesen, indem es die Antworten auf den Fragebogen der Kommission weit vor der Abgabefrist eingereicht hat, und ich freue mich auf die Beurteilung auf dem Gipfel Mitte Dezember. Wenn alle Anforderungen erfüllt sind und das Prinzip der eigenen Leistungen geachtet wird, hoffe ich, dass sich der Beitritt Islands mit dem von Kroatien koppeln lässt.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich.* – Hinsichtlich der Erweiterungsstrategie bedarf es einer differenzierten Vorgehensweise: Während nämlich Island etwa ein europäisches und EU-reifes Land ist, sind die Balkan-Staaten mit Ausnahme von Kroatien noch weit davon entfernt. Unerledigte Probleme sind nach einem Beitritt nur schwer zu bewältigen und hinken jahrelang nach. Deshalb darf im Falle der Balkanstaaten nicht der geringste

Zweifel an deren Beitrittsreife bestehen, und auch das Lohn- und Sozialniveau muss dem europäischen Durchschnitt entsprechen. Seit Jahren sind die Türkei-Fortschrittsberichte eine einzige Mängelliste – beim TÜV wäre man damit schon längst durchgerasselt. Und tatsächlich ist dieses Land nun mal weder geografisch noch geistig-kulturell ein Teil Europas. Das zeigt sich in der konsequenten Missachtung der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit, von welcher auch der Kurdenplan nicht ablenken kann, ebenso deutlich wie in der Zypern-Frage. Aber vielleicht will die EU ja auch von ihren Menschenrecht-Standards abweichen – anders lässt sich der Kniefall zu den Beneš-Dekreten nicht erklären. Die Türkei betrachtet sich als Vormacht der Turkvölker, die Probleme der EU würden daher mit einem türkischen Beitritt nur größer, wie allein schon das bisherige Agieren immer wieder deutlich gemacht hat. Positive Aspekte wie eine Besserung der Energie-Versorgungssicherheit lassen sich auch mit einer privilegierten Partnerschaft erzielen. Es wird höchste Zeit für ehrliche, klare Worte.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D), *in schriftlicher Form.* – (HU) Als Abgeordneter aus Ungarn, einem Nachbarland zur westlichen Balkanregion, unterstütze ich die Bestrebungen zum Beitritt der Länder des westlichen Balkans zur EU aus ganzem Herzen. Ein wichtiger Schritt in dieser Hinsicht war die von der Europäischen Kommission implementierte Initiative zur Abschaffung der Visumpflicht für Serbien, Mazedonien und Montenegro ab dem 1. Januar 2010. Der Vorschlag des Europäischen Parlaments, der die Visumpflicht bereits zum 19. Dezember abschaffen würde, wäre von symbolischer Bedeutung und würde zudem praktische Vorteile bieten.

Die Europäische Union könnte kaum ein besseres Weihnachtsgeschenk machen als die visumfreie Reise für die Ungarn, die im serbischen Vojvodina leben und unzählige Verbindungen nach Ungarn haben, wodurch Familien und Freunde auf beiden Seiten der Grenze davon profitieren würden. Ich bin zuversichtlich, dass die Mitgliedstaaten dieser Entscheidung noch in diesem Monat ihren Segen geben werden.

Die Visaliberalisierung (Visa Waiver) ist eine positive Reaktion auf die ehrlichen Bemühungen der Länder des westlichen Balkans um eine europäische Integration. Insbesondere Serbien hat in letzter Zeit beachtliche Fortschritte erzielt. Selbst der kürzlich von der Kommission veröffentlichte Bericht besagt, dass die neue Regierung um Premierminister Mirko Cvetković den Kampf gegen die Korruption erfolgreich aufgenommen hat, nicht zu vergessen die äußerst wichtigen Fortschritte, die im Bereich der Rechte von Minderheiten erzielt wurden. Das serbische Parlament hat ein Gesetz zu nationalen Räten angenommen. Nach ermutigenden Vorabdiskussionen wird nächste Woche im serbischen Parlament ein Beschluss über den Status der Vojvodina gefällt. Abgesehen von den vielen positiven Entwicklungen müssen die Bemühungen zur vollständigen Ausmerzung ethnisch begründeter Gewaltverbrechen und der ständigen, gegen Ungarn aus Vojvodina gerichteten Schlägereien fortgesetzt werden.

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE), *in schriftlicher Form.* – (PL) Ich möchte Herrn Albertini für die Entschliebung zur Erweiterungsstrategie der Europäischen Kommission danken. Natürlich stimme ich zu, dass Bewerberländer den Reformprozess fortsetzen müssen. Die Bemühungen sollten sich auf die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit und der Gleichbehandlung von ethnischen Minderheiten sowie auf die Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen konzentrieren. Die Beurteilung der politischen Lage in der Türkei, einschließlich der geplanten oder durchgeführten Reformen, wiederholt die Beurteilung der Kommission, die im regelmäßigen Bericht enthalten ist. Der Fortschritt ist im Bereich der Erfüllung der politischen Kopenhagener Kriterien offensichtlich, es bleibt jedoch leider noch viel in der breit gefassten Kategorie der Bürgerfreiheiten zu tun. Am Wichtigsten ist jedoch, dass bilaterale Dispute durch die Einbeziehung aller Parteien beigelegt werden. Diese Dinge sollten jedes für sich keine Hindernisse auf dem Weg zum Beitritt darstellen, die EU sollte sich jedoch vor dem Beitritt um eine Klärung bemühen. Das Europäische Parlament sollte ein objektiver Beobachter sein, da wir die Verhandlungen mit einer Vereinbarung enden sehen wollen, was den Beitritt der Türkei zur EU vereinfachen würde. Als Bürger von Polen, einem Land, das der Europäischen Union 2004 beigetreten ist, weiß ich, dass die Erweiterungsstrategie einer der wirksamsten Bereiche der EU-Politik ist. Es ist äußerst wichtig, sich an die eingegangenen Verpflichtungen zu halten, und dies gilt auch für die Europäische Union. Das Ziel der Beitrittsverhandlungen ist die Vollmitgliedschaft, daher sollte die Erfüllung harter, aber eindeutiger Bedingungen für sie eine grundlegende Voraussetzung für das Erreichen dieses Ziels sein. Dies gilt für alle Staaten, auch für die Türkei.

Dominique Vlasto (PPE), *in schriftlicher Form.* – (FR) Unsere Entschliebung zu künftigen Erweiterungen muss die vorherrschende Meinung in Europa widerspiegeln. Wir müssen eine Wiederholung vergangener Fehler vermeiden und Europa mit seinen Völkern aufbauen. Die zu treffenden Entscheidungen stecken voller Verpflichtungen und müssen gut vorbereitet und erklärt werden, sodass sie von der Mehrheit der europäischen Bürger getragen werden können. Unser Parlament, das diese Bürger vertritt, muss diesbezüglich besonders wachsam sein.

Eile wäre die schlimmstmögliche Politik und könnte uns zurück zur institutionellen Instabilität führen, obgleich die Europäische Union gerade dabei ist, diese mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon hinter sich zu lassen. Heute müssen wir den neuen institutionellen Mechanismus, der aus dem Vertrag von Lissabon resultiert, testen, ein politisches Europa aufbauen und die Politiken, die unsere Mitbürger in Bezug auf Beschäftigung, Wirtschaftserholung, den Kampf gegen den Klimawandel, die Sicherheit der Energieversorgung und die allgemeinen Verteidigung wollen, konsolidieren.

Wir sollten diese Prioritäten nicht umkehren, sondern stattdessen die Konsistenz und Effektivität der Gemeinschaftspolitiken steigern, bevor wir neue EU-Erweiterungen anstreben. Abschließend stehe ich dem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union weiterhin ablehnend gegenüber und ich hoffe für den Mittelmeerraum weiterhin auf eine privilegierte Partnerschaft mit diesem Land innerhalb der EU.

13. Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (Aussprache)

Die Präsidentin. – Nach der Tagesordnung folgt die Aussprache über:

– die mündliche Anfrage des Rates zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen durch Frau Svensson, im Namen des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (O-0096/2009 – B7-0220/2009),

– die mündliche Anfrage des Rates zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen durch Frau Svensson im Namen des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (O-0096/2009 – B7-0220/2009).

Ich möchte Sie daran erinnern, dass heute der internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen ist, und die Gelegenheit, diese Debatte abzuhalten, ist für uns besonders wichtig.

Eva-Britt Svensson, Verfasserin. – (SV) Frau Präsidentin, heute ist der 25. November, der zehnte Jahrestag der Einrichtung des internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen durch die UN. Während meines gesamten Erwachsenenlebens war ich politisch in Frauenorganisationen und in Netzwerken zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen aktiv. Bei meiner Arbeit habe ich wohl jedes nur mögliche Wort zur Beschreibung der Situation gebraucht. Meiner Ansicht nach habe ich viele Wörter verwendet – wir haben dies in diesem Kampf gemeinsam getan. Jetzt fühle ich, dass wir konkrete Handlungen sehen müssen.

Dies ist eine Art von Gewalt, die den Frauen ihre Menschenrechte raubt. Sie betrifft und definiert das Alltagsleben von Frauen. Es ist eine Art von Gewalt, die den Verlauf des Lebens und die Situation von Frauen und jungen Mädchen bestimmt.

Wir alle haben eine Verpflichtung, die Stille zu durchbrechen und - im Parlament und außerhalb - mit allen Kräften zusammenzuarbeiten, um dieser Gewalt Einhalt zu bieten. Dies umfasst Gewalt in intimen Beziehungen, sexuelle Belästigung, körperlichen und mentalen Missbrauch, Vergewaltigung, Mord, Sexsklavenhandel und die Verstümmelung der weiblichen Genitalien. In Kriegen und bewaffneten Konflikten und während des Wiederaufbaus nach Konflikten sind Frauen in einem stärkeren Maß der Gewalt ausgesetzt, sowohl als Individuen als auch kollektiv.

Einige Menschen behaupten, Gewalt in intimen Beziehungen sei Privatsache, eine Familienangelegenheit. Das stimmt nicht. Es ist strukturelle Gewalt und ein soziales Problem. Die Gesellschaft muss die Verantwortung für die Beendigung dieser Gewalt übernehmen.

Es ist ein strukturelles und weit verbreitetes Problem in allen Regionen, in allen Ländern und auf allen Kontinenten. Die Beendigung jeglicher Form von geschlechtsbasierter Gewalt ist ein Grundelement einer Gesellschaft der Gleichheit. Männliche Gewalt gegen Frauen ist meiner Ansicht nach ein klares Anzeichen für die ungleiche Machtverteilung zwischen Männern und Frauen. Gleichzeitig hilft sie, diese Machtordnung zu bewahren. Die Arbeit, Gewalt von Männern gegen Frauen und Kinder zu beenden, muss auf die Erkenntnis begründet sein, dass es um Macht, Kontrolle, Vorstellungen von Geschlecht und Sexualität und eine herrschende Gesellschaftsstruktur geht, in der Männer als den Frauen überlegen gelten. Männliche Gewalt gegen Frauen ist ein klares Anzeichen für die ungleiche Machtverteilung zwischen Frauen und Männern.

Es ist ein Problem der öffentlichen Gesundheit. Es ist ein soziales Problem, das, abgesehen von allem persönlichen Leid, hohe Kosten für die Gesellschaft verursacht. Es ist jedoch vor allem ein Gleichstellungsproblem. Daher müssen wir das Problem von Gewalt gegen Frauen aus der Gleichstellungssicht angehen. Dies bedeutet zudem, dass die EU die Macht zum Handeln hat, und dass es diese Handlungen der

EU sind, die ich und meine Kollegen im Ausschuss für die Rechten der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter verlangen.

Innerhalb der EU haben wir das Daphne-Programm, das den verschiedenen Initiativen zur Bekämpfung von Gewalt ein gewisses Maß an finanzieller Hilfe zukommen lässt. Dies ist gut und notwendig, aber bei weitem nicht ausreichend. Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter des Parlaments fragt daher die Kommission und den Rat, ob es für die Mitgliedstaaten Pläne für den Entwurf nationaler Aktionspläne zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen gibt. Plant die Kommission, Vorschläge für Richtlinien für eine kohärentere EU-Strategie einzubringen, und wird der Rat diese unterstützen? Die vorhandenen Vertragsbestimmungen enthalten die Verpflichtung, auf die Gleichstellung zwischen Frau und Mann hinzuwirken.

Wann beabsichtigt die Kommission, ein Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu organisieren? Das hat das Parlament seit 1997 wiederholt gefordert. Nun ist es langsam an der Zeit!

Åsa Torstensson, *Amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Frau Präsidentin, ehrenwerte Abgeordnete, die ehrenwerte Abgeordnete und der Vorsitzende des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter hat ein ernsthaftes und dringendes Problem angesprochen. Gleich zu Beginn möchte ich ganz deutlich sagen, dass Gewalt gegen Frauen in einer zivilisierten Gesellschaft nichts zu suchen hat.

In diesem Jahr feiern wir den zehnten Jahrestag der Entschließung der Vereinten Nationen, den 25. November als den Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen einzurichten. Heute gedenken wir der unzähligen Frauen und Mädchen, die in Kriegsgebieten und in Konfliktbereichen unter Gewalt zu leiden haben. Uns sind die Leiden bekannt, die Frauen überall in der Welt erdulden müssen, Frauen, die vergewaltigt, missbraucht oder belästigt werden, oder die Opfer gesundheitsgefährdender traditioneller Praktiken sind. Wir erklären uns solidarisch mit den Opfern erzwungener Ehen und von Gewalt in Form von Ehrenverbrechen, unter die alles fallen kann, angefangen von der Verstümmelung der weiblichen Genitalien bis hin zu Mord. Uns ist das Besorgnis erregende Ausmaß bekannt, in dem viele Arten von Gewalt täglich gegen Frauen in Europa verübt werden.

Gewalt gegen Frauen ist ein Problem, das sich auf eine Vielzahl verschiedener Politikbereiche bezieht. Dies ist im Entschließungsantrag zur Abschaffung von Gewalt gegen Frauen, über den Sie morgen abstimmen werden, eindeutig festgehalten. Gewalt gegen Frauen ist nicht nur eine Frage von Straftaten und Ungerechtigkeiten, die an Frauen verübt werden, sondern eine Frage von Männern als Täter und eine Frage der Gleichstellung. Die beste Strategie zur Bekämpfung dieser Gewalt ist ein ganzheitlicher Ansatz sowie die Arbeit mit einer breiteren Definition der Gewalt gegen Frauen als Ausgangspunkt.

Der Rat wird bei all seiner Arbeit zur Förderung der Gleichstellung vom Grundsatz der Integration von Gleichheit geleitet. Gemäß den Artikeln 2 und 3 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union muss der Rat die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen bei allen Aktivitäten fördern.

Der Rat hat das Problem von Gewalt gegen Frauen bereits bei mehreren Gelegenheiten und in mehreren unterschiedlichen Zusammenhängen angesprochen. Ich möchte mit etwas Positivem beginnen. Eines der erfolgreichsten Beispiele für die Integration der Gleichstellung innerhalb der EU ist der Bereich von Frauen und bewaffneten Konflikten, wo sich allmählich eine umfassende Politik zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen abzeichnet.

Natürlich ist die Fähigkeit des Rates zum Handeln in diesem Bereich auf die vertragsmäßig festgehaltenen Machtbefugnisse beschränkt und die Mitgliedstaaten sind für Angelegenheiten verantwortlich, die in ihren Kompetenzbereich fallen, insbesondere für Angelegenheiten in Bezug auf Justiz und Inneres sowie in Bezug auf Gesundheitsfragen.

Die Mitgliedstaaten haben das Recht zur Erstellung ihrer eigenen Pläne zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, sie profitieren jedoch auch von der Zusammenarbeit. Es werden jedoch auch Maßnahmen auf europäischer Ebene getroffen. Die Ausmerzungen von geschlechtsspezifischer Gewalt und Menschenhandel ist eine der sechs Prioritätsbereiche des Plans der Kommission für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006-2010. Unter diesem Titel unterstützt die Kommission die Mitgliedstaaten bei der Generierung vergleichbarer Statistiken, durch die das Bewusstsein geschärft, bewährte Verfahren ausgetauscht und in Bezug auf die Forschung zusammengearbeitet wird. Wir freuen uns nun auf den neuen Plan der Kommission zur Gleichstellung für 2011-2015.

Das Stockholmer Programm, das nächsten Monat angenommen werden soll, liefert einen Rahmen für das Angehen vieler Probleme in Bezug auf Gewalt gegen Frauen, die vom Europäischen Parlament angesprochen

wurden. Wir freuen uns auf eine Einigung in Bezug auf das Programm und auf seine nachfolgende Implementierung.

In der Zwischenzeit geschieht bereits eine Menge auf EU-Ebene, insbesondere was die Schärfung des Bewusstseins, die Sammlung von Informationen und den Austausch bewährter Verfahren anbelangt. Einige von Ihnen waren neulich auf der Konferenz des Vorsitzes in Stockholm über genau das Thema Strategien zur Bekämpfung der Gewalt von Männern gegen Frauen, bei dem die Teilnehmer die Gelegenheit hatten, Erfahrungen auszutauschen und über die zukünftige Politik zu diskutieren.

Der Beschluss von 2007, durch den das Daphne III-Programm etabliert wurde, das für die Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, junge Menschen und Frauen so dermaßen wichtig gewesen war, war ebenfalls signifikant. Ich begrüße die Wirkung, die das Daphne-Programm auf unsere Gesellschaften gehabt hat und noch hat.

In Ihrer EntschlieÙung verweisen Sie völlig zu Recht darauf, dass es zu den verschiedenen Arten der Gewalt gegen Frauen keine regulären und vergleichbaren Daten gibt. Der Rat ist sich zudem sehr bewusst, dass die Sammlung präziser und vergleichbarer Daten wichtig ist, wenn wir unser Verständnis des Problems von Gewalt gegen Frauen auf europäischer Ebene verbessern wollen. Ich hoffe, dass das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen, das vom Rat und vom Europäischen Parlament zusammen gegründet wurde, einen maßgeblichen Beitrag in diesem Bereich leisten kann. Der Rat selber hat bereits konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Zugriffs auf Statistiken zu Gewalt gegen Frauen ergriffen. Der Rat arbeitet im Rahmen der Beijing-Aktionsplattform und hat innerhalb von drei Bereichen, die hier relevant sind, spezielle Indikatoren übernommen: 1.) Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich, 2.) sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und 3.) Frauen und bewaffnete Konflikte. Wir haben Fortschritte erzielt, aber natürlich muss noch viel getan werden.

Viele der am stärksten gefährdeten Frauen auf der Welt leben in Entwicklungsländern. Der Rat, dem dies bekannt ist, hat eine Reihe von Schlussfolgerungen zur Gleichstellung der Geschlechter sowie zur Stärkung von Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit angenommen, in denen wir die Bedeutung betonen, alle Formen von geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen, einschließlich gesundheitsgefährdender Praktiken und Gebräuchen wie der Genitalverstümmelung. Damit sollten wir jedoch nicht zufrieden sein. Die Verstümmelung der weiblichen Genitalien, die so genannten Ehrenverbrechen und erzwungene Ehen sind auch innerhalb der EU Realität.

Das Europäische Parlament war permanent an vorderster Front, wenn es um die Forderung nach Maßnahmen gegen gesundheitsgefährdende traditionelle Praktiken ging. Gemäß dieser Herangehensweise bestätigte der Rat seine Verpflichtung zum Schutz der Schwächsten in seinen Schlussfolgerungen zur Situation des Mädchens, die der Rat im letzten Jahr angenommen hat. In diesen Schlussfolgerungen betonte der Rat - und ich zitiere - dass die „Abschaffung aller Formen von Gewalt gegen das Mädchen, einschließlich des Menschenhandels und gesundheitsgefährdender traditioneller Praktiken, wichtig für die Stärkung von Mädchen und Frauen sowie für die Erreichung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft ist“.

Wie die ehrenwerte Abgeordnete bereits in der Einführung zu ihrer Frage ausgeführt hat, hat Gewalt gegen Frauen eine nachteilige Wirkung auf die Fähigkeit der Frauen zur Teilnahme am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben. Für Frauen, die infolge von Gewalt von sozialen Aktivitäten, darunter fällt auch eine Beschäftigung, ausgeschlossen sind, besteht die Gefahr der Marginalisierung und der Armut.

Dies führt mich zurück zu dem von mir anfangs erwähnten ganzheitlichen Ansatz und der strukturellen Natur von Gewalt, auf die in der Frage an den Rat verwiesen wurde. Das Problem der Gewalt gegen Frauen stellt ein allgemeineres Problem dar – den Mangel an Gleichstellung. Die breit gefasste Kampagne zur Stärkung der Rolle der Frau hilft, Gewalt zu bekämpfen. Frauen, die die Freiheit haben, ihr ganzes Potenzial auszuschöpfen, sind weniger anfällig für Gewalt als Frauen, die davon ausgeschlossen sind. Der Rat hat zudem wiederholt erklärt, dass die Frauenarmut bekämpft werden müsse. Ein Beschäftigungsverhältnis ist oft der beste Weg, der Armut den Rücken zu kehren. Es muss mehr getan werden, um Frauen die Teilnahme am Arbeitsmarkt zu erleichtern. Wirtschaftliche und soziale Krisen machen Frauen anfälliger. Auf dem Treffen am 30. November 2009 wird der Rat voraussichtlich eine Reihe von Schlussfolgerungen zur Gleichstellung der Geschlechter annehmen: Stärkung von Wachstum und Beschäftigung - Eingabe für die Strategie von Lissabon nach 2010. Das Ziel ist die Gewährleistung, dass sowohl die Integration der Gleichstellung als auch spezielle Gleichstellungsmaßnahmen bei künftigen Strategien Vorrang haben.

Während wir den zehnten Jahrestag der EntschlieÙung der Vereinten Nationen zur Etablierung des internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen feiern, erkennen wir das Ausmaß dieses

Problems an. Gleichzeitig begrüßen wir auch die Tatsache, dass die Nationen zusammenarbeiten, um dem Einhalt zu gebieten. Ein Großteil unserer Arbeit zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen hier in Europa wird innerhalb eines internationalen Rahmens ausgeführt.

Auf ihrem nächsten Treffen im März 2010 wird der Ausschuss der Vereinten Nationen zur Stellung der Frau eine 15-Jahres-Prüfung der Beijing-Aktionsplattform durchführen. Der schwedische Vorsitz hat bereits einen Bericht über den Fortschritt innerhalb der Europäischen Union sowie über die verbleibenden Herausforderungen erstellt. Am 30. November wird der Rat diesbezüglich voraussichtlich eine Reihe von Schlussfolgerungen annehmen. Die Beijing-Aktionsplattform liefert uns eine Struktur und eine langfristige Agenda für die internationale Politik zur Gleichstellung der Geschlechter. Der Rat ist an dieser Arbeit aktiv beteiligt, wobei ein maßgeblicher Teil dieser Arbeit der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen gewidmet wird.

Das Problem von Gewalt gegen Frauen kennt keine nationalen Grenzen. Wir müssen dies auf internationaler Ebene angehen, sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas. Wir müssen bei unseren internationalen Missionen gegen geschlechtsspezifische Gewalt kämpfen, und wir dürfen unsere Augen angesichts häuslicher Gewalt gegen unsere eigenen Bürgerinnen nicht verschließen.

Herr Präsident, ehrenwerte Abgeordnete, ich wiederhole nochmals, was ich zu Beginn sagte: Gewalt gegen Frauen hat in einer zivilisierten Gesellschaft keinen Platz. Ich bin dem Parlament dankbar, dieses Thema heute angesprochen zu haben. Sie haben die volle Unterstützung des Rates, dieses Vorsitzes und all jener, die für das, an das sie glauben, eintreten und die die Grundsätze von Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität verteidigen.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – (FR) Frau Präsidentin, angesichts des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen möchte die Kommission erneut ihre starke politische Verpflichtung zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen bekräftigen. Diese Verpflichtung spiegelt sich in der Kommunikation des Stockholmer Programms, in den Prioritäten, zu denen auch die Notwendigkeit gehört, besonders die Rechte der Kinder zu achten und Menschen zu schützen, die besonders schwach sind, wie beispielsweise weibliche Opfer von Gewalt und ältere Menschen.

Mit ihrem Plan zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern für den Zeitraum 2006-2010 hat sich die Europäische Kommission dazu verpflichtet, bei der Beseitigung von sexueller Gewalt und Gewalt in Bezug auf den Menschenhandel zu helfen. Der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen wird auch eine hohe Priorität in der neuen Strategie eingeräumt, die dem derzeit erstellten Plan folgen wird.

Es ist jedoch auch äußerst wichtig, dass praktische Maßnahmen vor Ort finanziert werden. Die Kommission hat durch das Daphne-Programm bereits viel für die Bekämpfung von Gewalt in Europa getan. Ihre Reaktion auf den Gebieten der Gewaltprävention und der Unterstützung der Opfer muss nun noch durch praktischere Mittel optimiert werden.

Zunächst hat die Kommission Maßnahmen im Rahmen des Daphne III-Programms zur Implementierung einer einheitlicher EU-Strategie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, junge Menschen und Frauen identifiziert. Dank eines jährlichen Etats von ca. 17 Millionen EUR im Jahr 2009 ist die Kommission die Risikogruppen direkt angegangen. Diese Gelder kamen zu der finanziellen Unterstützung nationaler Programme hinzu.

Die Zusammenstellung einer Expertenüberprüfungsgruppe wird als Bestandteil des Daphne III-Arbeitsprogramms für das Jahr 2010 angestrebt. Diese Gruppe kann bei der Identifizierung notwendiger Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene helfen und zu einer gemeinsamen, mitgliedstaatenübergreifenden Herangehensweise ermutigen.

Die Kommission beginnt zudem mit der Arbeit an einer wichtigen Machbarkeitsstudie, die beurteilt, ob es möglich und notwendig ist, die Gesetzgebung zu sexueller Gewalt und zur Gewalt gegen Kinder auf EU-Ebene zu harmonisieren. Die Ergebnisse dieser Studie werden im Herbst 2010 vorliegen. Die Kommission beabsichtigt, Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, von Einrichtungen der Gemeinschaft, von politischen Gruppen, von zivilgesellschaftlichen Organisationen, von internationalen Organisationen usw. zusammenzubringen, mit dem Ziel, eine explizitere Gemeinschaftspolitik auszuarbeiten.

Darüber hinaus war der Austausch von bewährten Verfahren, Normen und Interventionsmodellen bereits das Thema von Diskussionen, die im Dezember 2007 unter der Schirmherrschaft des Europäischen Netzes für Kriminalprävention organisiert wurden.

Und schließlich ist es wichtig zu betonen, dass extreme Formen von Gewalt gegen Frauen mit den härtesten Instrumenten bekämpft werden müssen. Diesbezüglich hat die Kommission im März eine Änderung am europäischen Strafraum in Bezug auf den Kampf gegen den Menschenhandel sowie die sexuelle Ausbeutung von Kindern vorgeschlagen, die die schwächsten Frauen und insbesondere Mädchen betrifft.

in Bezug auf die Anfrage zur Organisation eines Europäischen Tages zur Gewalt gegen Frauen hat die Kommission auf der Grundlage einer tiefreichenden Studie beschlossen, dass es für eine derartige Initiative zu früh sei, da noch keine echte Strategie zur Bekämpfung von Gewalt ausgearbeitet wurde.

Ich möchte das Feld nun meiner Kollegin, Frau Ferrero-Waldner übergeben.

Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Kommission. – (FR) Frau Präsidentin, ehrenwerte Abgeordnete, wie Ihnen allen bewusst ist, war ich stets – natürlich als Frau – in den Kampf zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen involviert, jedoch auch in die Stärkung der Rolle der Frau im Allgemeinen, nicht nur in den letzten fünf Jahren meiner Arbeit als Kommissarin für Auswärtige Angelegenheiten, sondern auch zuvor als Ministerin. Deshalb möchte ich mich diesbezüglich kurz äußern.

Was die Außenwelt anbelangt, ist der Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen über spezielle Interventionen in Entwicklungsländer hinaus, über die mein Kollege später noch reden wird, zu einem wichtigen Schwerpunkt in der EU-Menschenrechtspolitik geworden, und die Handlungen werden durch die speziellen Richtlinien, die im Dezember 2008 angenommen wurden, bestärkt.

Die Implementierung dieser Richtlinien ist besonders auf lokaler Ebene in Drittländern, in denen die Europäische Union präsent ist, stark ausgeprägt. In etwa 90 Drittländern haben die Botschaften der EU-Mitgliedstaaten sowie die Delegationen der Europäischen Kommission ihre eigenen Aktionspläne entwickelt, die auf die Implementierung dieser Richtlinien abzielen und eine ganze Liste mit Initiativen enthalten, die im Zeitraum 2009-2010 durchgeführt werden sollen.

Wir senden dazu systematisch eine eindeutige Botschaft aus: Die Verletzung der Rechte der Frau kann nicht im Namen von kulturellem Relativismus oder von Traditionen gerechtfertigt werden.

Im Kontext dieser Gespräche bieten wir darüber hinaus Hilfe in Form unserer Zusammenarbeit an, um beispielsweise die Empfehlungen der Sonderberichterstatter zu Gewalt gegen Frauen zu implementieren, die für Angelegenheiten der Gleichstellung der Geschlechter zuständigen nationalen Institutionen zu stärken oder um tatsächlich Änderungen an einer Gesetzgebung zu unterstützen, die Frauen diskriminiert.

Dem Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“, um das es in den Entschlüssen 1325 und 1820 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen geht, gilt unsere ganze Aufmerksamkeit. Darüber hinaus hat die Europäische Union im Dezember 2008 eine globale Herangehensweise an die Implementierung dieser Entschlüsse angenommen.

Dies liefert meiner Ansicht nach die Grundlage für gemeinsame Grundsätze, sowohl für Operationen in Bezug auf die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik als auch für Interventionen, die die Anwendung von Gemeinschaftsinstrumenten beinhalten. Diese Aktivitäten sollten uns ermöglichen, die „weibliche“ Dimension effektiver in den gesamten Konfliktzyklus zu integrieren, angefangen von der Prävention, dem Management und der Lösung von Krisen bis hin zur Konsolidierung des Friedens und zum langfristigen Wiederaufbau.

Ich persönlich habe mir die Unterstützung von 40 führenden Frauen auf der ganzen Welt gesichert, um der Implementierung der Entschlüsse 1325 durch den ihnen bekannten Vorschlag zur Organisation einer Ministerkonferenz 10 Jahre nach der historischen Annahme neue Impulse zu verleihen. Dieses Konzept wurde vom Generalsekretär Ben Ki-moon angenommen und ich bin darauf sehr stolz. Vielleicht noch bemerkenswerter ist jedoch die Tatsache, dass bei der Vorbereitung dieser Ministerkonferenz eine wachsende Anzahl von Staaten und internationalen Organisationen, wie beispielsweise die Afrikanische Union, beschlossen haben, ihre Bemühungen zur Förderung der Entschlüsse 1325, insbesondere durch die Entwicklung nationaler Aktionspläne, voranzutreiben.

Frau Präsidentin, ich möchte mit einer persönlichen Bemerkung schließen. Ich weiß die Möglichkeiten, die die EU-Richtlinien, egal ob intern oder extern, mir im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen geboten haben, zu schätzen und ich bin über die Unterstützung, die sie allgemein erhalten haben, hocherfreut. Ich bin sehr froh zu sehen, dass die Aktion, die sich in der Vergangenheit häufig auf eine persönliche Verpflichtung beschränkte, jetzt zu einer umfassenden gemeinschaftlichen Anstrengung wird.

VORSITZ: Stavros LAMBRINIDIS*Vizepräsident*

Barbara Matera, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen ist ein sehr wichtiges Thema, das große Anstrengungen und Engagement von uns allen erfordert: den europäischen Institutionen, den Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft.

Gewalt gegen Frauen stellt nicht nur eine Verletzung der Menschenrechte dar, sondern führt außerdem zu schwerwiegenden persönlichen und gesellschaftlichen Folgen, die nicht ignoriert werden können. Daher ist es ein Thema, das an verschiedenen Fronten bekämpft werden muss.

An der kulturellen Front müssen wir gegen die Vorstellung kämpfen, dass es irgendwelche Rechtfertigungen für Gewalt aufgrund kultureller, religiöser oder sozialer Aspekte gäbe. Wir müssen Informations- und Sensibilisierungskampagnen organisieren, die auch junge Menschen erreichen und daher auch in den Schulen stattfinden. Die Organisation eines Europäischen Jahres, die mehrfach vom Europäischen Parlament gefordert wurde, könnte die richtige europäische und internationale Wirkung haben, um eine stetigere und effektivere Strategie auszubauen.

An der politischen Front ist es von grundlegender Bedeutung, dass dieses Thema als Priorität auf die nationalen, europäischen und internationalen Tagesordnungen gesetzt wird. Ich denke daher, dass es angemessen ist, stärkere Bindungen zu schmieden – und ich bin gleich fertig – zwischen der Europäischen Union und den Vereinten Nationen, damit wir alle in der gleichen Richtung zusammenarbeiten können. In diesem Zusammenhang war die Rede der stellvertretenden Generalsekretärin der Vereinten Nationen, Frau Migiro, im Europäischen Parlament beispielhaft. Es ist daher mein Wunsch für uns alle, dass unsere Zusammenarbeit immer stärker werden wird.

Britta Thomsen, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (DA) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute, am 25. November, begehen Frauen und Männer auf der ganzen Welt den von der UN festgelegten Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen.

Gewalt gegen Frauen ist ein großes gesellschaftliches Problem, das nicht einfach auf ein Frauenproblem reduziert werden kann. Vielmehr betrifft es die Verletzung der Menschenrechte, des Rechtes auf Leben und des Rechtes auf Sicherheit. Die UN schätzt, dass sieben von zehn Frauen in ihrem Leben Gewalt durch Männer erfahren. Tatsächlich kostet die Gewalt durch Männer mehr Frauenleben als Malaria, Verkehrsunfälle, Terrorismus und Krieg zusammen. Wir können keine passiven Zuschauer mehr bleiben. Es ist absolut erforderlich, dass wir in der EU JETZT Maßnahmen ergreifen. Die Kommission muss so schnell wie möglich einen Plan für eine EU-Strategie zur Bekämpfung aller Arten von Gewalt gegen Frauen einreichen.

Wenn wir uns die Initiativen ansehen, die die einzelnen Mitgliedstaaten ergriffen haben, wird es ganz klar, dass einige Staaten das Problem ernster nehmen als andere. Spanien, das am 1. Januar den Ratsvorsitz übernimmt, hat den Kampf gegen Gewalt gegen Frauen ganz oben auf die Tagesordnung für seinen Ratsvorsitz gesetzt. Spanien ist der einzige Mitgliedstaat der EU, der eine Überwachungsstelle für Gewalt eingerichtet hat, die jedes Jahr einen Bericht zur Entwicklung der geschlechtsbezogenen Gewalt erstellt und regelmäßig seine beste Strategie zum Kampf gegen diese Gewalt aktualisiert. Lassen Sie uns zum Nutzen aller europäischen Frauen die Initiative des bevorstehenden spanischen Ratsvorsitzes zur Einrichtung einer Überwachungsstelle für Gewalt auf EU-Ebene unterstützen.

Antonia Parvanova, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – Herr Präsident! Nicht nur aufgrund des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen sollten wir uns bei der Erwägung einer Entschließung in dieser Frage fragen, ob wir genug getan haben. Im heutigen Europa wird jede vierte Frau Opfer von Gewalt, häuslicher Gewalt, sexueller Ausbeutung oder weiblicher Genitalverstümmelung.

Eines der furchtbarsten Beispiele geschlechtsbezogener Gewalt ist es, wenn Vergewaltigungen im Krieg als Waffe genutzt werden, wie dies im Kongo geschieht. Es ist Zeit für eine umfassende EU-Strategie, die zu einem konkreten Aktionsplan zur Bekämpfung aller Formen der Gewalt gegen Frauen, einschließlich des Frauenhandels, führt.

Kommissarin! Ich möchte Sie darüber informieren, dass wir heute während der Entschließung über das Stockholm-Programm über einen Änderungsantrag abgestimmt haben, der eine Richtlinie, einen europäischen Aktionsplan, zur Gewalt gegen Frauen fordert, der die Verhinderung von Gewalt, den Schutz der Opfer und die Verfolgung der Täter gewährleistet.

Ich hoffe, dass diesmal unsere Kollegen, Sie und der Rat nicht das Subsidiaritätsprinzip anführen werden, und dass sehr bald diese Richtlinie und dieser Aktionsplan umgesetzt werden können. Wir haben dieses Thema auch dem spanischen Ratsvorsitz vorgelegt, der diese Priorität sehr befürwortet. Ich hoffe, dass dies für uns alle Priorität haben wird.

Raül Romeva i Rueda, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Es ist tatsächlich erforderlich, dass eine eindeutige gesetzliche Grundlage zur Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen geschaffen wird.

Ich bitte den Rat und die Kommission außerdem dringend darum, eine Entscheidung zur vollständigen Vergemeinschaftung der europäischen Strategie zu treffen. Keiner der Mitgliedstaaten der EU ist im Alleingang erfolgreich bei der Bekämpfung dieser Probleme. Die Nulltoleranz gegenüber allen Formen der Gewalt gegen Frauen muss in allen Institutionen in ganz Europa oberste Priorität haben.

Die Forderung des Parlaments an den Rat und die Kommission nach einem gezielteren und zusammenhängenderen EU-Strategieplan zur Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen ist ein Schritt in die richtige Richtung ebenso wie die Überwachungsstelle für Gewalt, die bereits erwähnt wurde.

Außerdem möchte ich die Kommission und den Rat an meine Bitte, die Gewalt gegen Frauen im geschlechterbezogenen Bereich internationaler Menschenrechtsverletzungen, insbesondere im Zusammenhang mit den geltenden und gegenwärtig verhandelten bilateralen Assoziierungsabkommen und internationalen Handelsvereinbarungen zu bekämpfen, erinnern, was auch in meinem Bericht zu Feminiziden angeführt wird. Außerdem möchte ich die Kommissarin fragen, ob sie etwas konkreter darauf eingehen könnte.

Ich möchte zum Abschluss unsere auf der Zuschauertribüne anwesenden Freunde der Kongolesischen Vereinigung für Frieden und Gerechtigkeit willkommen heißen. Sie haben uns diese Blumen überreicht, um uns täglich daran zu erinnern, dass dies ein gemeinsamer Kampf ist, denn wir zusammen und auch mit den Menschen kämpfen müssen, die leiden und vor Ort gegen dieses Problem kämpfen.

Marina Yannakoudakis, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Gewalt gegen Frauen, insbesondere im häuslichen Bereich, ist ein Problem, das diskutiert werden muss, und ich gratuliere der Vorsitzenden des FEMM-Ausschusses dazu dieses Problem ganz bevorzugt zu behandeln.

Wir müssen jedoch anerkennen, dass dieses Problem nicht nur ein Geschlechterproblem ist. Es ist nicht nur ein Gleichberechtigungsproblem. Es ist nicht einmal nur ein Menschenrechtsproblem, sondern es ist vor allem ein Strafrechtsproblem. Und da es ein Strafrechtsproblem ist, ist es ein Problem souveräner Staaten und es obliegt den Nationalstaaten, sich darum zu kümmern.

Gemäß dem Europarat erlebt jede vierte Frau in ihrem Leben häusliche Gewalt. Die EU kann in diesem Bereich proaktiv tätig werden, indem sie Ressourcen zur Ausbildung und verstärkten Sensibilisierung bereitstellt und eine Diskussion zu Gewalt nicht nur gegen Frauen, sondern auch gegen Männer beginnt: gemäß dem britischen Innenministerium erleidet jeder sechste Mann häusliche Gewalt.

Vor Kurzem habe ich Elevate, ein Frauenhaus in London, besucht, um mit Opfern häuslicher Gewalt zu sprechen. Sie stammten aus allen sozialökonomischen Gruppen. Es gibt kein Stereotyp. Gewalt beeinträchtigt die Opfer, ihre Familien und Kinder. Die Auswirkungen sind sowohl isoliert als auch weiter greifend und sie zerstören Leben. Der Weg zum Wiederaufbau dieser Leben ist lang und erfordert Unterstützung. Das Elevate-Projekt bietet Opfern einen sicheren Zufluchtsort und unterstützt sie beim Wiederfinden ihres Selbstvertrauens und der Fähigkeit, in der Gesellschaft zu funktionieren. Projekte wie diese brauchen Unterstützung und sie brauchen finanzielle Unterstützung.

Die EU kann proaktiv sein, indem sie einige Tabus um Gewalt gegen Frauen – und Männer – bricht. Das ist ein Bereich, den wir als Gesellschaft nicht länger ignorieren dürfen.

Laurence J.A.J. Stassen (NI). – (NL) Frau Svensson hat eine mündliche Anfrage zur Gewalt gegen Frauen vorgelegt und einen Entschließungsentwurf eingereicht. Darin argumentiert sie, dass Gewalt gegen Frauen in ganz Europa ein strukturelles und weit verbreitetes Problem ist und dass es aus der Ungleichheit zwischen Männern und Frauen resultiert.

Auch wenn die Niederländische Partei für Freiheit sich auf europäischer Ebene nicht an den Aktionen gegen dieses Problem beteiligen kann, befürworten wir dennoch diese Vorschläge und bitten die Mitgliedstaaten dringend, auf individueller Ebene integrierte Maßnahmen durchzuführen. Die Partei für Freiheit verurteilt jegliche Gewalt gegen Frauen aufs Schärfste. Es gibt jedoch in Europa viel Gewalt, die gegen muslimische

Frauen ausgeübt wird, insbesondere im häuslichen Umfeld. Daher müssen wir uns auch mit häuslicher Gewalt, Ehrenverbrechen und weiblicher Genitalverstümmelung beschäftigen, die sich aus der muslimischen Vorstellung der Rolle von Männern und Frauen ergeben.

Die Partei für Freiheit findet alle Arten der Gewalt gegen Frauen völlig verwerflich, aber auf diese besondere Art von Gewalt wollen wir hier aufmerksam machen. Ich möchte daher erneut betonen: das ist völlig unakzeptabel. Aus diesem Grunde möchte meine Partei einen deutlichen Aufruf an die Mitgliedstaaten richten, diese Art der Gewalt zu bekämpfen und besondere Maßnahmen zu ergreifen, um muslimische Gewalt gegen Frauen zu untersuchen.

Edít Bauer (PPE). – (HU) Herr Minister, Kommissare! Auch ich möchte daran erinnern, dass der Minister gesagt hat: Gewalt hat keinen Platz in zivilisierten Gesellschaften. Wir erinnern an das zehnjährige Jubiläum der von der UNO verabschiedeten Resolution zum Kampf gegen Gewalt gegen Frauen. Als ich die Reden von Ihnen und den Kollegen gehört habe, habe ich mich gefragt, ob unsere Nachfolger in diesem Haus in 10 oder 20 Jahren immer noch sagen werden, dass Gewalt keinen Platz in zivilisierten Gesellschaften hat. Es stimmt, dass die Zeit nicht auf unserer Seite steht, wenn wir die Zunahme der Aggressionen in unseren Gesellschaften erleben. Der Einfluss der Medien hat etwas zu tun mit dieser Zunahme, aber sie wachsen auch während der Krise. Psychologen sagen, dass Aggressionen zu Krisenzeiten viel stärker sind als zu anderen Zeiten. Gewalt gegen Frauen ist sicherlich ein Problem, aber wir haben auch das Problem, das die männlichen Kollegen oft erwähnen, dass auch Männer von Gewalt beeinträchtigt werden. Leider gibt die Statistik immer noch an, dass 95 % der Opfer Frauen sind. Auch im Fall des Menschenhandels sind 80 % der Opfer Frauen. Ich glaube wirklich, dass jetzt die Zeit gekommen ist, dass sich die europäischen Institutionen mit diesem Problem ernsthafter beschäftigen.

Iratxe García Pérez (S&D). – (ES) Herr Präsident! Heute protestieren Millionen Menschen und Millionen Frauen auf der ganzen Welt gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Heute können wir diese große gesellschaftliche Geißel, die Machtbeziehungen veranschaulicht, die über die Geschichte hinweg ungleich gewesen sind, nicht ignorieren. Es darf keinen Grund, kein Argument und keinen Platz für Verständnis geben. Manche Frauen werden ermordet, nur weil sie Frauen sind.

Unter diesen Umständen haben wir die Verantwortung, alle uns zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um geschlechtsspezifische Gewalt zu beseitigen, voranzukommen und eine gleichberechtigte Gesellschaft zu schaffen, indem wir mutige und entschiedene gesetzliche Maßnahmen umsetzen. Diese Verantwortung ist unser aller Pflicht, die Pflicht der europäischen Institutionen, der Mitgliedstaaten und der Organisationen.

Länder wie Spanien haben sich in diesem Zusammenhang klar verpflichtet. Das Gesetz gegen geschlechtsspezifische Gewalt ist ein notwendiges und unentbehrliches Instrument. Es sollte daher als Beispiel für den Rest von Europa dienen. Außerdem könnte ich Bildungsmaßnahmen zur Gleichheit, den Kampf gegen Stereotypen und Rechtshilfe für Opfer erwähnen. Ich bin mir sicher, dass wir viele andere notwendige Strategien in diesem Bereich erwähnen könnten. Der nachfolgende spanische Ratsvorsitz hat den Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu einem seiner Hauptziele erklärt. Ich glaube, dass dies sehr wichtig ist, und vertraue darauf, dass das Haus jede der Initiativen in dieser Hinsicht stark unterstützen wird.

Wir müssen gemeinsame Anstrengungen unternehmen und zusammenarbeiten. Nur dann sind wir in der Lage, den Millionen weiblicher Opfer zu helfen, die keine Minute länger warten können.

Corina Crețu (S&D). – (RO) Wie in diesem Plenarsaal bereits betont wurde, ist Gewalt gegen Frauen ein äußerst ernstes Problem, dem wir nicht immer angemessene Aufmerksamkeit widmen. Dieses Problem hat in vielen Entwicklungsländern ein beängstigendes Niveau erreicht, insbesondere in Ländern, die von Kriegen und Konflikten heimgesucht werden. Vergewaltigung und sexuelle Gewalt gegen Mädchen, Frauen und Kinder haben in afrikanischen Ländern, die von Kriegen zerrissen sind, insbesondere dem Kongo, Somalia, Burundi und Liberia, epidemische Ausmaße erreicht. Leider ist das gehäufte Vorkommen von Gewalthandlungen nicht nur für Länder typisch, in denen Konflikte herrschen. Es ist auch in den friedlichsten und demokratischsten Ländern der Welt stark vertreten.

Es ist unsere Pflicht, unsere Aufmerksamkeit und Anstrengungen darauf zu konzentrieren, diejenigen zu bestrafen, die die Menschenrechte verletzen, und uns gleichzeitig darum zu bemühen, die Sicherheit von Frauen zu verbessern, und sicherzustellen, dass den Opfern sexueller Übergriffe angemessene Hilfe geleistet wird, von medizinischer Hilfe bis hin zur Wiedereingliederung in ihre Familien und die Gesellschaft.

Zum Abschluss möchte ich Sie an die Veranstaltungen erinnern, die als Teil des Entwicklungsausschusses stattgefunden haben, der sich mit dem Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

beschäftigte, und außerdem Kommissar De Gucht für seine Teilnahme an diesen Veranstaltungen und das Interesse, dass er für dieses Thema gezeigt hat, sowie Kommissarin Ferrero-Waldner für ihre Anwesenheit bei dieser Debatte danken.

Silvia Costa (S&D). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte diesen Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen dem Gedenken an Anna Politkowskaja widmen, einer Journalistin und einer Frau, die für ihre Wahrheitsliebe mit ihrem Leben bezahlt hat, sowie den afrikanischen Frauen in Konfliktgebieten und den vielen Formen des Leidens von Frauen in Europa, die oft übersehen werden.

Diese Beispiele stehen im Widerspruch zu dem entwürdigten und konsumbezogenen Bild, dass die Medien oft mit der weiblichen Identität verbinden, was dazu beiträgt, eine Kultur zu schaffen, in der Frauen unterdrückt und erniedrigt werden. Das ist auch eine ernste Form von Gewalt, gegen die sich Europa aussprechen muss und bei der es einschreiten muss.

Wir müssen – wie bereits mehrfach gesagt wurde – dringend ein europäisches System zur statistischen Aufzeichnung insbesondere zu Minderjährigen, Menschenhandel, physischer und sexueller Gewalt und Frauen in gefährdeten Gruppen, wie Immigranten, einrichten. Trotzdem wollen wir auch greifbare Ergebnisse der Leitlinien der Europäischen Union zu Frauen in bewaffneten Konflikten, die die Kommissarin zuvor erwähnte, sehen, und zwar wenigstens durch die Bereitstellung von finanzieller und anderer Hilfe für Projekte, die oft von kleinen Verbänden, lokalen NROs, organisiert werden, auch in Ländern, die sich um die Wiedereingliederung und Unterstützung von Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, kümmern.

Es ist uns bewusst, dass wir heute neue Möglichkeiten haben, die vom Vertrag von Lissabon und dem Stockholm-Programm geboten werden, diese Vorsorgemaßnahmen innerhalb der Gemeinschaft zu verankern.

Wir müssen jedoch einen anderen Aspekt von Gewalt verurteilen: den Kontext, in dem die Gewalt stattfindet. Gewalt im Zusammenhang mit Alkohol und Drogen nimmt unter Jugendlichen und Minderjährigen zu, und vielleicht erwähnen wir dies nicht oft genug, wenn wir Gewalt gegen Frauen diskutieren.

Joanna Senyszyn (S&D). – (PL) Herr Präsident! Millionen Frauen werden geschlagen, belästigt, gekauft, verkauft, vergewaltigt und getötet, nur weil sie Frauen sind. Mehr Frauen sterben an Gewalt, die gegen sie ausgeübt wird, als an Krebs. Wir müssen der öffentlichen Meinung zu verstehen geben, dass es in einer modernen, demokratischen Gesellschaft keinen Platz für Gewalt gegen Frauen gibt. Lassen Sie uns damit beginnen, die politische Klasse zu schulen und das politische Leben von den Einflüssen der Religionen zu befreien, die die Vorherrschaft der Männer billigen. Das ist eine erforderliche Bedingung für wahre Gleichheit und die Beendigung der Gewalt.

In meinem Land weigert sich die konservative Rechte, die unter der Fuchtel des Klerus steht, den Frauen die vollen Menschenrechte zu gewähren. Sie fördern eine patriarchale Familie, in der sich die Rolle der Frau um Kinder, Küche, Kirche dreht. Frauen haben kein Recht auf Abtreibung und es gibt Pläne, sie des Rechts auf *In-Vitro*-Befruchtung zu berauben. Die idealisierte „polnische Mutter“, die tapfer ihr Kreuz in Form eines ehfrauenschlagenden Mannes trägt, ist eine Absurdität, gegen die gesellschaftlich wie gesetzlich vorgegangen werden muss.

Ich möchte eine herzliche Einladung zu einer Konferenz zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen aussprechen, die am 10. Dezember im Europäischen Parlament stattfinden wird und von der Initiative des Zentrums für Frauenrechte in Polen veranstaltet wird.

Pascale Gruny (PPE). – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jeden Tag wird in Europa jede fünfte Frau Opfer von Gewalt. Gewalt gegen Frauen ist inakzeptabel, egal welche Form sie annimmt. Trotzdem leben in Europa viele Frauen und junge Mädchen weiterhin im Schatten von Aggression und Ausbeutung.

Die Zahlen sind beängstigend. Gewalt gegen Frauen tritt in vielen Formen auf und es gibt sie überall: häusliche Gewalt zuhause, sexueller Missbrauch, sexuelle Belästigung bei der Arbeit, Vergewaltigung, auch innerhalb von Beziehungen und auch als Taktik der Kriegsführung außerhalb Europas.

In Europa ist häusliche Gewalt die Hauptursache für Todesfälle und Behinderungen bei Frauen im Alter von 16 bis 44. Während wir über diese äußerst ernste Angelegenheit diskutieren, gibt es Übergriffe auf Frauen. Darüber sprechen reicht nicht. Es ist Zeit für Taten.

Die Europäische Union hat eine Pflicht, ihre wehrlosesten Bürger zu schützen. Die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ist ein Kampf für grundlegende Menschenrechte und das Daphne-Programm, das Maßnahmen zur Bekämpfung aller Arten von Gewalt unterstützt, ist ungenügend.

Neue Maßnahmen müssen erwogen werden, um konsequente europäische Pläne zu entwickeln. Ich unterstütze die Initiative zur Organisation eines Europäischen Jahres zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen, zu dem unsere Institution bereits seit mehr als einem Jahrzehnt aufruft.

Licia Ronzulli (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern wiederholen, was Frau Matera und Frau Stassen bereits zu Gewalt aus kulturellen und religiösen Gründen gesagt haben. Ich möchte diese Minute nutzen, um Ihnen über ein Erlebnis zu erzählen, dass mich persönlich als Freiwillige in einem meiner Einsätze betroffen hat.

Es ist die Geschichte einer Frau, die Geschichte von Karin, die Geschichte einer Frau, die nicht die Burka tragen wollte. Um sie zu bestrafen hat ihr Mann Säure über sie gegossen. Er tat es in der Nacht; er tat es, während sie schlief. Jetzt trägt Karin die Burka, nicht, weil sie sie tragen möchte, sondern um die Male dieses tragischen Angriffs zu verstecken.

Ich hoffe, dass dieser Tag nicht einfach nur ein Tag auf dem Kalender bleibt, sondern dass er all den Frauen helfen kann, die täglich Gewalt erleben, und dass unsere Worte in greifbare Maßnahmen und Taten umgewandelt werden können.

Marc Tarabella (S&D). – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Viele Frauen in Europa und in der ganzen Welt kämpfen täglich um eine Beendigung der Gewalt gegen sie, aber sie können und sollten diesen Kampf nicht allein fortsetzen, denn diese Gewalttaten gegen Frauen, die zum Großteil von Männern begangen werden, sind auch Gewalttaten gegen die gesamte Menschheit.

Es ist nur richtig, dass sich auch Männer an diesem Kampf beteiligen. Daher beteilige ich mich an der Weißen-Schleifen-Kampagne. Diese ursprünglich von Männern für Männer organisierte Kampagne begann vor fast 20 Jahren in Kanada. Eine Gruppe Männer hat eines Tages entschieden, dass sie eine Pflicht haben, andere Männer dazu zu drängen, öffentlich gegen Gewalt gegen Frauen zu protestieren. Diese weiße Schleife ist ein Symbol, sie ist ebenso das Symbol der Nelke, die an den Kampf der kongolesischen Frauen, die gerade hier waren, gegen das Leiden, dass sie jeden Tag ertragen, erinnert.

Daher rufe ich so viele meiner Kollegen wie möglich dazu auf, sich mit an dem Kampf gegen Gewalt gegen Frauen zu beteiligen, weil es neben der körperlichen Gewalt auch psychologische Gewalt gibt, und wie Sie wissen, können Worte mehr verletzen als Schläge.

Daciana Octavia Sârbu (S&D). – (RO) Gewalt gegen Frauen in ihren verschiedenen Formen unterscheidet sich abhängig vom ökonomischen, kulturellen und politischen Hintergrund in der Gesellschaft. Sie kann von psychologischem und körperlichem Missbrauch innerhalb der Familie zu Zwangsverheiratung im jungen Alter und anderen gewalttätigen Handlungen reichen. Jede Form von Gewalt gegen Frauen ist eine inakzeptable Verletzung der Menschenrechte und behindert die Gleichstellung von Frauen und Männern. Diese Art der Gewalt ist weit verbreitet. Sie hat mehr Opfer als Krebs und hinterlässt schwere Narben auf der Psyche der Menschen und in der Struktur der Gesellschaften. Daher sollten wir unsere Anstrengungen zur Bekämpfung dieses Problems verstärken.

UN-Schätzungen weisen auch darauf hin, dass Missbrauchstaten nicht nur weiterhin vorkommen, sondern tatsächlich zunehmen. Leider werden diese Taten in den meisten Fällen nicht anerkannt oder einfach ignoriert. In Rumänien unterstütze ich die Kampagne des UN-Bevölkerungsfonds und des UN-Informationszentrums mit dem Namen „Frauen im Schatten“. Diese bemüht sich um eine Stärkung der öffentlichen Sensibilisierung über die Schwere dieses Problems.

Gesine Meissner (ALDE). - Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gewalt gegen Frauen ist ein schreckliches Menschenrechtsverbrechen, egal in welcher Form sie passiert, ob als Zwangsverheiratung, als Schläge, als Vergewaltigung. Besonders schlimm finde ich das Wort „Ehrenmord“, denn das ist überhaupt nicht ehrenhaft. Ehrenmord ist ein abscheuliches Verbrechen! Wir müssen alles tun, um dies zu bekämpfen.

Der Lissabon-Vertrag steht kurz vor der Unterzeichnung, da wird die Menschenrechts-Charta als Annex noch besondere Gültigkeit haben. Deshalb sind wir als Europäische Union besonders verpflichtet, alles zu tun, um diese Gewalt zu bekämpfen.

Es wurde schon angesprochen, dass im Krieg Vergewaltigung als Waffe eingesetzt werden kann. Es wurde auch auf den Kongo hingewiesen, wo das seit Jahren in schlimmster Variante passiert, wo Vergewaltiger auch vor kleinen Kindern und vor hochbetagten Frauen nicht Halt machen. Wir haben viele Programme. Kommissarin Ferrero-Waldner hat darauf hingewiesen, dass sie weltweit Frauen in Regierungsverantwortung angesprochen hat. Das reicht anscheinend nicht. Es ist nicht nur ein Problem von Frauen, es ist ein Problem aller Menschen auf der Welt. Wir müssen alles tun, um von der Europäischen Union aus hier etwas zu verbessern.

Małgorzata Handzlik (PPE). – (PL) Herr Präsident! In den letzten Jahren haben die Initiativen zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen um ein Vielfaches zugenommen. Leider existiert dieses Phänomen weiterhin in Europa, unabhängig vom Alter der Frauen, ihrer Ausbildung oder ihrer gesellschaftlichen Stellung. Daher müssen wir weiterhin betonen, dass Gewalt gegen Frauen weder natürlich noch unvermeidbar ist. Gewalt gegen Frauen ist überall auf der Welt einfach ein Verbrechen, eine Verletzung des Rechtes auf Leben, persönliche Würde, Sicherheit und körperliche und geistige Unantastbarkeit. Das Gespräch über die Gewalt stellt nicht nur die Frauen als Opfer dar, sondern umfasst vor allem die Notwendigkeit, die Gewalthandlungen selbst und ihre Täter, die nicht unbestraft bleiben sollten, zu verurteilen. Wir brauchen eine langfristige Schulung der Frauen und Männer, was die Stereotypen abschaffen wird und alle dazu bringt zu verstehen, dass dieses Phänomen bekämpft werden muss.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – (PT) Ich hoffe, dass dieser Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen den Anfang des Zusammenbruchs der Mauer des Schweigens und der Gleichgültigkeit darstellen wird, die immer noch in unserer Gesellschaft besteht hinsichtlich dieser wahren Geißel, die Millionen Frauen in der Europäischen Union und der ganzen Welt betrifft.

Gewalt gegen Frauen ist eine Verletzung der Menschenrechte und ein Hindernis zu ihrer Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Leben, am öffentlichen Leben und an der Arbeit, das sie davon abhält, Bürger mit vollen Rechten zu sein. Obwohl sich, wie bereits erwähnt wurde, die unterschiedlichen Arten abhängig von Kulturen und Traditionen unterscheiden, machen kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftskrisen die Frauen verletzlich, verschlimmern ihre Ausbeutung und führen zu Armut und Marginalisierung, was auch zu Frauenhandel und Prostitution führt.

Daher ist es erforderlich, dass wir die finanziellen Ressourcen und Strategien festigen, die sich wahrhaft für die Förderung der Rolle der Frauen in der Gesellschaft engagieren und gleiche Rechte fördern, und dass wir echte Pläne zur Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen umsetzen und gleichzeitig die Diskriminierung beseitigen, die immer noch existiert, und die Opfer schützen.

Nicole Kiil-Nielsen (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident! Die ersten Jahre des neuen Jahrtausends waren in Europa durch die starke Zunahme von Sicherheitsgesetzen gekennzeichnet: Überwachung, Repressionen, Festnahmen und Gefängnis.

Die mit diesen Strategien verbundenen Budgets sind explodiert. Trotzdem ist die Gewalt gegen Frauen nicht rückläufig. Daraus ergab sich, dass 2008 in Frankreich, wo fast jede zehnte Frau ein Opfer von ehelicher Gewalt ist, 156 Frauen an Verletzungen gestorben sind, die ihnen ihr Ehepartner beigebracht hatte. Die umgesetzten Sicherheitsmaßnahmen zur Videoüberwachung, Archivierung und biometrischen Daten erfüllen nicht die tatsächlichen Sicherheitsbedürfnisse der Frauen.

Die Gewalt betrifft alle Frauen in allen Ländern, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem sozialen Hintergrund oder ihrer Religion. Dies ist verbunden mit der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. Sexismus besteht wie Rassismus darin, dem anderen einen gleichwertigen Status zu verweigern.

Wie bekämpfen wir Sexismus? Was wir brauchen, ist ein starker politischer Wille zu informieren, vorzubeugen und zu schützen; ein politischer Wille, alle Formen der Diskriminierung, in der Gewalt wurzelt, abzuschaffen. Ist nicht die Sicherheit mehr als der Hälfte aller europäischen Bürger, anders gesagt der weiblichen Bürger, eine bedeutende politische Investition wert?

Åsa Torstensson, Amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Herr Präsident, Frau Svensson, ehrenwerte Abgeordnete, vielen Dank für diese sehr wichtige Diskussion. Die Gewalt von Männern gegenüber Frauen hat viele Gestalten und nimmt viele Formen an, aber die Verletzlichkeit und das Leid sind dieselben, egal wer davon betroffen ist.

Es ist gut, dass in diesem Bereich von der Kommission so viele Initiativen ergriffen werden, und ich hoffe, dass die europäische Zusammenarbeit so stark sein wird, die Gewalt zu bekämpfen und die Gleichberechtigung

zu stärken und dass wir strategisch arbeiten werden. Diese Initiative und Aktivität wurde von vielen von Ihnen im Parlament gefordert.

Ich möchte wiederholen, dass der Bereich Gewalt gegen Frauen für den schwedischen Ratsvorsitz Priorität hat: 1. Im Rahmen des Stockholm-Programms, das nächsten Monat angenommen werden wird, wird es größere Möglichkeiten geben, diese Probleme, die im Parlament hervorgehoben wurden und die Frauen betreffen, die Gewalt ausgesetzt sind, zu bekämpfen.

2. Am 9. November hat der Ratsvorsitz eine Konferenz ausgerichtet, bei der die Mitgliedstaaten und Vertreter der Zivilgesellschaft die Gelegenheit hatten, ihre Erfahrungen und Informationen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auszutauschen. Im Herbst hat der Ratsvorsitz außerdem in Brüssel eine Konferenz zu Opfern von Menschenhandel organisiert mit dem Ziel, die Notwendigkeit von Maßnahmen, die für die Betroffenen ergriffen werden, hervorzuheben und sich auf eine Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern des Menschenhandels zu konzentrieren.

Ich möchte meinen Dank für diese äußerst wichtige Diskussion aussprechen. Der Weg ist lang und es gibt viele Hindernisse, aber unsere Vision muss es sein, dass die Gewalt gegen Frauen aufhört.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Ich werde nur noch einige Abschlussbemerkungen anbringen, aber zuerst möchte ich allen Abgeordneten danken, die in dieser Diskussion zu Wort kamen, die eine sehr entscheidende Diskussion ist. Das ist eine der brutalsten Formen der Menschenrechtsverletzungen, die sehr weit verbreitet ist, nicht nur in den Entwicklungsländern. Wir sprechen viel über den Kongo, aber wir sollten auch über andere Entwicklungsländer sprechen, wie zum Beispiel Pakistan. Gestern Nacht, nach der Sitzung im Parlament habe ich ferngesehen und da lief auf 24/24 ein Programm über den Missbrauch von Frauen in Pakistan. Es war furchtbar, einfach furchtbar. Aber es ist auch die Wahrheit. Einer der Abgeordneten hat das Beispiel angebracht von der Frau, die nicht die Burka tragen wollte.

Es ist offensichtlich, dass sich der Konflikt verschlimmert und den Missbrauch von Frauen zunehmen lässt, dass sexuelle Gewalt als Kriegswaffe eingesetzt wird, dass man nach einiger Zeit erkennen kann, dass das soziale Gefüge und der Zusammenhalt der traditionellen Gemeinschaften zerstört werden, zerbrechen, dass Moral verschwindet und dass man zu einer Situation kommt, in der nicht nur Rebellen und Soldaten, sondern auch gewöhnliche Bürger diese Art entsetzlicher Angriffe auf Frauen und Kinder ausüben.

Einige Abgeordnete haben gefragt, ob es möglich sei, eine europäische Richtlinie zu Gewalt gegen Frauen einzurichten, die die Gewaltverhütung, den Schutz der Opfer und die Verfolgung der Täter sicherstellen würde. Leider denke ich, dass es dafür keine Rechtsgrundlage gibt. Es gibt eine Rechtsgrundlage im Vertrag von Lissabon für einige konkrete Maßnahmen, die ergriffen werden können...

(FR) ... insbesondere was Menschenhandel, die sexuelle Ausbeutung von Kindern und Kinderpornographie betrifft. Im Vertrag von Lissabon wird eindeutig darauf hingewiesen, aber die Erklärung der Menschenrechte als solche ist keine Rechtsgrundlage, auf der eine Richtlinie aufgebaut werden kann.

Ich glaube trotzdem, dass die Kommission weiterhin verschiedene Möglichkeiten zur Bekämpfung dieses Problems nutzen muss, insbesondere durch Programme, die nicht nur auf Entwicklungsländer zielen, sondern auch auf bestimmte schutzbedürftige Gruppen und unsere eigenen Mitgliedstaaten, weil auch hier in der Europäischen Union, die wirklich ein Beispiel bezüglich des Schutzes der Menschenrechte und der Rechte von Frauen setzen sollte, noch Probleme existieren.

Sie können sich auf die Kommission verlassen – sowohl die gegenwärtige wie auch die nächste – dass sie diese Aktionen fortsetzt und entwickelt, aus dem einfachen Grunde heraus, dass wir es für notwendig erachten. Dabei ist es nicht die Frage, wie jemand von ihnen vorschlug, ob die Mitgliedstaaten, die Kommission oder die Europäische Union die Initiative ergreifen sollen. Ich denke, dass wir dieses Problem auf allen Ebenen und in allen Verantwortungsbereichen nicht vergessen dürfen.

VORSITZ: Diana WALLIS*Vizepräsidentin*

Die Präsidentin. – Ich habe einen Entschließungsantrag erhalten⁽²⁾, der gemäß Artikel 115 Absatz 5 der Geschäftsordnung von dem Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter vorgelegt wurde.

Die Aussprache wird beendet.

Die Stimmabgabe findet morgen, Donnerstag, den 26. November 2009, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), schriftlich. – (LT) Ich stimme dieser Entschließung zu, und ich fordere die Kommission auf, das Jahr der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen auszurufen. Ich bin davon überzeugt, dass die Mitgliedstaaten dann ihre nationale Gesetzgebung bezüglich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen schneller verbessern würden, besonders bezüglich der häuslichen Gewalt gegen Frauen. Dies würde zudem zu der effektiven Umsetzung von nationalen Programmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen führen. Die Mitgliedstaaten müssen ein einheitliches System für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen errichten, damit entsprechende Präventions-, Schutz- sowie Hilfsmaßnahmen konsolidiert werden. Sobald die neue Kommission ihre Arbeit und Spanien den Ratsvorsitz übernimmt, muss diese Problematik zu einer Priorität erklärt werden.

Proinsias De Rossa (S&D), schriftlich. – Heute ist der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Gewalt gegen Frauen findet sich überall und in allen gesellschaftlichen Klassen, ob reich oder arm, gebildet oder ungebildet, sozial mobil oder marginalisiert. Allerdings herrscht bezüglich dieser Problematik eine weitverbreitete und strukturelle Blindheit. Diese Entschließung fordert einen zielgerichteten und kohärenten, EU-weiten Strategieplan für die Bekämpfung aller Formen der Gewalt gegen Frauen, wie es auch der Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern der EU vorsieht. Die jeweiligen nationalen Gesetzgebungen und Strategien müssen durch die Entwicklung umfassender nationaler Aktionspläne zu Prävention, Schutz und Verfolgung verbessert werden. Während des vergangenen Jahres musste 1 947 Frauen und 3 269 Kindern in Irland Zuflucht gewährt werden. Seit 1996 wurden über 120 Frauen ermordet, ein großer Teil davon von dem jeweiligen Partner oder Ex-Partner. EU-Untersuchungen haben gezeigt, dass ein Fünftel aller Frauen Gewalt durch den männlichen Partner erleidet und dass es sich bei 25 % aller gemeldeten Gewaltverbrechen in Europa um Übergriffe eines Mannes auf seine Frau oder Partnerin handelt. Häusliche Gewalt zielt darauf ab, den menschlichen Geist zu beherrschen und zu zerstören. Berichte über die von der irischen Regierung geplanten Einschnitte von bis zu 30 % für die entsprechenden Dienste belegen eindeutig den bestehenden Mangel an Engagement für Prävention, Schutz und Strafverfolgung.

Louis Grech (S&D), schriftlich. – In Europa war ein Fünftel aller Frauen häuslicher Gewalt ausgesetzt. In Malta wurden von Januar bis Oktober 2009 467 Fälle von häuslicher Gewalt gemeldet, und diese Zahlen stellen das Problem in Malta wahrscheinlich nicht repräsentativ dar. Auch die Statistiken in anderen Mitgliedstaaten sind irreführend. Der Grund dafür ist die Angst der Frauen, von den Behörden und gerichtlichen Instanzen kein Verständnis zu ernten. Die Entschließung geht davon aus, dass Gewalt – sieht man einmal von ihrer kriminellen Natur ab – auch eine Frage der Diskriminierung und Ungleichheit ist und damit in den Kompetenzbereich der EU fällt. Dieser Antrag lenkt die Aufmerksamkeit zu Recht auf die Strafverfolgung der Täter. Zudem ist es wichtig, Gesetzeslücken zu schließen, die es den Tätern ermöglichen, ungestraft davon zu kommen. Andererseits muss auch die Rehabilitierung des missbrauchenden Partners berücksichtigt werden, damit weitere Wiederholungen der Gewalt verhindert werden können. Einige Mitgliedstaaten verfügen nicht über ausreichend ausgebildete Mitarbeiter, um entsprechende Unterstützung, Hilfe und Beratung für die Opfer anbieten zu können. Es reicht nicht aus, lediglich Zufluchtsorte für die Opfer einzurichten. Die betroffenen Frauen brauchen staatliche Hilfe, um wieder in den Arbeitsmarkt eintreten und echte wirtschaftliche Unabhängigkeit von dem Täter erlangen zu können. Zudem müssen Schulungsprogramme für die Opfer und deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft eingerichtet werden, und die EU muss sich mit ihrer ganzen Macht für die Bekämpfung dieser schreienden Ungleichheit einsetzen.

Zita Gurmai (S&D), schriftlich. – Bei der Gewalt gegen Frauen handelt es sich um ein weltweit ernstes Problem. Frauen, und mit ihnen Kinder, stellen den schwächsten Teil unserer Gesellschaft dar und sind am

(2) Siehe Protokoll

häufigsten Gewalt ausgesetzt. In Europa werden beispielsweise ca. 20 bis 25 % aller erwachsenen Frauen Opfer von physischer Gewalt, und 10 % aller Frauen haben sexuelle Gewalt erfahren. Bei der häuslichen Gewalt handelt es sich in 98 % der Fälle um Übergriffe von Männern gegen Frauen. Aus diesem Grund müssen wir diese Angelegenheit als ein Problem der Gleichstellung behandeln. Wenn wir von Gewalt sprechen, meinen wir damit nicht nur psychische Gewalt. Die soeben erwähnten Zahlen sehen dann jedoch weitaus schlechter aus.

Ich finde, dass wir derartige Zahlen und Zustände, von denen vor allem Frauen betroffen sind, nicht hinnehmen können. Die europäischen Sozialdemokraten fordern seit langem effektiven Schutz und gute Programme. Das Daphne-Programm stellt einen guten Anfang dar, aber wir müssen auf der Ebene der EU-Mitgliedstaaten mehr tun. Ich finde sehr wichtig, dass der spanische Ratsvorsitz entschieden hat, die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen zu einer Priorität zu machen. Aber kein einziges soziales Problem kann in nur sechs Monaten gelöst werden. Ich werde daher mein Möglichstes tun, um sicherzustellen, dass der belgische und ungarische Ratsvorsitz die Arbeit fortsetzen, die der spanische Ratsvorsitz begonnen hat.

Livia Járóka (PPE), schriftlich. – Bei der Zwangssterilisation handelt es sich um eine der schwersten Formen der Gewalt gegen Frauen und um eine unzulässige Verletzung der Menschenrechte. In einigen Mitgliedstaaten wurden Zwangssterilisationen an Roma-Frauen vorgenommen, um deren angeblich „hohe und ungesunde“ Geburtenrate zu reduzieren. Obwohl einige Fälle gemeldet und gerichtlich zugunsten der Opfer entschieden wurde, gibt es in den meisten Fällen noch immer keine Entschädigung oder offizielle Entschuldigung. Ich möchte die Entschuldigungen des Premierministers Jan Fischer sowie einen aktuellen Antrag der tschechischen Republik begrüßen, in dem gefordert wird, dass der Gesundheitsminister bis zum 31. Dezember 2009 eine ganze Reihe an Maßnahmen ergreifen muss, damit sich derartige Gewalttaten nicht wiederholen. Ich hoffe sehr, dass sich andere Länder wie beispielsweise die Slowakei der tschechischen Initiative anschließen werden und ein System einrichten, das angemessene Entschädigungen für diejenigen Frauen leistet, die ohne Einverständnis ihrer Fruchtbarkeit beraubt wurden. Die Mitgliedstaaten müssen unverzüglich diese schweren Menschenrechtsverletzungen gegen die Roma-Frauen untersuchen, die Täter bestrafen und sicherstellen, dass alle Opfer ermittelt und entschädigt werden. Schließlich ist es das gemeinsame Ziel aller europäischen Staaten, die Gesundheit und die physische Unversehrtheit aller Frauen auf dem Kontinent zu sichern.

Joanna Katarzyna Skrzydlewska (PPE), schriftlich. – (PL) Die Problematik der Gewalt gegen Frauen, einschließlich der häuslichen Gewalt, findet im Rahmen der allgemeinen Kampagne für die Einhaltung der Menschenrechte viel zu wenig Beachtung. Die im Jahr 2008 weltweit geführte UN-Kampagne zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen hat gezeigt, dass Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren mehr von Vergewaltigung und häuslicher Gewalt bedroht sind als von Krebs, Unfällen im Straßenverkehr, Krieg oder Malaria. 40 bis 50 % der Frauen in der EU selbst gaben an, verschiedenen Formen von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz ausgesetzt zu sein. Schätzungsweise 500 000 bis 2 Millionen Menschen, die Mehrheit davon Frauen und Kinder, werden jährlich Opfer von Menschenhandel oder werden zu Prostitution, Zwangsarbeit, Sklaverei oder Gefangenschaft gezwungen. Aus diesem Grund freue ich mich darüber, dass diese Problematik in der Entschließung des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter genannt wird. Es ist wichtig, das Vorgehen bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu vereinheitlichen, damit die unternommenen Anstrengungen effektiver werden. Es ist zudem wichtig, dass die Frauen und die Menschen, die bereits Opfer von Gewalt geworden sind, die richtige Hilfe erhalten. Auch das gesellschaftliche Bewusstsein ist von Bedeutung, damit häusliche Gewalt nicht einfach als peinliches Problem, das nur in den eigenen vier Wänden existiert, angesehen wird.

Anna Záborská (PPE), schriftlich. – (SK) Heute, am 25. November, begehen wir nicht nur den Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Heute erinnert sich auch die christliche Welt an die Hl. Katharina von Alexandrien, die zu Beginn des 4. Jahrhunderts eingekerkert und ein Opfer der Gewalt wurde. Sie war eine Märtyrerin für Glaubensfreiheit und Freiheit der Meinungsäußerung. Das Gewaltproblem wird oftmals derart überzogen dargestellt, dass man den Eindruck haben könnte, wir Frauen hätten keine anderen Probleme. Ich bin davon überzeugt, dass sich Frauen weitaus häufiger um Armut, Gesundheitsprobleme, Schulbildung, den ihrer Arbeit in der Familie beigemessenen Wert und andere Lebensumstände sorgen.

Dennoch müssen wir natürlich eingestehen, dass Gewalt auch eines ihrer Probleme darstellt. Diese Problematik ist einer zivilisierten Gesellschaft unwürdig, denn sie untergräbt die menschliche Würde. Dennoch muss ich feststellen, dass es im Europäischen Parlament politisch korrekte und politisch unkorrekte Gewalt gibt, denn dies muss der Grund dafür sein, warum mein Änderungsantrag zur Verurteilung der Zwangssterilisation von Frauen und von gewaltsamen Schwangerschaftsabbrüchen vom FEMM-Ausschuss abgelehnt wurde.

Zbigniew Ziobro (ECR), schriftlich. – (PL) Es ist eine große Schande, dass es noch immer so viele Fälle von Gewalt gegen Frauen in Europa gibt. Unsere besondere Sorge muss dabei der Tatsache gelten, dass ein großer Anteil der Fälle von Gewalt gar nicht polizeilich gemeldet wird, insbesondere da es so viele Fälle von schweren Verbrechen wie Vergewaltigung gibt. Dabei kann keine Strategie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen erfolgreich sein, wenn die Opfer die Gewalttaten nicht bei den zuständigen Behörden melden. Das Gesetz muss sicherstellen, dass in diesen Fällen entschieden gehandelt wird, damit den Opfern Gerechtigkeit widerfährt, und dass beide, die Opfer wie auch die Gesellschaft, in der Zukunft vor ähnlichen Vorfällen geschützt werden. Unsere Sorge muss der Tatsache gelten, dass in einigen Ländern der EU, einschließlich Polen, die Strafen für sexuelle Straftaten äußerst milde sind und oftmals zur Bewährung ausgesetzt werden. Dies lässt sich mithilfe der Tatsache belegen, dass 40 % aller in Polen für die Straftat der Vergewaltigung verhängten Gefängnisstrafen zur Bewährung ausgesetzt werden. Das Auferlegen einer solch milden Strafe seitens der Gerichte ist ein Schlag in das Gesicht der Opfer, da diese so leichtfertig über das den Opfern geschehene Unrecht urteilen. Zu dem ernsthaften Vorgehen gegen das Problem der Gewalt gegen Frauen gehört die strenge Bestrafung der Täter, damit eine gerechte Vergeltung des Unrechts geschieht und damit die Gesellschaft zukünftig geschützt wird.

14. Eine politische Lösung für die Piraterie vor der Küste Somalias (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zu einer politischen Lösung bezüglich der Piraterie vor der Küste Somalias.

Carl Bildt, amtierender Präsident des Rates. – Frau Präsidentin, ich bin dankbar dafür, dass die Situation in Somalia und das sehr ernste Problem, das durch die Piraterie vor der Küste Somalias verursacht wird, kurz angesprochen werden kann.

Ich möchte hier keine Details besprechen. Das Land befindet sich seit mehr als 18 Jahren in einer Krise, die humanitäre Situation ist unerträglich, und im ganzen Land herrscht Unfrieden. Es gibt einen Prozess mit der föderalen Übergangsregierung, aber der Erfolg ist sehr unsicher – um es vorsichtig zu formulieren –, und es sind anhaltende Bemühungen der internationalen Gemeinschaft erforderlich, um das Land schrittweise auf eine Aussöhnung hin zu bewegen und schrittweise eine Art funktionierenden Staat aufzubauen, der diesem schrecklich erschütterten Land Stabilität bieten kann.

Die Piraterie ist eine sehr ernsthafte Bedrohung. Diese anzugehen erfordert ein breites Engagement des Landes selbst, was –wie bereits dargelegt wurde– aufgrund der aktuellen Sicherheitslage in dem Land äußerst schwierig ist. Wie Sie feststellen konnten, haben sich unsere aktuellen Bemühungen auf praktische Hilfe konzentriert, die außerhalb von Somalia für das Land und seine Bevölkerung geleistet werden kann. Wir diskutieren natürlich, wie Sie vielleicht wissen, weitere Schritte in diese Richtung.

Was das spezielle Problem der Piraterie angeht, so führt die Marineoperation Atalanta weiterhin erfolgreich ihren Auftrag vor der Küste Somalias aus. Alle Lieferungen des Welternährungsprogramms wurden sicher über Mombasa nach Mogadischu und Berbera an Somalia geliefert. Es wurden seit Anfang Mai 2009 keine erfolgreichen Angriffe im Golf von Aden mehr ausgeführt. Hierbei handelt es sich in gewisser Weise um das Ergebnis des Engagements der EU-Mitgliedstaaten und der übrigen internationalen Gemeinschaft, die bei der Aufstellung eines hochrangigen Marineverbands geholfen hat. Der in dieser Hinsicht begrenzte Erfolg dieser Unternehmung ist zudem das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit der Zivilschifffahrt und des EU-Hauptquartiers in Northwood (Vereinigtes Königreich). Dadurch konnten empfehlenswerte Managementverfahren entwickelt werden, die von den Seeleuten zunehmend eingehalten werden. Zudem wurde das koordinierte Instrument für den Schutz der Handelsschifffahrt im Golf von Aden äußerst effektiv umgesetzt.

Zurzeit kann man demnach sagen, dass die Piraterie im Golf von Aden zurückgedrängt werden konnte, aber als Problem durchaus fortbesteht. Daher hat der Rat entschieden, die Operation gegen die Piraterie bis Dezember 2010 zu verlängern. Aus diesem Grund müssen wir unsere aktuellen Bemühungen weiterführen und die entsprechenden Militärressourcen aufrecht erhalten. Gleichzeitig erwarten wird, dass die Resolution AL 1846 des UN-Sicherheitsrates während der nächsten Tage verlängert wird.

Dennoch gibt es keinen Anlass zur Zufriedenheit. Die Piraten weiten ihre Aktivitäten in Richtung Osten und den Indischen Ozean aus. Seit Ende der Monsunzeit haben wir eine neue Angriffswelle im Norden und Nordosten der Seychellen, die sich in einiger Entfernung befinden, beobachtet. Es werden zurzeit 11 Schiffe nach Übergriffen im sog. Somali-Becken gefangen gehalten. Davon betroffen sind 250 Besatzungsmitglieder.

Wir haben mit der Operation Atalanta unsere Kapazitäten in diesem entfernt gelegenen Seegebiet verstärken können. Es wurden Marineaufklärungsflugzeuge von den Seychellen aus eingesetzt. Ich kann Ihnen mitteilen, dass auch schwedische Marineaufklärungsflugzeuge zu den Streitkräften auf den Seychellen stoßen werden. Dies hat sich als hilfreich erwiesen. Bis auf Weiteres sind bereits zusätzliche Schutzmaßnahmen auf nationaler Ebene eingeführt oder geplant, wobei Frankreich und seit kurzem Spanien eine angemessene und effektive Reaktion gezeigt haben.

Zudem muss der international anerkannte Transitkorridor im Golf von Aden geschützt werden. Hierbei handelt es sich um die empfohlene Route durch den Golf, und alle Schiffe genießen hier ungeachtet ihrer Flagge den Schutz durch die Marine. Wir haben dort zurzeit Marineeinheiten aus der Europäischen Union, von der Nato und eine von den USA geführte Koalition von Marinestreitkräften, für die eine sehr gute Koordination der Patrouillen und der essentiellen geheimdienstlichen Zusammenarbeit, wie sie bei derartigen Operationen erforderlich ist, vorhanden sind.

China hat nun zugestimmt, sich diesem Koordinierungsinstrument anzuschließen und an den Schutzmaßnahmen teilzunehmen. Dies bedeutet, dass bestehende Instrumente weiterentwickelt und erweitert werden müssen. Dies kann zu gegebener Zeit dazu führen, dass China und möglicherweise auch andere Seemächte einige der Verantwortlichkeiten übernehmen. Andere wiederum – Russland, Indien und Japan – haben auch Marineverbände aufgestellt, und sie sollten so schnell wie möglich dazu eingeladen werden, sich diesem Instrument anzuschließen. Die Koordinierung ist natürlich der Schlüssel zum Erfolg.

Mir ist das Interesse dieses Hauses an der durchaus schwierigen Frage nach der gerichtlichen Verfolgung mutmaßlicher Piraten, die von Atalanta-Einheiten festgenommen und verhaftet wurden, bekannt. Zurzeit werden 75 Verdächtige in Gefängnissen in Kenia festgehalten. Der Rechtsweg erstreckt sich auf neun verschiedene Verfahren und stellt eine erhebliche zusätzliche Belastung für das kenianische Rechtssystem dar. Die ordnungsgemäße Durchführung dieser Verfahren ist natürlich essentiell, wenn wir sowohl die abschreckende Wirkung, die durch die Operation Atalanta erzielt werden soll, als auch die gesamte Glaubwürdigkeit unserer Maßnahmen zur Bekämpfung der Piraterie aufrechterhalten wollen. Ich vermute, dass Ihnen die kürzlich mit den Seychellen getroffene Vereinbarung zu der Überstellung mutmaßlicher Piraten bekannt ist, welche einen wichtigen zusätzlichen Beitrag in dieser Hinsicht darstellt. Bei der Piraterie handelt es sich um ein äußerst lukratives Geschäft, und es ist daher wichtig, dass wir unsere Aktivitäten in jeder Hinsicht darauf ausrichten, dass die Piraten möglichst wenig Gelegenheit erhalten, aus den von ihnen ausgeführten verachtenswerten Unternehmungen weitere Geldzahlungen zu erhalten.

Was wir nun auf See tun, kann letzten Endes nicht ersetzen, was in Somalia oder durch Somalia selbst geschehen müsste. Hierbei handelt es sich allerdings um Maßnahmen, die keinen sofortigen Erfolg versprechen. Wir müssen die Marineoperation fortsetzen, und dies erfordert unsere Bereitschaft, ein langfristiges Engagement unserer Militärverbände aufrechtzuerhalten. Zweitens erfordert dies, dass wir die koordinierte Zusammenarbeit aller an dieser Operation beteiligten Kräfte und internationalen Institutionen stärken. Und drittens müssen wir bei der Entwicklung regionaler Marinekapazitäten helfen, denn diese Last kann nicht von uns alleine getragen werden. Die internationalen Marineorganisationen, genau wie die Kontaktgruppe über Piraterie, müssen hier eine wichtige Rolle spielen.

Es geht hier um einen Bereich, in dem wir während der vergangenen Jahre die Möglichkeiten der ESVP unter Beweis gestellt haben. Noch vor wenigen Jahren hätten auch die ehrgeizigsten Abgeordneten sich nicht vorstellen können, dass wir mit der Europäischen Union an einem Marineverband im Golf von Aden oder im Indischen Ozean teilnehmen würden. Zwingende humanitäre und andere Gründe haben uns – im Rahmen des Möglichen – zu dem gebracht, was wir nun eine relativ erfolgreiche Operation nennen können. Aber wir wollen uns keiner Illusion hingeben. Es bleibt noch viel zu tun. Wir müssen die Operation weiter verfolgen, und die Unterstützung des Parlaments ist in dieser Hinsicht besonders wichtig.

Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, dieses Mal müssen wir die Somalia-Frage weiter fassen, und wir müssen mit nachhaltigen Methoden die Ursache der Plage bekämpfen. Die Kommission ging immer davon aus, dass die Piraterie nur durch Bekämpfung der ursächlichen Gründe ausgerottet werden kann, beginnend mit der Instabilität in Somalia sowie durch Eingehen auf die Erfordernisse für die Entwicklung des Landes, welche sich in Form extremer Armut, weit verbreiteten Analphabetismus und Verwundbarkeit ausdrücken.

Daher ist angesichts der Herausforderungen in Bezug auf Sicherheit und Entwicklung in Somalia, wie bereits erwähnt, ein umfassendes Vorgehen unerlässlich. Dies erfordert das Errichten eines funktionierenden Staates, der zur Durchsetzung von Gesetzen und Bereitstellung grundlegender Dienste in der Lage ist. Mittel- bis langfristig gehören Kontrolle, einschließlich Verwaltungsaufbau und Sicherheit, Bildung und wirtschaftliche

Entwicklung zu den notwendigen Voraussetzungen für die Beseitigung der Gründe, die zum jetzigen Zeitpunkt als Motivation für einige Somalis dienen, sich der Piraterie zuzuwenden.

Bei der Sicherheit ist schnelles Handeln besonders wichtig. Wie Sie wissen, muss die Afrikanische Union hier eine zentrale Rolle spielen, beispielsweise mithilfe der AMISOM, wobei es sich um die Friedenstruppe der Afrikanischen Union für die Sicherheit der föderalen Übergangsregierung in Mogadischu handelt. Mit der Friedensfazilität für Afrika leistet die Europäische Union einen umfassenden Beitrag zu AMISOM, indem sie Mittel zur Unterstützung der Streitkräfte der Afrikanischen Union bereitstellt. Vor Kurzem wurde eine Zuschussvereinbarung über 60 Mio. EUR abgeschlossen. Diese ist Teil der Zusicherung, die von der Kommission während der Konferenz in Brüssel im April dieses Jahres ausgesprochen wurde. Das gemeinsame Strategiepapier 2008/2013 legt die Unterstützung der Kommission für Somalia fest und erwähnt ein konkretes Unterstützungsprogramm der Gemeinschaft für Somalia mit einem Gesamthaushalt von 215,4 Mio. EUR aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) für den Zeitraum 2008 bis 2013.

Die Operation ATALANTA, die erste Marineoperation der EU, feiert in Kürze ihren Jahrestag. Bei dieser Operation handelt es sich um einen Erfolg, da diese für die Abschreckung der Piraten sorgt und zugleich das Bewusstsein der Seeleute für die besten Maßnahmen zum Selbstschutz schärft. Aber wir alle wissen, dass noch viel getan werden muss. Parallel zu der Operation ATALANTA setzt die Kommission ein Finanzinstrument zur Stabilisierung ein und unterstützt die kenianische Justiz, wie der Ratspräsident soeben dargelegt hat, da Kenia die Aufgabe übernommen hat, überstellte mutmaßliche Piraten, die im Rahmen der Operation festgenommen wurden, zu belangen. Es ist wirklich wichtig, dass diese nicht straffrei ausgehen. Diese Unterstützung des kenianischen Justizsystems umfasst Maßnahmen zur Erhöhung der Kapazitäten der Strafverfolgung, des Polizeiapparats, der juristischer Dienste und der Haftanstalten. Das Programm wird vom UNODC umgesetzt und kostet 1,75 Mio. EUR.

Im Gesamtkontext stellt auch die Entwicklung von regionalen Marinekapazitäten einen wichtigen Aspekt bei der Sicherung des Gebiets dar. Die Kommission unterstützt die Umsetzung des Verhaltenskodex der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation, der in Dschibuti angenommen wurde, wiederum durch Nutzung unseres Instruments zur Stabilisierung. Ein Programm, das die wichtigen Meeresrouten, einschließlich dem Horn von Afrika und der Region des Golfs von Aden, umfasst, wird bei der Einrichtung eines regionalen Schulungszentrums für die Schifffahrt in Dschibuti hilfreich sein. Dieses Zentrum dient der Erhöhung der Kapazitäten und der Schulung von Verwaltungsmitarbeitern in der Schifffahrt, von Beamten und der Küstenwachen der Region, einschließlich Somalia, Puntland und ggf. Somaliland. Ein Zentrum für den regionalen Informationsaustausch in Sanaa im Jemen wurde ebenfalls für die Unterstützung während des Jahres 2009 ausgewählt. Die erste Phase dieses Programms hat bereits begonnen, und es wurden technische Machbarkeitsstudien in Gang gesetzt.

Lassen Sie mich nun abschließend zu einem anderen wichtigen Thema kommen. Die Kommission entwickelt eine integrierte Meerespolitik, die eine externe Dimension miteinschließt, sowie die integrierte maritime Überwachung über die unterschiedlichen Sektoren und Grenzen hinaus, um so unter anderem bei den Seeleuten das Bewusstsein für Situationen während der Fahrt, für Sicherheit und Unversehrtheit, aber auch allgemein für Strafverfolgung zu schärfen.

Der schwedische Ratsvorsitz hat große Anstrengungen unternommen, um bei der EU-Meerespolitik eine säulenübergreifende Kohärenz garantieren zu können, wobei eine Verbindung der Maßnahmen der Gemeinschaft und der Arbeit gemäß der zweiten Säule, nämlich der Europäischen Verteidigungsagentur, sichergestellt wird. Wir sind davon überzeugt, dass die Integration der maritimen Überwachung langfristig die EU-Operationen gegen Piraterie unterstützen kann, da die Nutzung der Daten aus der maritimen Überwachung aus den unterschiedlichen Quellen es den auf See agierenden Behörden ermöglicht, besser informiert Entscheidungen zu treffen.

All diese unterschiedlichen Aktivitäten, die auch in der Entschließung des EP des vergangenen Oktobers enthalten sind, konstituieren den Beitrag der Kommission zu der Bekämpfung der Piraterie.

Cristiana Muscardini, im Namen der PPE-Fraktion. – (IT) Frau Präsidentin, Herr Minister, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, wir begrüßen mit großer Freude die Verlängerung der Mission Atalanta.

Seit zehn Jahren beschäftige ich mich mit dem Problem Somalia, und ich muss leider sagen, dass Europa zu oft zu langsam reagiert hat.

Die Situation in Somalia spitzt sich täglich weiter zu. Dies liegt an den Folgen des internationalen Terrorismus sowie an dem Problem der Piraterie. Dies zeigt sich auch in der menschlichen Tragödie, die Millionen von

Menschen erleiden, untern ihnen besonders Frauen und Kinder, die unter der Gewalt, dem täglichen Hunger und der Notwendigkeit leiden, durch die Wüste zu fliehen, um an Europas Küsten ihre Zuflucht zu suchen.

Neben der Bekämpfung des Terrorismus müssen wir auch Maßnahmen ergreifen, die der Wirtschaft in dieser Region neue Impulse verleihen, aber auch durchsetzen, dass Europa die Aufsicht über die Flüchtlingscamps in Libyen übernehmen kann. Wir haben Berichte über die sehr ernste Lage in diesen Camps erhalten, die sich sowohl auf Gewalt als auch mangelnde Einhaltung der Menschenrechte beziehen, wovon oftmals gerade somalische Frauen betroffen sind.

Während einer von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) organisierten Rede des ständigen Vertreters der föderalen Übergangsregierung Somalias bei den Vereinten Nationen, Herrn Yusuf Mohamed Ismail Bari-Bari, legte dieser dar, dass Somalia aufgrund von illegalem Fischfang vor seinen Küsten weiter verarmt ist, und dass viele Piraten ehemalige Fischer sind, die weder Gerechtigkeit erfahren noch Aufmerksamkeit für ihre Anliegen erhalten haben.

Wir müssen also den Terrorismus bekämpfen und zugleich Gerechtigkeit, Hoffnung und Wirtschaftswachstum in ein Land bringen, das durch einen mehrere Jahre andauernden Krieg zum Märtyrer geworden ist.

Roberto Gualtieri, im Namen der S&D-Fraktion. – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir möchten mit dieser Debatte und mit der Entschließung, die wir morgen in der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament verabschieden werden, unsere Unterstützung für das Engagement der Europäischen Union im Kampf gegen die Piraterie ausdrücken. Gleichzeitig möchten wir unserer Sorge bezüglich der dramatischen Situation in Somalia Ausdruck verleihen. Diese erfordert dringendes Handeln zur Unterstützung der Stabilität des Landes, damit die Ursachen des Phänomens der Piraterie angegangen werden können.

Die Mission Atalanta ist eine Erfolgsgeschichte: Sie hat den Transport von 300 000 Tonnen Hilfsgütern ermöglicht und die Sicherheit im Golf von Aden für den gesamten Schiffsverkehr verbessert. Zugleich hat diese die Möglichkeiten sowie den zusätzlichen funktionellen und politischen Wert der ESVP gezeigt.

Dennoch brauchen wir noch stärkeres europäisches Engagement, an der Seite der Afrikanischen Union, für die Unterstützung des Dschibuti-Prozesses. Obwohl wir uns der Schwierigkeiten und Risiken durchaus bewusst sind, unterstützen wir die Möglichkeit einer ESVP-Mission in Somalia, mit deren Untersuchung der Rat bereits begonnen hat.

Wir hoffen daher auf dem Hintergrund des Änderungsantrags und dieser Debatte, dass sämtliche Fraktionen dabei helfen werden, diese Botschaft zu verstärken, anstatt der Versuchung zu erliegen, die dramatische Situation in Somalia als Ausrede für politische Hetze innerhalb einiger Länder zu missbrauchen, die mit dieser Debatte und der Arbeit des Parlaments nichts zu tun hat.

Izaskun Bilbao Barandica, im Namen der ALDE-Fraktion. – (ES) Frau Präsidentin, wir müssen die soziale und demokratische Entwicklung Somalias fördern, wenn wir die Piraterie wirklich beenden möchten. Zudem fordern wir, dass europäische Fischereifahrzeuge beim Fischen im Indischen Ozean genauso durch die Operation Atalanta vor den Angriffen der Piraten geschützt werden wie Handelsschiffe. Wir fordern militärischen Geleitschutz, denn dies ist die effektivste und kostengünstigste Lösung und wird zudem von der Internationalen Schifffahrtsorganisation empfohlen. Außerdem fordern wir, dass diejenigen Personen, die festgenommen wurden und der Piraterie angeklagt werden, in den Ländern der Region verurteilt werden, wie es in dem Vertrag mit Kenia und den Seychellen im März 2008 festgelegt worden ist.

Dies ist erforderlich, weil Fischereifahrzeuge in diesem Gebiet einer realen und wachsenden Bedrohung durch Angriffe und Entführungen ausgesetzt sind. Wir sollten uns daran erinnern, dass das Parlament sich vor einem Jahr gegen diese Situation ausgesprochen hat, und die Kommission gibt zu, dass in dieser Angelegenheit nichts getan wurde. Inzwischen greifen die Piraten weiter an.

Das jüngste Opfer, die *Alakrana*, wurde fast 50 Tage lang festgehalten. Es sollte auch daran erinnert werden, dass diese Fischereifahrzeuge gemäß einer europäischen Vereinbarung zur Fischerei unterwegs sind. Sie agieren also ganz legal in internationalen Gewässern und unter der Kontrolle der zuständigen Behörden.

Daher sollten wir den Schutz für derartige Fahrzeuge erhöhen.

Reinhard Bütikofer, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Herr Minister! Frau Kommissarin! Die Operation „Atalanta“ ist ein erfolgreicher Beitrag der EU zur Sicherheit in der Region am Horn von Afrika, und wir sollten sie fortsetzen. Die gemeinsame Verantwortung der EU ist aber breiter. Dazu gehört auch,

nicht wegzusehen, wenn zum Beispiel illegaler Giftmüllexport oder illegale Fischerei die Interessen Somalias verletzen, und deswegen sollte auch so etwas mit aller Konsequenz verfolgt werden.

Die Entschließung, über die wir morgen abstimmen sollen, geht zwei Irrwege, denen wir uns nicht anschließen: Es ist falsch, das Atalanta-Mandat jetzt verändern zu wollen, weder was die Ausweitung der Operationszone noch was den Versuch von Kollegen in diesem Hause betrifft, das Mandat auf die Fischerei auszuweiten. Wir wollen das Mandat so fortführen, wie es ist.

Zweitens ist es höchst fragwürdig, jetzt eine schlecht begründete ESVP-Ausbildungsmission aufzulegen, deren möglicher Beitrag zum Staatsaufbau in Somalia überhaupt nicht nachgewiesen ist. Das Prinzip sollte sein: Umsicht statt Eile!

Willy Meyer, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (ES) Frau Präsidentin, wir unterstützen den ersten Teil der Ausführungen von Frau Ferrero-Waldner voll und ganz. Hierbei handelt es sich um das tatsächliche Problem und seine Ursachen. Wenn wir uns nicht mit den Ursachen des Problems beschäftigen, wird es weder auf See noch an Land mit militärischen Mitteln gelöst werden. Gestern hat der Kommandant der Operation Atalanta deutlich ausgesprochen, dass es keine maritime Lösung für die Piraterie geben kann. Ich möchte das Parlament daran erinnern, dass die USA es mit einem militärischen Eingreifen an Land versucht haben und gescheitert sind.

Es wäre daher völlig falsch, Entwicklungshilfe und Lösungen für die Regierungsfähigkeit des Landes zurückzuhalten. Es ist also keine militärische Lösung möglich, und wir brauchen auch keine Privatisierung der militärischen Einsatzkräfte, wie sie die spanische Regierung vorgenommen hat. Es geht hier nicht darum, Armeen durch private Sicherheitsfirmen, die mit Kriegswaffen ausgestattet wurden, auszutauschen. Nein, das stellt sicherlich keine Lösung dar. Die Lösung kann nur sein, alle Arten von Piraterie zu beenden. Wir müssen die von Somalia aus operierende Piraterie, aber auch ausländische Piraterie beenden, die in den Hoheitsgewässern Somalias eine Verwüstung anrichtet.

Niki Tzavela, im Namen der EFD-Fraktion. – (EL) Frau Präsidentin, internationale Beobachter berichten, dass die Lösung des Problems der Piraterie durch politische Stabilität in diesem Gebiet erreicht werden kann. Hierbei handelt es sich um etwas, was wir uns alle wünschen, besonders wir Griechen, denn die griechische Schifffahrt ist besonders von der Piraterie in diesem Gebiet betroffen.

Frau Kommissarin, ich bin von Ihrer Rede angenehm überrascht. Bisher haben wir aus den internationalen Medien und von allen Seiten nur Informationen zu Fortschritten bei Militäroperationen gehört. Sie haben mich nun entwaffnet, denn ich wollte Ihnen folgende Frage stellen: Welche Fortschritte wurden bis heute von den politischen Kräften im Land erreicht, denn wir wenden uns nun der Tatsache zu, dass wir zur Behebung des Problems politische Stabilität in Somalia brauchen. Ich danke Ihnen für die Informationen, die Sie mit uns teilen. Ich möchte aber noch anmerken, dass es sinnvoll wäre, sowohl dem Europäischen Parlament als auch den Medien, die sich mit politischen Interventionen beschäftigen, mehr Informationen zur Verfügung zu stellen.

Luis de Grandes Pascual (PPE). – (ES) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, Herr amtierender Ratspräsident, Spanien hat gerade eine schmerzliche Situation erlebt, als ein Fahrzeug, die *Alakrana*, und die gesamte Besatzung Erpressung, Erniedrigungen und unzählige Risiken durchstehen musste.

Die spanische Regierung wurde in Spanien verantwortlich gemacht, wie es in einem derartigen Fall auch angemessen ist. Wir werden in diesem Parlament über Europa und mehr Europa sprechen. Jetzt können wir sagen, dass nach einem Jahr, in dem wir Diplomatie und Engagement gefordert haben, das Ergebnis positiv ist.

Dennoch reicht die Operation Atalanta nicht aus. Sie muss ausgeweitet und viel flexibler gestaltet werden. Wir müssen erreichen, dass nicht nur die Routen für humanitäre Hilfe geschützt werden, sondern auch die Sicherheit für die Fischereiaktivitäten der Gemeinschaft und der Handelsschiffe gewährleistet ist. Letztere müssen geschützt werden, und daher werden wir in der Entschließung, die wir morgen annehmen werden, von dem Europäischen Parlament und seinen Organen fordern, bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen.

Wir möchten „Ja“ zu der starken Position sagen, die von den Staaten eingenommen wird, die ihre Schiffe mit ihren Streitkräften schützen, um Piraten abzuschrecken und erforderlichenfalls auf legale Weise abzuwehren. Wir sind gegen den Einsatz privater Sicherheitsanbieter, eine Entscheidung, die auch nach Meinung der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation das Risiko unnötiger Gewalt mit sich bringt. Wir sind gegen die passive und dilettantische Haltung einiger Regierungen, die den Piraten lediglich das Leben erleichtert. Aber

wir sind für Diplomatie, für die Hilfe für Somalia und gegen unbegründete Anschuldigungen über vermeintlich illegales Fischen.

Schiffe der Gemeinschaft fischen gemäß internationalen Abkommen. Sie tun dies legal und müssen daher geschützt werden. Es ist die Pflicht der Gemeinschaftsorgane, dies zu tun.

Saïd El Khadraoui (S&D). – (NL) Wir alle sind sehr besorgt über die komplexe und gefährliche Situation in Somalia und deren Auswirkungen auf die Stabilität in der Region. Zugleich ist die Welt Zeuge der Problematik, mit der dieses Land als Folge der Seepiraterie und deren Auswirkungen auf die Schifffahrt in den Gewässern vor Somalia zu kämpfen hat. Zur Verbesserung der Situation brauchen wir eindeutig einen umfassenden Ansatz, wie Frau Kommissarin Ferrero-Waldner bereits erwähnte.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen und anmerken, dass wir mit der bis heute hervorragenden Arbeit der Operation Atalanta sehr zufrieden sind. Diese Bemühungen sind sehr wichtig, denn die Zugänglichkeit dieses Gebiets ist für den internationalen Handel und Gütertransport ausschlaggebend. Wir möchten, dass sowohl die Seeleute auf den Handelsschiffen als auch die Fischer, die in dem Gebiet tätig sind, ihrer Arbeit unter sicheren Umständen nachgehen können. Dies halten wir für wichtig. Lassen Sie uns daher die Arbeit dieser Operation auch weiterhin unterstützen. Aber lassen Sie uns auch darüber nachdenken, was noch getan werden kann, und, wie die Frau Kommissarin zu Recht angemerkt hat, lassen Sie uns zugleich das Problem an seinen Wurzeln effektiv und von verschiedenen Seiten angehen.

Franziska Katharina Brantner (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Somalia ist sicherlich ein Land in ständigem Ausnahmezustand, seit fast 20 Jahren ohne Regierung. Wir müssen als EU dazu beitragen, diese Situation zu ändern. Wir unterstützen deswegen die Arbeit der Kommission, sind aber sehr skeptisch gegenüber der neuen ESRP-Mission und dem Plan, 2 000 Soldaten für die Übergangsregierung in Somalia zu trainieren.

Was ist wirklich das Ziel dieser Mission? Was ist das gesamtpolitische Konzept für Somalia? Wo ist der Mehrwert zu den aktuellen amerikanischen und französischen Ausbildungsprojekten? Wir sehen nicht, wie diese Mission zum Staatsaufbau beitragen kann. Was ist die Legitimation dieser Übergangsregierung? Warum unterstützen wir sie und glauben, die Soldaten werden ihr helfen? Wie wollen wir verhindern, dass die Soldaten – einmal ausgebildet – hinterher zu Warlords überlaufen? Wir finden, dass es noch viel zu viele Fragen in Bezug auf diese Mission gibt, als dass man jetzt schon anfangen könnte, diese wirklich zu planen. Vor allem sehe ich nicht den Mehrwert, den die EU beitragen kann, und glaube, dass die Gelder besser in anderen Projekten angelegt sind, die die Kommission bereits betreibt.

Eider Gardiazábal Rubial (S&D). – (ES) Frau Präsidentin, wenn wir verstehen möchten, was in den Gewässern des Indischen Ozeans geschieht, müssen wir das Problem der Piraterie auf verantwortungsvolle Art und Weise angehen und dabei auf demagogische Aussagen und parteipolitische Streitigkeiten verzichten. Ich sage dies trotz der Aussagen, die ich in diesem Parlament heute leider anhören musste. Einige Abgeordnete haben während ihrer Redezeit die Gelegenheit genutzt, die spanische Regierung anzugreifen. Ich möchte darauf hinweisen, dass es gerade diese Regierung war, die die Operation Atalanta, für die wie uns heute hier aussprechen, unterstützt und vorangetrieben hat. Diese Operation reicht jedoch nicht aus und muss verstärkt werden.

Ich möchte daher den Rat bitten, diese Operation zu stärken, die geschützten Gebiete, für die sie verantwortlich ist, auszuweiten, mehr Personal bereitzustellen und diesem zusätzliche Kompetenzen zuzuweisen. Ich beziehe mich dabei beispielsweise auf die Überwachung der Häfen, aus denen die Mutterschiffe der Piraten auslaufen. Dennoch ist deutlich, dass Atalanta nicht das einzige Instrument bei der Lösung des Somalia-Problems sein kann. Daher möchte ich diese Gelegenheit nutzen, alle Betroffenen dazu aufzurufen, nach einer gemeinsamen Strategie für Somalia zu suchen. Eine solche Strategie sollte Entwicklungshilfe und den politischen Dialog mit der föderalen Übergangsregierung Somalias umfassen.

Ich möchte den Rat auch dazu auffordern, parallel zu Atalanta eine neue Operation zu initiieren. Im Rahmen dieser Operation sollten die Sicherheitskräfte der somalischen Regierung ausgebildet und ausgerüstet werden, während zugleich die Verpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden könnte.

(Die Rednerin erklärt sich damit einverstanden, auf eine „Blue-Card“-Frage gemäß Artikel 149 Absatz 8 zu antworten)

Luis de Grandes Pascual (PPE). – (ES) Hält die Abgeordnete es für unverantwortlich, dass erwähnt wurde, dass die spanische Regierung in Spanien verantwortlich gemacht werden sollte, und dass wir uns in diesem

Parlament auf die Diskussion um Europa und europäische Maßnahmen bei der Unterstützung der Operation Atalanta konzentrieren sollten?

Eider Gardiazábal Rubial (S&D). – (ES) Herr de Grandes Pascua, bitte versuchen Sie nicht, mir das Wort im Munde herumzudrehen. Ich halte es lediglich für unverantwortlich, dass Sie Ihre Redezeit dazu missbrauchen, die Regierung in Spanien anzugreifen.

Georgios Papanikolaou (PPE). – (EL) Frau Präsidentin, es ist eine Tatsache, dass die somalischen Piraten eine Bedrohung für die internationale Schifffahrt darstellen. Die Piraterie wirkt sich nicht nur negativ auf Kosten und Zuverlässigkeit der Seetransporte aus, sie verhindert auch – was viel wichtiger ist – die Bereitstellung von humanitärer Hilfe für Somalia und trägt zur Verschärfung des Mangels an Lebensmitteln im Land bei. Dennoch muss ich darauf hinweisen, dass auch andere Länder, darunter insbesondere diejenigen mit einer langen Tradition der Handelsschifffahrt, wie beispielsweise Griechenland und andere Mittelmeerländer, besonders stark betroffen sind. Ich denke auch, dass die EU-Operation zur Bekämpfung der Piraterie und zum Schutz der Route am Horn von Afrika ein wichtiger Schritt ist. Dennoch müssen wir uns eingestehen, dass das, was wir alle für ein Produkt der Phantasie und der Filmindustrie gehalten haben, und ich habe als Kinder viele Geschichten darüber in Büchern gelesen, nun Realität geworden ist, an unsere Türen klopft und eine echte Bedrohung darstellt. Daher brauchen wir mehr Koordination, wir müssen den Rat und die Kommission davon überzeugen, mehr politische Maßnahmen zu ergreifen.

Josefa Andrés Barea (S&D). – (ES) Frau Präsidentin, bei der Piraterie handelt es sich um ein für Spanien sehr ernstes Problem, denn es wirkt sich negativ auf unsere Fischereifahrzeuge aus. Ich begrüße die Freilassung des Schiffes *Alakrana* und möchte der Besatzung, dem Eigentümer und der spanischen Regierung für ihre Bemühungen mein Lob aussprechen.

Fischereifahrzeuge sind zum Ziel für Piraten geworden und erweisen sich, wie es scheint, als unwiderstehliche Gelegenheit für Geiselnahmen. Die Piraten gehen dabei, wie der Rat bereits anmerkte, zu Land und zur See mit modernisierten Methoden vor. Dies scheint durchaus einträglich zu sein, und die Mitgliedstaaten müssen auf diese Situation reagieren.

Die EU NAVFOR Somalia (Operation Atalanta) war ein Erfolg, und die Frau Kommissarin erwähnte bereits, dass eine große Anzahl an Maßnahmen ergriffen wurde. Aber wir brauchen mehr und bessere Operationen dieser Art. Fischereiboote dürfen nicht länger so angreifbar sein. Wir brauchen Schutz für die Fischerboote, und wir brauchen ein erweitertes Gebiet, in dem dieser Schutz gewährleistet wird.

Darüber hinaus brauchen wir auch eine Lösung an Land, denn dort ist das Problem entstanden. Wie die Frau Kommissarin bereits dargelegt hat, brauchen wir eine stabile Demokratie. Wir fragen daher die Kommission, ob sie bereit wäre, einen Gipfel zum Thema Piraterie in diesem Gebiet zu organisieren und so den Versuch zu wagen, an Land eine Lösung für die Dinge zu finden, die auf See geschehen.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE). – (ES) Ich bin natürlich sehr erfreut über das glückliche Ende des Falls *Alakrana*, aber ich fürchte, dass es sich hierbei nicht um den letzten Fall handelt. Wie bereits gesagt wurde, ist es wichtig, daran zu erinnern, dass die Piraten nicht nur von der Armut, sondern auch von den Fehlern und Lücken eines nicht funktionierenden Systems profitieren.

Es ist natürlich traurig und bedauerlich, dass Seeleute entführt werden, während sie einfach ihrer Arbeit nachgehen. Es ist auch betrüblich, dass es Menschen gibt, die das Fehlen einer funktionierenden Regierung, nicht nur in Somalia, sondern in der gesamten Region, ausnutzen und illegal in den Gewässern fischen oder Giftmüll versenken. Genau das, Herr de Grandes Pascual, ist leider geschehen.

Wir verurteilen jeden Akt der Piraterie, da gibt es gar keinen Zweifel. Die Bekämpfung dieses Phänomens erfordert jedoch mehr als Soldaten und Söldner. Die Reduzierung auf diese Begriffe könnte sich sogar kontraproduktiv auswirken und zu einer besorgniserregenden Eskalation des Konfliktes führen, besonders angesichts der Tatsache, dass einige Schiffseigentümer zur Maximierung ihrer Präsenz in dem Gebiet ein viel zu großes Risiko eingehen und die geschützten Gebiete weiter umschiffen als sie sollten. Hiermit schaffen sie ein Risiko, das stets schwierig zu handhaben ist.

Carmen Fraga Estévez (PPE). – (ES) Frau Präsidentin, natürlich wird im Indischen Ozean auch illegal gefischt, aber man kann die Fischereifahrzeuge der Gemeinschaft wohl kaum als illegal bezeichnen, wie es hier geschehen ist. Die Fischereiflotte der Gemeinschaft agiert innerhalb eines strengen Gesetzesrahmens und mit Genehmigungen im Rahmen des partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen der Gemeinschaft

und den Seychellen sowie der Thunfischkommission für den Indischen Ozean (IOTC), die für die Steuerung und Verwaltung des Thunfischfangs in diesem Gebiet verantwortlich ist.

Zweitens wurden alle Fischereifahrzeuge der Gemeinschaft mit einem Satellitenüberwachungsgerät ausgerüstet, mit dessen Hilfe diese jederzeit und in Echtzeit von den Fischerei- und Militärbehörden geortet werden können.

Drittens verfügt die Flotte der Gemeinschaft über Beobachter an Bord und entspricht dem strengen Regelwerk zur Bereitstellung von Informationen über die Fischereiaktivitäten in Form eines Logbuches über Fischereimengen, durch Fangproben, dem Verbot der Übergabe von Waren auf hoher See und durch andere Maßnahmen.

Zudem wurde die gesamte Fischereiflotte der Gemeinschaft in das regionale Flottenregister der IOTC aufgenommen. Ich würde mir wünschen, dass sowohl die Kommission als auch der Rat anerkennen, dass die Fischereiaktivitäten der europäischen Flotte in diesem Gebiet innerhalb der strengsten legalen Regeln ausgeführt werden.

Janusz Władysław Zemke (S&D). – (PL) Frau Präsidentin, ich möchte hier gerne meinen Dank aussprechen und anmerken, dass wir heute meiner Meinung nach sehr gute und zuverlässige Informationen sowohl von Herrn Bildt als auch von der Frau Kommissarin erhalten haben. Diese Informationen zeigen, dass die Europäische Union ihre Bemühungen auf zwei Bereiche konzentriert. Der erste Bereich ist die humanitäre Hilfe. Der zweite sind militärische Maßnahmen. Diese beiden Bereiche sind glücklicherweise zunehmend effektiv. Dennoch möchte ich Folgendes fragen: Sollten wir dem Aufbau des Staates in Somalia nicht die gleiche Bedeutung beimessen? Schließlich handelt es sich um ein Land ohne ordnungsgemäße Regierung. Sollten wir nicht Polizei vor Ort und einen Grundstock an militärischen Einsatzkräften aufbauen? Wenn dieser dritte Bereich nicht wie die beiden anderen behandelt wird, wird es meiner Meinung nach schwierig werden, langfristig Erfolge zu erzielen.

Carl Bildt, amtierender Präsident des Rates. – Frau Präsidentin, ich werde mich kurz fassen. Somalia ist ein großes Problem. Es handelt sich seit 20 Jahren um ein großes Problem. Wir haben über Piraterie gesprochen. Lassen Sie uns aber nicht die humanitäre Situation vergessen, die einfach katastrophal ist. Lassen Sie uns auch das Problem des Terrorismus nicht vergessen. Lassen Sie uns nicht vergessen, dass die Region instabil ist.

Wir müssen einfach versuchen, mit all diesen Faktoren umzugehen. Aber lassen Sie uns auch realistisch bleiben. Die internationale Gemeinschaft, die Vereinten Nationen und andere haben sich lange Zeit um Somalia bemüht. Die Ergebnisse dieser Anstrengungen waren recht begrenzt. Wir haben ziemlich spät mit unseren Bemühungen um Somalia angefangen. Wir versuchen, einige Dinge zu unternehmen.

Wir alle haben Atalanta einen Erfolg genannt, aber auch diese Operation kann nicht alle Probleme lösen. Wenn wir nun überlegen, ob sie jetzt auf den Indischen Ozean ausgedehnt werden soll, sprechen wir von einem sehr großen Gebiet. Und selbst wenn wir den gesamten Marinebestand aller Länder der Europäischen Union dort einsetzen würden, bin ich mir nicht sicher, ob dies zum Erfolg führen würde.

Und einige dieser Piraten haben natürlich Geld erhalten, was es ihnen ermöglicht hat, in weitere Ressourcen zu investieren. All dies macht unser Problem zu einer großen Herausforderung.

Dies ist kein Grund, nicht das zu tun, was wir tun können. Dies bedeutet nicht, dass wir uns von den Schwierigkeiten abschrecken lassen sollten. Wir sollten vielmehr versuchen, die föderale Übergangsregierung zu unterstützen.

Wir versuchen, genau dies mit den unterschiedlichen Schulungsprogrammen zu tun. Gibt es hierbei eine Erfolgsgarantie? Nein, die gibt es nicht. Aber wir können uns einer Sache absolut sicher sein: Wenn wir es nicht einmal versuchen, werden wir auch keinen Erfolg haben. Wenn wir es wenigstens versuchen, können wir vielleicht etwas Positives erreichen. Auch wenn wir damit nichts erreichen können, haben wir wenigstens die Lieferungen des Welternährungsprogramms für die hungernde und notleidende Bevölkerung Somalias gesichert. Schon dies ist etwas, auf das wir stolz sein können.

Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, ich bin mir der Tatsache bewusst, dass dieses Problem für einige Mitgliedstaaten wegen der Opfer aus diesen Ländern und wegen der Schwierigkeiten vor Ort sehr wichtig ist. Unsere griechische Kollegin, die eine Frage an mich gerichtet hat, ist nun leider nicht mehr hier, aber ich möchte anmerken, was wir tatsächlich unternommen haben und warum ich gesagt habe, dass es einen gewissen Erfolg gegeben hat.

Wie bereits erwähnt wurde, gab es den sogenannten Dschibuti-Prozess und die internationale Kontaktgruppe, an der auch die Kommission teilgenommen hat und von der ich weiß, dass unser früherer Kollege, Herr Louis Michel, der nun Abgeordneter des Europäischen Parlamentes ist, sich sehr intensiv darum bemüht hat, der Übergangsregierung zu helfen und diese zu unterstützen. Diese Regierung ist die Autorität, die am besten Stabilität in Somalia erreichen kann. Hierbei handelt es sich um unsere wichtigste Aufgabe, und wir müssen hier auf dem Wege der Diplomatie und politischen Unterstützung vorgehen.

Zudem müssen wir den Schiffen und all den Menschen dort helfen und sie beschützen. Außerdem müssen wir tun, was ich bereits erwähnt habe. Der Kollege, der zuletzt gesprochen hat, hat mich vielleicht bereits gehört. Denn ich habe schon früher gesagt, dass Verwaltungsaufbau, Kapazitätsaufbau, Unterstützung des Rechtssystems, Unterstützung für die Bevölkerung grundlegend notwendig sind. Nur wenn wir mehr Stabilität in dem Land erreicht und Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut ergriffen haben, kann all diese umgesetzt werden. Es handelt sich also um einen sehr komplexen Prozess.

Um dennoch helfen zu können, unterstützen wir zurzeit – unabhängig von anderen Dingen – 29 Projekte mit einem Betrag von über 50 Mio. EUR. Dabei handelt es sich für die Menschen dort um eine große Geldsumme, mit der Governance, Sicherheit und die Zivilgesellschaft, aber auch der Aussöhnungsprozess und der Verwaltungsaufbau unterstützt werden. Letztendlich bleibt es unser Ziel, einen funktionierenden Staat aufzubauen, der den somalischen Bürgern dienen kann. Zudem müssen wir den Terrorismus bekämpfen. Einen Terrorismus, der dort unglücklicherweise sehr stark verankert ist, wo wir beinahe einen gescheiterten Staat haben. Wir stehen also vor einer großen Aufgabe.

Es wurde auch gefragt, ob es in der Zukunft einen Gipfel zum Thema Piraterie geben könnte. Die Kommission ist natürlich nicht dagegen, aber ich denke, dass die Mitgliedstaaten selbst darüber entscheiden sollten, und vielleicht der nächste, der spanische Ratsvorsitz. Wenn sie daran interessiert sind, werden sie möglicherweise darauf zurückkommen.

Die Präsidentin. – Mir liegen sechs Entschließungsanträge⁽³⁾ gemäß Artikel 110 Absatz 2 der Geschäftsordnung vor.

Die Aussprache wird beendet.

Die Stimmabgabe findet morgen, Donnerstag, den 26. November 2009, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Alain Cadec (PPE), schriftlich. – (FR) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte diese Entschließung uneingeschränkt unterstützen, da sie die Bedeutung der Operation Atalanta und deren Erfolg unterstreicht. Ich bin mir dessen bewusst, dass es hier aufgrund der Größe des abzudeckenden Territoriums eine enorm große Aufgabe zu bewältigen gibt. Zudem denke ich, dass die europäischen Fischereifahrzeuge, die in diesem Gebiet agieren, stark gefährdet sind und daher besonderen Schutz genießen sollten. Sie müssen daher unter Kategorie 3 eingestuft werden.

Insbesondere die Thunfisch-Fangboote sind gefährdet, da diese auf der einen Seite einen sehr tiefen Freibord haben und auf der anderen Seite beim Fischen mit Netzen wenig mobil sind und nicht manövrieren können. Dieser Zustand dauert vier bis fünf Stunden an. Während dieser Zeit sind sie der Gefahr durch einen Angriff der Piraten ausgesetzt. Aus diesem besonderen Grund ist diese spezielle Anfrage gerechtfertigt. Ich möchte deutlich hervorheben, dass diese Klassifizierung der Operation Atalanta zusätzlich zu den französischen und spanischen Schutzmaßnahmen für die Schiffe zu verstehen ist.

Filip Kaczmarek (PPE), schriftlich. – (PL) Die Kommission und der Rat haben Recht. Die einzige mögliche Reaktion auf die Situation in Somalia ist ein umfassender Ansatz für den dortigen Konflikt, mit koordinierten Maßnahmen aller Beteiligten, die sich um die Wiederherstellung der Stabilität in der Region und ein Ende der Piraterie bemühen. Unser unmittelbares Ziel bei dem Problem der Bekämpfung der Piraterie muss natürlich die Fortsetzung der Operation Atalanta sein. Dies sollte auch die Erweiterung ihres Mandats beinhalten, damit auch die Fischer geschützt werden. Ich kann einfach nicht verstehen, warum einige meiner Kollegen die Fischer nicht schützen wollen. Da wir Handelsschiffe und Urlaubsreisende sowie Schiffe, die Lebensmittelhilfe transportieren, schützen, sollten wir alles in unserer Macht Stehende unternehmen, damit auch die Fischer ihrer Arbeit sicher nachgehen können.

(3) Siehe Protokoll

Gleichzeitig dürfen wir jedoch das langfristige Ziel nicht aus den Augen verlieren, ohne das wir keine dauerhafte Lösung des Problems der Piraterie erzielen werden. Damit meine ich Frieden, Stabilität, Armutsbekämpfung und die Entwicklung des Landes. Daher müssen wir uns auf lange Sicht auf Folgendes konzentrieren:

- Stärkung der Mission der AMISOM,
- entschiedene Aufrechterhaltung und Durchführung des Waffenembargos gegen Somalia,
- Stabilisierung des Landes mithilfe eines koordinierten und umfassenden Maßnahmenplans unter Einbeziehung der Europäischen Union, der Afrikanischen Union und der USA,
- Bemühungen um dauerhafte Friedensabkommen unter den Parteien und
- Unterstützung beim Aufbau der staatlichen Organe im ganzen Land.

15. Rauchfreie Zonen (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die Aussprache über die mündliche Anfrage an die Kommission über rauchfreie Zonen von Frau Edite Estrela im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, (O-0119/2009 – B7-0225/2009).

Edite Estrela, Verfasserin. – (PT) Zunächst möchte ich den Schattenberichterstattern aller politischen Fraktionen für ihre gemeinsame Arbeit danken, die sie unternommen haben, um in so kurzer Zeit eine gemeinsame EntschlieÙung vorzulegen. Ich möchte auch dem Sekretariat des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, dem Sekretariat meiner Fraktion und meinem Assistenten für ihre Unterstützung danken. Sie alle haben ausgezeichnete Arbeit geleistet.

Ich möchte nun im Namen des Ausschusses für Umweltfragen mein Bedauern darüber ausdrücken, dass der schwedische Ratsvorsitz sich dazu entschieden hat, dieses Dossier abzuschließen, ohne zuvor den Bericht des Parlaments abzuwarten. Dies zeigt eine Haltung von inakzeptabler Geringschätzung derjenigen, die von den Bürgern Europas gewählt worden sind. Daher lautet meine Frage im Namen des Ausschusses für Umweltfragen: Kann die Kommission ihre Absicht bestätigen, die Schlussfolgerungen zu diesem Thema am 1. Dezember 2009 anzunehmen, und dies trotz des Zeitplans des Parlamentes? Aus welchen Gründen hat sich der Rat dazu entschieden, bei der Annahme der Empfehlungen so schnell und ohne den Standpunkt des Europäischen Parlamentes vorzugehen? Ist der Rat bereit – da das Parlament zu dem Vorschlag der Kommission konsultiert wurde – bei der Erstellung der Schlussfolgerungen des Rates den Standpunkt des Parlamentes zu berücksichtigen?

Bitte beachten Sie, dass der Ausschuss für Umweltfragen die Zielsetzungen der Empfehlung unterstützt, da Tabak noch immer die hauptsächliche Todes- und Krankheitsursache innerhalb der Europäischen Union darstellt. Der Ausschuss für Umweltfragen hätte es daher vorgezogen, wenn der Zeitplan respektiert worden wäre, was eine ausführliche Aussprache zu der Problematik und die Annahme einer Position durch das Parlament ermöglicht hätte.

Die Belastung durch Tabakrauch in der Umgebungsluft, auch Passivrauchen genannt, ist eine weit verbreitete Ursache für Todesfälle, Erkrankungen und Invalidität in der Europäischen Union. Passiv eingeatmeter Rauch enthält mehr als 4 000 gasförmige Gemische und Partikel, einschließlich 69 nachweislich krebserregender Stoffe und viele Gifte. Es gibt kein sicheres Ausmaß an Belastung durch Tabakrauch. Nach konservativen Schätzungen sterben jährlich mehrere Tausend Menschen durch Passivrauchen, und dies stellt auch eine erhebliche Belastung für die Wirtschaft dar. Dies geschieht durch direkte medizinische Kosten, aber auch durch indirekte Folgekosten wie niedrige Produktivität.

In einigen Mitgliedstaaten wurde ein erheblicher Fortschritt durch die Schaffung von rauchfreien Zonen erreicht. Bis heute hat mehr als ein Drittel der Mitgliedstaaten umfangreiche gesetzliche Vorschriften zum Rauchverbot am Arbeitsplatz und in geschlossen, öffentlich zugänglichen Räumen erlassen. Dennoch gibt es innerhalb der EU noch immer bedeutende Unterschiede bezüglich des Schutzes vor der Belastung durch Tabakrauch. Die Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe stellen berufsbedingt eine Gruppe dar, die durch den Mangel an umfassendem Schutz in den meisten Mitgliedstaaten und die außergewöhnlich hohe Konzentration von Tabakrauch in Gaststätten und Restaurants besonders gefährdet ist.

Seitens der EU wurde die Problematik der rauchfreien Zonen bisher in mehreren unverbindlichen Entschlüssen und Empfehlungen, die keine detaillierten Richtlinien zur Einrichtung von rauchfreien Zonen bieten, behandelt. Die Problematik wird zudem in einigen angenommenen Richtlinien aus dem Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz behandelt, sie wird aber in einigen Fällen nur indirekt behandelt und bietet in anderen Fällen keine Garantie für einen ausreichenden Schutz.

Ich möchte betonen, dass Artikel 8 des WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakkonsums, welches bis heute von 26 Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft ratifiziert wurde, alle Parteien dazu verpflichtet, effektiven Schutz vor der Belastung durch Tabakrauch am Arbeitsplatz, in öffentlich zugänglichen Räumen und im öffentlichen Personenverkehr zu bieten.

Wir sind davon überzeugt, dass nur ein totales Rauchverbot in geschlossenen Räumen am Arbeitsplatz, auch im Hotel- und Gaststättengewerbe, in öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Personenverkehr den Gesundheitsschutz für Arbeitnehmer und Nichtraucher garantieren und Raucher dazu motivieren kann, das Rauchen aufzugeben.

Abschließend möchte ich anmerken, dass ich hoffe, dass der Rat diese Entschlüsselung berücksichtigt, die, wie wir hoffen, morgen vom Parlament angenommen wird.

Åsa Torstensson, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Frau Präsidentin, am 1. Juli 2009 hat die Kommission ihren Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu rauchfreien Zonen vorgelegt, welcher auf Artikel 152 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union basiert. Das grundlegende Ziel dieses Vorschlags ist die Umsetzung von Artikel 8 des WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakkonsums. Artikel 8 betrifft den Schutz vor Belastungen durch Tabakrauch. Dieses Übereinkommen wurde bisher von 26 Mitgliedstaaten sowie von der Gemeinschaft ratifiziert.

Der Rat hat im Hinblick auf das Arbeitsprogramm des schwedischen Ratsvorsitzes und damit andere Organe ausreichend Zeit für das Vertreten einer Position bleibt, am 8. Juli 2009 das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie den Ausschuss der Regionen aufgefordert, bis jeweils spätestens 26. November, 5. November und 8. Oktober 2009 einen Standpunkt zu formulieren. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat bereits einen Standpunkt eingenommen, und der Ausschuss der Regionen hat mitgeteilt, die Einnahme eines Standpunktes nicht zu beabsichtigen. Ich glaube, dass das Europäische Parlament plant, bis spätestens März 2010 einen Standpunkt einzunehmen, was ich bedauerlich finde. Leider wird dies zu spät für den Rat sein, der diesen dann nicht mehr berücksichtigen kann. Dies hat überhaupt nichts mit einem Mangel an Respekt zu tun, im Gegenteil.

Die Ministerin für Gesundheit und Senioren, Frau Maria Larsson, hat vor dem Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit am 2. September das Vorhaben des schwedischen Ratsvorsitzes bestätigt, noch vor Ende des Jahres eine Empfehlung zu rauchfreien Zonen anzunehmen. Der Text dieser Empfehlung wird zurzeit im Rat diskutiert, und bisher haben wir beachtliche Fortschritte erzielt. Ich bin mir sicher, dass wir unsere Ziele erreichen werden und die Empfehlung bei dem Treffen des Rates am 1. Dezember 2009 angenommen wird. Dennoch plant der Rat nicht die Annahmen einer Schlussfolgerung in dieser Hinsicht.

Der Rat hat die Entschlüsselung des Europäischen Parlamentes vom 24. Oktober 2007 zu dem Grünbuch „Für ein rauchfreies Europa: Strategieoptionen auf EU-Ebene“ untersucht. Das Parlament fordert die Mitgliedstaaten mit der Entschlüsselung dazu auf, innerhalb von zwei Jahren gesetzliche Maßnahmen zu rauchfreien Zonen einzuführen. Viele EU-Mitgliedstaaten haben inzwischen entsprechende Gesetze angenommen, und viele andere sind gerade im Begriff, dies zu tun. Das Parlament ist zudem der Ansicht, dass die Strategien für rauchfreie Zonen durch andere unterstützende Maßnahmen ergänzt werden sollten. Der Rat teilt diese Ansicht.

Ich bin froh darüber, dass ich die Gelegenheit hatte, den Zeitplan des Rates bezüglich des Vorschlags für eine Empfehlung zu rauchfreien Zonen darzulegen, und ich freue mich darauf, Ihre Ansichten in dieser Angelegenheit zu hören.

Theodoros Skylakakis, *im Namen der PPE-Fraktion*. – (EL) Frau Präsidentin, die Entscheidung des Rates, den Vorschlag für rauchfreie Zonen in den Mitgliedstaaten schnellstmöglich umzusetzen, ohne dem Parlament ausreichend Zeit für die Bestimmung einer Position zu lassen, ist unserer Ansicht nach ein Fehler. Wir reagieren darauf, abgesehen von der heutigen Frage, mit der Entschlüsselung, die wir hoffentlich morgen annehmen werden und bei der wir einen guten Kompromiss erreicht haben, der meiner Meinung nach die Ansichten der Mehrheit in diesem Parlament wiedergibt. Diese Entschlüsselung enthält zahlreiche neue

Elemente. Unsere Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) ist besonders stolz auf den Schwerpunkt des Dokuments, nämlich den Schutz von Kindern vor Passivrauchen und, auf unseren Vorschlag hin und nach Annahme durch andere Fraktionen, zahlreiche neue Elemente, die Eingang gefunden haben.

Ich möchte beispielsweise auf die Notwendigkeit hinweisen, das Bewusstsein zu schärfen und hier besonderen Schutz zu gewährleisten, denn Kinder können nicht wie Erwachsene rechtlich, moralisch oder sogar psychologisch Zustimmung dazu erteilen, dem Passivrauchen ausgesetzt zu werden. Die Eltern haben die Pflicht, ihre Kinder zu schützen, aber sie brauchen dabei unsere Hilfe, denn Passivrauchen bei Kindern ist bisher noch nicht ausreichend untersucht worden. Folglich wissen weder die Eltern noch sonst irgendjemand, was die Folgen sind, wenn Kinder langfristig Rauch ausgesetzt werden und in welchem Maße sie geschützt werden müssen.

Darum ist unser Vorschlag, dass die Kommission eine europaweite Untersuchung der Problematik durchführen sollte, einschließlich des Rauchens aus dritter Hand, besonders wichtig. Die gewonnenen Informationen sind möglicherweise außerordentlich hilfreich. Darüber hinaus gibt es in der Entschließung zahlreiche wichtige Elemente, und wir hoffen, dass der Rat diese berücksichtigen wird.

Daciana Octavia Sârbu, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (RO) Die Bürger der Europäischen Union sowie deren Umfeld müssen von dem Schutz profitieren, den das Rauchverbot an öffentlichen Orten ihnen bietet. Wir dürfen nicht ignorieren, dass das Rauchen zurzeit eine der Hauptursachen für Krankheit und Tod ist. Wir bekämpfen gefährliche Epidemien mit all unserer Kraft und entwickeln komplexe und kostenintensive Impfstoffe, um uns vor neuen Viren zu schützen. Der Schutz unserer Kinder, unserer Familien und unserer Umwelt vor den Schäden durch Rauchen ist jedoch für uns viel leichter umzusetzen.

Es geht hier um die Rechte der Mehrheit der Nichtraucher, und wir müssen versuchen, dies zur Priorität zu machen. Jüngste Untersuchungen zeigen an, dass das Rauchverbot in Nordamerika und Europa zu einem starken Rückgang bei bestimmten ernsthaften Gesundheitsproblemen geführt hat. Dieser Effekt zeigte sich unmittelbar nach Einführung des Rauchverbots. In den Ländern, in denen das Rauchen in öffentlichen Bereichen vollständig verboten wurde, wurden die positiven Auswirkungen auf die Gesundheit einer ganzen Reihe von Faktoren zugeschrieben. Diese umfassen nicht nur die Tatsache, dass von den Rauchern direkt weniger Rauch eingeatmet wurde, sondern auch den Rückgang beim Passivrauchen, der sich wiederum auf Nichtraucher auswirkt.

Ich möchte, dass wir eine wichtige Tatsache nicht aus den Augen verlieren: Raucher stellen in der Europäischen Union eine Minderheit dar. Es kann natürlich nicht darum gehen, das Recht einzelner Personen auf Rauchen einzuschränken, nicht einmal um bestimmter Grundsätze willen, die wir alle unterstützen, wie den Schutz der öffentlichen Gesundheit und eine Umwelt ohne Verschmutzungsquellen. Gleichzeitig wünscht die aus Nichtrauchern bestehende Mehrheit ein rauchfreies Umfeld. Dies sollte uns leiten, wenn wir die Gesetzgebung für ein Rauchverbot verfassen und unterstützen.

Es liegen uns Beweise vor, dass Raucher mithilfe dieser unterstützenden Maßnahmen leichter das Rauchen aufgeben. Daher denke ich, dass wir die gesetzlichen Maßnahmen gegen das Rauchen als Teil einer Gemeinschaftsstrategie für die Einschränkung des Tabakkonsums stärken müssen, um so einen praktischen Beitrag zur Verbesserung der allgemeinen Gesundheit in ganz Europa zu leisten.

Frédérique Ries, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (FR) Frau Präsidentin, mit dieser Entschließung möchte unser Parlament eigentlich die proaktive Strategie der Kommission bei der Bekämpfung des Rauches unterstützen. Dennoch fordern wir, – und das ist wichtig – noch weiter zu gehen und sicherzustellen, dass 2011 alle Männer und Frauen an allen öffentlichen Orten, in allen öffentlichen Transportmitteln und am Arbeitsplatz ein Recht auf saubere Luft haben.

Europa hat das Recht – das ist bereits deutlich – und sogar die Pflicht, Schutz anzubieten, und in diesem Fall ein Verbot einzuführen, wie es dies bereits im Hinblick auf eine ganze Reihe giftiger Substanzen getan hat und auch weiterhin tun wird. Bei diesen Substanzen handelt es sich um giftige Substanzen, die in einigen Fällen zu weniger Todesfällen führen, als es bei Tabak der Fall ist: chemische Substanzen, Pestizide, einige Schwermetalle oder sogar Asbest, um nur einige zu nennen.

Wenn ich sage, dass Europa ein Verbot einführen und entsprechend allen Arbeitnehmern eine rauchfreie Zone garantieren muss, wie es die überwiegende Mehrheit der Bürger von uns wünscht, bedeutet dies natürlich nicht, dass wir zum Kreuzzug gegen Raucher aufrufen. Ich bin eine Liberale und fühle mich der Freiheit, insbesondere der Wahl- und Willensfreiheit, verbunden. Ein europäischer Text kann auch Befreiungen, Raucherräume und Freiräume vorsehen. Gesetzliches Regelwerk ist nicht gleich Unterdrückung. Wir reden

hier allerdings über öffentliche Räume, und Sie können mir nicht weißmachen, dass Europa in dieser Frage keine Rolle spielt.

Carl Schlyter, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (SV) Frau Präsidentin, ich möchte hervorheben, dass es sich hier um eine Frage des Arbeitnehmerschutzes handelt. Das ist der einzige Grund, warum die EU überhaupt etwas mit dieser Angelegenheit zu tun hat. Wir verbieten beispielsweise Dichlormethan – eine Angelegenheit, für die ich verantwortlich war –, eben weil es die Gesundheit der Arbeitnehmer gefährdet. Die Arbeitnehmer haben ein Recht darauf, von der europäischen Gesetzgebung geschützt zu werden, und hier in diesem Zusammenhang sprechen wir über die Gesundheit der Arbeitnehmer im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Ein Rauchverbot in diesem Umfeld könnte noch viele weitere Leben retten und könnte weitaus effektiver zu einer besseren Gesundheit vieler Menschen beitragen, als die meisten von uns verabschiedeten Gesetze. Es handelt sich hier um das effektivste Instrument, das wir zum Schutz der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz einsetzen können, zudem zum Schutz von Kindern und anderen unschuldigen Opfern des Rauchens. Dutzende der Substanzen im Zigarettenrauch sind so giftig, dass bei der Nutzung in einem Labor spezielle Genehmigungen erforderlich sind. Und dies möchten wir auch für die alltägliche Umgebung der Menschen erreichen. Dabei ist die Situation ganz und gar absurd. Hierbei geht es nicht um die Frage der freien Entscheidung, denn diejenigen, die krank wurden, haben sich sicherlich nicht dazu entschieden. Wir können den Menschen nun helfen und verhindern, dass weitere Krankheitsfälle in der Zukunft auftreten. Es handelt sich dabei um eine Gelegenheit, die wir einfach wahrnehmen müssen.

Jiří Maštálka, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (CS) Ich bin sehr darüber erfreut, dass uns diese gemeinsame Entschließung gelungen ist, die einen vernünftigen Kompromiss darstellt und einen Beitrag zur Reduzierung von Todesfällen und Gesundheitsproblemen, die durch Rauchen verursacht werden, leisten kann. Ich begrüße die Formulierung von Artikel 15, der sicherstellen soll, dass die Bemühungen zur Eindämmung des Tabakkonsums besonders vor den kommerziellen Interessen der Tabakindustrie geschützt werden sollen. Das in Artikel 22 dargelegte System für die Vorlage von Berichten ist meiner Meinung nach sehr gut. Dennoch bin ich enttäuscht, dass es uns nicht gelungen ist, einen Hinweis auf standardisierte Verpackungen in die gemeinsame Entschließung aufzunehmen. Untersuchungen belegen, dass standardisierte Verpackungen bedeuten dazu beitragen, den Konsum und die Nachfrage besonders junger Menschen zu reduzieren. Ich bin auch darüber enttäuscht, dass aus Zeitgründen der ordnungsgemäße Konsultierungsprozess nicht befolgt wurde, und ich hoffe, dass der Rat die erwähnten Vorschläge unterstützen wird. Zudem möchte ich für das Protokoll festhalten, dass wir in der heutigen Debatte Maßnahmen angenommen haben, die den Schutz der Nichtraucher im Europäischen Parlament auf eine gesunde Basis stellen.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Dank an alle, die an der Entschließung mitgearbeitet haben. Passivrauchen ist ein riesiges Problem, besonders für Kinder. Der Präsident des Berufsverbands Kinderheilkunde in Deutschland hat einmal gesagt: Rauchen in Gegenwart von Kindern ist vorsätzliche Körperverletzung. Ich selber würde nicht so drastisch formulieren, aber wir müssen handeln.

Ich begrüße sehr die Gesetze, die in Irland, Italien und anderen Ländern konsequent umgesetzt werden. Ich finde die Gesetzeslage und die Praxis in Deutschland aus gesundheitspolitischer Sicht beschämend. Wir haben da von anderen europäischen Ländern viel zu lernen.

Trotzdem ist es nicht so leicht, wie es in Ziffer 2, 10 und 13 dieser Entschließung dargestellt wird. Wir haben auf der europäischen Ebene eine begrenzte Kompetenz. Es könnte politisch kontraproduktiv sein, hier eine Gesetzgebung zu machen. Wir können nur Arbeitnehmer schützen, d.h. dass wir Kinder nicht besonders schützen können, wenn wir auf europäischer Ebene tätig werden. Das ist aber gerade besonders notwendig. Deswegen bitte ich, die Änderungsanträge der EVP zu diesem Thema zu unterstützen.

Ein Wort zu den umstrittenen Tabaksubventionen, über die wir jahrelang diskutiert haben: Der Umweltausschuss hat immer gefordert, sie ganz abzuschaffen. Jetzt gibt es einen guten Kompromiss im Rat, und ich plädiere deshalb – vorbehaltlich der Diskussion in meiner Fraktion – persönlich sehr stark dafür, dass wir Ziffer 9 so lassen, wie sie ist. Das ist ein guter Kompromiss, und die Menschen würden es nicht verstehen, wenn wir weiter solche Subventionen wie bisher zahlen. Wir brauchen diese Umstellung, und wir sollten das unterstützen.

Mairead McGuinness (PPE). – Frau Präsidentin, Irland hat während der Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 ein Rauchverbot am Arbeitsplatz eingeführt, wodurch wir zahlreiche wütende Wähler vor Restaurants und Gaststätten angetroffen haben. Sie waren sehr erbost über das Verbot. Aber das war im Jahr 2009. Inzwischen herrschen große Akzeptanz für diese Maßnahme und die Einsicht vor, dass dies gut für

Arbeitnehmer, für Arbeitgeber und für das öffentliche Gesundheitssystem war. Die Menschen haben gelernt, damit zu leben.

Heute Morgen habe ich bereits etwas für meine Gesundheit getan und bin zu Fuß zum Parlament gekommen. Dabei habe ich zu meiner Bestürzung in vielen Autos junge Eltern gesehen, die trotz ihrer Kinder auf dem Rücksitz rauchten. Ich sah Eltern, die einen Kinderwagen schieben und dabei eine Zigarette direkt über ihr Kind halten. Es ist deutlich, dass wir noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten haben, damit Erwachsene etwas über die Gefahren für Kinder lernen.

Daher unterstützte ich meinen Kollegen, Herrn Peter Liese, in seiner Forderung nach Schutz für Kinder. Sie sind sehr verletzlich, und es ist wirklich traurig, zu sehen, dass sie dieser Gefahr ausgesetzt sind.

Dennoch möchten wir die Raucher nicht dämonisieren. Wir müssen bedenken, dass es sich beim Rauchen um eine schreckliche Sucht handelt, und dass die Raucher unsere Unterstützung brauchen, um die Gewohnheit wirklich aufzugeben. Diejenigen, die diese Angewohnheit nicht aufgeben möchten, sollen nach ihrem Wunsch damit fortfahren, ohne dabei anderen zu schaden und dabei verstehen, welchen Schaden sie sich selbst zufügen.

Dies hier ist eine gute Entschließung, und wir unterstützen sie in Irland, wo wir mit der Gesetzgebung schon etwas weiter sind.

Radvilė Morkūnaitė (PPE). – (LT) Hier im Europäischen Parlament sprechen wir oft über Menschenrechte. Nach einer Untersuchung von *Eurobarometer* sind 70 % der Bürger der Europäischen Union Nichtraucher, und die Mehrheit möchte, dass das Rauchen an öffentlichen Orten verboten wird. Man könnte nun diskutieren, ob dies zu einer Diskriminierung von Rauchern führt. Ich denke aber, dass wir angesichts des nachgewiesenen Schadens für die Gesundheit, der durch Rauchen verursacht wird, die Gesundheit der Menschen nicht aufs Spiel setzen dürfen. Wenn wir über ein EU-weites Rauchverbot sprechen, dürfen wir den Grundsatz der Subsidiarität nicht vergessen und müssen es den Mitgliedstaaten selbst überlassen, wie sie ihre Bürger schützen möchten. In Litauen haben wir beispielsweise, wie meine irische Kollegin bereits erwähnte, ein Tabakgesetz, das im EU-Vergleich zu den fortschrittlichsten gehört. Aber es kann natürlich mehr erreicht werden. In Litauen gilt ein Rauchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen, am Arbeitsplatz, in geschlossenen Räumen, in allen Restaurants und für den öffentlichen Personenverkehr. Das Tabakgesetz wurde in Litauen bereitwillig aufgenommen, und sogar Raucher geben zu, dass sie nun weniger rauchen oder in einigen Fällen sogar aufgehört haben zu rauchen. Natürlich muss Litauen wie andere EU-Mitgliedstaaten auch dem Problem des Rauchens durch Minderjährige mehr Aufmerksamkeit schenken. Ich denke, dass wir alle an einem sauberen und gesunden Umfeld interessiert sind, besonders für unsere Kinder. Daher kann das gute Vorbild, das einige Staaten durch ein Rauchverbot an öffentlichen Orten geben, andere Staaten ermutigen und anregen, die in dieser Hinsicht eher skeptisch sind, wenn es um den Schutz der Rechte von Nichtrauchern geht. Sie sollten die EU-Organe – unter Berücksichtigung des Standpunktes des Europäischen Parlamentes – ermutigen, Gesetze anzunehmen, die verpflichtender Natur sind.

Seán Kelly (PPE). – Frau Präsidentin, zunächst möchte ich Frau Estrela zu ihrer Initiative beglückwünschen. Ich stimme ihren Aussagen zu.

Wir konnten in Irland beobachten, wie sich die Haltung gegenüber dem Rauchen verändert hat, und ich habe eine Veränderung im Verhalten der irischen Raucher beobachtet. Ich war Präsident der Gaelic Athletic Association, die den größten Sportverband in Irland darstellt. Wir haben ein Rauchverbot in unseren größten Stadien, die 82 500 Menschen fassen können, eingeführt. Zunächst haben die Menschen dies nicht hingenommen, aber inzwischen akzeptieren sie es. Es gibt eine umfassende Veränderung. Ich habe kein Problem damit, dass Menschen rauchen, aber es schadet anderen, und das ist das Problem. Passivrauchen wurde in Irland grundsätzlich abgeschafft, und Erwachsene rauchen weniger. Viele haben es sogar aufgegeben, und – was noch wichtiger ist – junge Menschen sind weniger geneigt zu rauchen, als sie es zuvor waren.

Abschließend möchte ich noch anmerken, dass die Menschen feststellen, dass auch ihre Kleider weniger nach Rauch riechen. Wenn man nun ins Ausland reist und ein Restaurant besucht und Rauch riecht, ist man geneigt, wieder zu gehen. Das gleiche gilt für Hotelzimmer. Dies ist eine gute Initiative, und je früher sie umgesetzt wird, desto besser für alle. Sie werden es nicht bedauern, das kann ich Ihnen versichern.

Chris Davies (ALDE). – Frau Präsidentin, die Menschen haben ein Recht darauf zu rauchen, aber man kann nicht einfach davon ausgehen, dass andere den Rauch am Arbeitsplatz oder einem beliebigen anderen Ort einatmen müssen, den die Raucher ausatmen.

Ich persönlich hasse das – ich kann das einfach nicht ausstehen –, und ich begrüße das Verbot und dass es in meinem Land umgesetzt wurde. Ich denke aber nicht, dass diese Entscheidung auf EU-Ebene getroffen werden sollte. Ich denke nicht, dass wir zu einer verpflichtenden Gesetzgebung aufrufen sollten, die dann für jeden Mitgliedstaat gilt. Ich bin zwar Föderalist, aber kein Zentralist. Diese Entscheidungen sollten auf der untersten möglichen Ebene getroffen werden, und in diesem Fall sind dies die Mitgliedstaaten oder die regionalen Behörden, wie beispielsweise in Schottland, das erste Gebiet in meinem Land, dass sich für Rauchfreiheit ausgesprochen hat.

Es ist so einfach, den Grundsatz der Subsidiarität einfach nicht zu beachten, wenn wir glauben, dass wir etwas Gutes tun. In diesem Fall versuchen wir, denke ich, etwas Gutes zu tun. Aber nach der Annahme des Vertrags von Lissabon sollten wir alles daran setzen, diesen Grundsatz zu respektieren.

Anja Weisgerber (PPE). - Frau Präsidentin! Wir wollen klare und praktikable Regelungen zum Nichtraucherschutz in ganz Europa. „In ganz Europa“ bedeutet aber aus meiner Sicht nicht zwingend „aus Europa“. In vielen Mitgliedstaaten gibt es bereits umfassende Gesetze zum Schutz von Nichtrauchern, und in anderen steht die Einführung solcher Gesetze bevor.

Wieso meinen einige Kolleginnen und Kollegen jetzt: Egal, das können wir in Brüssel viel besser als in den Mitgliedstaaten vor Ort; egal, dass die Europäische Union keine Kompetenz in der Gesundheitspolitik hat oder ob wir es über den Umweg des Arbeitsschutzes machen müssen? Meiner Meinung nach sollen die Mitgliedstaaten entscheiden, welche Regelungen sie zum Schutz der Nichtraucher erlassen. Das ist doch sinnvoll, denn sie sind näher an den Problemen dran, an den Fragen vor Ort, und mir leuchtet nicht ein, warum der Nichtraucherschutz in Lappland und in Andalusien in jedem Detail einheitlich von Brüssel aus vorgeschrieben werden muss. Wo ist denn da der grenzüberschreitende Bezug? Außerdem stoßen wir in Brüssel an unsere Grenzen.

Mir ist vor allem der Schutz von Kindern und Jugendlichen besonders wichtig. Wir brauchen gerade in diesem Bereich einen umfassenden Schutz. Wenn wir den Nichtraucherschutz über den Umweg des Arbeitsschutzes von europäischer Ebene aus angehen, schützen wir aber nicht die Kinder und Jugendlichen, denn sie sind keine Arbeitnehmer. Deswegen bitte ich um Unterstützung der Änderungsanträge Nr. 2 und Nr. 13 der EVP.

Åsa Torstensson, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin, ich danke den Damen und Herren Abgeordneten für diese wichtige Aussprache. Ich finde es besonders positiv, dass wir alle so entschlossen sind, rauchfreie Umgebungen zu schaffen. Ich denke auch, dass wir in vielerlei Hinsicht derselben Ansicht sind. Wie ich bereits erwähnte, bedauere ich die Tatsache, dass das Europäische Parlament nicht in der Lage war, seinen Standpunkt rechtzeitig zu formulieren, aber der Ratsvorsitz wird die Entschließung des Parlaments berücksichtigen.

Die Kommission hat bezüglich des Rauchens am Arbeitsplatz eine Anhörung der Sozialpartner auf EU-Ebene initiiert. Diese wurden um die Darlegung ihres Standpunkts zur aktuellen Gesetzgebung und möglichen zukünftigen Initiativen in dieser Hinsicht gebeten. Der Vorschlag für eine Empfehlung geht davon aus, dass Passivrauchen besonders für Kinder und junge Menschen sehr schädlich ist und diese dadurch vermehrt geneigt sind, selbst mit dem Rauchen anzufangen.

Der Vorschlag für eine Empfehlung zu rauchfreien Zonen fordert die Kommission dazu auf, einen Bericht über die Umsetzung, die Funktionsfähigkeit und die Auswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen zu verfassen. Dies geschieht auf der Grundlage von Informationen, die von den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden. Der Bericht der Kommission bietet zudem die Gelegenheit, sich dieser Problematik wieder zuzuwenden.

Die Problematik der Eindämmung des Tabakkonsums wird auch während des nächsten Jahres oben auf der Tagesordnung stehen. Wir werden dann mit den Vorbereitungen der vierten Sitzung der Konferenz der Parteien des Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakkonsums beginnen. Die Konferenz findet von 15. bis 20. November in Punta del Este in Uruguay statt. Ich bin mir sicher, dass der Rat die Problematik zuvor noch einmal mit dem Europäischen Parlament diskutieren möchte.

Die Präsidentin. – Mir liegt ein Entschließungsantrag⁽⁴⁾ gemäß Artikel 115 Absatz 2 der Geschäftsordnung vor.

Die Aussprache wird beendet.

(4) Siehe Protokoll

Die Stimmabgabe findet morgen, Donnerstag, den 26. November 2009, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Martin Kastler (PPE), schriftlich. – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, oft sind es gut gemeinte Ideen, die problematische Auswirkungen haben. So wird niemand hier bezweifeln, dass Nichtraucher umfassend geschützt werden müssen. Der am Donnerstag zur Abstimmung stehende Kompromiss-Entschließungsantrag zu einer rauchfreien Umwelt geht jedoch weit über den Nichtraucherschutz hinaus. Auch wenn sich der vorliegende Entwurf ausdrücklich zum Subsidiaritätsprinzip bekennt, fordert er dessen Unterwanderung. Der Antrag will stattdessen scharfe und rechtlich bindende Regulierungen auf EU-Ebene. So missbraucht er das gute Anliegen des Gesundheitsschutzes zum Versuch, in der Gesundheitspolitik und im Bereich Arbeit und Soziales unzulässig Kompetenzen auf die europäische Ebene zu verlagern. Wir alle fordern ein Europa, das nahe beim Menschen ist. Das Subsidiaritätsprinzip ist der Schlüssel hierzu. Mitgliedstaaten – oder wie bei uns in Deutschland Bundesländer – müssen die Diskussion über den Nichtraucherschutz selbst führen. Nur so können Lösungen gefunden werden, die zur eigenen Tradition und Kultur passen und so nahe beim Menschen sind. Aus diesen Gründen fordere ich Sie auf, am Donnerstag gegen den Entschließungsantrag in der vorliegenden Fassung zu stimmen.

Franz Obermayr (NI), schriftlich. – (DE) Ich selbst bin Nichtraucher. Die aus dem Konsumieren und Passivrauchen von Tabak resultierenden gesundheitlichen Schäden sind mir durchaus bewusst. Dennoch gehen die diesbezüglichen Pläne der EU wie so oft einen Schritt zu weit. Es handelt sich hier um zum Teil völlig absurde Regelungen, wonach in bestimmten Fällen nicht einmal das Rauchen im Freien erlaubt sein soll. Die EU konzentriert sich wie besessen auf den Tabakkonsum, während es im alltäglichen Leben eine Vielzahl statistisch erwiesener gefährlicher und schädlicher Verhaltensweisen gibt: Fastfood-Ernährung, UV-Strahlen-Besonnung, Alkohol- und Kaffeekonsum, Autofahren, kein Sport, wenig Schlaf, um nur einige davon zu nennen. Sinnvolle Regelungen und Aufklärungsarbeit zur Minimierung von Risiken sind positiv zu bewerten; in erster Linie sollte jedoch jeder erwachsene Mensch eigenverantwortlich für sich entscheiden, inwieweit er Folgeschäden in Kauf nimmt. Für 2012 ist ein totales Rauchverbot in Betrieben vorgesehen. Dabei wird auf die Hauptgeschädigten, die Gastronomiebetriebe, wenig bis gar nicht Rücksicht genommen. Diese muss mit Umsatzrückgängen von bis zu 20 % rechnen, was wiederum den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze zur Folge hätte. Darüber hinaus wurden Restaurants und Bars in den letzten Jahren gesetzlich dazu verpflichtet, Raucher- und Nichtraucherbereiche in ihren Lokalen einzurichten. Mit einem totalen Rauchverbot 2012 würden diese kostenintensiven Investitionen auf einmal obsolet. Der Entwurf der „Empfehlung des Rates über rauchfreie Zonen“ ist keine sinnvolle Maßnahme.

Richard Seeber (PPE), schriftlich. – Beim Nichtraucherschutz haben vor allem die Mitgliedstaaten noch einigen Nachholbedarf. Zentrales Anliegen muss der Schutz gefährdeter Personengruppen wie Kinder und Schwangerer sein. Gerade in diesem Bereich hat aber die Union keine direkte und unmittelbare Handhabe. Das Gesundheitswesen war und ist Sache der Mitgliedstaaten, und die Länder müssen hier Verantwortung übernehmen. Die EU konzentriert sich daher auf das, was sie im Nichtraucherschutz tun kann: Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Arbeitsplatz. Die grundsätzliche Absicht, Europa rauchfrei zu machen, mit möglichst vielen Regelungen im Arbeitnehmerschutz auszudrücken, löst das Problem jedoch nicht zufriedenstellend. Um so viele Bevölkerungsschichten wie möglich, vor allem auch Kinder, vor dem schädlichen Tabakrauch zu bewahren, müssen verstärkt Aufklärungskampagnen geführt werden. Nur so kommt es auf Dauer zu einem Umdenken bei den Europäerinnen und Europäern, und nur so lässt sich auch das Rauchen im privaten Bereich einschränken.

(Die Sitzung wird um 19.30 Uhr unterbrochen und um 21.00 Uhr wieder aufgenommen)

VORSITZ: Frau Kratsa-Tsagaropoulou

Vizepräsidentin

16. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

17. Ratifizierung und Umsetzung der aktualisierten IAO-Übereinkommen (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die Aussprache über die mündliche Anfrage an die Kommission (O-0131/2009 – B7-0228/2009) über die Ratifizierung und die Umsetzung der aktualisierten

IAO-Übereinkommen von Alejandro Cercas, im Namen der S&D-Fraktion, Marian Harkin, im Namen der ALDE-Fraktion, Jean Lambert, im Namen der Verts/ALE-Fraktion sowie Gabriele Zimmer und Ilda Figueiredo, im Namen der GUE/NGL-Fraktion.

Alejandro Cercas, Verfasser. – (ES) Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Mitglieder der Kommission. Wir alle wissen, dass wir der Globalisierung der Wirtschaft, der internationalen Finanzkrise und allen zukünftigen Herausforderungen auf internationaler Ebene begegnen müssen. Wir können solche Probleme nicht länger auf nationaler oder sogar regionaler Ebene lösen. Aus diesem Grund ist die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) nun ein zentraler Punkt unserer Tagesordnung.

Die IAO leistet mit ihrer dreiteiligen Struktur wertvolle Dienste, indem sie in unserer Arbeitswelt für Kohärenz und Rationalität sorgt. Unsere Werte sind dieselben, auf denen die IAO gegründet wurde. Die IAO arbeitet wie wir auf ein Sozialmodell hin, das die Menschenwürde respektiert, und wir können unserer Meinung nach zusammenarbeiten. Es besteht kein Zweifel daran, dass Europa die IAO braucht, um dieses Sozialmodell aufrecht erhalten zu können - dies wäre in einer ungerechten Welt nicht möglich - und dass die IAO es uns ermöglicht, in internationalen Beziehungen eine sehr wichtige Rolle zu spielen.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten behaupten, dass sie sehr eng mit der IAO zusammenarbeiten und dass sie die IAO-Agenda „Menschenwürdige Arbeit für alle“ sowie den Globalen Beschäftigungspakt der IAO fördern. Trotzdem, meine Damen und Herren Kommissare, stimmt das, was wir sagen mit dem, was wir tun nicht überein. Deshalb ist es absolut wichtig, heute Abend über die Ratifizierung der IAO-Übereinkommen zu diskutieren und morgen eine Entschließung zu diesem Thema anzunehmen, um der IAO und auch uns selbst gewisse Garantien zu geben.

In Ihrer Mitteilung über eine erneuerte Sozialagenda haben Sie die Mitgliedstaaten nochmals dazu aufgerufen, aber diese haben nicht darauf reagiert. Sie haben sie aufgerufen, die Übereinkommen zu ratifizieren und umzusetzen, allerdings mit wenig Erfolg. Jetzt scheint es, als müssten Sie sehr viel ehrgeizigere Maßnahmen ergreifen. Es macht keinen Sinn, zu sagen, dass die Mitgliedstaaten die grundlegenden IAO-Übereinkommen bereits ratifiziert haben. Die IAO hat 70 ihrer Übereinkommen aktualisiert und sogar einige Länder der Dritten Welt und einige Schwellenländer reagieren schneller als die Europäische Union. Das ist für die übrige Welt schwer zu verstehen. Europa verliert an Glaubwürdigkeit und lässt Möglichkeiten ungenutzt.

Deshalb, meine Damen und Herren der Kommission, ist es ziemlich skandalös, dass sich Europa für menschenwürdige Arbeit und die IAO ausspricht, die IAO-Übereinkommen aber nicht ratifiziert, sondern sich nur in Rhetorik übt.

Dieses Verhalten ist fragwürdig. Deshalb hoffen alle Fraktionen dieses Hauses, dass Sie morgen einen Schritt nach vorne machen und eine Mitteilung veröffentlichen, in der die Mitgliedstaaten zur Ratifizierung der IAO-Übereinkommen aufgefordert werden. Das Ziel dabei ist, Kohärenz zwischen unseren Reden und unseren Taten herzustellen. Mangelnde Kohärenz in der Politik ist einer der Gründe, warum wir in der Bevölkerung an Glaubwürdigkeit verlieren und warum auch ganz Europa in der Welt an Glaubwürdigkeit verliert.

Marian Harkin, Verfasserin.. – Frau Präsidentin, ich unterstütze mit Freude den Aufruf an alle EU-Mitgliedstaaten, die aktualisierten IAO-Übereinkommen zu ratifizieren und umzusetzen. Es ist sicherlich erwähnenswert, dass im Jahr 1919, nachdem mit dem Vertrag von Versailles der erste Weltkrieg beendet wurde, die IAO in dem Glauben gegründet wurde, dass universeller und dauerhafter Frieden nur auf Basis der sozialen Gerechtigkeit entstehen kann. In der 80er Jahren hat die IAO weltweit dafür gesorgt, dass Menschen ordentliche Arbeitsbedingungen, einen adäquaten Lebensunterhalt und Würde erhalten.

Heute Abend ersuchen wir alle Mitgliedstaaten der EU, die aktualisierten IAO-Übereinkommen zu ratifizieren und umzusetzen; und darum bitten nicht nur die Verfasser selbst, sondern viele andere Agenturen und Organe ebenfalls. Wenn Sie sich den Verhaltenskodex für Zulieferer der Vereinten Nationen ansehen, werden Sie feststellen, dass die IAO-Übereinkommen zum Großteil als Grundlage für diesen Verhaltenskodex gedient haben. Die UN erwartet von jedem ihrer Zulieferer für Waren und Dienstleistungen, dass er sich an den Verhaltenskodex hält. Deshalb müssen diese Übereinkommen weltweit ratifiziert und umgesetzt werden, damit sie für alle Zulieferer gelten. Ich bin mir sicher, dass wir das in der EU schaffen können.

Die Europäische Kommission erklärt in ihrer Mitteilung über die erneuerte Sozialagenda Folgendes: „Die Kommission ruft alle Mitgliedstaaten auf, ein Beispiel zu setzen, indem sie die von der IAO als aktuell klassifizierten IAO-Übereinkommen ratifizieren und umsetzen.“ In einer Entschließung zur erneuerten

Sozialagenda, die das vorherige Parlament im Mai dieses Jahres angenommen hat, haben wir erneut erklärt, dass die Stärkung der Umsetzung und der Durchsetzung von bestehendem Arbeitsrecht gemäß nationalem Recht, Gemeinschaftsrecht und den IAO-Übereinkommen eine Priorität für die EU-Institutionen und ihre Mitgliedstaaten darstellen muss. Deswegen wollen wir im Parlament heute Abend all diese Aufrufe bekräftigen. Wir bitten den amtierenden Ratsvorsitz, in dieser Angelegenheit so ambitioniert wie möglich vorzugehen, wir rufen die Mitgliedstaaten dazu auf, die schlagkräftigen Argumente für die Ratifizierung und die Umsetzung dieser Übereinkommen zu berücksichtigen, und wir fordern die Kommission dazu auf, die Annahme einer Empfehlung an die Mitgliedstaaten zu erwägen, um sie zur Ratifizierung der aktuellen Übereinkommen zu ermuntern.

Wir sind außerdem der Ansicht, dass die EU für mehr Kohärenz zwischen ihrer Innen- und Außenpolitik sorgen muss. Im Parlament hören wir immer und immer wieder vom Austausch bewährter Praktiken zwischen den Mitgliedstaaten. Dies ist sicherlich ein Paradebeispiel dafür, wo wir bewährte Praktiken untereinander austauschen können, nämlich indem alle Mitgliedstaaten die relevanten Übereinkommen ratifizieren und die bewährten Praktiken nach außen hin oder sogar weltweit fördern, um wie die Kommission selbst vorschlägt, ein Beispiel für die Ratifizierung der aktuellen Übereinkommen zu setzen. Heute, am 25. November, wurden weltweit bereits 7650 IAO-Übereinkommen ratifiziert, 47 davon in den letzten 12 Monaten. Wir erwarten, dass Europa hinsichtlich des Klimawandels in Kopenhagen wegweisende Maßnahmen ergreift; und wir könnten genauso gute Arbeit leisten, indem wir alle IAO-Übereinkommen ratifizieren.

Emilie Turunen (im Namen von Jean Lambert). – (DA) Frau Präsidentin, im Namen der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz möchte ich betonen, dass wir die Signale, die in dieser Entscheidung zur Ratifizierung und Umsetzung der IAO-Übereinkommen ausgesandt werden, für absolut notwendig halten und dass hier sehr große Eile geboten ist. Warum? Aus zweierlei Gründen. Zu allererst sollte die EU im Kampf um menschenwürdige Arbeit eine führende Rolle spielen. Wir sollten bei der Förderung guter Arbeitsbedingungen und menschenwürdiger Arbeit eine weltweite Pionierrolle übernehmen.

Zweitens entsteht, wie heute bereits erwähnt wurde, eine Kluft zwischen dem, was wir sagen, und dem, was wir tun, mit anderen Worten eine Kluft zwischen den internen und externen Reaktionen der EU. Falls die EU vergessen sollte oder falls die europäischen Mitgliedstaaten vergessen oder sich dagegen entscheiden sollten, die aktualisierten Übereinkommen zu ratifizieren, dann ist das nicht nur für die arbeitende Bevölkerung in Europa ein Nachteil. Es ist ein äußerst negatives Signal, das an Nicht-EU-Länder ausgesandt wird, die wir auffordern, genau dieselben Übereinkommen zu ratifizieren. Wir sollten Worten Taten folgen lassen.

Es ist sehr wichtig, dass die EU auf globaler Ebene eine Führungsrolle ergreift und dass wir zeigen, dass sich in Europa gute Arbeitsbedingungen mit höchster Wettbewerbsfähigkeit vereinbaren lassen. Die IAO vertritt weltweit unsere Interessen, wenn es um Rechtsvorschriften auf internationaler Ebene geht. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die Europäische Union die IAO als Institution unterstützt und zeigt, dass wir die IAO-Übereinkommen ernst nehmen. Folglich unterstützt die Fraktion der Grünen die Signale in dieser Frage voll und ganz und wir fordern die zuständigen Organe der EU auf, die Mitgliedstaaten zu überzeugen, dieses Thema genauso ernst zu nehmen, wie wir es heute Abend hier tun.

Ilda Figueiredo, Verfasserin. – (PT) Frau Präsidentin, wir unterstützen den Aufruf an die Mitgliedstaaten, die starken sozialen Argumente für die Ratifizierung und Umsetzung der Übereinkommen, die von der IAO als aktuell klassifiziert wurden, zu berücksichtigen.

Seit 1919 hat die Internationale Arbeitsorganisation ein System internationaler Arbeitsnormen gewährleistet und weiterentwickelt, welches ein breites Spektrum an Themen abdeckt, wie Arbeit, Beschäftigung, soziale Sicherheit, Sozialpolitik und damit verknüpfte Menschenrechte.

Deshalb unterstützen wir den ersten Entwurf für eine gemeinsame EntschlieÙung, der hier vorgelegt wurde. Nachdem die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) Druck ausgeübt hat, haben die anderen Unterzeichnenden allerdings leider zugelassen, dass die EntschlieÙung durch die Aufnahme eines Verweises auf die Lissabonstrategie für Wachstum und Beschäftigung an Bedeutung verliert und ihre Tragkraft untergraben wird.

Allerdings hat die Kommission, wie wir alle wissen, dem Europäischen Parlament im Namen der Strategie von Lissabon einen der schlechtesten Vorschläge gegen Arbeits- und Sozialrechte unterbreitet, indem sie die Flexibilität und Deregulierung des Arbeitsmarktes besonders hervorgehoben hat.

Wer könnte den Vorschlag zur Änderung der Arbeitszeitrichtlinie vergessen, der Arbeit abgewertet und die Lage noch prekärer gemacht hätte, die Arbeitszeit verlängert und die Tarifverhandlungen sowie die Rolle

der Gewerkschaften untergraben hätte? Das wäre genau das Gegenteil von dem gewesen, wofür die IAO-Übereinkommen stehen.

Insbesondere aufgrund dieses bedauerlichen Verweises auf die Lissabonstrategie haben wir unsere Unterstützung für diese EntschlieÙung zurückgezogen.

Trotzdem fordern wir im Namen der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke alle Mitgliedstaaten dazu auf, die IAO-Übereinkommen zu ratifizieren und legen der Europäischen Kommission nahe, unsere Vorschläge zu berücksichtigen.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, die letzten Jahre über hat die Kommission ihr Engagement für die international vereinbarte Agenda für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, einschließlich der Förderung der IAO-Übereinkommen, wiederholt hervorgehoben.

Die Kommission hat Mitgliedstaaten aktiv unterstützt und hinsichtlich der Annahme ehrgeiziger rechtlicher Normen eng mit der IAO zusammengearbeitet. Diese sollen den Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft gerecht werden und zu der Umsetzung der IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeitsbedingungen beitragen. Der Rat und das Europäische Parlament haben die Bedeutung der Agenda für menschenwürdige Arbeit und der Arbeit der Kommission in dieser Hinsicht unterstrichen.

Die EU-Mitgliedstaaten haben bereits alle IAO-Übereinkommen über grundlegende Arbeitsnormen und eine Vielzahl an anderen IAO-Übereinkommen ratifiziert. Die Kommission hat erneut bekräftigt, dass ihr Engagement für die Agenda für menschenwürdige Arbeitsbedingungen Teil der erneuerten Sozialagenda ist. Insbesondere hat die Kommission alle Mitgliedstaaten aufgerufen, mit gutem Beispiel voranzugehen und alle IAO-Übereinkommen, die von der IAO als „aktuell“ klassifiziert wurden, zu ratifizieren und umzusetzen. Damit verleiht die Kommission nicht nur der innenpolitischen sondern auch der außenpolitischen Dimension der Agenda für menschenwürdige Arbeit Nachdruck. Zusätzlich hat die Kommission, wenn IAO-Übereinkommen die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft betrafen, rechtzeitig Vorschläge für Beschlüsse des Rates vorgelegt, um den Mitgliedstaaten die Ratifizierung der relevanten Übereinkommen zu ermöglichen. Gleichzeitig hat sie dazu aufgerufen, die Normen so schnell wie möglich zu ratifizieren, insbesondere das Seearbeitsübereinkommen und das Übereinkommen über Arbeit in der Fischerei.

Der Bericht über menschenwürdige Arbeit aus dem Jahr 2008 sorgt dafür, dass die politischen Entwicklungen hinsichtlich des Ratifizierungsprozesses überwacht werden. Das Ergebnis dieser Analyse soll im Folgebericht über menschenwürdige Arbeit, der im Jahr 2011 veröffentlicht wird, präsentiert werden.

Csaba Óry, im Namen der PPE-Fraktion. – (HU) Zu allererst möchte ich begrüßen, dass sich die Fraktionen auf eine EntschlieÙung einigen konnten, die zur Ratifizierung und Umsetzung der Übereinkommen, die von der IAO überarbeitet wurden, verfasst werden soll. Deshalb werden wir das auch unterstützen.

Es ist bekannt, dass die Internationale Arbeitsorganisation eine der ältesten internationalen Institutionen ist. Sie wurde 1919 gegründet, mit dem grundlegenden Ziel, eine Arbeitsordnung zu schaffen, die die Entwicklung der Arbeitsbedingungen und schwierige Arbeitsumfelder regelt, um Ausbeutung entgegenzuwirken. Später hat sie ihre Aktivitäten auf die Sozialpolitik und auch auf die technische Zusammenarbeit ausgeweitet.

Wir in der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) denken, dass die Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation dazu beitragen, die negativen Auswirkungen des Wettbewerbs auf den internationalen Markt zu mindern und somit die Chancen auf ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum ausgeweitet werden. Dies ist besonders zu einer Zeit von Bedeutung, in der wir uns bereits von der aktuellen Krise erholen und verstärkt auf jeden Fall die Legitimierung dieser Normen und die Tatsache, dass sie aus einem dreiteiligen Prozess entstanden sind und auf einem separaten demokratischen Prozess basieren, der unter Zusammenarbeit von Regierungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften geführt wurde. Deshalb beschäftigen wir uns in diesem Fall mit Rechten und Pflichten am Arbeitsplatz und einem übergreifenden System, das diese Regeln und Pflichten umfasst, nach dem sich die Länder, die die Übereinkommen ratifizieren, richten müssen. Gleichzeitig dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass die Europäische Union als Gemeinschaft keine Übereinkommen ratifizieren kann. Nur einzelne Mitgliedstaaten können das tun. Deshalb stellt sich auf jeden Fall die Frage, ob das Gemeinschaftsrecht und das Subsidiaritätsprinzip korrekt angewandt wird. Aus diesem Grund beinhaltet der Text zu Recht einen Aufruf an die EU, exakt zu definieren, welche rechtlichen Bereiche und Vorschriften diesbezüglich unter das Gemeinschaftsrecht fallen und welche unter die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Das heißt, dass wir, wenn wir den Grundsatz der Subsidiarität berücksichtigen können, die Ausarbeitung einer Empfehlung befürworten und somit die schnellstmögliche Ratifizierung des Übereinkommens erleichtern.

Ole Christensen, im Namen der S&D-Fraktion. – (DA) Frau Präsidentin, wir verfügen in den EU über einen Binnenmarkt, auf dem wir untereinander frei mit Gütern handeln können. Wir stellen den freien Wettbewerb sicher und ermöglichen preiswerte Güter. Das ist alles gut und schön. Trotzdem müssen weitere Bereiche mit eingeschlossen werden. Die Grundrechte von Arbeitnehmern müssen in der gesamten EU gewährt und respektiert werden. Die EU-Mitgliedstaaten sollen nicht auf einem Niveau niedriger Arbeitsbedingungen miteinander konkurrieren und die Arbeitnehmer in allen Mitgliedstaaten müssen für die gleiche Arbeit die gleiche Bezahlung erhalten. Das Recht zu streiken ist auch ein grundlegendes Recht.

Deshalb ist es wichtig, dass die EU eng mit der Internationalen Arbeitsorganisation, der IAO, zusammenarbeitet. Wir teilen gemeinsame Werte und wir können die IAO-Übereinkommen als Grundlage nutzen, um das europäische Sozialmodell weiterzuentwickeln. Leider ist das zurzeit nicht möglich, da die Kommission Übereinkommen nur dann als gültig anerkennt, wenn sie von mehr als der Hälfte der Mitgliedstaaten ratifiziert wurden. Wir könnten zu Anfang zumindest gewährleisten, dass jeder Mitgliedstaat mindestens diejenigen IAO-Übereinkommen ratifiziert und umsetzt, die die IAO als aktuell klassifiziert hat. Wir müssen nicht weiter darüber reden, sondern handeln. Wie könnten wir sonst andere Länder auf der Welt dazu aufrufen, die IAO-Übereinkommen zu ratifizieren und umzusetzen und die WTO auffordern, die Grundrechte der Arbeitnehmer in alle Handelsabkommen aufzunehmen?

Die EU muss die Führung übernehmen. Nur dann können wir anderen Ländern sagen, dass sie all diese Übereinkommen ratifizieren und umsetzen müssen. Wir müssen menschenwürdige Arbeitsbedingungen in der EU und in der ganzen Welt fördern, als nachhaltige und starke Antwort auf die weltweite Krise, in der wir uns befinden.

Elisabeth Schroedter, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Es stimmt, liebe Kolleginnen und Kollegen, in Krisenzeiten schützen weltweite Mindeststandards die Beschäftigten vor menschenunwürdigen Arbeitsverhältnissen. In Sonntagsreden oder gegenüber Drittstaaten werden die internationalen Kernnormen der IAO von der EU immer eingefordert. Zu Recht, denn sie schützen ja vor Diskriminierung und Sozialdumping.

Aber leider bleibt es in der Europäischen Union bei diesen Sonntagsreden. Die Mitgliedstaaten der EU und die EU selbst ignorieren die IAO-Konventionen; sie ratifizieren sie nicht, sie implementieren sie nicht. Sie entziehen sich damit den Verpflichtungen. Beispiel Streikrecht: Der EuGH hat es in der Europäischen Union außer Kraft gesetzt, und die Kommission hat Beifall geklatscht. Beispiel Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer: Nur 3 von 27 Mitgliedstaaten haben sie ratifiziert. Das ist ein Skandal! 90 Jahre nach der Gründung der IAO muss sich das ändern.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren. Zu allererst möchte ich mich bei meinen Kollegen der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und den anderen politischen Fraktionen in unserem Europäischen Parlament bedanken, denn in der Frage der menschenwürdigen Arbeit haben wir alle die gleiche politische Linie verfolgt und wollten eine gemeinsame Entschließung vorlegen und die Verhandlungen der letzten Tage sind sehr positiv verlaufen.

Seit 1919 hat die Internationale Arbeitsorganisation ein System internationaler Arbeitsnormen gewährleistet und entwickelt, welches ein breites Spektrum an Themen abdeckt, wie Arbeit, Beschäftigung, Sozialpolitik und Menschenrechte. Das dürfen wir nicht vergessen, besonders in dieser Krisenzeit nicht.

Deshalb ist es extrem wichtig, dass die Übereinkommen nach einem dreiteiligen Prozess, bei dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Regierungen zusammengearbeitet haben, von der IAO als aktuell klassifiziert wurden. Aus diesem Grund haben wir den Mitgliedstaaten diese Empfehlung vorgelegt, in der wir sie ermutigen, die Übereinkommen, die von der IAO als aktuell klassifiziert wurden, zu ratifizieren und sie auffordern, aktiv zu einer effizienten Umsetzung beizutragen, um die Entwicklung und den Fortschritt des sozialen Europas voranzutreiben. Wir hoffen, dies wird so bald wie möglich geschehen. Wir werden hinsichtlich der Frist zur Anwendung dieser Übereinkommen sehr vorsichtig sein, wobei natürlich das Subsidiaritätsprinzip gewahrt wird.

Die PPE-Fraktion wird besonders vorsichtig sein, was die Anwendung dieser Übereinkommen in den Mitgliedstaaten anbetrifft. Der Kampf gegen illegale Arbeit, der moderne soziale Fortschritt, der Aufbau eines einheitlichen sozialen und wegweisenden Europas steht auf dem Spiel und wir möchten uns wirklich daran beteiligen, voranzukommen.

Sylvana Rapti (S&D). – (EL) Frau Präsidentin, eines der wichtigsten Attribute der Europäischen Union ist die Bedeutung, die sie der Sozialpolitik und den Grundrechten beimisst. Wir wissen ganz genau, dass die

Anwendung dieser Rechte Bedingung ist, um Mitglied in der Europäischen Union zu werden. Und wir wissen auch, dass die Verletzung dieser Rechte die Europäische Union dazu verpflichtet, Strafen zu verhängen.

Die Rechte, die bei der Gründung und für die Arbeit der Union festgelegt wurden, gelten auch am Arbeitsplatz. Die Bedeutung, die die Union dem Schutz der Arbeitnehmerrechte beimisst zeigt sich nicht nur bei der internen Gesetzgebung, sondern auch in ihrer Außenpolitik. Wir alle wissen sehr genau, dass eine der Bedingungen für den Abschluss von Abkommen mit Drittländern die Wahrung grundlegender Arbeitnehmerrechte ist. Aus diesem Grund muss die Europäische Union unter den Ersten sein, die diese notwendige, systematische Aktualisierung der IAO-Übereinkommen unterstützen.

Die IAO hat ihre Übereinkommen kürzlich nach Verhandlungen mit Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierungen aktualisiert. Obwohl die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Europäische Union an den Aktualisierungsverhandlungen teilgenommen haben, befinden wir uns in einer paradoxen Situation. Das Paradox besteht darin, dass obwohl viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union vereinheitlichende Richtlinien verabschiedet haben, die ehrgeizigere Arbeitnehmerrechte als die der IAO-Übereinkommen festlegen, unterschätzen sie jedoch die Bedeutung der formalen Ratifizierung dieser Übereinkommen auf nationaler Ebene.

Da dadurch in Drittländern, und besonders in Entwicklungsländern ein verzerrtes Bild entsteht, wäre es vernünftig, wenn wir unser Verhalten ändern würden und die Mitgliedstaaten, die die nötigen Ratifizierungen noch nicht vorgenommen haben, dies tun würden. Wie dem auch sei, die Europäische Kommission sollte die Mitgliedstaaten aktiver dazu aufrufen, solchen Pflichten nachzukommen, um die Glaubwürdigkeit der Union mithilfe der Förderung von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen zu erhöhen, besonders in der aktuellen Finanzkrise.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, natürlich müssen wir hervorheben, wie wichtig die Umsetzung der IAO-Übereinkommen ist, aber ich befürchte leider, dass das System in dem wir leben, nämlich der freie Wettbewerb, einen Markt für Arbeitskräfte schafft und Arbeit somit zu einer Ware macht. Das birgt viele Gefahren hinsichtlich der Arbeitnehmergesetze und der geplanten Arbeitszeitreduzierung. Außerdem werden dadurch die Löhne gedrückt, was sehr schädlich ist.

In Frankreich beispielsweise wurde eine Firma, die Kugellager herstellte, geschlossen, damit sie nach Bulgarien verlagert werden kann. Die Mitarbeiter dieser Firma wurden aufgefordert, nach Bulgarien zu fahren, um die bulgarischen Arbeiter dort auszubilden. An diesem Beispiel kann man ganz klar erkennen, dass dieser Druck auf die Lohnkosten zu Verlagerungen und überall zu einer Minderung der Sozialrechte und zu neuem Druck führt. Folglich sollten wir in ein System investieren, in dem die sozialen Rechte und das Niveau der Sozialschutzes nach oben hin harmonisiert werden, um den harten Wettbewerb zwischen den Arbeitnehmern zu vermeiden, der von Unternehmen und unseren eigenen Institutionen verursacht wird.

Gleichermaßen sollten wir uns nicht weiter auf das Modell hinzubewegen, welches hier im Parlament und in der Kommission Flexicurity genannt wird, sondern sollten im Gegenteil ein betriebliches System der sozialen Sicherheit für Arbeit und Beschäftigung in Kombination mit den nötigen Ausbildungseinheiten anstreben. Indem wir Arbeitskräfte ausbilden und ihnen helfen, die Berufe der Zukunft zu ergreifen, können wir die Krise abwenden.

Olle Ludvigsson (S&D). – (SV) Frau Präsidentin, jetzt da der Vertrag von Lissabon angenommen wurde und die europäische Charta der Grundrechte in Kraft ist, besteht erneut die Möglichkeit, die soziale Dimension der Zusammenarbeit in Europa zu stärken. Um das zu tun, müssen wir auch in der Lage sein, diese Möglichkeiten real umzusetzen. Ein guter Anfang wäre, wenn die Mitgliedstaaten der EU alle aktualisierten IAO-Übereinkommen so schnell wie möglich ratifizieren würden.

Allerdings hat diese Angelegenheit auch eine außenpolitische Dimension. Wenn die EU international ein ernstzunehmender Partner sein möchte, um zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen beizutragen, ist es zwingend nötig, dass auch die Mitgliedstaaten der EU die IAO-Übereinkommen ratifizieren. Wenn wir die Situation in Drittländern beeinflussen wollen, müssen wir selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb möchte ich die Kommission und den schwedischen Ratsvorsitz auffordern, progressiv zu handeln und alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um sicherzustellen, dass alle aktuellen IAO-Übereinkommen von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

Ich persönlich halte es für ein wenig entmutigend, dass mein eigenes Land, Schweden, grundlegende Übereinkommen wie das Übereinkommen Nr. 94 über öffentliche Aufträge noch nicht ratifiziert hat. Deshalb möchte ich den Ratsvorsitz auffordern, auch auf nationaler Ebene dafür zu sorgen, dass das geschieht. Somit

sollte in Kombination mit der gültigen Charta der Grundrechte das Risiko reduziert werden, dass der Europäische Gerichtshof weitere Urteile wie das im Fall Rüffert fällt. Dass EU-Recht gegen die grundlegenden IAO-Übereinkommen verstößt, ist untragbar.

Mairead McGuinness (PPE). – Frau Präsidentin, die IAO, wie meine Kollegen bereits erwähnt haben, gibt es schon seit langer Zeit, nämlich seit 1919: Seit 90 Jahren arbeitet sie an der Agenda für menschenwürdige Arbeit. Es ist wichtig, dass die Mitgliedstaaten, wie bereits von anderen gefordert wurde, alle Übereinkommen ratifizieren, insbesondere zu einer Zeit der Wirtschaftskrise, in der die Arbeitnehmer unter Druck stehen. Allerdings denke ich, dass es in dieser Debatte ebenfalls sehr wichtig ist, die Rolle der IAO in den Entwicklungsländern zu würdigen und ihre Beziehungen zu Nichtregierungsorganisationen sowie die vielen Programme, die sie leitet, um besonders den am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu helfen, beispielsweise behinderten Menschen, die ohne diese Programme keine Chance hätten. Des Weiteren diskutieren wir hier im Parlament über diese zwei sehr wichtigen Themen: Zwangsarbeit und Kinderarbeit. Wenn wir also erwarten, dass die IAO gute Arbeit leistet, wie sie es in den Entwicklungsländern tut, ist es meiner Meinung nach das Mindeste, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die IAO-Übereinkommen vollständig ratifizieren, um mit gutem Beispiel voranzugehen.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, in den vielen Jahren seit ihrem Bestehen hat die Internationale Arbeitsorganisation eine Reihe an internationalen Übereinkommen und Richtlinien bezüglich Beschäftigung, Freiheiten der Gewerkschaften, Sozialpolitik, Sozialversicherung sowie kollektivarbeitsrechtlicher Beziehungen und Arbeitsbedingungen angenommen und den Mitgliedstaaten der EU zur Ratifizierung vorgelegt. Die Mitgliedstaaten sollten die Übereinkommen ratifizieren und umsetzen, von denen die IAO glaubt, dass sie in Kraft sein sollten. Die Europäische Union sollte resolut und aktiv vorgehen und zum Schutz der Rechte der arbeitenden Bevölkerung in einer globalisierten Welt ihren Beitrag leisten, was eine extrem wichtige Angelegenheit ist.

Es sollte deutlich gemacht werden, dass jeder Bürger, egal welcher Herkunft, welchen Glaubens oder welcher Rasse, das Recht hat, seinen materiellen Wohlstand zu vergrößern und sich im Rahmen der Freiheit geistig weiterzuentwickeln und er das Recht auf Würde, wirtschaftliche Sicherheit und Chancengleichheit hat. Wir dürfen nicht vergessen, dass Armut eine ernsthafte Bedrohung für uns alle darstellt, egal wo sie herrscht.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – (FR) Frau Präsidentin, verehrte Abgeordneten, es ist eine deutliche Annäherung der Standpunkte zwischen den Sprechern des Europäischen Parlaments und der Kommission bezüglich der Zweckmäßigkeit und der Notwendigkeit der Ratifizierung der IAO-Übereinkommen zu verzeichnen. Trotzdem kann sich die Kommission, wie Herr Öry angemerkt hat, nur in den Bereichen durchsetzen, die in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen und, wie ich bereits erklärt habe, das hat sie getan.

Was die Rolle der Gewerkschaften betrifft, so hat der Europäische Gerichtshof in einem kürzlich erlassenen Urteil Kollektivmaßnahmen als Grundrecht anerkannt. Allerdings kann dieses Recht im Einklang mit anderen internationalen Instrumenten reglementiert werden. Trotzdem werde ich Ihre Bedenken an meinen für die Sozialpolitik zuständigen Kollegen weiterleiten, damit dieses Thema im Detail weiterverfolgt werden kann.

Die Präsidentin. – Ich habe drei Entschließungsanträge erhalten⁽⁵⁾, die gemäß Artikel 110 Absatz 2 der Geschäftsordnung eingereicht wurden.

Die Aussprache wird geschlossen.

Die Stimmabgabe findet am Donnerstag, dem 26. November 2009, statt.

18. FAO-Weltgipfel zur Ernährungssicherheit - Beseitigung des Hungers auf der Erde (Aussprache)

Die Präsidentin. – Nach der Tagesordnung folgt die Erklärung der Kommission zum FAO-Weltgipfel zur Ernährungssicherheit - Beseitigung des Hungers auf der Erde.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, der Welternährungsgipfel, der letzte Woche in Rom stattgefunden hat, ist der letzte in einer Reihe von hochrangigen Treffen, die dieses Jahr stattgefunden

⁽⁵⁾ Siehe Sitzungsprotokolle

haben und bei denen die Ernährungssicherheit und die Landwirtschaft im Vordergrund standen: vorherige Treffen fanden im Januar in Madrid, im Juli in L'Aquila, im September in New York und in Pittsburgh statt und im vorigen Monat tagte der Ausschuss für Welternährungssicherheit.

All diesen Veranstaltungen liegt die Erkenntnis zu Grunde, dass wir den Kampf gegen den Hunger auf der Welt verlieren. Über einer Milliarde Menschen auf der Welt fehlt es mittlerweile täglich an ausreichender Nahrung, und die Situation droht sich in vielen Entwicklungsländern zu verschlechtern, auch aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels, der diese Länder in ihren Bemühungen, Ernährungssicherheit zu erreichen, vor zusätzliche Herausforderungen stellt.

Der Weltgipfel für Ernährungssicherheit war eine Gelegenheit, die politische Dynamik, die in den letzten Monaten entstanden ist, zu unterstützen. Wieder einmal stand die Welternährungssicherheit im Rampenlicht. Allerdings ist die Zeit für Diskussionen jetzt abgelaufen; nun ist es an der Zeit zu handeln.

Aus der Sicht der Europäischen Kommission war der Gipfel aus drei Gründen sehr nützlich. Erstens aufgrund der Zusage, unsere Bemühungen zur Verwirklichung des ersten Millenniums-Entwicklungsziels, nämlich die Zahl der Hungernden in der Welt bis 2015 zu halbieren, zu verstärken. Meiner Ansicht nach ist dieses Ziel immer noch gültig und wir sollten versuchen, es zu erreichen, insbesondere in den Ländern und Regionen, in denen nur wenige Fortschritte erzielt wurden, wie beispielsweise in Afrika.

Zweitens aufgrund des Versprechens, die internationale Koordination und Steuerung der Ernährungssicherheit durch einen reformierten Ausschuss für Welternährungssicherheit zu verbessern, der eine zentrale Rolle in der globalen Zusammenarbeit im Bereich Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Ernährung spielen würde. Die Europäische Kommission hat diese Reform aktiv unterstützt und stellt die Basisfinanzierung dafür bereit. Das ist meiner Ansicht nach ein sehr wichtiger Schritt, der die Weichen für ein System der globalen Ordnungspolitik für Ernährungssicherheit stellen wird, das sich auf solide wissenschaftliche Ergebnisse gründet und offener für Schlüsselakteure im öffentlichen und privaten Sektor und für Nichtregierungsorganisationen ist. Diese Akteure sind unerlässlich, wenn es darum geht, das System effizienter zu gestalten als das aktuelle.

Drittens aufgrund des Versprechens, die rückläufige Entwicklung der nationalen und internationalen Finanzierung für Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und ländliche Entwicklung umzukehren. Wenn wir das erste Millenniums-Entwicklungsziel, die Halbierung der Zahl der Hungernden in der Welt bis 2015, erreichen wollen, müssen die Verpflichtungen zur Aufstockung der ODA erfüllt werden, insbesondere von den Ländern, die sich zum Ziel gesetzt haben, eine ODA-Quote von 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens zu erreichen.

Einige haben kritisiert, dass in der Schlusserklärung keine präziseren offiziellen Ziele für die Entwicklungshilfe in den Bereichen Landwirtschaft und Ernährungssicherheit gesetzt wurden, aber wir müssen uns ins Gedächtnis rufen, dass bereits auf dem G8-Gipfel in L'Aquila wesentliche finanzielle Zusagen gemacht wurden. Jetzt gilt es, diese einzuhalten. Mit der starken Unterstützung des Europäischen Parlaments hat die Kommission erfolgreich 1 Mrd. EUR für die Nahrungsmittelfazilität zur Verfügung gestellt, von denen 85 % bereits für den Zeitraum 2009/2011 festgelegt wurden. Trotzdem benötigen wir langfristig mehr und nachhaltigere Unterstützung. Um die Verantwortung für unsere Zusagen zu tragen, benötigen wir eine globale, hierarchische Auflistung der Verpflichtungen, aber wir müssen auch die Kontrollmechanismen, spezielle Indikatoren und Richtwerte weiterentwickeln, die genutzt werden können, um die Ergebnisse und Wirkungen von Investitionen festzuhalten. Trotzdem möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich festhalten, dass auch das größte Engagement von Gebern wertlos ist, wenn die Regierungen der Entwicklungsländer sich nicht für eine bessere Landwirtschaftspolitik, bessere Strategien und bessere Investitionen einsetzen.

Wenn wir über Ernährungssicherheit diskutieren, sollten wir unsere Worte gut wählen und Ernährungssicherheit von Ernährungssouveränität und Ernährungsautarkie unterscheiden. Die Bemühungen, landwirtschaftliche Produktion überall in der Welt zu erreichen, sind alleine nicht ausreichend. Was zählt, ist, dass die Menschen dauerhaften Zugang zu Lebensmitteln haben und das ist hauptsächlich eine Frage der Armut. Der Handel mit Lebensmitteln spielt - regional sowie international - bei der Verbesserung des Zugangs zu Lebensmitteln eine wichtige Rolle, dadurch dass Landwirte ein Einkommen und Verbraucher Zugang zu günstigeren Lebensmitteln erhalten. Die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln, also die Ernährungsautarkie, könnte eine sehr teure Strategie sein. Sie ist aber nicht notwendig, wenn Märkte und Handel gut funktionieren.

Deswegen würde ein Abschluss der Doha-Runde mit einem ausgewogenen und umfassenden Ergebnis ein maßgeblicher Fortschritt sein. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass weltweite Ernährungssicherheit ein sehr komplexes und facettenreiches Problem ist, das eine ganzheitliche Herangehensweise erfordert. In

diesem Bereich hat die Europäische Union in den letzten zehn Jahren enorme Fortschritte gemacht, und durch die Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung wird auch weiterhin für Fortschritte gesorgt werden. Durch die verschiedenen Reformen der gemeinsamen Agrarpolitik der EU ist die Exporterstattung stark gesunken und ein Großteil der Unterstützung für Landwirte in der EU wird von der WTO als „nicht handelsverzerrend“ bewertet. Darüber hinaus ist der europäische Markt dank der Alles außer Waffen-Initiative für die am wenigsten entwickelten Länder frei zugänglich und die Bestimmungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) zeigen ein Verständnis für die Probleme, denen viele AKP-Staaten beim Versuch, ihren Bürgern Ernährungssicherheit zu gewährleisten, gegenüberstehen. Deshalb sind wir in der EU hinsichtlich der Verbesserung der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung schon ein ganzes Stück weiter gekommen, wodurch die Bedingungen für Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern verbessert werden konnten. Andere Länder und Regionen sollten dasselbe tun.

Abschließend möchte ich sagen, dass der FAO-Gipfel Folgendes klar hervorgehoben hat: Wenn wir unser Ziel erreichen und die Zahl der Hungernden in der Welt bis 2015 halbieren wollen, dann sollten wir die ODA aufstocken, mit ODA- und privaten Mitteln mehr in die Landwirtschaft investieren und die globale Ordnungspolitik im Bereich Landwirtschaft verbessern.

Albert Deß, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Frau Präsidentin! Herr Kommissionsvertreter! Für uns im Europaparlament ist es wichtig, dass wir uns mit dem Thema „Hunger in der Welt“ befassen. Wir können es nicht kommentarlos hinnehmen, dass die Zahl der Menschen, die Hunger leiden – darunter viele Kinder –, zunimmt.

Ich bin vor 20 Jahren zum ersten Mal in ein Parlament gewählt worden, und ich kann mich noch gut erinnern, dass damals internationale Organisationen wie Weltbank, FAO, UNO und auch WTO Absichtserklärungen abgegeben haben, dass in den nächsten 20 Jahren der Hunger in der Welt halbiert werden soll. Was ist passiert? Der Hunger ist nicht halbiert worden, der Hunger hat zugenommen. 1 Mrd. Menschen leiden täglich Hunger! Das Gegenteil von dem, was an Absichtserklärungen verkündet wird, ist eingetreten.

Die Ursachen dafür sind sehr unterschiedlich. Es gibt Länder, wo unfähige Regierungen – wie in Zimbabwe – aus der Kornkammer Afrikas ein Hungergebiet gemacht haben. Ein kommunistischer Herrscher hat es dort fertiggebracht, dass in diesem reichen Land Menschen Hunger leiden müssen, und wir schweigen dazu. Aber auch wir sind mitschuldig. Wir debattieren wochenlang, ja das ganze Jahr lang über das Klima in hundert Jahren. Die Menschen, die heute und morgen Hunger leiden, interessiert nicht das Klima in hundert Jahren, die möchten morgen etwas zu essen haben! Darauf haben wir keine Antworten. Ohne dass ich Zukunftsfragen vernachlässigen möchte, ist es eine Frage der Menschlichkeit, dass wir uns heute um die Menschen kümmern, die Hunger leiden. Und, Herr Kommissionsvertreter, wenn wir sagen, wir würden bis zum Jahr 2050 den Hunger halbieren, finde ich das fast schon höhnisch. Uns muss es doch als Weltgemeinschaft gelingen, dass wir viel schneller die Zahl derer abbauen, die Hunger leiden müssen. Wir bringen in jeden Winkel der Welt Waffen hin, und Lebensmittel bringen wir anscheinend nicht hin. Das ist ein Versagen der Weltgemeinschaft, das möchte ich hier anprangern, und wir müssen hier andere Antworten finden als die Antworten, die wir heute geben.

Luis Manuel Capoulas Santos, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (PT) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, die Zahlen, die den Hunger und die Unterernährung in der Welt beschreiben, die wir alle kennen und die auf banale Weise wiederholt werden, sind so tragisch, dass es schon fast obszön ist, sie zu nennen.

Das Recht auf Nahrung ist eng mit dem heiligsten aller Rechte verbunden: dem Recht auf Leben, und hier ist ein Leben mit einem Mindestmaß an Würde gemeint und nicht ein Kampf ums Überleben.

Den Hunger in der Welt zu bekämpfen sollte deshalb oberste Priorität in jeglicher Politik sein und alle Ressourcen sollten mobilisiert werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Leider sind wir uns alle auch der Tatsache bewusst, dass es außer an finanziellen Mitteln und anderen Mitteln noch an weiteren Dingen mangelt. Das Problem liegt fast immer in der Verwaltung und der Nutzung der Mittel und daran, dass keine vernünftige Steuerung und effektive Koordination auf globaler, regionaler und nationaler Ebene stattfindet.

Der Entschließungsantrag, der heute hier vorgelegt wurde, und den meine Fraktion, die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament, unterstützt, enthält Vorschläge und Empfehlungen, die, wenn sie umgesetzt werden würden, sicherlich maßgeblich zur Bekämpfung eines solch ernststen Problems beitragen könnten. Deshalb fordere ich die Kommission auf, ihm die Aufmerksamkeit

zu schenken, die er verdient und auf dieser Basis Legislativvorschläge zu unterbreiten und Verfahren einzuleiten, um diese umzusetzen.

Die schwierige und unsichere politische Lage, in der wir uns befinden, ist auch eine Zeit der Veränderung für die Politiken, die für die EU in dieser Frage am relevantesten sind: die gemeinsame Agrarpolitik und die gemeinsame Fischereipolitik, die wir radikal reformieren werden.

Mit den neuen Befugnissen, die wir durch den Vertrag von Lissabon erhalten haben, ist dies auch eine sehr gute Möglichkeit für das Parlament, den Worten endlich Taten folgen zu lassen. Die Europäischen Sozialdemokraten sind bereit, diese Herausforderung anzunehmen. Wir hoffen, dass die neue Kommission und andere politische Fraktionen bereit sind, uns dabei zu unterstützen.

George Lyon, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, ich möchte meinen Kollegen danken, die bereits zu Wort gekommen sind.

Zuerst möchte ich zu bedenken geben, dass der kürzliche Anstieg der weltweiten Lebensmittelpreise für uns alle ein Alarmsignal sein sollte. Die Verdopplung der Preise von Getreide und Reis hatte unverhältnismäßige Auswirkungen auf die ärmsten Menschen in den Entwicklungsländern überall auf der Welt. In der Tat wird geschätzt, dass aufgrund der im Jahr 2007 und 2008 gestiegenen Lebensmittelpreise weitere 75 Millionen Menschen auf der Welt Hunger leiden. Das müssen wir sehr, sehr ernst nehmen. Schließlich hat der Anstieg der Lebensmittelpreise in vielen Ländern Hungerrevolten und politische Instabilität zur Folge gehabt.

Da die Weltbevölkerung die neun Milliarden-Marke erreichen und der Klimawandel gravierende Auswirkungen auf unsere Nahrungsmittelversorgung haben soll, ist Ernährungssicherheit meiner Meinung nach ein sehr wichtiges Thema, dem wir uns stellen, mit dem wir uns auseinandersetzen und für das Lösungen gefunden werden müssen. Die Europäische Union muss alles in ihrer Macht Stehende tun, um Entwicklungsländern zu helfen, Systeme für nachhaltige Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion zu entwickeln, damit sie sich selbst ernähren können. Dafür werden Geldmittel benötigt, und wie der Herr Kommissar in seiner Erklärung dargelegt hat, offene Märkte. Es wird anerkannt, dass Europa bereits sehr viel für die Öffnung und Liberalisierung der Märkte getan hat. Viele Probleme, denen Entwicklungsländer gegenüberstehen, rühren allerdings auch vom Versagen der Politik und des Rechtsapparats her. Kein Geld der Welt kann dieses Problem lösen, bevor nicht ein stabiles politisches und rechtliches System hergestellt wurde, das Landwirten ein gutes Arbeitsumfeld bietet und sie von höheren Marktpreisen profitieren lässt.

Es wird geschätzt, dass die landwirtschaftliche Produktion in der EU in Zukunft um über 70 % ansteigen muss, nur um der höheren Nachfrage gerecht zu werden. Ich bin der Meinung, dass die europäische Landwirtschaft eine zentrale Rolle spielen sollte, nicht nur um sicherzustellen, dass wir uns selbst versorgen können, sondern um in Zukunft auch zur weltweiten Ernährungssicherheit beitragen zu können.

José Bové, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – (FR) Frau Präsidentin, sehr verehrte Kommissare, meine Damen und Herren, der Kampf gegen den Hunger erfordert maßgebliches politisches sowie finanzielles Engagement. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation war letzte Woche in Rom nicht in der Lage, derlei Engagement zu mobilisieren, was ich bedauere.

Mehr als eine Milliarde Menschen leiden an Unterernährung und 40 Millionen Männer, Frauen und Kinder sterben jedes Jahr an Hunger. Diese dramatischen Zahlen sind seit 1996 gestiegen, dem Jahr, in dem der erste Welternährungsgipfel abgehalten wurde. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Lage noch verschlimmert und die Bevölkerungen der Länder des Südens sind die hauptsächlichen Leidtragenden. Zehn Prozent des weltweiten Werbebudgets könnte in den Entwicklungsländern die nötige Unterstützung leisten, um deren Agrarinfrastruktur zu wahren.

Die Nahrungsmittelkrise ist eine der Hauptbedrohungen für den Frieden und die Stabilität in dieser Welt. Im Jahr 2050 werden mehr als neun Milliarden Menschen von kleinen Landwirten mit Lebensmitteln versorgt werden müssen. Durch Bodenschäden, Schäden der biologischen Vielfalt, Erdölabhängigkeit, Treibhausgase, mangelndes Grundwasser und die Entwicklung des Konsumverhaltens befinden wir uns in einer sehr prekären Lage, viel prekärer als noch vor 40 Jahren.

Armut und Abhängigkeit von Importen sind der Hauptgrund für Ernährungsunsicherheit. Die Notwendigkeit, die lokale Produktion zu unterstützen, liegt auf der Hand. Ende der 50er Jahre hat Europa eine gemeinsame Agrarpolitik eingeführt, um die Lebensmittel produzieren zu können, die wir benötigen. Um das zu tun hat Europa den Binnenmarkt gestärkt und die Verbraucher unterstützt. Diese eigenständige Entscheidung, dieses

Recht auf Ernährungssouveränität, muss jetzt für alle Länder oder Ländergruppen auf der Welt zugänglich sein, die das wünschen.

James Nicholson, *im Namen der ECR-Fraktion.* – Frau Präsidentin, unsere Entschließungen zu diesem Thema befassen sich mit zweierlei Herausforderungen, nämlich den Hunger in der Welt, unter dem momentan ein Sechstel der Weltbevölkerung leidet, zu bekämpfen und die Nahrungsmittelversorgung der Zukunft sicherzustellen.

Wir befinden uns in einer Situation, in der auf der einen Seite die Weltbevölkerung ständig wächst und in der auf der anderen Seite die Nahrungsmittelproduktion aufgrund der negativen Auswirkungen des Klimawandels und der steigenden Kosten in der Lebensmittelproduktion eine zunehmend größere Herausforderung darstellt.

Obwohl der landwirtschaftliche Aspekt zweifellos vonnöten ist, um das Problem der Ernährungssicherheit zu lösen, sollten wir uns auch darüber im Klaren sein, dass eine gute Regierungsführung in Entwicklungsländern absolut notwendig ist, wenn wir irgendeine Chance haben wollen, den Hunger in der Welt erfolgreich zu bekämpfen. Nehmen wir zum Beispiel Simbabwe, ein Land, auf das sich Herr Deß vorhin schon bezogen hat. Früher war es als Kornkammer Afrikas bekannt und in der Lage, nicht nur sich selbst, sondern auch viele Nachbarländer mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Jetzt ist es dazu nicht mehr in der Lage, nachdem es von Robert Mugabe und seinen Gefolgs Männern zerstört wurde.

Wir müssen alle zusammenarbeiten, um dieses Problem zu überwinden und zivile Unruhen und Notzustände zu vermeiden, die daraus entstehen können.

Patrick Le Hyaric, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, wenn die Europäische Union eine positive Rolle in der Welt spielen möchte, wenn sie einen neuen Humanismus auf den Weg bringen möchte, dann sollte sie sich den ohrenbetäubenden Aufschrei des Hungers auf der ganzen Welt wirklich zu Herzen nehmen.

Hier und anderswo halten wir weiterhin unsere schönen Reden. Aber ganz ehrlich, können wir das reinen Gewissens tun, wenn alle fünf Sekunden ein Kind an Hunger stirbt? Es liegt nicht an technischen Problemen, dass Kinder sterben. Es ist die Folge des Ultraliberalismus, der die heutige Welt überschwemmt hat.

Bisher haben wir das Land bestellt, um Menschen mit Nahrung zu versorgen. Durch den Kapitalismus sind Boden und Nahrungsmittel mittlerweile zu Waren geworden, zu Objekten, mit denen weltweit spekuliert wird. Aus diesem Grund müssen wir die Politik radikal ändern, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation unterstützen und ihr die Möglichkeit geben, zu handeln.

Wir benötigen Maßnahmen, wie Sie gesagt haben, Herr Kommissar, und wir fordern Maßnahmen. Um sicherzustellen, dass Maßnahmen ergriffen werden, könnte die Europäische Union den Grundsatz der Ernährungssouveränität für alle Völker geltend machen, dabei helfen, ein Vergütungssystem für landwirtschaftliche Arbeit aufzubauen, mit Mindestpreisen für jedes Land und jeden Kontinent, die Verpflichtungen zur Bereitstellung von Entwicklungshilfe für Länder des Südens respektieren und durchsetzen, den armen Ländern die Schulden erlassen, verhindern, dass Grund und Boden von multinationalen Konzernen und Hedgefonds aufgekauft wird und anerkennen, dass Landwirtschaft und Nahrungsmittel nicht den harten Verhandlungen der World Trade Organisation unterliegen dürfen.

Wir müssen den Schrei des Hungers hören und dementsprechend handeln. Damit würde Europa an Statur gewinnen und es besteht dringend Handlungsbedarf!

Bastiaan Belder, *im Namen der EFD-Fraktion.* – (NL) In den rund letzten zehn Jahren, in denen ich Abgeordneter im Europäischen Parlament bin, habe ich mir in diesem Haus regelmäßig schöne Reden angehört. Im Vorfeld des Welternährungsgipfels in Rom hat auch Herr Barroso, der Präsident der Kommission, schöne Worte gewählt. Er sagte: „Wir haben alle zusammen im Kampf gegen den Hunger versagt. Das ist ein moralischer Skandal und ein hässlicher Fleck auf unserem kollektiven Gewissen.“ Ende des Zitats. Und er hatte mit Sicherheit Recht. Deshalb ist das Ergebnis des Gipfels noch enttäuschender. Ich habe unterschwellig das Gefühl, dass in Rom eher die politischen Interessen der reichen Länder zum Tragen kamen, als die Interessen der einen Milliarde hungernder Menschen in der Welt. Um Ihnen das konkret zu veranschaulichen, will ich Ihnen zwei Beispiele geben: Wie zunehmend anerkannt wird, treibt die Biokraftstoff-Politik und dessen Förderung die Preise in die Höhe, und somit hungern noch mehr Menschen. Allerdings scheint es tabu zu sein, jegliche Kritik an dieser Politik zu äußern.

Des Weiteren habe ich die Abgeordneten des Parlaments bereits mehrmals auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die die Ermutigung von Drittländern birgt, große Investitionen in Afrika zu tätigen, damit sie beispielsweise ihre eigene Ernährungssicherheit gewährleisten können. Wie kann von Ländern, in denen Millionen von Menschen auf die UN-Lebensmittelhilfe angewiesen sind, erwartet werden, dass sie in Drittländer exportieren? Doch das wurde in der Schlusserklärung nicht erwähnt.

Für reiche Länder ist es ein Leichtes, sich mit kontroversen Themen zu befassen, indem lediglich gutgemeinte und leidenschaftliche Plädoyers gehalten und weitere Studien in Auftrag gegeben werden. Ein weiterer Punkt, den ich der Erklärung entnehme, besteht darin, dass Entwicklungsländer hauptsächlich auf ihre eigenen Ressourcen angewiesen sein werden. Vor dem Hintergrund des bisherigen Versagens der internationalen Gemeinschaft, den Hunger zu bekämpfen, halte ich das für nichts anderes als schändlich.

Abgesehen davon habe ich mich einige Zeit mit den Schlusserklärungen der vorherigen Welternährungsgipfel beschäftigt und bin zu dem Schluss gekommen, dass sie sich in vielen Punkten überraschend ähnlich sind und auch der Entschließung des Parlaments in dieser Angelegenheit überraschend ähneln. Sie sprechen von Dringlichkeit und rufen einheitlich dazu auf, die Versprechen der Vergangenheit in die Tat umzusetzen. Sollte die Wiederholung all dieser Aufrufe nicht ein Warnsignal für uns sein? Um es mit den Worten des UN-Berichterstatters Herrn De Schutte zu sagen: „Arme Leute brauchen keine Versprechen“. Wie schon so oft zuvor gesagt wurde, sollte Ernährungssicherheit ein Menschenrecht sein. Frau Präsidentin, ich möchte diesen Aspekt von einem anderen Blickwinkel aus betrachten: Die Bibel lehrt uns, dass es eines von Gottes Geboten ist, den Hungernden zu Essen zu geben. Das ist meine persönliche Pflicht und unsere gemeinsame Verantwortung.

Dimitar Stoyanov (NI). – (BG) Ich habe persönlich am FAO-Gipfel in Rom teilgenommen. Ich habe mit meinen eigenen Augen gesehen, wie es auf der Konferenz zugegangen ist. Ich denke, wir sollten die Heuchelei etwas unterdrücken, die wir an den Tag gelegt haben, denn wenn man bedenkt, wie viel Geld für eine Konferenz wie diese ausgegeben wurde, deren Ergebnis meistens nur eine lange Liste an Versprechen ist, sollten wir diese Summe vielleicht besser praktisch nutzen, um - wie der Sprecher vor mir gesagt hat - zu berechnen, wie viele Kinder genau nicht verhungert wären, wenn diese Gelder nicht nur für glückliche Geschichten ausgegeben worden wären. Allerdings hat der Herr Kommissar gesagt, dass das Problem mit der weltweiten Nahrungsmittelproduktion im Zusammenhang steht, aber bevor wir anfangen, den Splitter aus dem Auge unseres Bruders zu entfernen, sollten wir zuerst den Balken in unserem eigenen Auge wahrnehmen.

Laut wissenschaftlicher Tests ist der Boden in Bulgarien, meinem Heimatland, der fruchtbarste in der Europäischen Union. Vor 150 Jahren waren bulgarische Landwirte in der Lage, die am dichtesten besiedelten Regionen des Osmanischen Reiches in Kleinasien mit der Technologie des 19. Jahrhunderts mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Heutzutage geht die Landwirtschaft in Bulgarien immer weiter zurück; seit dem Beitritt in die Europäische Union noch stärker. Die Quoten, die Bulgarien von der Kommission auferlegt wurden, schränken die landwirtschaftliche Produktion ein, während der Boden in Bulgarien brach liegt. Um zum Beispiel den gesamten Anteil an Tomaten zu produzieren, den die Europäische Kommission Bulgarien zugeteilt hat, wird nur ein einziger landwirtschaftlicher Betrieb in den 28 bulgarischen Regionen benötigt. Der Grund dafür ist, dass vor 10 Jahren Daten angegeben wurden, die besagen, dass diese Menge dem offiziellen Produktionsstand entspricht. Allerdings interessiert sich niemand dafür, wie hoch der reale Produktionsstand sein könnte. Momentan bestehen also sogar in der Europäischen Union selbst Beschränkungen der Nahrungsmittelproduktion. Wenn es diese nicht gäbe, könnte die Situation maßgeblich verbessert werden und es könnten angemessene Maßnahmen im Kampf gegen den Hunger durchgeführt werden. Solange sich Beamte mit diesen Angelegenheiten beschäftigen, die sich lediglich mit Zahlen auf dem Papier befassen und sich für nichts anderes interessieren, bleiben uns nur Versprechen, ohne dass Maßnahmen ergriffen werden können.

Filip Kaczmarek (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, die Zahl der Menschen, die Hunger leiden und in extremer Armut leben, ist im letzten Jahr dramatisch gestiegen, und es ist nicht wahr, dass der Kapitalismus daran Schuld ist. Es gibt politische Systeme, die für das Leben der Menschen viel schädlicher sind, und in denen viel weniger gegen den Hunger angekämpft wird. Ich möchte Ihnen nur ein Beispiel nennen. Vor einigen Jahrzehnten wurde ein Land in Europa, das über sehr gute landwirtschaftliche Bedingungen verfügt, vom Kommunismus in den Hunger getrieben. In diesem einen Land starben daraufhin mehr Menschen an Hunger als momentan weltweit Menschen an Hunger sterben. Dieses Land war die Ukraine. Ich möchte dazu anhalten, dass die Worte in diesem Haus weise gewählt werden.

Im Jahr 2000 haben 198 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen spezifische Millenniums-Entwicklungsziele angenommen. Der Herr Kommissar hat heute über das erste und wichtigste dieser Ziele gesprochen. Heute

müssen wir eine Antwort auf die Frage finden, ob dieses Ziel erreichbar ist. Die Bürger Europas fragen uns, ob unsere Prioritäten und politischen Maßnahmen korrekt sind, und insbesondere, ob ein kostspieliger Kampf gegen den Klimawandel wichtiger ist als der Kampf gegen Armut. Ich habe gerade diese Woche eine solche Frage erhalten: Verwechselt die Europäische Union nicht Mittel und Zweck, denn anstatt gegen die Auswirkungen der Erderwärmung anzukämpfen, fängt sie den teuersten Kampf in der Geschichte der Menschheit gegen Windmühlen an, nämlich den Kampf gegen den Klimawandel.

Der beste Beweis, dass die Maßnahmen zum Klimaschutz nicht im Widerspruch zu denen gegen den Hunger stehen, wäre meiner Meinung nach, wenn der Kampf gegen den Hunger effizient geführt werden würde und niemand in der Welt mehr Hunger leiden müsste. Dann würde uns niemand beschuldigen, falsche Prioritäten zu verfolgen und dem Kampf gegen den Klimawandel mehr Bedeutung beizumessen als dem Kampf gegen den Hunger, wie auch Herr Deß gesagt hat.

Das Thema Landwirtschaft wird in den nächsten Jahren sehr wichtig sein. Wir müssen versuchen, die Entwicklungsländer zu überzeugen, in die Landwirtschaft zu investieren und ihnen dabei helfen. Sie müssen sich an ihre eigenen Erklärungen halten, 10 % ihres Haushaltsbudgets für die Entwicklung der Landwirtschaft bereitzustellen. Nur so können wir das landwirtschaftliche Potenzial der armen Länder steigern und ihnen bei einem effizienten Kampf gegen den Hunger beistehen.

Louis Michel (ALDE). – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, außer Herrn Berlusconi, dessen Land den Gipfel ausgerichtet hat, war kein Staatsoberhaupt der G8-Staaten bei dem FAO-Weltgipfel zur Ernährungssicherheit anwesend.

Somit wurde ein hochrangiges politisches Treffen, das aus wirtschaftlicher, sozialer und finanzieller Sicht von Bedeutung ist, zu einer gewöhnlichen Fachkonferenz herabgestuft. Trotzdem hat Herr Diouf versucht, Instrumente und Mittel für die Produktion zu entwickeln, um in den Entwicklungsländern nachhaltige Ernährungssicherheit zu gewährleisten.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat, wie wir wissen, da es bereits mehrmals wiederholt wurde, den Hunger in der Welt noch weiter verstärkt. Das Thema ist heute aktueller als je zuvor, denn zum ersten Mal in der Geschichte sind mehr als eine Milliarde Menschen weltweit vom Hunger betroffen. Das ist ein Sechstel der Weltbevölkerung; 20 % mehr als im Jahr 2005 und 105 Millionen mehr als noch im Jahr 2008.

Wie Herr Bové bereits erwähnt hat, birgt all das ein großes Risiko für die Entstehung neuer Konflikte, Konflikte von sehr ernstem Ausmaß. Es ist der Mangel an Investitionen in die Landwirtschaft, der zu diesem Phänomen der Ernährungsunsicherheit geführt hat. Fakt ist, dass für 70 % der Armen weltweit die Landwirtschaft die einzige Einnahmequelle ist, wie Herr Diouf hervorgehoben hat. Er hat insgesamt 44 Mrd. USD pro Jahr gefordert, um kleinen Landwirten zu helfen. Seine Forderung wurde vollkommen ignoriert: Es gibt keinen Zeitplan, keine Strategie und die reichen Länder zeigen keinerlei politischen Willen.

Herr Kommissar, welche Fortschritte wurden bei der Umsetzung der Verpflichtungen verzeichnet, die im Juli auf dem G8-Gipfel eingegangen wurden? Da auch ich einst in Ihrer Position war, kenne ich die Schwierigkeiten, die mit der Suche nach Gebern verbunden sind. Ich erinnere mich noch an den extrem schwierigen Kampf, den auch Präsident Barroso vor zwei Jahren geführt hat, um die erbärmliche 1 Mrd. EUR für die Nahrungsmittelfazilität zusammenzubekommen. Die Zukunft Europas ist sehr eng mit dem Schicksal der Entwicklungsländer verbunden.

Herr Kommissar, ich glaube nicht an die Formeln unseres sozialdemokratischen Kollegen, der über Ultrakapitalismus und Ultraliberalismus spricht. Dieses Thema ist darüber hinaus, als logische Annahme, moralisch fraglich. Ich kann in dieser Art des eher kurzsichtigen ideologischen Geschimpfes keine Lösung des Problems erkennen.

Herr Le Hyaric, ich muss Ihnen sagen, dass der marxistische Obskurantismus für die Unterentwicklung einiger Länder seitdem sie ihre Unabhängigkeit erhalten haben, sehr viel stärker verantwortlich ist, als der Liberalismus.

Das habe ich sagen wollen, denn ich möchte nicht, dass ideologische und kurzsichtige Schimpftiraden oder Beschwörungen, die an die Grenzen der intellektuellen Ehrlichkeit geraten, hier im Raum stehen bleiben.

Judith Sargentini (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, meine Kollegen, Herr Bové und Herr Belder, haben das Problem und die politische Realität umrissen, aber es gibt einen neuen Trend in der Landwirtschaft. Reiche Länder sichern sich ihre Grundnahrungsmittel und ihre Biokraftstoffe, indem sie in armen Ländern Land

kaufen - das ist Landraub oder der „Erwerb von landwirtschaftlichen Nutzflächen“ wie es euphemistisch genannt wird. Betroffen ist zum Beispiel Madagaskar.

Es scheint, als wäre dieses Thema zu heikel, als dass es von den Staatsoberhäuptern dieser Welt diskutiert werden könnte. Europa und die europäischen Staatsoberhäupter haben eine moralische Pflicht, diese neue Art von Kolonialismus, wie ich sie nennen würde, zu bekämpfen. Die Erklärung des FAO-Ernährungsgipfels greift das Thema des Landraubs nicht auf und hat in dieser Hinsicht wirklich eine Möglichkeit ausgelassen, den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Warum haben Sie das nicht getan?

Dann ist da das Thema der gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Wir produzieren eine Menge an Nahrungsmitteln. Die Europäer haben genügend zu essen, aber die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist fatal für kleine Landwirte und Industrielandwirte in Entwicklungsländern. Ihnen wird die Möglichkeit entzogen, einen menschenwürdigen Lebensunterhalt zu verdienen. Dadurch entsteht ein Mangel an Nahrungsmitteln und der Bedarf an Nahrungsmittelimporten steigt. Wann werden wir endlich eine freie und faire europäische Agrarpolitik haben?-

Richard Ashworth (ECR). – Frau Präsidentin, die Vereinten Nationen und die Europäische Union sind sich darüber einig, dass sich aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung die weltweite landwirtschaftliche Produktion um 50 bis 100 % erhöhen muss. Das akzeptieren wir. Wir akzeptieren die Ansicht des Herrn Kommissars, nicht nur weil wir der gleichen Meinung sind, sondern weil dies ein Ziel ist, das sich die Welt nicht leisten kann, zu verfehlen. Aber gleichzeitig wird erwartet, dass in der Landwirtschaft weniger Boden, weniger Wasser und weniger Energie genutzt wird und weniger Treibhausgase ausgestoßen werden. Es gibt drei Punkte, die wir verstehen müssen.

Erstens müssen Regierungen - und ganz besonders die EU - mehr in Forschung und Entwicklung investieren; wir haben einfach nicht genügend Informationen, auf denen wir einen Plan für die Zukunft begründen könnten. Zweitens benötigen wir angesichts der Schwankungen der Weltmärkte ein Sicherheitsnetz neben der gemeinsamen Agrarpolitik. Und drittens entstehen durch die Ernährungssicherheit und allem, was damit für die Europäische Union zusammenhängt, Kosten. Diese Kosten können wir nicht auf die Verbraucher abwälzen und deshalb möchte ich noch einmal wiederholen: Wir brauchen eine starke Agrarpolitik und wir müssen uns in der Haushaltsdebatte erfolgreich durchsetzen.

João Ferreira (GUE/NGL). – (PT) Frau Präsidentin, die Schlussklärung, die auf dem letzten FAO-Gipfel von seinen 193 Mitgliedsländern angenommen wurde, ist leider im Kampf gegen den Hunger ein Tropfen auf den heißen Stein. Keine Fristen wurden gesetzt und vor allem wurden keine konkreten Mittel und Bedingungen eingerichtet, um dieses schlimme Übel zu bekämpfen, von dem mehr als sechs Milliarden Menschen betroffen sind.

Den vorliegenden Daten zufolge, sterben in den kurzen 90 Sekunden meines Redebeitrags 15 Kinder in der Welt an Hunger. Dies ist die stärkste und einschneidendste Anklage an eine unfaire, ausbeuterische, irrationale und dadurch historisch schmachvolle Wirtschaftsordnung.

Es ist ein System, das auf realer Politik und Richtlinien und jetzt, Herr Michel, auf Protagonisten und einer liberaler Rhetorik basiert, die zu der aktuellen Situation geführt hat: der Förderung des agrarindustriellen Modells gemäß dem Schutz der Interessen der großen Nahrungsmittelindustrie und der daraus resultierenden qualitativen Verarmung der weltweiten Agrarindustrie; viele Jahre ungenügender Investition in die Landwirtschaft, der Förderung der Aufgabe von landwirtschaftlichen Betrieben und der Auflösung kleiner und mittelgroßer landwirtschaftlicher Betriebe und das in einem Sektor, der zu 70 % für das Auskommen der Ärmsten auf der Welt sorgt.

Marktfundamentalismus, Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik und der freie Handel haben dazu geführt - und führen weiterhin dazu - dass Land aufgegeben wird und der Grundbesitz sich stärker auf wenige Eigentümer konzentriert, sodass die Produktion von wenigen Betrieben dominiert wird und die Menschen ihnen gegenüber bezüglich der Nahrungsmittelversorgung abhängig sind.

Experten schätzen, dass es 44 Mrd. USD kosten würde, den Kampf gegen die chronische Unterernährung zu gewinnen. Das ist eine viel geringere Summe, als die, die von den Mitgliedstaaten an große Unternehmen überwiesen wurde, um sie vor der aktuellen Systemkrise zu retten.

Diane Dodds (NI). – Frau Präsidentin, auf dem Weltgipfel zur Ernährungssicherheit hat der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon gesagt: „Die aktuelle Ernährungskrise ist ein Alarmsignal für die Zukunft“. Bis 2050 könnte die Weltbevölkerung auf 9,1 Milliarden Menschen anwachsen, das wären über zwei Milliarden

mehr als heute. Das ist eine erschütternde Zahl, die beinhaltet, dass Landwirte 70 % mehr Nahrungsmittel produzieren müssen.

Die Landwirte in Nordirland wollen dazu beitragen, diese Nachfrage zu decken. Trotzdem glauben die meisten von ihnen, dass Europa sie daran hindern will, mehr Nahrungsmittel zu produzieren, indem durch Nitrat- und Phosphatbestimmungen, Bürokratie und mangelnde Forschung und Entwicklung in der Industrie die Besatzdichte reduziert wird und eine Einstellung vermittelt wird, dass Ernährungssicherheit nicht zur Debatte steht.

Die Reform der GAP wird über die Fähigkeit der Landwirte entscheiden, Nahrungsmittel zu produzieren. Des Weiteren wird sie die Lebensmittelpreise beeinflussen. Wenn Landwirte von der EU nicht direkt bezuschusst werden, werden die Lebensmittelpreise ansteigen müssen, damit die Produktionskosten gedeckt werden können. Mein Ziel ist es, die Nahrungsmittelproduktion in Nordirland und die Ernährungssicherheit in Europa zu unterstützen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn Landwirten die Möglichkeit gegeben wird, ihr Land zu bestellen. Die Reform der GAP wird hierbei eine wichtige Rolle spielen und Ernährungssicherheit sollte ein zentraler Aspekt unserer Arbeit sein, je weiter die GAP-Reform voranschreitet.

Mairead McGuinness (PPE). – Frau Präsidentin, als eine der Verfasserinnen dieses Berichts möchte ich zuerst den Fraktionen danken, die sehr eng zusammengearbeitet haben, um einen Text vorzulegen, der keinerlei Änderungen mehr bedarf. Ich denke, wir sollten uns alle sehr darüber freuen. Wir sind in vieler Hinsicht nicht einer Meinung, aber ich denke, dass der Text bezüglich des allgemeinen Ziels, dabei zu helfen, Nahrungsmittel für die Hungernden in dieser Welt zur Verfügung zu stellen, einen Fortschritt in die richtige Richtung darstellt.

Ich habe in meinem vorherigen Mandat auch einen Bericht über die Welternährungssicherheit und die GAP verfasst, also habe ich mich sehr eingehend mit diesem Thema befasst. Darf ich einen ganz simplen Punkt anmerken, der vielen zu entgehen scheint: Wenn die Landwirte gute Produktionsbedingungen erhalten - und das meine ich im weitestgehenden Sinne - werden sie die weltweite Nahrungsmittelproduktion sicherstellen. Der Rest von uns wird nur über dieses Thema reden. Es liegt in unserer Verantwortung, politische Maßnahmen für unsere Landwirte zu entwickeln und umzusetzen, damit sie Nahrungsmittel produzieren können. Das werden sie tun, wenn zwei elementare Bedingungen gegeben sind: Erstens angemessene Preise und zweitens stabile Einkommen. Die kürzlichen Schwankungen haben beide Bedingungen negativ beeinflusst und die Landwirtschaft kann so nicht überleben.

Da die Zeit verrinnt - und als einer der Verfasser bitte ich Sie deswegen um Nachsicht - bitte verteuern Sie die gemeinsame Agrarpolitik nicht. Einige der Argumente, die hier vorgebracht wurden, sind veraltet und nicht mehr aktuell; wir haben genau diese Politik reformiert und ohne die GAP hätten wir vielleicht eine viel größere Ernährungsunsicherheit in der Europäischen Union. Warum suchen wir uns nicht die besten Elemente heraus und bitten die Entwicklungsländer, eine gemeinsame Agrarpolitik einzuführen? Lassen Sie uns hier eine ganz harte Linie verfolgen: Wir dürfen bei den Regierungen der Entwicklungsländer nicht locker lassen; es liegt in ihrer Verantwortung, die Entwicklungshilfe korrekt einzusetzen. Und es liegt in unserer Verantwortung, sicherzustellen, dass mehr Gelder bereitgestellt und in die Landwirtschaft investiert werden. Ich denke, es ist Zeit, nicht mehr um den heißen Brei herum zu reden, sondern hart zu Regierungen und uns selbst zu sein. Wir haben eine moralische Verantwortung und wir sind bereit sie anzunehmen.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – (ES) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, die Welt steht vor zwei großen langfristigen Herausforderungen: dem Kampf gegen die Auswirkungen des Klimawandels und dem Kampf gegen die Armut und den Hunger in der Welt.

Der Herr Kommissar hat konkrete Zahlen genannt, wie es auch Mitglieder des Parlaments getan haben, und diese tauchen in der Schlussklärung des FAO-Weltgipfels zur Ernährungssicherheit auf: Über eine Milliarde Menschen auf der Welt leiden an Hunger und 40 Millionen sterben jedes Jahr aufgrund von Armut.

Erst hat die Nahrungsmittelkrise und dann die Finanzkrise verhindert, dass die Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden. Wir kommen nicht voran, sondern machen eher Rückschritte. Die Herausforderungen sind langfristiger Natur, aber Lösungen müssen dringend gefunden werden und werden bereits jetzt gebraucht. Allerdings haben wir in den letzten Wochen die alarmierenden Nachrichten erhalten, dass die hauptsächlichen Treibhausgasemittenten sich auf der Konferenz in Kopenhagen weigern wollen, Entscheidungen zu treffen, und dass die Staatsoberhäupter dem FAO-Gipfel in Rom fern geblieben sind und keine spezifischen Ergebnisse erzielt wurden.

Unsere Probleme sind alarmierend, aber auch der Mangel an Handlungsfähigkeit ist es. Die Menschheit ist vorangekommen, weil sie Herausforderungen erkannt, Lösungen gefunden und Maßnahmen ergriffen hat. In der heutigen Zeit wissen wir zwar, wogegen wir ankämpfen müssen, aber wir sind nicht mehr in der Lage, Maßnahmen zu ergreifen.

Aus diesem Grund unterstütze ich die EntschlieÙung, denn sie fordert das Parlament auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen.

Franziska Keller (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Artikel 208 der Vertrags von Lissabon besagt, dass das hauptsächliche Ziel der europäischen Entwicklungspolitik die Reduzierung und Beseitigung der Armut ist. Armut ist außerdem der Hauptgrund für den Hunger auf dieser Welt. Artikel 208 besagt außerdem, dass die Union diese Ziele in anderen Politikbereichen berücksichtigen soll, die die Entwicklungsländer betreffen könnten.

Mit ihren Exportsubventionen zerstört die EU allerdings die Märkte in Entwicklungsländern, was zu Armut und Hunger führt. Wenn wir effiziente Entwicklungshilfe leisten wollen, müssen wir sicherstellen, dass sie nicht durch unsere Politik behindert wird. Sonst werden wir es nicht schaffen, die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen. Das sollten wir im Hinterkopf behalten, wenn wir Politikbereiche wie die gemeinsame Agrar- und Fischereipolitik überarbeiten und reformieren.

(Die Rednerin erklärt sich damit einverstanden, auf eine „Blue-Card“-Frage gemäß Artikel 149 Absatz 8 zu antworten)

Mairead McGuinness (PPE). – Frau Präsidentin, ich möchte den vorherigen Sprecher bitten, detaillierte Angaben zu Exporterstattungen zu machen. Ich habe diesen Punkt in meinem Beitrag angesprochen und sehe ein, dass in der Vergangenheit durch Exporterstattungen Schaden angerichtet wurde, aber Europa hat seine Agrarpolitik nun reformiert. Als wir allerdings letztes Jahr Exporterstattungen für den Milchsektor eingeführt haben, war Neuseeland das einzige Land, das sich beschwert hat, und das ist kein Entwicklungsland. Ich hätte gerne ein Beispiel dafür, wo Exporterstattungen momentan problematisch sind.

Franziska Keller (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, natürlich ist das Beispiel mit den gefrorenen Hühnchen, das Sie alle gut kennen, ein wenig alt, aber beispielsweise gelangen immer noch hoch subventionierte europäische Tomaten auf den afrikanischen Markt, sind dort billiger als die regionalen Produkte und zerstören deswegen Arbeitsplätze und steigern die Armut. Es ist also immer noch ein verbreitetes Phänomen und ich denke, wir müssen daran arbeiten.

Béla Glattfelder (PPE). – (HU) Immer mehr Wissenschaftler in der Welt sagen voraus, dass die Welt um 2030 gleichzeitig mit einem gravierenden Mangel an Öl, Wasser und Lebensmitteln zu kämpfen haben wird. Allerdings scheint es so, als ob zuerst der Mangel an Nahrungsmitteln eintreten wird, denn es leiden bereits eine Milliarde Menschen auf der Welt an Hunger. Die Zahl der Menschen, die Hunger leiden, wächst schneller als die Weltbevölkerung insgesamt. Heute leidet eine von sechs Personen Hunger, aber in wenigen Jahrzehnten wird es schon eine von vier oder fünf Personen sein. Zwei Kinder sterben pro Minute an Hunger. Die Lösung zu dieser Situation ist sicherlich nicht, die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union abzuschaffen. Die Europäische Union kann nur dann stark sein und auch eine starke Rolle in der Welt spielen, wenn sie über eine starke gemeinsame Agrarpolitik verfügt.

Allerdings hungern die Menschen nicht nur in Afrika. Auch in der Europäischen Union gibt es Menschen, die Hunger leiden. Es gibt beispielsweise Regionen in der EU, in denen die Menschen weniger als 10 % ihres Einkommens für Nahrungsmittel aufwenden, während es auch Regionen gibt - in einigen Teilen Bulgariens und in den südlichen Regionen Rumäniens - in denen die Menschen durchschnittlich mehr als 50 % ihres Einkommens für Nahrungsmittel aufwenden. Diese Zahl gibt den Durchschnitt an und beinhaltet deswegen auch diejenigen Menschen, die viel mehr als das für Nahrungsmittel aufwenden. Es lohnt sich, diesen Punkt zu betonen, denn wir müssen uns der Tatsache stellen, dass die landwirtschaftliche Produktion mit jeder neuen Vorschrift teurer und ineffizienter wird. Ein Beispiel dafür sind Tierschutzbestimmungen, die die Futtermenge anheben, um 1 kg Fleisch zu produzieren. Damit schaden wir nicht nur der Umwelt durch erhöhten CO₂-Ausstoß, sondern durch jede dieser Maßnahmen wird die Zahl derjenigen, die Hunger leiden, erhöht. Vielleicht ist es genau diese Extramenge an Futter, die beispielsweise zur Geflügelzucht verwendet wird, die uns fehlt, um ein Kind vor dem Hungertod zu retten.

Corina Crețu (S&D). – (RO) Die Zahl unterernährter Menschen in der Welt hat die Marke von einer Milliarde Menschen passiert und verschlimmert die tragische Tatsache, dass eine von sechs Personen Hunger leidet. Leider haben die Staatsoberhäupter der großen Industriestaaten, wie bereits vorher angemerkt wurde, gezeigt, dass sie einem Gipfel, der so wichtig und notwendig wie derjenige ist, der vor kurzem von der FAO in Rom

veranstaltet wurde, eher gleichgültig gegenüberstehen. Die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten haben es nicht für notwendig gehalten, an diesem Treffen teilzunehmen, mit Ausnahme des italienischen Premierministers.

Ich kann nicht umhin anzumerken, wie riesig und unfair die Diskrepanz ist, zwischen der enormen Aufmerksamkeit, die die Vertreter dieser Gruppe von Ländern, die für 60 % des weltweiten BIP aufkommen, der Rettung des Bankensystems schenken, und der Ignoranz, mit der sie der tragischen Realität des Hungers begegnen, unter dem immer mehr Menschen leiden. Diese Krise wurde nicht von den ärmsten Ländern der Welt verursacht, aber sie sind diejenigen, die am stärksten davon betroffen sind.

Der Hunger hat das seit 1970 dramatischste Ausmaß angenommen. Alle sechs Sekunden stirbt ein Kind an Hunger. Leider verschließen die Industrieländer die Augen vor so einer Tragödie, die uns durch ihre komplexen Auswirkungen alle betreffen wird. Das beste Beispiel und auch Warnsignal dafür, ist die Vernachlässigung, die der Landwirtschaft in den letzten zwei Jahrzehnten entgegengebracht wurde, und die zu der aktuellen Nahrungsmittelkrise geführt hat. Der Anteil der Gesamtsumme der offiziellen Entwicklungshilfe, der für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt wird, ist von 17 % im Jahr 1980 auf 3,8 % im Jahr 2006 gefallen.

Ernährungssicherheit ist eine sehr ernste Herausforderung, die dringende Maßnahmen erfordert, hauptsächlich durch die Öffnung der Märkte und durch die Bereitstellung von Hilfe für Landwirte in Entwicklungsländern, damit Nahrungsmittel produziert werden können und der Hunger so schnell wie möglich besiegt wird.

Esther Herranz García (PPE). – (ES) Frau Präsidentin, ich möchte zu Beginn Frau McGuinness zu dieser Initiative gratulieren, die zeigt, welch wichtige Rolle die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) spielt, um weltweit den Bedarf an Nahrungsmitteln zu decken.

Nun, da die Europäische Kommission anscheinend versucht, die Belastung des Gemeinschaftshaushalts durch die GAP zu reduzieren, ist es wichtig zu betonen, dass, während die GAP vielleicht keine Priorität hat, die Ernährungssicherheit sehr wohl Priorität haben muss. In den letzten Jahrzehnten ist deutlich geworden, dass es ohne die GAP sehr schwierig, wenn nicht sogar unmöglich ist, Ernährungssicherheit zu gewährleisten.

Die Landwirtschaft kann deshalb nicht mit anderen Wirtschaftssektoren verglichen werden, die auf dem freien Markt florieren, denn der Lebensmittelmarkt ist kein freier Markt. Landwirte brauchen die Unterstützung der Europäischen Union, um erfolgreich arbeiten zu können und die Europäische Union braucht im Gegenzug die Landwirte, um das landwirtschaftliche Modell aufrecht erhalten zu können, das in der Lage ist, genügend Nahrungsmittel ausreichender Qualität für ihre immer anspruchsvolleren Bürger zur Verfügung zu stellen.

Deshalb bin ich der Ansicht, dass sich die GAP neu orientieren muss, wir sie aber nicht abschaffen sollten. Damit das möglich ist, muss Landwirten direkte Hilfe garantiert werden und eine Politik zur Steuerung landwirtschaftlicher Märkte muss wieder eingeführt werden, um bessere Preisstabilität zu gewährleisten, wovon nicht nur Landwirte sondern auch Verbraucher und Drittländer profitieren würden.

Ein Rahmenwerk bewährter Praktiken sollte aufgestellt werden, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den verschiedenen Akteuren in der Nahrungskette herzustellen, wobei missbräuchliche Praktiken vermieden und die fairere Verteilung von Handelsmargen gefördert werden sollten.

Zusätzlich muss mithilfe einer europäischen Verbraucherinformationspolitik hervorgehoben werden, welche Bemühungen die europäischen Nahrungsmittelproduzenten unternehmen, um die Vorschriften der EU im Bereich Umwelt, Lebensmittelsicherheit und Tierschutz zu erfüllen. Schließlich müssen sie mit Importen aus Drittländern konkurrieren, in denen die angewandten Standards viel niedriger sind.

Produzenten aus Drittländern ziehen es vor, ihre Produkte in die Europäische Union zu exportieren, anstatt die Märkte ihrer eigenen Länder zu beliefern, denn solche Exporte sind durch die Übereinkommen der WTO viel profitabler.

Michèle Striffler (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, es wurde bereits vorher gesagt, dass alle fünf Sekunden ein Kind irgendwo in der Welt an Hunger und Armut stirbt und dass die Zahl der Menschen, die an Unterernährung leiden, auf mehr als eine Milliarde geschätzt wird.

Die weltweite Ernährungssicherheit ist deswegen von extremer Dringlichkeit und muss ganz oben auf der europäischen und internationalen politischen Agenda stehen. Die europäische Politik muss einheitlicher werden, um sicherstellen zu können, dass das erste Millenniums-Entwicklungsziel verwirklicht wird.

Die Nahrungsmittelfazilität von 1 Mrd. EUR ist ein notwendiger erster Schritt und es ist wichtig, dass die Umsetzungsmaßnahmen sich auf kleine und mittelgroße Familien- und Ackerbaubetriebe konzentrieren, insbesondere auf die, die von Frauen und von der armen Bevölkerung geführt werden, also denjenigen, die am meisten von der Lebensmittelkrise betroffen sind.

Deshalb muss die nachhaltige Landwirtschaft Priorität haben. Innovative Finanzierungsmechanismen, wie die internationale Steuer bei Finanztransaktionen, müssen untersucht werden, denn sie könnten für die Anpassung an den Klimawandel genutzt werden, wobei sie auch für die kleinen Landwirte der am meisten betroffenen Länder zur Verfügung stehen müssen.

Ricardo Cortés Lastra (S&D). – (ES) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, kurz nach dem Ende des FAO-Weltgipfels zur Ernährungssicherheit möchte ich meine Enttäuschung darüber ausdrücken, welche geringe soziale, mediale und politische Wirkung er hatte. Insbesondere bin ich enttäuscht darüber, dass kein Übereinkommen bezüglich des 44 Mrd. USD-Pakets gefunden wurde, mit dem den ärmsten Landwirten geholfen werden sollte, und traurig, dass alles so weitergehen wird, wie bisher.

Wenn wir über Ernährungssicherheit, Landwirtschaft und Entwicklung sprechen, vergessen wir oft, die Wasserknappheit anzusprechen, ein wesentliches aktuelles Problem, mit dem wir aber vor allem in der Zukunft zu kämpfen haben werden. Vor dem aktuellen Hintergrund der Wirtschaft- und Finanzkrise ist es mehr als je zuvor erforderlich, dass sich Industrieländer auf höchster Ebene zu einem neuen Forum für internationale Reflexion zusammenschließen, um festzulegen, dass Wasser ein öffentliches Gut ist, um Technologien auszutauschen und effiziente, nachhaltige und wirtschaftlich umsetzbare Systeme der Wasserwirtschaft zu entwickeln.

Wenn wir uns nicht um unsere Wasservorräte kümmern, werden wir den Kampf gegen den Hunger niemals gewinnen.

Chris Davies (ALDE). – Frau Präsidentin, im 18. Jahrhundert hat der Engländer Thomas Malthus vorausgesagt, dass die Nachfrage nach Nahrungsmitteln durch die wachsende Weltbevölkerung das Angebot übersteigen würde. Heute sind seine Ideen in vielerlei Hinsicht veraltet, denn es haben mehrere landwirtschaftliche Revolutionen stattgefunden, die unsere Gesellschaft verändert haben. Aber er hatte auch Recht: Während des Lebens vieler von uns hat sich die Weltbevölkerung verdreifacht - das ist ziemlich unglaublich - und in zu vielen Teilen der Welt ist die Nachfrage nach Nahrungsmitteln mittlerweile höher als das Angebot. Wir müssen mehr tun, wenn wir Hunger vermeiden und das Bevölkerungswachstum steuern wollen. Um das zu erreichen, muss sichergestellt werden, dass Frauen überall auf der Welt in der Lage sind, zu entscheiden, wie viele Kinder sie haben möchten. Und wir müssen Kindern das Leben retten. Die beste Möglichkeit, um das Bevölkerungswachstum zu bremsen, ist das Leben von Kindern zu retten, damit die Menschen nicht das Bedürfnis haben, ihre Familien weiter zu vergrößern.

Hier in der westlichen Welt sind die Menschen süchtig nach Fleisch: Das ist eine massive Verschwendung von Ressourcen. Ich, als jemand, der schon seit 20 Jahren kein Fleisch mehr isst, kann dazu nur sagen - und ich sehe, Frau Präsidentin, dass meine Redezeit abgelaufen ist - dass wir, um die Welt zu retten und den Hunger zu bekämpfen, vegetarisch essen sollten und kein Fleisch.

Peter Jahr (PPE). - Frau Präsidentin! Ausreichende Ernährung ist ein Menschenrecht, und Hunger ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich denke auch, so dass die Menschheit über ausreichende technische und naturwissenschaftliche Kenntnisse verfügt, dass niemand in der Welt an Hunger leiden müsste. Natürlich braucht man zur Bekämpfung des Welthungers auch Geld. Aber es geht nicht um das Geld allein, vorher müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein: erstens Aufbau einer stabilen demokratischen Struktur in den Entwicklungsländern, zweitens Bekämpfung der Korruption, drittens Etablierung einer angepassten Landwirtschaft in den Entwicklungsländern, und dann erst kommen Investitionen in die Landwirtschaft. Und gerade über die ersten drei Punkte wird häufig zu wenig diskutiert, und häufig versickern sehr viele finanzielle Mittel halt doch in den Ländern, geraten in falsche Hände und landen bei der Korruption.

Marc Tarabella (S&D). – (FR) Frau Präsidentin, ich möchte meine Erklärungen von vor zwei Tagen über die tragische Ernährungskrise, die vor allem Afrika betrifft, fortführen und über den eindeutigen Mangel an Unterstützung der meisten Industriestaaten, sowie der Schwellenländer, in Bezug auf das Problem der weltweiten Ernährungssicherheit.

Während der Debatten auf dem FAO-Gipfel in Rom haben mehrere Nichtregierungsorganisationen den multinationalen Lebensmittelkonzernen vorgeworfen, sie würden versuchen, sich Tausende von Hektar sehr

fruchtbaren Bodens anzueignen, der den kleinen Landwirten in den Entwicklungsländern gehört. Über 40 000 Hektar wurden auf diese Weise schon in Ländern von Äthiopien bis Indonesien aufgekauft.

Sie haben auch viele reiche Länder verurteilt, die dazu neigen, bevorzugt chemische Düngemittel und neue Technologien in Afrika anzuwenden, anstatt dort eine nachhaltige Entwicklung der Agrarökologie zu fördern. Sie haben agrochemische Firmen, die Nutzung von GVOs und die Entwicklung von Treibstoffen aus Biomasse kritisiert, die auf Kosten des Ackerbaus hergestellt wird.

Ich ersuche die Europäische Union, dringend in die Umsetzung eines weltweiten Partnerschaftsprojekts zu investieren, wodurch die Maßnahmen im Kampf gegen den Hunger besser koordiniert werden können. Mir scheint es, als ob die Subsistenzlandwirtschaft zweifellos die offensichtlichste Lösung des Problems darstellt.

Elisabeth Köstinger (PPE). - Frau Präsidentin! Langfristige Ernährungssicherheit ist eine der zentralen Herausforderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik. Gerade angesichts von Nahrungsmittelknappheit muss nachdrücklich auf die Bedeutung einer starken Gemeinsamen Agrarpolitik hingewiesen werden, die auch in Zukunft eine Schlüsselrolle für die Bewältigung der globalen Herausforderungen spielen muss.

Dies erfordert auch eine langfristige, ausreichende finanzielle Ausstattung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Die GAP ist ein wichtiges Element der EU-Lebensmittel- und Sicherheitspolitik, und nach 2013 wird sie eine bedeutende Rolle in der Entwicklungspolitik spielen, auch bei externer Ernährungssicherungspolitik. Dabei sind die einwandfreie Funktion der Ökosysteme, fruchtbare Böden, stabile Wasserressourcen und eine weitere Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft von höchster Priorität. Internationale Zusammenarbeit und Solidarität sowie ausgewogene Handelsabkommen, welche die Ernährungssicherheit nicht gefährden, sondern fördern, sind ein wesentliches Element der globalen Ernährungssicherheit. Und hier kann eine starke Gemeinsame Agrarpolitik wirksam sein.

Rareș-Lucian Niculescu (PPE). - (RO) Zu allererst möchte ich sagen, und dabei gehe ich das Risiko ein, einen Aspekt zu wiederholen, den bereits Herr Stoyanov erwähnt hat, dass ich es bedauere, dass in vielen europäischen Ländern so viel Land brach liegt, während wir hier über den Hunger in der Welt diskutieren.

Zweitens möchte ich die Aufmerksamkeit auf die Gefahren lenken, die die stark befürwortete Nahrungsmittelselbstversorgung birgt, denn der Entschließungsantrag befasst sich mit diesem Thema und ich freue mich, dass der Herr Kommissar es bereits angesprochen hat. Die Nahrungsmittelselbstversorgung, die nicht mit Ernährungssicherheit gleichzusetzen ist, kann unerwünschte Auswirkungen auf die aktuellen Bedingungen haben, denn der Klimawandel beeinflusst jede Region auf unterschiedliche Weise. Aufgrund dieser Situation ist es wichtiger als jemals zuvor, dass Handel getrieben wird und nicht, dass jedes Land all das selbst produziert, was es konsumieren möchte.

Marian Harkin, Verfasserin. - Frau Präsidentin, ich möchte nur zwei Aspekte kommentieren, die in der Debatte bisher angesprochen wurden. Erstens die Verbindung zwischen Hunger und Klimawandel. Wie Ban Ki-Moon in Rom gesagt hat, werden wir, da die Weltbevölkerung wächst und unser Klima sich verändert, im Jahr 2050 70 % mehr Nahrungsmittel produzieren müssen, obwohl die Wetterbedingungen extremer und unvorhersehbarer sein werden. Also werden sich alle positiven Bemühungen, die wir im Kampf gegen den Klimawandel unternehmen, auch positiv auf die Nahrungsmittelproduktion auswirken.

Ein anderes Thema, das erneut genannt wurde, bietet eine einfache Möglichkeit: Und zwar der GAP die Schuld zuzuschieben - als wäre die GAP für all das Übel in den Entwicklungsländern verantwortlich. Die GAP ist zwar nicht perfekt, aber sie wurde bereits reformiert. Wenn wir möchten, dass unsere Landwirte weiterhin Nahrungsmittel produzieren und die Ernährungssicherheit in Europa gewährleisten, können wir sie nicht durch Vorschriften oder Einstellen der Unterstützung im wahrsten Sinne des Wortes zur Aufgabe ihrer Höfe zwingen.

Hat beispielsweise irgendjemand eine Studie über die kürzliche Reform der Zuckerindustrie in der EU durchgeführt, um herauszufinden, ob die Verkleinerung der europäischen Zuckerindustrie den Produzenten in Ländern der Dritten Welt zugutegekommen ist, oder ob nur die Zuckerbarone und Grundbesitzer davon profitiert haben, während die kleinen Landwirte, die den Zucker anbauen, weiterhin in Armut leben. Ich möchte keinesfalls das Problem des Hungers in der Welt herabsetzen, aber wir müssen gewährleisten, dass die Maßnahmen, die wir zur Lösung des Problems ergreifen, auch wirklich effizient sind.

Sari Essayah (PPE). - (FI) Frau Präsidentin, ich finde es exzellent, dass am gleichen Tag, an dem wir über die Entschließung zur Klimakonferenz in Kopenhagen diskutieren, auch die Ernährungssicherheit und das

Problem des Hungers in der Welt thematisiert werden, denn diese Themen sind sehr eng miteinander verbunden.

Einige Abgeordnete haben bereits angemerkt, dass wir teilweise durch unsere Klimapolitik zusätzliche Probleme geschaffen haben. Wir haben uns beispielsweise unrealistische Ziele für Biokraftstoffe gesetzt, was dazu geführt, dass Land in Entwicklungsländern gekauft wurde, um dort Pflanzen für Biokraftstoffe anzubauen. Somit wird den Ärmsten der Armen der Grund und Boden weggenommen, den sie für landwirtschaftliche Zwecke nutzen könnten, um ihre eigenen Nahrungsmittel zu produzieren.

In der Agrarpolitik gab es ähnliche Verzerrungen. Sie haben dazu geführt, dass der Produktionsüberschuss in Entwicklungsländer exportiert wurde, wodurch die Entwicklung der Landwirtschaft vor Ort behindert wurde. Es ist sehr wichtig, eins nicht zu vergessen: In der heutigen Welt verfügen wir über mehr als genug Nahrungsmittel, aber es fehlt am Willen, diese zu teilen.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, auf dem letzten FAO-Gipfel haben die teilnehmenden Staaten keinerlei konstruktive Vorschläge gemacht. Das Fehlen einer gemeinsamen Strategie auf internationaler Ebene ist besorgniserregend, insbesondere vor dem Hintergrund der immer weiter wachsenden Weltbevölkerung, die im Jahr 2050 die 9 Milliarden-Grenze überschreiten soll.

Wir erinnern uns alle an die Auswirkungen der Nahrungsmittelkrise im Jahr 2007, als aufgrund eines drastischen Preisanstiegs der Grundnahrungsmittel Millionen von Menschen auf der Erde nicht mehr genügend zu essen hatten. Ich denke, wir sollten unsere Lektion aus der Krise lernen. Wir müssen die Maßnahmen abschaffen, die zum Ziel haben, die landwirtschaftliche Produktion zu beschränken, welche, so merkwürdig es auch sein mag, in den letzten Jahren in der EU sehr beliebt waren.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Trends auf dem Nahrungsmittelmarkt bin ich der Ansicht, dass jeder Versuch, die GAP zu beschränken, kein kluger Schritt wäre und in naher Zukunft die Ernährungssicherheit unseres Kontinents bedrohen würde. Wir sollten den Entwicklungsländern helfen, eine Agrarpolitik einzuführen, die es ihnen ermöglicht, Ernährungssicherheit für ihre Bürger zu gewährleisten.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, auch ich bedauere, dass kein Staatsoberhaupt der G8-Staaten in Rom anwesend war, mit Ausnahme des Kommissionspräsidenten Herrn Barroso. Natürlich verstärkt dies zusätzlich den Eindruck, dass der Gipfel nicht viel Neues gebracht hat. Wenn man sich die Schlusserklärung einmal ansieht, ist das, denke ich, auch offensichtlich. Auf der anderen Seite halte ich es auch für sehr wichtig, dass wir es geschafft haben, die Ernährungssicherheit auf der politischen Agenda zu belassen und es ist sicher den vielen Gipfeln, die im Jahr 2009 stattgefunden haben, zu verdanken, dass dieses Thema jetzt international eine solche Priorität hat und dass bei jedem Treffen, an dem Staatsoberhäupter beteiligt sind, wie beispielsweise letztlich in Pittsburgh beim G20-Gipfel, über Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik gesprochen wird. Das ist schon allein ein sehr positiver Aspekt.

Ich war in Rom und ich muss sagen, dass abgesehen von der Schlussklärung, die - das gebe ich zu - ein wenig enttäuschend ist, sehr gute Diskussionen geführt wurden und der Gipfel sehr gut besucht war und möglicherweise noch im Nachhinein etwas daraus hervorgeht. Beispielsweise gab es eine Diskussionsrunde über den Verkauf von fruchtbarem Boden in Entwicklungsländern und Länder, die über kein Ackerland verfügen; dass sie selbst diesen Boden kaufen, ist ein sehr interessantes Thema und ich denke, dass wir diesbezüglich zu einem gemeinsamen Verständnis kommen können.

Als zweiten Punkt möchte ich die GAP ansprechen, die - wie ein paar Abgeordnete bereits zuvor gesagt haben - natürlich nicht ideal ist. Nichts in dieser Welt ist ideal, aber wenn man sich die Auswirkungen der gemeinsamen Agrarpolitik auf die Entwicklungsländer vor Augen führt, können wir meiner Ansicht nach behaupten, dass dies das am wenigsten schädlichste System eines großen Handelsblocks ist, hinsichtlich der verzerrenden Auswirkungen auf die Entwicklungsländer. Die WTO hat bestätigt, dass die meisten, wenn nicht sogar alle unsere Subventionen nicht handelsverzerrend sind, denn sie unterstützen das landwirtschaftliche Einkommen und nicht die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Ich bin auch ein wenig - wie soll ich es ausdrücken - enttäuscht darüber, dass wir uns selbst andauernd die Schuld geben. Europa ist auch nicht ideal, aber ich glaube, dass wir mit der Nahrungsmittelfazilität einen wichtigen Schritt nach vorne gemacht haben. Sie beinhaltet alle zwei Jahre 1 Mrd. EUR; und sie sorgt nicht für die Lieferung von Nahrungsmitteln, sondern konzentriert sich hauptsächlich auf die Lieferung von Samen usw., um kleine Landwirte in den Entwicklungsländern zu unterstützen. Ich denke, das ist wirklich eine Innovation. Sie wurde beispielsweise auch als solche von den Weltbank anerkannt, die diesen Mechanismus übernimmt. Also sollten wir uns nicht immer die Schuld geben. Diese Fazilität wurde übrigens von meinem

Vorgänger ins Leben gerufen. Ich stimme nur in einem Punkt nicht mit ihm überein und zwar bezüglich eines Herrn, der in der Zwischenzeit nicht mehr anwesend ist, Herrn Le Hyaric. Mein Vorgänger ist kein Sozialdemokrat, er ist Kommunist; ich denke, Sie sollten sich seine Fraktion anschauen: er ist Kommunist und das erklärt wahrscheinlich seine von ihm angewandte Logik.

Nachdem wir das, auch in L'Aquila, vorgebracht haben, haben wir als Europäische Kommission unsere Verantwortung übernommen und 4 Mrd. USD zugesagt, eine Summe die 20 % des Nahrungsmittelpaktes und des Unterstützungspakets ausmacht, welche in L'Aquila vereinbart wurden. Damit sind wir bei Weitem der größte Geber, der in L'Aquila Zusagen gemacht hat, und wir werden uns an unsere Versprechen halten. Wir werden uns auf diesen Betrag festlegen und ihn so früh wie möglich ausbezahlen.

Abschließend möchte ich ein letztes Wort zur neuen europäischen Politik für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit sagen, denn im Arbeitsprogramm der Kommission für 2010 ist ein Plan enthalten, dem Rat und dem Parlament eine Mitteilung über eine erneuerte Politik für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit für die EU vorzulegen. In diesem Dokument werden aktuelle Themen überarbeitet, die die Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit beeinflussen, zum Beispiel: Herausforderungen durch den Klimawandel, stärkere Aufmerksamkeit hinsichtlich der Ernährung und der Qualität der Nahrung sowie soziale Netze und Sozialschutzpolitik, der Einfluss von Biokraftstoffen auf die Nahrungsmittelproduktion oder die Nutzung und die Auswirkungen von neuen Technologien und Biotechnologien, die zunehmende Forderung nach Herangehensweisen unter Einbeziehung der Rechte, großangelegte Landankäufe, usw.

Die Mitteilung zielt vorrangig darauf ab, die Verpflichtungen, die die EU eingegangen ist um Entwicklungsländern dabei zu helfen, ihre landwirtschaftliche Produktion voranzutreiben, zu verstärken. Das bleibt weiterhin entscheidend, insbesondere vor dem Hintergrund der steigenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung, sich verändernder Ernährungsmuster und der Herausforderungen, vor die der Klimawandel die nachhaltige landwirtschaftliche Produktion stellt. Zweitens soll sie zur Reflexion darüber anregen, wie die EU ihre Erfahrung und ihr Know-how am besten nutzen könnte, um zur Schaffung von regionalen Politiken und strategischen Rahmenwerken für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit beizutragen. Drittens hat sie zum Ziel, eine Grundlage für die gesamte Herangehensweise der EU zu schaffen, um die bestehenden politischen Rahmenbedingungen des ECMS-Systems zu harmonisieren, gemäß den Verpflichtungen, die im Aktionsprogramm von L'Aquila erklärt wurden. Viertens sollen mithilfe der Mitteilung Vorschläge gemacht werden, wie die EU dazu beitragen kann, dass bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele schneller Fortschritte erreicht werden, insbesondere beim ersten dieser Ziele, vor dem Hintergrund, dass im September 2010 in New York über die Millenniums-Entwicklungsziele beraten wird. Fünftens zielt die Mitteilung darauf ab, die EU besser gegenüber den aktuellen Entwicklungen in der weltweiten Ordnungspolitik für Landwirtschaft und Nahrungsmittel zu positionieren und zuletzt sollen Themen angesprochen werden, die kürzlich auf der Agenda für Ernährungssicherheit an Bedeutung gewonnen haben.

Eine öffentliche Konsultation auf einem Eckpunktepapier wurde am 16. November begonnen und wird Anfang Januar abgeschlossen werden. Somit konsultieren wir alle Interessenvertreter und können dann eine formelle Mitteilung der Europäischen Kommission vorlegen.

Die Präsidentin. – Ich habe sechs Entschließungsanträge erhalten⁽⁶⁾, die gemäß Artikel 110 Absatz 2 eingereicht wurden.

Die Aussprache wird beendet.

Die Stimmabgabe findet am Donnerstag, den 26. November 2009, statt.

19. Einfuhr von Fleisch aus Drittländern (Aussprache)

Die Präsidentin. – Nach der Tagesordnung folgt die Erklärung der Kommission zur Einfuhr von Fleisch aus Drittländern.

Androulla Vassiliou, Mitglied der Kommission. – (EL) Frau Präsidentin, da das Thema von großem Interesse und sehr facettenreich ist, wird mein Beitrag zugunsten der sehr verehrten Abgeordneten ein wenig lang sein, dafür möchte ich mich entschuldigen.

⁽⁶⁾ Siehe Sitzungsprotokolle.

Die Kommission verfügt über ein robustes Gefüge an europäischen Anforderungen bezüglich der Tiergesundheit und der Volksgesundheit für Fleisch aus Drittländern.

Seit vielen Jahren hält die EU an einer sehr effizienten Importpolitik fest, die die wissenschaftlichen Entwicklungen und die aktuelle Seuchelage in Drittländern berücksichtigt. Insbesondere schenkt sie der Maul- und Klauenseuche in exportierenden Drittländern viel Aufmerksamkeit, denn wie Sie wissen gibt es diese Krankheit, die sehr hohen wirtschaftlichen Schaden anrichten kann, in der EU nicht mehr. Vom Internationalen Tierseuchenamt wurden sehr genaue Normen und Anforderungen geschaffen, um der Verbreitung der Maul- und Klauenseuche vorzubeugen.

Im WTO-Übereinkommen über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen wird anerkannt, dass durch die Anwendung unterschiedlicher Normen und unterschiedlicher Methoden zur Kontrolle von Produkten in vielen Ländern nicht automatisch die Risiken für die Tiergesundheit und die öffentliche Gesundheit steigen. Die EU kann Drittländern nicht genau die gleichen Vorschriften auferlegen, die für die EU gelten, denn Drittländer, in die wir exportieren, können uns auch nicht ihre nationalen Regeln auferlegen. Wir können lediglich verlangen, dass ihre Vorschriften einen ähnlichen Effekt haben wie unsere.

Lassen Sie mich die Rückverfolgbarkeit als Beispiel nehmen. In der EU haben wir sehr strenge Vorschriften, was die individuelle Identifikation und die Rückverfolgbarkeit von Rindern anbetrifft. Im Falle eines Seuchenausbruchs erleichtern uns unsere Vorschriften, zurückzuverfolgen, welche Tiere noch infiziert sein könnten, um die Ausbreitung der Seuche zu vermeiden. Zusätzlich dazu ermöglichen uns unsere Vorschriften Nahrungsmittel oder Futter in allen Stadien der Produktion und des Vertriebs vom Bauernhof bis auf den Tisch zurückverfolgen und ausfindig machen zu können. Auf der anderen Seite zielen die Vorschriften der Rückverfolgbarkeit, die für in die EU exportierende Drittländer gelten, nur darauf ab, sicherzustellen, dass importiertes Fleisch keine inakzeptablen Risiken für die EU birgt. Deshalb ist das Ausmaß dieser Vorschriften sehr viel geringer, als das der Vorschriften, die in der EU gelten.

Des Weiteren möchte ich betonen, dass die Maßnahmen zur Rückverfolgbarkeit von Rindern in der EU hauptsächlich zur Bekämpfung der BSE-Krise ergriffen wurden, die - wie Sie sich erinnern werden - einen dramatischen Verlust des Vertrauens der Verbraucher und eine starke Erschütterung des Binnenmarktes in Bezug auf den Handel mit Rindfleisch zur Folge hatte.

Lassen Sie mich diese Gelegenheit ergreifen, um im Detail die extrem effiziente Kaskade der risikominimierenden Maßnahmen darzustellen, die bei Rindfleischimporten angewandt wird, und die das höchstmögliche Maß an Schutz für die europäische Öffentlichkeit und Tiergesundheit gewährleistet, wobei die OIE-Normen gewahrt und die Prinzipien des SPS-Übereinkommens beachtet werden. Die Maßnahmen lassen sich in fünf Schutz-Ebenen unterteilen. Sie sind so umfassend, dass nur 12 Drittländer außerhalb der EU in der Lage sind, all diese Bedingungen zu erfüllen, und deshalb importieren wir nur Rindfleisch aus diesen wenigen Ländern.

Erstens sind Rindfleischimporte nur aus den Drittländern oder aus bestimmten Regionen dieser Länder erlaubt, die nach einer Inspektion durch die Kommission, bei der die Kompetenz der Veterinärbehörden und die Tiergesundheit im Allgemeinen überprüft wurde, eine spezielle Genehmigung erhalten haben. Zweitens muss das Herkunftsland der Rinder von der OIE und der Europäischen Kommission als frei von MKS eingestuft worden sein. Drittens müssen rindfleischexportierende Länder über einen genehmigten Plan zu Überwachung spezifischer Rückstände von veterinärmedizinischen Produkten, wachstumsfördernder und leistungssteigernder Mittel verfügen, die in der EU bei Tieren, die der Lebensmittelerzeugung dienen, nur begrenzt oder gar nicht verwendet werden dürfen. Viertens darf Frischfleisch nur importiert werden, wenn es von einem zugelassenen Schlachthof stammt, der speziell für diesen Zweck autorisiert und aufgeführt wurde. Fünftens gelten spezifische Bedingungen für die Fleischproduktion und die Lagerung.

Eine zusätzliche Schutzmaßnahme besteht darin, dass wir Fleisch mit Knochen nur aus Australien, Kanada, Chile, Neuseeland und den USA importieren. Die anderen zugelassenen sieben Länder dürfen nur gereiftes Fleisch ohne Knochen und ohne Schlachtabfälle in die Europäische Union exportieren. Durch diese Maßnahmen wird sichergestellt, dass der MKS-Virus inaktiviert wird, falls er trotz aller Vorkehrungsmaßnahmen, die ich eben beschrieben habe, noch im Fleisch enthalten sein sollte. Dies stellt einen zusätzlichen Schutzmechanismus dar. Fleischlieferungen, die für den europäischen Markt bestimmt sind, müssen von einem offiziellen Tierarzt zertifiziert werden, der garantiert, dass alle eben genannten Bedingungen vollständig erfüllt wurden.

Wenn die Fleischlieferung in der EU ankommt, werden Kontrollen von den offiziellen tierärztlichen Diensten der Mitgliedstaaten an unseren Grenzkontrollpunkten vorgenommen. Jegliches importiertes Fleisch wird

obligatorisch an den Grenzen der EU tierärztlichen Kontrollen unterzogen. Die Grenzkontrollposten müssen dokumentarische, physikalische und Herkunftsprüfungen durchführen. Das importierte Fleisch wird ohne Ausnahme an den Grenzkontrollpunkten dokumentarisch und auf die Herkunft überprüft. Zusätzlich dazu wird eine tierärztliche Warenkontrolle bei mindestens 20 % aller Lieferungen von importiertem Fleisch durchgeführt. Ein weiterer Schutzmechanismus ist das Verbot in der gesamten EU, Spültrank oder Speisereste an Tiere zu verfüttern. Durch diese Maßnahme wird sichergestellt, dass empfängliche Tierarten in der EU nicht dem MKS-Virus ausgesetzt werden, falls dieser trotz aller Vorkehrungsmaßnahmen, die ich beschrieben habe, in die EU eindringen sollte.

Alle Maßnahmen, die ich beschrieben habe, wurden vollständig harmonisiert. Im Jahr 2006 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) bestätigt, dass diese Maßnahmen sehr wirkungsvoll zur Reduzierung des Risikos, dass die MKS in die EU eindringt, beitragen. Die EFSA gab Folgendes an: „Die EU verfügt somit über ein hoch entwickeltes System der Importkontrolle. Die Maßnahmen scheinen hinsichtlich des legalen Handels von Fleisch und Fleischprodukten sehr effizient zu sein.“

Das führt mich zu meinem nächsten Punkt. Seit der Harmonisierung der veterinärmedizinischen Importbedingungen in den 70er-Jahren hat es in der EU nie wieder einen Ausbruch der MKS durch legale Fleischimporte gegeben. Ich bin sicher, dass ich Sie nicht daran erinnern muss, dass die MKS im Jahr 2001 in Großbritannien aufgrund von illegaler Fleischeinfuhr - höchstwahrscheinlich aus Asien - und von illegaler Spültrankfütterung ausgebrochen ist. Deshalb denke ich, dass wir uns auf die realen Risiken konzentrieren sollten, nämlich auf die illegale oder persönliche Einfuhr, anstatt legale Importe übertrieben zu regulieren. Diesbezüglich haben Sie hoffentlich alle die Poster in den europäischen Flughäfen oder an anderen Eingangsorten in die EU gesehen, die Reisenden die Vorschriften bezüglich der Einfuhr von Erzeugnissen tierischen Ursprungs näher bringen.

Ich weiß, dass einige von Ihnen Bedenken über unsere Einfuhr von Rindfleisch aus Brasilien geäußert haben. Ich möchte Sie daran erinnern, dass bezüglich der Einfuhr von brasilianischem Rindfleisch im Januar letzten Jahres weitere Anforderungen eingeführt wurden. Diese beinhalten, zusätzlich zu den Anforderungen, die ich bereits dargestellt habe, dass die Ursprungsbetriebe von den brasilianischen Behörden überprüft und zugelassen werden. Die brasilianischen Behörden verlangen nun auch, dass Rinder, deren Fleisch für den europäischen Markt bestimmt ist, individuell identifiziert und in einer Datenbank registriert werden. Die Zahl dieser Tiere stellt weniger als 1,5 % der gesamten brasilianischen Rinder dar und beläuft sich auf rund 2,9 Millionen Tiere in zugelassenen Betrieben. Infolgedessen haben brasilianische Behörden Betriebe erneut überprüft, die Rindfleisch für den Export in die EU produzieren möchten. Von einer Gesamtzahl von über 10 000 für den Export geeigneter Betriebe im November 2007 wurden bisher nur 1 708 Betriebe zugelassen. Folglich ist die Rindfleisch-Einfuhr aus Brasilien in die EU drastisch zurückgegangen. Anfang 2009 wurden während einer Inspektion von der Kommission einige Mängel festgestellt und die brasilianischen Behörden haben sich sehr kooperativ gezeigt, um diese Mängel zu beheben. Die Funde haben allerdings insgesamt keine weiteren Einschränkungen für die Einfuhr von Rindfleisch aus Brasilien gerechtfertigt. In Anbetracht der Lage könnten weitere Einschränkungen der Einfuhr von Rindfleisch aus Brasilien als Protektionismus interpretiert werden, und das könnte dazu führen, dass unsere Maßnahmen bei der WTO in Frage gestellt werden.

Wir müssen auch im Hinterkopf behalten, dass die EU von Zeit zu Zeit mit tiergesundheitlichen Problemen und Problemen der Lebensmittelsicherheit konfrontiert sein wird, und wir bestehen darauf, dass Drittländer angemessen auf diese Probleme reagieren. Wir sollten deshalb mit gutem Beispiel vorangehen und die Vorschriften des internationalen Handels beachten.

Abschließend möchte ich dem Parlament versichern, dass die Kommission weiterhin gegen die illegale Einfuhr ankämpfen wird, die das größte Risiko für unsere hohen Standards darstellt. Die Kommission wird auch an ihrem aktuellen proportionalen Einfuhrsystem festhalten, um Rindfleisch aus Drittländern, einschließlich Brasilien, zu importieren. Dadurch wird sichergestellt, dass wir unser hohes Niveau der öffentlichen Gesundheit und der Tiergesundheit in der EU aufrecht erhalten und dass die EU ihre Seriosität auf internationaler Ebene beibehält.

Esther Herranz García, im Namen der PPE-Fraktion. – (ES) Frau Präsidentin, die Europäische Union erlegt den Produzenten der Gemeinschaft die weltweit strengsten Normen auf, was die Lebensmittelsicherheit, die Gesundheit, den Tierschutz und die Umwelt betrifft. Europäische Viehzüchter müssen diese Normen einhalten, um die Unterstützung der Europäischen Union zu erhalten. Für die meisten Betriebe mindert diese Unterstützung aber nicht die ansteigende Belastung und alarmierend viele Betriebe werden aufgegeben. Solange keine angemessenen Maßnahmen ergriffen werden, wird das so weitergehen.

Lassen Sie uns dieses Thema trotzdem etwas eingehender untersuchen. Das wachsende Defizit der europäischen Produktion wird natürlich durch die Einfuhr aus Drittländern ausgeglichen, hauptsächlich aus Brasilien. In Anbetracht des Drucks der auf Viehzüchter in der EU ausgeübt wird, wäre es absolut unehrlich, die Einfuhr von Fleisch in den europäischen Markt zuzulassen, wenn das Fleisch die Minimalbedingungen nicht erfüllt, die von der Europäischen Union mit Drittländern vereinbart wurden.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass diese Anforderungen niedriger sind, als diejenigen, die den europäischen Landwirten auferlegt werden, denn wenn wir von Drittländern verlangen würden, dieselben Normen zu erfüllen, würden wir gegen die Vorschriften der WTO verstoßen. Da die WTO uns daran hindert, Drittländern die gleichen Normen aufzuerlegen, die die europäischen Viehzüchter einhalten müssen, muss die Kommission zumindest garantieren, dass das gesamte importierte Fleisch aus Betrieben stammt, die angemessen geprüft wurden. Es würde keinen Sinn machen, die Einfuhr aus Ländern wie Brasilien zu blockieren, denn es besteht eine Nachfrage in der Gemeinschaft, die gedeckt werden muss. Trotzdem rechtfertigt dies nicht, dass wir unsere Augen verschließen und jegliche Unregelmäßigkeiten ignorieren, die das Lebensmittel- und Veterinäramt der EU (FVO) während seiner regelmäßigen Inspektionen finden könnte.

Ich hätte gerne gewusst, warum die Kommission so erpicht darauf ist, diese Unregelmäßigkeiten herunterzuspielen, wenn man bedenkt dass das FVO bei seiner letzten Inspektion in Brasilien bestätigt hat, dass einige Zertifizierungsstellen nicht die notwendigen Inspektionsnormen erfüllen. Das FVO hat außerdem große Mängel im brasilianischen Rückverfolgungssystem entdeckt und bei vielen Lieferungen an die Europäische Union Probleme festgestellt, da sie nicht über die notwendigen Zertifikate verfügen.

Wie können wir, wenn wir das wissen, sicher sein, dass die 1 500 brasilianischen Betriebe die vereinbarten Bedingungen vollständig erfüllen?

Alan Kelly, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin, wenn es um Fleischimporte geht, müssen wir in Europa die Prinzipien festlegen, die wir mit unserer Politik verfolgen, und wir verfügen über ein starkes, aber faires Regulierungssystem.

Diese Prinzipien müssen sich auf der Sicherheit der Verbraucher und Vertrauen, dem Schutz der Umwelt und - das ist besonders wichtig - auf gleichen Wettbewerbsbedingungen für Fleischproduzenten begründen. Momentan arbeitet das System auf eine Art und Weise, die eindeutig unfair für Landwirte und Verbraucher ist. Wir zwingen unsere Landwirte zu einer Reihe von zeitaufwendigen und kostspieligen Maßnahmen, nur um gleichzeitig zu ermöglichen, dass ihre Produkte preislich von Fleischprodukten aus Nicht-EU-Ländern unterboten werden, allen voran von Brasilien. Es gibt sehr viele Beweise vom FVO dafür.

Diese Situation ist schlichtweg nicht tragbar. Landwirtschaftliche Praktiken in Brasilien erfüllen in vielen Fällen nicht die Norm, die europäische Verbraucher gewohnt sind, und die von ihnen akzeptiert wird. Wenn wir nicht vorsichtig sind, wird der Anreiz, qualitativ hochwertiges und sicheres Fleisch zu produzieren, verschwinden, denn wir ermöglichen qualitativ schlechteren Produkten, die Preise und somit das Einkommen der Landwirte zu untergraben. Des Weiteren kann durch die Art und Weise, auf die die Nahrungskette eingebunden ist, nicht verhindert werden, dass sich Fleisch, sobald es in das System gelangt, auf ein breites Spektrum an Produkten ausbreitet und nicht mehr zurückverfolgt werden kann. Ist das für die Verbraucher in Europa fair?-

Die europäischen Produzenten von Rindfleisch haben darunter zu leiden. Die Situation muss sich für sie und für die Verbraucher ändern. Es besteht kein Vertrauen darin, dass die neuen, kürzlich umgesetzten Maßnahmen wirklich erfasst wurden. Es gibt viele Beispiele für Behauptungen, dass Rinder in zugelassenen Betrieben aufgezogen und gehalten wurden, wenn sie tatsächlich von einem anderen Betrieb stammen.

Herr Kommissar, ich möchte auf keinen Fall den Protektionismus befürworten, aber es ist Zeit zu handeln. Wir können nicht tatenlos zusehen und zulassen, dass diese Praktiken weiterhin angewandt werden. Es ist schlicht und einfach nicht fair. Es ist nicht fair für europäische Verbraucher, und es ist nicht fair für europäische Produzenten, die Anforderungen erfüllen müssen, obwohl diese von Produzenten in Brasilien weder akzeptiert noch erfüllt werden.

George Lyon, im Namen der ALDE-Fraktion. – Frau Präsidentin, ich möchte mich bei der Frau Kommissarin für ihren Beitrag bedanken, in dem sie dargestellt hat, dass zahlreiche Schutzmaßnahmen bestehen, um zu gewährleisten, dass die Importe aus Drittländern die höchstmöglichen Normen erfüllen. Ich möchte mich insbesondere dem FVO-Bericht aus Brasilien zuwenden. Genaue Rückverfolgungssysteme und zugelassene Betriebe in Brasilien stehen im Zentrum der Maßnahmen, von denen die EU gefordert hat, dass sie umgesetzt werden, um jegliche Bedrohung oder jegliches Risiko zu vermeiden, dass verseuchte Fleischprodukte aus

diesem Land in die EU importiert werden. Sie haben einen grundlegenden Charakter, um europäischen Verbrauchern, Landwirten und Steuerzahlern garantieren zu können, dass keine Risiken bestehen.

Lassen Sie uns nicht vergessen, dass die Maul- und Klauenseuche in Brasilien immer noch ein ernstzunehmendes Problem darstellt. Der FVO-Bericht der Kommission hat im Februar eine Reihe an Mängeln hervorgehoben: 50 % der überprüften landwirtschaftlichen Betriebe, die für Exporte in die EU zugelassen sind, wiesen Mängel auf. 25 % der Betriebe wiesen ernstzunehmende Mängel auf, es fehlten Ohrmarken, die Rinder in den Betrieben konnten nicht identifiziert werden - die Betreiber hatten keine Ahnung, woher die Tiere stammten. Die Dokumentation war unzureichend; es bestanden Interessenkonflikte; EU-Inspektoren fanden heraus, dass einer der Kontrolleure der Regierung zufällig mit der für die Identifizierung von Rindern zuständigen Person verheiratet ist - und es stellte sich heraus, dass ihnen einige Rinder des Betriebs gehören, bei dem die Bestandsaufzeichnungen mangelhaft waren.

Es gibt mir zu denken, Frau Kommissarin, dass in der Zusammenfassung des FVO-Berichts steht, dass alle Kontrollen im Allgemeinen zufriedenstellend waren. Es tut mir leid, aber der Inhalt des Berichts lässt diese Schlussfolgerung in keinsten Weise zu, und wir, als Gruppe von Staaten, müssen Vorsicht walten lassen. Ich brauche die Abgeordneten dieses Hauses nicht daran erinnern, was für Auswirkungen ein massiver Seuchenausbruch für Steuerzahler, Landwirte und Verbraucher haben könnte. Der letzte große Seuchenausbruch, den Sie in Ihrer Rede angesprochen haben, hat in England stattgefunden, als die Maul- und Klauenseuche ausbrach und wir eine Million Tiere töten mussten, was unsere Steuerzahler 4 Mrd. GBP gekostet hat. Diese Art von Risiko gehen wir ein, wenn wir das nicht richten und deswegen müssen wir wachsam sein.

Ich verlange keine Einschränkungen für Brasilien; was ich von der Kommission heute Abend verlange ist die Zusage, dass dieses Thema ernst genommen wird und dass die Kommission sicherstellt, dass die Mängel, die in dem Bericht festgestellt wurden, beim nächsten Mal behoben sind. Wir wollen, dass uns ein gutes Zeugnis vorgelegt wird, damit wir den Landwirten, Steuerzahlern und Verbrauchern versichern können, dass sie geschützt sind und dass der freie und faire Handel zwischen Brasilien und der EU wieder aufgenommen werden kann.

Alyn Smith, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, auch ich möchte mich bei der Frau Kommissarin für ihren sehr umfassenden Beitrag bedanken - möglicherweise einer der umfassendsten und stichhaltigsten Beiträge, die wir in letzter Zeit von einem Kommissar gehört haben.

Das Thema verdient diese Aufmerksamkeit und als einer der letzten Veteranen des ersten Kampfes um brasilianisches Rindfleisch ist es mir eine Freude, heute Abend so viele vertraute Gesichter in diesem Saal zu sehen. Ich hoffe, das zeigt, dass wir an diesem Thema interessiert sind und es ernst nehmen. Wir unterstützen Ihre Argumente zu Importkontrollen und zu der Maul- und Klauenseuche. Aber ehrlich gesagt geht es bei diesem Thema nicht wirklich darum und deswegen bin ich sehr erfreut darüber, dass diejenigen, die das Thema auf Importe von Drittländern ausweiten wollten, ihr Ziel erreicht haben.

Es geht nicht nur um brasilianisches Rindfleisch. Es geht um das weitreichende Prinzip, dass unsere Verbraucher, unsere Wähler und unsere Landwirte fordern, dass die Importe aus den Ländern, die ihre Produkte hier verkaufen möchten, unsere Normen erfüllen - und das heißt alle unsere Normen.

Deswegen beunruhigt es mich zu hören, Sie würden akzeptieren, dass in Brasilien die Normen der Rückverfolgbarkeit niedriger sind als unsere, weil dadurch kein großes Risiko entstehen würde, dass eine Seuche in die EU gelangt. Unsere Verbraucher erwarten genau die gleichen Standards für alle Dinge, die in die Europäische Union importiert werden. Ich akzeptiere Ihren Standpunkt zu strikter Seuchenkontrolle, aber hier reden wir über Gleichheit und Fairness. Unsere Verbraucher fordern - und unsere Landwirte fordern, und wenn wir ehrlich sind, fordern auch wir - dass in Brasilien und allen anderen Drittländern genau die gleichen Normen der Rückverfolgbarkeit angewandt werden. Einen FVO-Bericht vorzulegen, der besagt, dass 50 % der kontrollierten Betriebe die Prüfung nicht bestanden haben oder dort Mängel festgestellt wurden, ist, als würde man einer Meute hungriger Wölfe Fleisch zum Fraß vorwerfen, wie Sie heute Abend vielleicht sehen können. Können Sie uns eines versichern: Werden Sie den nächsten FVO-Bericht ernst nehmen und die Importe aus den Ländern stoppen, die nicht unsere Normen erfüllen?

James Nicholson, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin, als Erstes möchte ich heute Abend klarstellen, dass es hier nicht um Importe aus Drittländern geht. Es geht um brasilianisches Rindfleisch, das nach Europa importiert wird. Darum geht es.

Es macht mich traurig, dass ich heute Abend hier bin und keine Entschließung vorliegt. Ich weiß nicht warum, aber ich nehme an, dass einige große Fraktionen in diesem Parlament nicht darauf vorbereitet waren, sich gegenüber dem brasilianischen Botschafter zu behaupten, der letzte Woche in Brüssel Lobbyarbeit betrieben hat. Das trifft auf die Sozialdemokraten zu, und den Liberalen werde ich die Antwort selbst überlassen, denn ich weiß, dass sie sich bei der Konferenz der Präsidenten nicht gewehrt haben und deshalb liegt jetzt keine Entschließung vor.

Ich möchte ganz deutlich sein. Der brasilianische Botschafter hat nicht versucht, Einfluss auf mich zu nehmen. Vielleicht hat er gedacht, ich wäre es nicht wert; Ich weiß es nicht. Oder vielleicht hat er gedacht, dass ich eine zu harte Nuss bin, denn - lassen Sie mich hier heute Abend ganz deutlich sein - in Zukunft, Frau Kommissarin, werden Sie von der Kommission die europäischen Landwirte nicht länger mit Fleischnormen knebeln, die sie Tag für Tag und Woche für Woche erfüllen, um dann herzukommen und uns über die WTO und alles andere zu belehren.

Ich möchte Ihnen sagen, Frau Kommissarin, dass wir die nächsten fünf Jahre über hier sind. Ich weiß nicht, wie lange Sie hier sein werden, aber Sie oder Ihr Nachfolger werden jegliche unserer Bedingungen erfüllen müssen, von der Form über die Größe bis zu dem Weg, auf dem das Fleisch nach Europa importiert wird. Alles muss den gleichen Normen entsprechen, die wir bei der Fleischproduktion anwenden. Wir werden uns nicht mehr mit dem zweitbesten zufrieden geben. Sie werden uns nicht länger vernichten können. Ich hoffe, Sie werden das Ihren Dienststellen übermitteln, denn man kann nicht von uns erwarten, dass wir das im Namen der Landwirte in Europa hinnehmen.

John Bufton, im Namen der EFD-Fraktion. – Frau Präsidentin, auch ich möchte meine ernsten Bedenken zur Sicherheit und Angemessenheit von brasilianischen Rindfleischexporten ausdrücken. Unkontrolliertes Fleisch wird aus weiter Ferne importiert, auf Kosten der einheimischen Landwirte. Der Import von solchem Fleisch birgt das Risiko der Verseuchung mit der Maul- und Klauenseuche, wie wir heute Abend gehört haben.

Durch den Mangel an strikter Regulierung in Brasilien haben Exporteure auch einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber europäischen Landwirten. Das Ausmaß der Heuchelei in Bezug auf den Export von ausländischem Rindfleisch wird vor dem Hintergrund der Diskussionen um den Klimawandel noch deutlicher. Während man von uns verlangt, dass wir uns an eine ehrgeizige Klimawandel-Agenda halten, drückt die EU hinsichtlich der Tatsache, dass die brasilianische Rindfleischexportindustrie zu 80 % für die Abholzung des Regenwalds des Amazonas verantwortlich ist, ein Auge zu.

Vor einer Sperre im Jahr 2007 haben 30 000 Betriebe in Brasilien Rindfleisch in die EU exportiert. Heute sind nur noch 12 % dieser Exporte erlaubt, aber jeden Tag erhalten mehr und mehr Betriebe die Genehmigung, in die EU zu exportieren. Um die 100 Betriebe erhalten pro Monat dieses Recht.

Anfänglich hat das Lebensmittel- und Veterinäramt maßgebliche Probleme in Brasilien festgestellt, bezüglich der Zertifizierung von landwirtschaftlichen Betrieben und der Rückverfolgbarkeit des Viehbestands. Es bestehen starke Bedenken aufgrund der Anwesenheit von unbekannten Rindern auf den Schlachthöfen. Außerdem ist es allseits bekannt, dass viele Inspektoren enge Beziehungen zu den landwirtschaftlichen Betrieben haben, denen sie die Genehmigung zum Rindfleischexport erteilen, oder diese sogar besitzen.

Europäische Landwirte müssen sich zum Schutz der Verbraucher an die geltenden Vorschriften halten. Die Tatsache, dass ihre ausländischen Konkurrenten nicht gemäß den gleichen Vorschriften arbeiten, ermöglicht den Exporteuren aus Übersee einen unfairen Wettbewerbsvorteil. Die Rindfleischindustrie in Großbritannien wird von Produzenten aus Nicht-EU-Staaten maßgeblich unter Druck gesetzt, denn diese können Fleisch massenweise zu viel niedrigeren Preisen exportieren.

Einige der weltgrößten Handelskonzerne der Welt wie Carrefour und Walmart verkaufen bereits kein brasilianisches Rindfleisch mehr aufgrund der Abholzung des Regenwalds für die Rindfleischindustrie verantwortlich ist. Jedes Jahr wird eine Fläche von der Größe Belgiens im Amazonasgebiet für die lukrative Rindfleischexportindustrie abgeholzt. Es wird geschätzt, dass die Rinderzucht zu 80 % für die illegale Abholzung verantwortlich ist.

Es verwundert mich, dass für britische und andere europäische Landwirte die einen Regeln gelten und für die Landwirte in Brasilien die anderen. Welche Agrarindustrie wird eigentlich von der EU und der Kommission unterstützt?

(Der Redner erklärt sich damit einverstanden, auf eine „Blue-Card“-Frage gemäß Artikel 149 Absatz 8 zu antworten)

Alyn Smith (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, ich begrüße vieles von dem, was Herr Bufton gesagt hat, aber ich möchte ihm in einem Punkt widersprechen und ihn zu einem Satz befragen. Er hat gesagt, dass unkontrolliertes Fleisch in die EU importiert wird. Das haben Sie ziemlich zu Anfang Ihres Beitrags gesagt, Herr Bufton. In Anbetracht der 15-minütigen Präsentation, die die Frau Kommissarin vorhin gehalten hat, müssen Sie zugeben, dass das einfach nicht der Fall ist, und dass Ihre Art von Übertreibung die ernsthafte Diskussion, die hier heute Abend über einen sehr technischen Rechtsakt und eine sehr technische Regulierung geführt wird, untergräbt. Damit tragen Sie nicht zu einer Lösung bei, sondern behindern die Diskussion.

John Bufton (EFD). – Frau Präsidentin, ich möchte darauf antworten. Wenn wir uns anschauen, was mit dem Fleisch passiert, das aus Brasilien und ähnlichen Ländern importiert wird, in denen, wie wir wissen, Mängel bestehen, dann muss man sagen, dass dieses Fleisch zweifellos unkontrolliertes Fleisch ist. Es ist ganz einfach. Die ganze Problematik liegt hier: es ist ziemlich eindeutig. Ich weiß, dass Ihre Bemerkung sehr wichtig ist, aber ich sage Ihnen jetzt, dass unkontrolliertes Fleisch aus diesen Ländern importiert wird.

Warum um Himmels Willen befinden wir uns in der Europäischen Union jetzt in dieser Situation? Es wird Fleisch in die EU importiert und wir haben heute Abend gehört, dass das Fleisch in diesen Betrieben nicht kontrolliert wird, in Schlachthöfen usw., und ich habe vorhin angemerkt, dass auch das Lebensmittel- und Veterinäramt der EU darüber berichtet hat. Das ist eindeutig der Fall. In diesem Punkt stimmen wir überein.

Diane Dodds (NI). – Frau Präsidentin, ich möchte mich bei der Frau Kommissarin für ihren umfangreichen und vollständigen Beitrag bedanken. Wie viele hier heute Abend im Saal, Frau Kommissarin, bin ich ein wenig verwirrt, dass Sie sich damit abfinden, dass wir nichts bezüglich des Fleischimports aus Ländern der Dritten Welt tun können.

Vorher haben Sie in Ihrem Beitrag gesagt, dass die EU anderen Ländern nicht ihre Vorschriften auferlegen kann, da Drittländer auch der EU nicht ihre Vorschriften auferlegen können. Das wäre aber für viele unserer Landwirte eine sehr unfairer Standpunkt, und ich möchte heute Abend mit allem Respekt darauf hinweisen, dass wir sehr wohl anderen Ländern Vorschriften auferlegen können, bis wir uns sicher sind. Und bevor wir keine Lebensmittel- und Veterinäramtsberichte erhalten, die uns bestätigen, dass unsere Vorschriften eingehalten wurden, sollten wir kein Rindfleisch aus solchen Ländern importieren.

Viele unserer Landwirte leiden unter den starken Belastungen der Produktion und der Ungerechtigkeit, und ich denke, dass Sie heute Abend in diesem Saal die Wut über dieses Thema spüren können, die viele diesbezüglich empfinden.

Mairead McGuinness (PPE). – Frau Präsidentin, als eine der Verfasserinnen dieses Berichts möchte ich Jim Nicholsons Beitrag unterstützen, und ich bedauere, dass insbesondere die Sozialdemokraten, die nun aus populistischen Gründen Krokodilstränen über dieses Thema vergießen, sich geweigert haben, eine Entschließung zu diesem wichtigen Thema zu unterstützen. Manchmal ärgern wir uns spät am Abend übereinander, aber manchmal ist das auch gerechtfertigt.

Frau Kommissarin, ich danke Ihnen für Ihre sehr umfangreiche und detaillierte Präsentation, die mir sehr gut gefallen hat, aber ich möchte Ihnen sagen, dass Sie am Problem vorbei geredet haben. Ich will ganz offen sein. Sie wurden nur durch den Druck und die Maßnahmen des Irischen Landwirteverbands, die in deren Zeitschrift, dem „Irish Farmers' Journal“ berichtet und dann in diesem Haus diskutiert wurden, gezwungen zu handeln. Durch politischen Druck wurden Sie zur Vernunft gebracht.

Ich habe Ihrer Rede genau zugehört, mir Notizen gemacht und werde sie nochmals lesen. Aber ich möchte trotzdem, dass Sie zugeben, dass Sie gezwungen wurden, zu handeln. Darf ich Sie auf Ihre eigenen Zahlen aufmerksam machen: Es ist ziemlich erstaunlich, dass im Jahr 2007 10 000 landwirtschaftliche Betriebe exportberechtigt waren, während es jetzt nur noch 1 700 Betriebe sind. Soll das heißen, dass die anderen niemals hätten Fleisch exportieren dürfen? Es gibt ernste Fragen bezüglich des Imports und die werden zu Recht hier im Parlament gestellt.

Ich habe ein wenig Zeit übrig, also lassen Sie mich das in zwei Punkten ausführen. Ich habe kein Vertrauen in die aktuelle Kommission, dass sie angemessen und verantwortlich mit diesem Thema umgeht. Trotzdem möchte ich dem nächsten Kollegium von Kommissaren, dem Präsidenten und den Kommissaren, mitteilen, dass ich und andere Abgeordnete diese Angelegenheit bis zum Schluss durchziehen werden, denn wir sind es, die unsere Landwirte überzeugen und überreden müssen, diese hohen Standards zu erfüllen. Sie werden sich mit der Zeit dagegen auflehnen, wenn sie merken, dass diese Standards durch Importe aus Drittländern herabgesetzt werden.

Sie sind sich vielleicht des Ärgers, der diesbezüglich besteht, nicht bewusst, aber lassen Sie mich Ihnen versichern: Es gibt ihn. Wir werden uns mit diesem Thema auch hinsichtlich der Getreideimporte befassen müssen, da die Pestizidvorschriften in Europa härter sind, und hinsichtlich der Tierschutzvorschriften, sobald wir in ein paar Jahren Eier aus Käfighaltung verbieten und den Import von Eipulver aus der Hühnerhaltung in kleinen Käfigen.

Sie können sich sicher sein, Frau Kommissarin, dass wir, obwohl es spät ist, hellwach sind. Die nächste Kommission sollte lieber vorsichtig sein.

Marc Tarabella (S&D). – (FR) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, worin unterscheidet sich europäisches Rindfleisch von importiertem Rindfleisch? Der Unterschied liegt nicht unbedingt im Geschmack und auch nicht nur im Preis; unterschiedlich ist vor allen Dingen, dass die Gesundheitsstandards, die in der Europäischen Union bestehen, nicht automatisch auch in Drittländern bestehen, die ihr Fleisch exportieren.

Bei der Produktion von brasilianischem Rindfleisch beispielsweise wurden in einem Bericht des irischen Landwirteverbands, der 2007 in Brüssel eingereicht wurde, besonders veterinärmedizinische und gesundheitliche Mängel festgestellt. Tests, die vom Wissenschaftlichen Institut für öffentliche Gesundheit in Belgien durchgeführt wurden, haben auch ergeben, dass die bakteriologische Qualität von argentinischem Rindfleisch nicht so gut ist, wie die von beispielsweise europäischem Rindfleisch, wenn es auf unseren Tellern landet. Das ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass der Transport von argentinischem Rindfleisch nach Europa zwei Monate dauert. Die Verbrauchszyklen in Belgien beispielsweise sind sehr viel kürzer, da das Fleisch meistens im Monat der Schlachtung konsumiert wird.

Aus diesem Grund müssen gesundheitliche Standards, die die Europäische Union fordert, nicht nur in europäischen Ländern anerkannt werden. Es ist genauso wichtig, dass Drittländer, die Fleisch nach Europa exportieren, die gleichen Standards erfüllen. Wenn das nicht der Fall ist, zeigt das, dass die Europäische Kommission, die Verbote für verfrüht und ungerechtfertigt hält, ihre Verantwortung vernachlässigt hat, die Interessen der Verbraucher zu verteidigen und gleichzeitig europäische Landwirte bestraft.

Die Länder, die den Import von Rindfleisch aus Brasilien verboten haben, wie die USA, Chile und Japan, zeigen Europa den Weg auf, den es einschlagen sollte, denn auch für uns ist Qualität eine grundlegende Bedingung. Lassen Sie uns deshalb dementsprechend handeln und unsere Landwirte schützen, die uns diese Qualität garantieren.

Marian Harkin (ALDE). – Frau Präsidentin, die Frau Kommissarin hat gesagt, dass wir anderen Ländern nicht unsere Standards auferlegen können, aber dass wir sicherstellen müssen, dass die Standards der anderen Länder einen ähnlichen Effekt haben. Sie hat von der Rückverfolgbarkeit des Fleisches in der EU vom landwirtschaftlichen Betrieb bis hin zum Teller gesprochen, aber sie hat auch gesagt, dass die Reichweite der Rückverfolgbarkeit in Drittländern sehr viel beschränkter ist. Wenn die Reichweite sehr viel beschränkter ist, und das waren die Worte der Kommissarin, wie können sie dann einen ähnlichen Effekt haben?

Allerdings möchte ich jetzt über den letzten FVO-Bericht über Rindfleischexporte aus Brasilien sprechen. Ich habe ein Problem damit, dass die Kommission und die FVO permanent die Bedeutung ihrer Prüfergebnisse herunterspielen und jegliche negativen Informationen minimieren. Ja, es wurden zusätzliche Anforderungen gestellt; aber wie meine Kollegin Frau McGuinness bereits gesagt hat, nur aufgrund des anhaltenden Drucks des Ausschusses für Landwirtschaft und des irischen Landwirteverbands.

Ich war die meiste Zeit meines Lebens Mathematiklehrer, und wenn ich meinen Schülern 12 Aufgaben gestellt habe - wie die 12 Besuche, die von der Kommission in brasilianischen Betrieben durchgeführt wurden - und sie nur sechs davon korrekt gelöst haben, habe ich nicht „befriedigend“ auf ihre Klausur geschrieben. Wenn drei von ihnen kleine Probleme und drei große Probleme hatten, würde ich das nicht als gutes Ergebnis betrachten, besonders nicht, wenn ich mehrere Jahre mit ihnen daran gearbeitet habe, ihre Noten zu verbessern.

Europäische Landwirte wollen einen fairen und freien Handel, und europäische Verbraucher verdienen Sicherheit. Die EU-Kommission und das FVO haben die Verantwortung, beides zu gewährleisten. Ich würde ihnen definitiv nicht die Note „1“ für ihre Arbeit geben.

Richard Ashworth (ECR). – Frau Präsidentin, ich habe mich gefreut zu hören, dass die Frau Kommissarin entschlossen ist, die Lebensmittelstandards in der EU hochzuhalten, aber es gibt zwei Punkte, zu denen ich ihr etwas sagen möchte.

Erstens, Frau Kommissarin, haben Sie über Poster in Flughäfen gesprochen. Ich muss Ihnen sagen, dass ich bis jetzt keinerlei Warnungen gesehen habe und auch noch nie mitbekommen habe, dass in europäischen

Flughäfen Prüfungen auf importierte Lebensmittel durchgeführt wurden. Ich schlage vor, dass Sie das nochmals überprüfen, denn Ihre Maßnahmen scheinen nicht in dem Maße umgesetzt zu werden, wie Sie denken.

Zweitens bin ich von Ihrer Argumentation über brasilianisches Rindfleisch nicht überzeugt. Ich bin selbst dort gewesen und habe mir die Lage vor Ort angesehen und unterstütze deshalb in dieser Angelegenheit die vorherigen Redner.

Die Landwirte in der EU erfüllen die weltweit höchsten Anforderungen und das zu Recht. Das bringt allerdings bestimmte Kosten mit sich, die wir nicht auf unsere Verbraucher abwälzen können. Deshalb ist es absolut unfair, europäische Landwirte und Verbraucher mit Produkten zu konfrontieren, die schlicht und einfach nicht den gleichen Standards entsprechen, die von uns erwartet werden.

Erfahrungen aus der Vergangenheit haben uns gezeigt, dass man die Lösung dieses Problems nicht den Handelsinteressen überlassen kann. Wir müssen in der EU über eine stabile Lebensmittelpolitik verfügen. Das ist kein Protektionismus, sondern eine gemeinsame Agrarpolitik, die exakt dafür sorgt, wofür sie geschaffen wurde, nämlich eine bestimmte Menge und eine bestimmte Qualität von Lebensmitteln sicherzustellen. Die beiden Aspekte, die ich angesprochen habe, zeigen, dass die Anforderungen nicht erfüllt werden.

Albert Deß (PPE). - Frau Präsidentin! Frau Kommissarin! Ich bin Frau Herranz García dankbar, dass sie dieses Thema heute ins Parlament gebracht hat. Was wir hier diskutieren, ist eine Grundsatzdiskussion im Nahrungsmittelbereich. Mir geht es nicht darum, Brasilien oder andere Länder an den Pranger zu stellen. Grundsatzfrage ist: Brauchen wir im Interesse des Verbraucherschutzes diese strengen Auflagen für die europäische Agrarproduktion? Wird diese Frage mit Ja beantwortet, dann ist Verbraucherschutz unteilbar. Wenn die Auflagen notwendig sind, dann müssen für Importe die gleichen Vorschriften gelten wie für unsere Landwirte. Dann darf es nicht sein, dass die Kommission Importe aus Ländern zulässt, wo diese Bedingungen nicht gegeben sind. Dann darf es nicht sein, dass Rinderhalter in Europa bestraft werden, weil in der gesamten Rinderherde eine einzige Ohrmarke fehlt, und Importe zugelassen werden von Rinderherden, wo nicht eine einzige Ohrmarke vorhanden ist! Das können wir so nicht hinnehmen. Wenn die Rückverfolgbarkeit für den Verbraucherschutz so wichtig ist, dann muss die Rückverfolgbarkeit der Produktion auch bei Importen gesichert sein. Wenn das nicht gesichert ist, ist es eine Schikane, wenn wir es von unseren Bauern verlangen.

Ich habe den Eindruck, dass die Verantwortlichen für Importe in der Kommission hier mit zweierlei Maß messen. Mir geht es nicht darum – wie schon angesprochen –, dass wir Europa abschotten, mir geht es darum, dass in Europa faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Landwirte herrschen, damit wir die Ernährung für eine halbe Milliarde Menschen auch in Zukunft sicherstellen. Und eins kann ich Ihnen versichern, Frau Kommissarin, geben Sie das an Ihren Nachfolger oder Ihre Nachfolgerin weiter: Das Parlament wird weiter die Finger in diese Wunde legen. Wir werden hier nicht nachgeben, bis gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen sind, und wir haben hier gute Argumente, die wir immer wieder vorbringen werden, damit hier in Europa die Ernährungssicherheit auch in Zukunft gewährleistet ist.

Ricardo Cortés Lastra (S&D). – (ES) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kollegen, die Europäische Kommission muss weiterhin kontrollieren, ob die Importe aus Drittländern die europäischen Standards erfüllen, denn solche Kontrollen kommen uns allen zugute. Sie sind von Vorteil für unsere Landwirte und Züchter, die hart gearbeitet haben, um die europäischen Standards zu erfüllen. Sie sind von Vorteil für unsere Verbraucher, die immer mehr qualitativ hochwertige landwirtschaftliche Produkte und Nutztiere nachfragen, die die Vorschriften des Pflanzenschutzes, des Tierschutzes und der Rückverfolgbarkeit erfüllen. Auch Drittländern, die ihre Produkte in die EU exportieren wollen, kommen diese Kontrollen zugute.

Zuletzt möchte ich Sie daran erinnern, dass sich dieses Problem nicht auf einen einzelnen Sektor oder ein einzelnes Land beschränkt. Die Wettbewerbsfähigkeit in der europäischen Landwirtschaft ist ein komplexes Thema, das eine ausführliche Debatte erfordert.

Julie Girling (ECR). – Frau Präsidentin, die Region im Südwesten Englands, aus der ich komme, ist mit einem besonderen Klima und einer besonderen Landschaft gesegnet. Die Rinder verfügen dort über hervorragendes Weideland, und das Rindfleisch, das von dort stammt, ist exzellent. Britische Landwirte arbeiten mit am produktivsten auf der ganzen Welt und sie erfüllen, nach einer bitteren Erfahrung, die höchsten Standards des Tierschutzes und der Rückverfolgbarkeit. Aufgrund dessen, und durch die wachsende Weltbevölkerung und die verstärkten Bemühungen, um Ernährungssicherheit zu gewährleisten, müsste man meinen, dass die britischen Landwirte glücklich sind.

Genau das Gegenteil ist der Fall. Sie werden von vielen Fronten aus angegriffen. Gerade in dieser Woche hat das Europäische Parlament die Vegetarier-Lobby zu Gast, die behauptet, Fleischesser, und infolgedessen auch Landwirte, wären Klima-Verbrecher. Sie sehen aber, dass die EU nicht rigoros mit Ländern umgeht, die den Regenwald abholzen, um Rinder zu züchten. Wie können die Verbraucher darin jegliche Logik erkennen?

Rinderzüchter fordern keine speziellen Privilegien, nur gleiche Wettbewerbsbedingungen. Es ist absolut wichtig, dass wir sie unterstützen, nicht durch Protektionismus, sondern indem wir sicherstellen, dass alle Exporte, die in die EU gelangen, ihren hohen Normen entsprechen. Deswegen, Frau Kommissarin, halte ich Sie dazu an, Ihre Maßnahmen zu verschärfen, Rückgrat zu zeigen, den FVO-Bericht noch einmal durchzulesen und dementsprechend zu handeln.

Giovanni La Via (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, ich glaube dass das Thema, das wir heute Abend diskutieren, nur einen kleinen Teil eines viel größeren Problems darstellt. Das Thema Fairness zwischen dem Umgang mit Importen und den Bedingungen, denen unsere eigenen Produkte unterliegen, betrifft nicht nur Fleisch und Fleischimporte, sondern auch viele andere Produktionsbereiche.

Wie Sie alle wissen ist Europa ein Nettoimporteur von Fleisch. Auf unserem Kontinent produzieren wir nur 60 % unserer eigenen Bedürfnisse. Deshalb sind wir gezwungen zu importieren. Trotzdem möchten wir bestimmte Verbrauchsnormen garantieren und die Gesundheit unserer Verbraucher sicherstellen. Wir hoffen, dass wir uns heute zum letzten Mal anhören mussten, dass es nicht möglich ist, ähnliche Auflagen für Importe festzulegen, denn dies ist sicherlich nicht die Richtung, in die wir uns bewegen sollten.

Obwohl wir über Rückverfolgbarkeitsbedingungen verfügen, die uns helfen, EU-intern Standards für unsere Verbraucher zu setzen, denke ich, dass es wichtig ist, diese Standards nicht nur bei unseren eigenen Produkten sondern auch bei Importen aus dem Ausland zu wahren.

Esther de Lange (PPE). – (NL) Frau Kommissarin, da mein Redebeitrag laut offizieller Sprecherliste der letzte ist, möchte ich versuchen, diese Debatte zusammenzufassen. Eine Möglichkeit das zu tun, ist das niederländische Sprichwort zu zitieren, das Folgendes besagt: „Alle Mönche desselben Ordens sollten die gleiche Kutte tragen müssen.“ Ich entschuldige mich bei denjenigen, denen dazu zu so später Stunde noch eine Interpretation dazu einfallen muss, aber obwohl es in den Niederlanden heutzutage fast keine Mönche mehr gibt, benutzen wir dieses Sprichwort immer noch, wenn wir der Meinung sind, dass für gleiche Situationen auch dieselben Maßstäbe gelten müssen. Deshalb sollten alle Anforderungen, die Sie an Produzenten in der EU stellen, auch für die Produzenten in Drittländern gelten, die in die EU exportieren möchten. Andernfalls werden Sie verhindern, dass unsere Landwirte auf dem Markt wettbewerbsfähig sind.

Das betrifft die Identifizierung und Registrierung von Rindern sowie die Seuchenpräventionsmaßnahmen in Brasilien. Es sollte gleichermaßen für gechlortes Hühnerfleisch gelten, das aus den USA importiert wird, sowie für Rinderwachstumshormone in der Milch. Des Weiteren sollte es für geklonte Tiere gelten. Die Liste ist noch wesentlich länger, Frau Kommissarin. Wenn ich meinen Kollegen zuhöre, habe ich das Gefühl, dass das Parlament die neue Kommission genau danach beurteilen wird - ob sie in gleichen Situationen die gleichen Standards anwendet oder nicht. Und sie werden die Kommission nicht so beurteilen, wie wir es jetzt tun, fünf Jahre später, aber noch einige Zeit bevor die neue Kommission ihr Amt antritt.

Frau Kommissarin, Sie haben auch über die Maul- und Klauenseuche gesprochen. Ich stimme mit Ihnen überein, dass wir einige Fortschritte gemacht haben. Zum Beispiel kommt im Kampf gegen diese Seuche dem Impfen mehr Bedeutung zu. Gott sei Dank, denn allein in meinem Heimatland mussten 285 Tiere getötet werden, weil bei 26 Tieren die Maul- und Klauenseuche aufgetreten war. Allerdings, Frau Kommissarin, wird die nächste Kommission auch danach beurteilt werden, ob wir es geschafft haben, die Fleischprodukte dieser geimpften Tiere in der Europäischen Union zu vermarkten.

Peter Jahr (PPE). - Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Agrarexperten des Parlaments haben eine ganz einfache Forderung gestellt, indem sie gesagt haben, dass sie nicht mehr und nicht weniger als gleiche Bedingungen für die Produktion im Land – also in der Europäischen Union – wie für den Import wollen.

Ich habe mit Interesse verfolgt, dass die Kommissarin über zehn Minuten gebraucht hat, uns im Wesentlichen zu erklären, dass das nicht ganz so geht. Ihre Antwort hätte kürzer ausfallen können. Sie hätten ganz einfach sagen können: „Genau, das Parlament hat Recht, und ich werde das in Zukunft auch umsetzen und berücksichtigen.“ Was die Forderung meiner Fraktion– mittlerweile auch die Forderung des Parlaments – ist, hat nichts mit Handelsbeschränkungen zu tun, sondern ganz im Gegenteil: Es ist die entscheidende

Voraussetzung für einen fairen Welthandel und für einen gegenseitigen Warenaustausch. Was wir wollen, sind faire Spielregeln in der Marktwirtschaft innerhalb der EU und im Ausland, nicht mehr, aber auch nicht weniger, und wir werden das von der Kommission heute und in Zukunft einfordern, darauf können Sie sich verlassen.

Graham Watson (ALDE). – Frau Präsidentin, das Thema der vorherigen Debatte war der Hunger in dieser Welt. Beide Debatten sind miteinander verbunden. Die Frau Kommissarin unternimmt zu Recht alles in ihrer Macht Stehende, um in Europa Verbraucherschutz zu gewährleisten und die Kollegen des Parlaments ziehen sie zu Recht zur Rechenschaft und fordern die höchstmöglichen Standards.

Rindfleisch ist ein für den Handel bestimmtes landwirtschaftliches Erzeugnis. Es wird von den Ländern so günstig wie möglich produziert. Tragischerweise wird zur Herstellung eines Kilogramms Rindfleisch hundertmal mehr Wasser benötigt als zur Herstellung von einem Kilogramm Soja.

Wenn wir uns Gedanken um den weltweiten Verbraucherschutz machen, dann werden wir zwei Dinge tun. Erstens werden wir Drittländern verstärkt helfen, die Arten von Rückverfolgungssystemen zu entwickeln, die sie benötigen, und zweitens werden wir den Rat meines Kollegen Chris Davies befolgen, den er allen EU-Bürgern in der letzten Debatte gegeben hat, nämlich aufzuhören, Fleisch zu essen.

Elisabeth Köstinger (PPE). - Frau Präsidentin! Unsere Bürger haben hohe Erwartungen an die Sicherheit und die Qualität ihrer Nahrung. Dies bezieht sich nicht nur auf die Tiergesundheit und die Lebensmittelsicherheit, sondern auch auf die Umweltstandards sowie die Produktion und den Tierschutz. Die Rückverfolgbarkeit und die damit einhergehende Transparenz dieser Lebensmittel vom Erzeuger hin bis zum Verbraucher sind nur in Europa sichergestellt. Der Schutz der Verbraucher und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Agrarprodukte und somit die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft müssen gewährleistet sein und in unser aller Interesse liegen. Ich halte es daher für unabdingbar und für eine unserer verantwortungsvollen Aufgaben als EU-Parlamentarier, diese Debatte zu forcieren und die damit verbundenen politischen Rahmenbedingungen sicherzustellen.

Rareș-Lucian Niculescu (PPE). – (RO) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, wie Sie nur zu gut wissen, hat Rumänien nicht das Recht, Schweinefleisch und Schweinefleischprodukte auf dem europäischen Markt zu verkaufen. Dafür hat man uns das Recht zugestanden, ab dem nächsten Jahr Schweinefleisch aus anderen Mitgliedstaaten zu importieren und es in verarbeiteter Form wieder exportieren zu dürfen.

Zusätzlich werden wir in einem Zeitraum von maximal einem Jahr klare, stringente und kostspielige Schlachtvorschriften umsetzen müssen. Ich bin mir sicher, dass sich rumänische Schweinezüchter sehr freuen würden, wenn diese Vorschriften durch ein System oberflächlicher und punktueller Kontrollen oder durch ein paar Poster an Flughäfen ersetzt werden würden. Natürlich mache ich nur Witze, aber wenn Vorschriften gelten sollen, dann müssen für alle die gleichen Vorschriften zwingend gültig sein.

Michel Dantin (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, vielen Dank für Ihren Beitrag. Ich denke er spiegelt die bemerkenswerte Arbeit wieder, die Sie während Ihres Mandats geleistet haben. Europa hat sich für ein bestimmtes Nahrungsmittelmodell entschieden, um seine Bevölkerung zu schützen. Unsere Bürger sind bereit, 100 EUR pro Jahr und Pro Person zu bezahlen, wenn wir ihnen zusichern, dass die Qualität ihrer Lebensmittel einwandfrei ist.

Neulich haben wir im Ausschuss vom Bericht des Lebensmittel- und Veterinäramts erfahren. Ich muss Ihnen sagen, dass ich als neues Mitglied des Europäischen Parlaments tief betroffen war, zu sehen, wie unwohl sich Ihre Mitarbeiter fühlten und ganz offensichtlich unsere Fragen nicht beantworten konnten oder wollten.

Frau Kommissarin, sollten wir uns dafür schämen, strikte Regeln im Verbraucherschutz anzuwenden? Sollten wir uns dafür schämen, diese Vorschriften auch denjenigen aufzuerlegen, die Nahrungsmittel an unsere Verbraucher verkaufen wollen? Schämen wir uns, wenn wir, um Flugzeuge oder Autos zu verkaufen, von den gleichen Ländern gezwungen werden, diese oder jene Fabrik aufzubauen oder diese oder jene Vorschrift zu beachten?

Unsere Marktzugangsbedingungen sind sehr wichtig, denn sie betreffen unsere Lebensmittel und sie betreffen die Gesundheit unserer Bürger. Wir müssen uns für nichts dergleichen schämen.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, wir möchten exportieren, aber wir müssen auch importieren. Der Handel beschleunigt die Entwicklung, bringt Vorteile für beide Handelspartner mit sich, aber hier werden auch einige notwendige Anforderungen gestellt hinsichtlich der Qualität und der angemessenen Standards. Das liegt auf der Hand, und ich bin mir sicher, dass wir uns darüber einig sind.

Europa verfügt über eine Reihe an Inspektions- und Prüfmöglichkeiten, um seinen Markt vor der Einfuhr von Nahrungsmitteln zu schützen, die nicht den europäischen Standards entsprechen, oder die eine Bedrohung für die Sicherheit unserer Gesundheit darstellen. Aus den Worten der Frau Kommissarin schließe ich, dass wir von anderen Ländern nicht die gleichen Prüfverfahren erwarten können, die wir bei unseren Produkten anwenden - habe ich das richtig verstanden? Was soll das heißen? Sie haben doch deutlich erklärt, dass nur das Ergebnis der Maßnahmen gleich sein sollte? Zum Vergleich hätte ich gerne gewusst, ob beispielsweise Russland oder ein anderes Land, Anforderungen an Warenimporte aus der EU stellen kann, die wir beispielsweise an importiertes Fleisch aus Brasilien nicht stellen können. Sind hier nur die Auswirkungen wichtig, wie im Fall der Importe aus Brasilien?

Androulla Vassiliou, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, darf ich die sehr geehrten Abgeordneten daran erinnern, dass ich nicht gesagt habe, dass wir Drittländern keine Vorschriften auferlegen können. Es tut mir leid, dass es mir sogar in einem Vortrag von 10 bis 15 Minuten nicht geglückt ist, ihnen die Anforderungen zu erklären, die wir stellen, wenn wir Waren aus Drittländern importieren.

Ich muss Sie daran erinnern, dass während wir Fleisch aus Drittländern importieren - und momentan importieren wir aus Brasilien nur 5 % unseres Bedarfs an Rindfleisch in der Europäischen Union - exportieren wir auch gleichzeitig viel an Drittländer: nach Russland und in andere Länder. Momentan belaufen sich unsere Exporte nach Russland auf 1 Mrd. EUR pro Jahr. Das meiste Fleisch davon stammt aus Irland. Wir versuchen Russland davon zu überzeugen, dass wir nicht die gleichen Vorschriften akzeptieren können, die in Russland gelten. Es gibt Vorschriften des internationalen Handels, und wir wenden ähnliche, aber nicht identische Vorschriften an, wenn wir sie für strikt genug halten, um unsere Verbraucher zu schützen.

Das ist es, was wir tun. Der Grund weswegen wir die Sicherheitsvorschriften im Fall von Brasilien anwenden, ist, weil die Kontrollen der FVO uns gezeigt haben, dass etwas falsch gelaufen ist. Wir haben sehr strikte Vorschriften zur Anwendung gebracht. Und ich habe Ihnen die Zahlen genannt.

Bei den letzten Kontrollen in Brasilien wurden in der Tat Mängel festgestellt, aber ich möchte Sie bitten, sich alle Berichte unserer FVO-Kontrollen in den Mitgliedstaaten der EU anzusehen und einen Vergleich anzustellen. Sie werden sehen, dass es auch sehr ernste Mängel in den Mitgliedstaaten gibt, und wir fordern die Mitgliedstaaten und ihre Behörden dazu auf, diese zu beheben. Genau dazu haben wir auch Brasilien aufgefordert.

In Brasilien wurden Mängel festgestellt. In einem Bundesstaat, in dem bei drei Betrieben maßgebliche Mängel gefunden wurden, haben die brasilianischen Behörden Abhilfemaßnahmen eingeleitet, um allen betroffenen Betrieben die Berechtigung zu entziehen und um die zuständigen Prüfer neu auszubilden.

Mängel wurden außerdem bei drei weiteren Betrieben festgestellt, hauptsächlich hinsichtlich verspäteter Mitteilungen über die Verlegung von Tieren in andere Betriebe oder hinsichtlich der Einheitlichkeit der Daten in der Datenbank. Diese Mängel wurden vom FVO-Team als geringfügige Mängel eingestuft. Trotzdem haben die brasilianischen Behörden die Datenbank überarbeitet, um falsche Daten zu vermeiden.

Die Prüfer des FVO haben das im Hinterkopf, wenn sie zur Inspektion von Betrieben aufbrechen. Sie wissen, dass sie Mängel finden werden. Es ist unsere Verpflichtung, die festgestellten Mängel zu beheben, ob das nun in Mitgliedstaaten oder in Drittländern ist. Es ist unsere Verpflichtung gegenüber den Verbrauchern. Ich kann Ihnen versichern, dass wir weiterhin Kontrolleure nach Brasilien und in andere Drittländer senden werden, um sicherzustellen, dass falls Mängel festgestellt werden, diese auch behoben werden. Ich kann Ihnen auch versichern, dass wir für unsere Landwirte und Produzenten Drittländern gegenüber sehr faire Bedingungen schaffen.

Es wurde eine Bemerkung zu Rumänien gemacht, wo es genauso wie in Bulgarien - und früher in vielen anderen Mitgliedstaaten - ein Problem mit der klassischen Schweinepest gab. Wir haben viel über Rumänien und Bulgarien gehört. Ich fordere Sie dazu auf, Ihre jeweiligen Regierungen zu fragen, welche Hilfe wir angeboten haben, um dieses Problem zu beheben. Ich bin sicher, dass Rumänien in naher Zukunft in der Lage sein wird, Fleisch zu exportieren und das aufgrund der Hilfe, die wir Rumänien und Bulgarien zur Verfügung gestellt haben, um die klassische Schweinepest auszurotten.

Abschließend möchte ich Ihnen noch versichern, dass wir zu allererst unseren europäischen Verbrauchern gegenüber verantwortlich sind, und dass wir eine gerechte und faire Lösung für Alle anstreben. Sie können sich sicher sein, dass unsere FVO-Kontrollen in Drittländern sehr strikt sein werden. Wir müssen wachsam bleiben, und wenn etwas schief läuft, müssen wir das korrigieren. Wir müssen wachsam und strikt bleiben. Ob mehr landwirtschaftliche Betriebe zugelassen werden, hängt gänzlich von den brasilianischen Behörden

ab, und davon, ob sie bereit sind, das nötige Geld zu investieren, damit ihre Betriebe gemäß unserer Standards zugelassen werden und exportieren dürfen. Wenn sie das nicht tun, werden sie auch nicht zugelassen werden.

Die Präsidentin. – Die Aussprache wird geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Béla Glattfelder (PPE), schriftlich. – (HU) Die Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit in der Europäischen Union sind die strengsten und anspruchsvollsten in der ganzen Welt. Um diese Vorschriften zu erfüllen, entstehen europäischen Landwirten allerdings zusätzlich hohe Kosten. Europäische Produkte dürfen gegenüber Produkten aus Drittländern nicht benachteiligt werden, nur weil die letzteren gemäß niedrigeren Normen in der Lebensmittelindustrie hergestellt wurden. Die Gesundheit der europäischen Verbraucher darf nicht durch Produkte gefährdet werden, die nicht der angemessenen Qualität entsprechen und unsicher sind. Fleischprodukte bergen ein besonders großes Spektrum an Gesundheitsrisiken, wenn sie nicht unter angemessenen Bedingungen produziert werden. Aus diesem Grund müssen die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass für Fleischprodukte, die in der EU und in Drittländern hergestellt werden, die gleichen Bedingungen gelten.

Wojciech Michał Olejniczak (S&D), schriftlich. – (PL) Meine Damen und Herren, vor kurzem hat die Europäische Kommission einen maßgeblichen Anstieg der Rindfleischimporte aus Drittländern verzeichnet, insbesondere aus Argentinien, Brasilien und Uruguay. Um ein Produkt, einschließlich Rindfleisch, in die EU importieren zu dürfen, müssen hohe Normen der Gemeinschaft erfüllt werden, Normen, die die Europäische Kommission kürzlich verschärft hat. Sehr oft erfüllen Produkte, die aus Drittländern eingeführt werden, allerdings nicht diese Standards für Lebensmittelsicherheit. Und trotzdem sind sie aufgrund ihres niedrigen Preises auf dem Markt konkurrenzfähiger. Eine Schlüsselfrage ist aus diesem Grund momentan auch die Unterstützung unserer Landwirte und die Förderung europäischer Produkte, die hohen Standards entsprechen und gesund und sicher sind. Das Thema, über das wir diskutieren, hat einen anderen Aspekt. Wir sollten Schlüsse aus der kritischen Situation auf dem Milchmarkt ziehen. Vielleicht ist es heute, da wir in vielen Mitgliedstaaten der EU die Überproduktion an Milch nicht bewältigen können, wert, darüber nachzudenken, wie die Rindfleischproduktion neu organisiert werden könnte. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

21. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 23:50 Uhr geschlossen.)